

*Patricia de gente satam ges tare Coronam
Sponsam, miraris Norica in Urbe finas.*

*Expediam pauper quoniam illa Corona puellas
Juice, ei merito nome Corona datur.*

WALTER SCHORR
Recht Tab 1

Erlangen 1961

ZWANGSVOLLSTRECKUNG
UND KONKURS IM RECHT DER
FREIEN REICHSTADT NÜRNBERG

LORENZ SPINDLER VERLAG NÜRNBERG





Beiträge zur Landes- und Volkskunde Frankens

Herausgegeben von Oberarchivrat Dr. Werner Schultheiß



**Beiträge
zur Landes- und Volkskunde Frankens**

**Band I: Konrad Kupfer, Forchheim. Geschichte einer
alten fränkischen Stadt. 244 Seiten, 15 Abbildungen**

**Band II: Werner Schultheiß, Anfänge des Nürnberger
Handels (in Vorbereitung)**

**Band III: Walter Schorr, Zwangsvollstreckung und
Konkurs im Recht der freien Reichsstadt Nürnberg.
112 Seiten**

Die Reihe wird fortgesetzt



**Zwangsvollstreckung und Konkurs
im Recht der freien Reichsstadt Nürnberg**

von

Walter Schorr

1 9 6 1

FRANKENVERLAG LORENZ SPINDLER NÜRNBERG

D 29

Gefördert durch die Freiherr Friedrich von Hallersche Forschungsstiftung Nürnberg

VORWORT

Diese Arbeit entstand im wesentlichen von Mitte 1955 bis Mitte 1959 als Dissertation der juristischen Fakultät der Universität Erlangen.

Das Thema der Arbeit wurde mir von Herrn Oberarchivrat Dr. Schultheiß, Stadtarchiv Nürnberg, vorgeschlagen. Mein hochverehrter Lehrer, Herr Prof. D. Dr. Liermann, hat es freundlicherweise als Dissertation angenommen. Ihm bin ich zu besonderem Dank verpflichtet.

Bedanken möchte ich mich ferner bei den Herren des Stadtarchivs und des Staatsarchivs Nürnberg, insbesondere bei Herrn Archivdirektor Dr. Pfeiffer und Herrn Archivrat Dr. Hirschmann für die großzügige Überlassung des umfangreichen Materials und für die vielen sachkundigen Hinweise. Vor allem aber gilt mein Dank Herrn Oberarchivrat Dr. Schultheiß für seine zahlreichen Ratschläge und für sein freundliches Interesse, das er der Arbeit von ihren Anfängen bis zu ihrer Veröffentlichung in dieser von ihm herausgegebenen Schriftenreihe entgegengebracht hat.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Erster Teil

DIE ZWANGSVOLLSTRECKUNG

§ 1	Das Nürnberger Vollstreckungssystem und seine Quellen	9
I. Abschnitt		
<i>Die Zwangsvollstreckung nach gerichtlichem Verfahren</i>		
§ 2	Die Vollstreckungsvoraussetzungen	12
A)	Die Vollung	12
a)	Die Vollung nach streitiger Verhandlung	12
b)	Die Vollung nach Versäumnisverfahren	13
c)	Das prozessuale Anerkenntnis als Vollung	14
d)	Das außerprozessuale Anerkenntnis als Vollung	16
B)	Der Vollung gleichgestellte Vollstreckungstitel	16
a)	Die Urkunden der Genannten	16
b)	Notarielle Urkunden	16
c)	Schiedsrichterliche Urteile	17
§ 3	Gegenstand der Zwangsvollstreckung und Reihenfolge der Vollstreckungsmaßnahmen	17
§ 4	Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	19
A)	Die Entwicklung bis zur verneuten Reformation von 1564	19
a)	Die Pfandnahme	20
b)	Das gerichtliche Aufgebot	23
c)	Der ältere Pfandverkauf	24
d)	Die Schätzung	25
e)	Die Vergantung	25
f)	Das Anbieten zur Einlösung	26
g)	Die Bestätigung des Kaufs	26
h)	Verteilung des Erlöses, Herausgabe des Überschusses, Nachpfändung	27
B)	Das Verfahren seit der verneuten Reformation von 1564	28
§ 5	Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	29
A)	Die Entwicklung bis zur verneuten Reformation von 1564	29
a)	Die Entspänung	29
b)	Das gerichtliche Aufgebot	29
c)	Der Verkauf	30
d)	Das Angebot an den Schuldner	30
e)	Die Vergantung	31
f)	Zwangswisei Pfandverfall an den Gläubiger	31
g)	Das Angebot an den Eigenherrn	31
h)	Die Bestätigung des Kaufes	32

i) Die Zwangsäumung des Grundstücks	32
B) Das Verfahren seit der verneuten Reformation von 1564	33
§ 6 Die Zwangsvollstreckung in Forderungen	36
§ 7 Die Personalexekution	37
A) Die Entwicklung bis zur Reformation von 1479	37
B) Das Verfahren seit der Reformation von 1479	39

II. Abschnitt

Die Zwangsvollstreckung im auöergerichtlichen Verfahren

§ 8 Die Pfändung wegen Grundzins	41
§ 9 Die Pfändung wegen Mietzins	42
§ 10 Die Pfändung wegen Kostgelds	43

Zweiter Teil

DER KONKURS

I. Abschnitt

Die Entwicklung bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts

§ 11 Das Verbotverfahren des älteren Rechts	45
§ 12 Das Vorrecht des ersten Verbots	48
§ 13 Der Übergang zur Gleichberechtigung der Gläubiger	50
§ 14 Die Anfänge eines Verfahrens zur verhältnismäßigen und gemeinschaftlichen Befriedigung aller Gläubiger	52

II. Abschnitt

Die weitere Ausgestaltung des Konkursverfahrens

§ 15 Die Verfahrensbeteiligten	56
A) Der Gemeinschuldner	56
B) Die Konkursgläubiger	56
C) Die Konkursbehörden	57
D) Der Konkurskurator	58
§ 16 Die Konkursmasse	60
A) Umfang der Konkursmasse	60
B) Aussonderung	60
C) Minderung der Konkursmasse	61
a) Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht	61
b) Absonderung	62
c) Massegläubiger und Massekosten	62
D) Vergrößerung der Konkursmasse	62
a) Die Gläubigeranfechtung	62

§ 17 Das Verfahren selbst	64
A) Das Verfahren nach der verneuten Reformation von 1564	64
B) Das Verfahren seit der verneuten Gerichtsordnung von 1640	66
a) Das präparatorische Verfahren	66
b) Das Liquidationsverfahren	68
c) Das Prioritätsverfahren	68
d) Das Distributionsverfahren	69
§ 18 Die Rangordnung der Gläubiger	69
A) Die Rangordnung nach der verneuten Reformation von 1564	69
B) Die Rangordnung gegen Ende des 18. Jahrhunderts	71

III. Abschnitt

Mittel zur Abwendung des Konkurses

§ 19 Der Stundungs- und Nachlaßvergleich	74
§ 20 Das Moratorium	77

IV. Abschnitt

Die strafrechtliche Behandlung des Bankrotts

§ 21 Die Entwicklung bis zur verneuten Reformation von 1564	78
§ 22 Die Entwicklung seit der verneuten Reformation von 1564	82

ANHANG

I. Formular eines Spänbriefes	85
II. Formular eines öffentlichen Ladungsbriefes	86
Inhaltsverzeichnis	6
Quellen- und Literaturverzeichnis	87
Abkürzungsverzeichnis	93

Erster Teil

DIE ZWANGSVOLLSTRECKUNG

§ 1 Das Nürnberger Vollstreckungssystem und seine Quellen

Das mittelalterliche deutsche Vollstreckungsrecht hat seinen Ausgangspunkt in der außergerichtlichen Pfandnahme. Die außergerichtliche Pfandnahme, seit den Volksrechten vorherrschend, war eine Abspaltung der Fehde¹⁾. Sie war ihrem Begriff nach Eigenmacht des Gläubigers: Der Gläubiger forderte den Schuldner auf, die Schuld zu erfüllen. Kam dieser der Aufforderung nicht nach, so war sofort die relative Friedlosigkeit seines Vermögens erwachsen, es war dem unmittelbaren Zugriff des Gläubigers preisgegeben²⁾.

In der karolingischen Zeit wurde die eigenmächtige außergerichtliche Pfandnahme weitgehend durch die richterliche Pfändung ersetzt³⁾. Aber mit dem Zerfall des Karolingerreiches ist auch das in den fränkischen Kapitularien für den Umfang des ganzen Reiches ausgesprochene Verbot der eigenmächtigen Pfändung in Verfall geraten. Planitz nimmt an, daß mindestens seit dem 11. Jahrhundert in der Mehrzahl der Rechtsgebiete Deutschlands die außergerichtliche eigenmächtige Pfändung wieder in der Weise des altgermanischen Rechts in Gebrauch war⁴⁾.

Seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts wurde von Reichs wegen verschiedentlich in den Reichslandfrieden der Versuch unternommen, die in der eigenmächtigen Pfandnahme liegende Friedensstörung zu untersagen⁵⁾. Der Reichsgewalt fehlte aber die zentrale Machtquelle, um ein solches Verbot durchzusetzen. Erst mit dem Aufkommen stärkerer territorialer Gewalten, die in der Lage waren, die Durchführung eines obrigkeitlichen Exekutionsverfahrens zu gewährleisten, hat die eigenmächtige Pfandnahme wieder an Boden verloren⁶⁾. Aber zu einer den gesamten Umfang eines Territoriums umfassenden Gesetzgebung ist es in der Frage der Vollstreckung um Geldschulden während des 13. Jahrhunderts nur in sehr wenigen Fällen gekommen⁷⁾. Vielmehr ging die Rechtsbildung auf diesem Gebiete, je weiter das Mittelalter fortschritt, in immer kleineren Rechtskreisen vor sich.

Am frühesten vollzog sich die Rückkehr zur obrigkeitlich überwachten Zwangsvollstreckung in den Städten⁸⁾. Die Aufgaben des entwickelteren, städtischen Wirtschaftslebens konnten nur dann erfüllt werden, wenn die eigenmächtige Pfandnahme durch ein geregeltes Rechtsverfahren ersetzt wurde. Auch ein primitives Kreditwesen vermochte auf die Dauer ohne ein solches Mindestmaß an Sicherheit nicht zu gedeihen. Die Stadtherren kamen diesen Anliegen der Städte frühzeitig entgegen. Die eigenmächtige Pfändung wurde entweder ganz untersagt oder doch mit gewissen Kautelen umgeben⁹⁾. Ein ihren merkantilen Bedürfnissen voll entsprechendes Vollstreckungssystem konnten die Städte aber erst hervorbringen, seitdem und soweit das städtische Rechtsleben in einem eigenen Stadtgericht und einer eigenen städtischen Gesetzgebung seinen Ausdruck fand.

In Nürnberg treten Ansatzpunkte für diese Entwicklung erst zu Beginn des 13. Jahrhunderts hervor¹⁰⁾. Bis dahin lag die gesamte Militär- und Zivilverwaltung und alle Gerichtsbarkeit in Nürnberg und dem umliegenden Reichsgut in der Hand des Burggrafen vereint¹¹⁾.

Seit 1173/4 ist ein königlicher, ein Reichsschultheiß in Nürnberg belegt¹²⁾. Dieser, aus dem vom Burggrafen für das Mark- und Niedergericht in der Stadt eingesetzten Unterrichter hervorgegangene Beamte¹³⁾, wurde im Jahre 1219 von Friedrich II. als alleiniger Stadtrichter anerkannt¹⁴⁾. Die Verwaltung und Gerichtsbarkeit über das umliegende Reichsgut war seit etwa 1200 einem neuen königlichen Beamten, dem Provisor oder Butigler übertragen, der dafür ein besonderes Landgericht ausbildete¹⁵⁾.

Spätestens seit 1219 bildete die Stadt also einen besonderen Gerichtsbezirk, ihre Einwohnerschaft eine besondere Gerichtsgenossenschaft; nur vor dem Reichsschultheiß durfte ein Bürger gerichtlich belangt werden¹⁶⁾. Damit war die Grundlage für eine selbständige Stadtrechtsbildung gewonnen. Dieses Stadtrecht war nicht mehr Bauern-, sondern Kaufmannsrecht¹⁷⁾, das in Privatrecht und Gerichtsverfahren vom Landrecht unterschiedliche Bahnen einschlug. An seiner Ausbildung war der Rat zunächst nur über seine Einflußnahme auf den Schultheißen und die den handeltreibenden Kreisen der Bürgerschaft zugehörigen Schöffen beteiligt, nach entsprechenden Privilegien auch im Wege der Rechtssetzung¹⁸⁾. Als die Stadt 1385 das Schultheißenamt für 8000 fl. käuflich erwarb¹⁹⁾, ging auch die mit diesem Amt verbundene Zwangsgewalt auf den Rat über.

In den Fragen der Zwangsvollstreckung wegen Geldschulden innerhalb des Nürnberger Gerichtsbezirks führte die durch diese Entwicklung möglich gewordene Anpassung an den städtischen Wirtschafts- und Geldverkehr zur Ausbildung eines eigenen Vollstreckungssystems.

Die Nachrichten über dieses Vollstreckungssystem sind bis zur Reformation von 1479 lückenhaft. Im Gegensatz zu anderen deutschen Städten fehlt in Nürnberg eine zusammenfassende Aufzeichnung des älteren Stadtrechts vollkommen²⁰⁾. Das Nürnberger Recht ist durch Privilegien, Polizeiverordnungen und Erlasse des Rates gleichsam „wild“ gewachsen und nicht kodifiziert worden²¹⁾. Wenn es in den Urkunden des 13. und 14. Jahrhunderts heißt, es sei „nach der Stadt Recht“ geurteilt worden, so ist damit vornehmlich das ungeschriebene Recht zu verstehen²²⁾. Allerdings hat es nicht vollkommen an älteren geschriebenen Rechten gefehlt. Diese Satzungsbücher waren aber nicht systematisch angelegt²³⁾.

So enthalten die ältesten erhaltenen Quellen des Nürnberger Privat- und Verfahrensrechts, die beiden zu Anfang des 14. Jahrhunderts angelegten Satzungsbücher²⁴⁾ sowie die anschließenden Satzungsbücher IV/E von ca. 1330 ff. und V/D von etwa 1370 ff.²⁵⁾ nur vereinzelt Vorschriften des Vollstreckungsrechts. Meist waren es Neuerungen, die der Aufzeichnungen für Wert befunden wurden und die sich, isoliert betrachtet, dem Verständnis nicht voll erschließen. Auch die 1473 angelegte alte Gerichtsordnung²⁶⁾ bringt keine erschöpfende Zusammenfassung des um diese Zeit gültigen Vollstreckungsrechts. Von einem anderen, systematischer angelegten Satzungsbuch aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts ist leider nur das allerdings sehr ausführliche Inhaltsverzeichnis erhalten²⁷⁾.

Neben diesen gesetzlichen Quellen sind es vor allem die Zeugnisse der Praxis, die einen Einblick in das Vollstreckungsverfahren vor der Reformation von 1479 gestatten.

Eigentliche Gerichtsbücher, die den Gang des Vollstreckungsverfahrens wiedergeben, sind zwar erst seit 1481 erhalten²⁷⁾. Wichtige Erkenntnisse zu Einzelfragen des Vollstreckungsrechts lassen sich jedoch aus den um 1400 einsetzenden Protokollbüchern des Rates²⁸⁾ gewinnen; denn seit die Stadt 1385 das Reichsschultheißenamt käuflich erworben hatte, war der Rat häufig mit Vollstreckungsfragen befaßt. Auch die 1442 angelegten Ratschlagbücher²⁹⁾, eine Sammlung der von den Ratskonsulenten für den Rat gefertigten Gutachten, bieten wertvolles Material. Der wesentliche Gang der Liegenschaftsvollstreckung läßt sich aus den in Nürnberg ausgestellten Gerichtsurkunden, die sich auch in der Urkundenreihe des Stadtarchivs Nürnberg vorfinden, besonders den Spänbrieffen ersehen³⁰⁾. Diese Bezeichnung tragen diese Urkunden deshalb, weil zum Zeichen der Zwangsvollstreckung in ein Haus ein Holzspan aus diesem entnommen wurde. Diese Spänbrieffe waren Gerichtsurkunden, die dem Ersterer eines Grundstücks im Vollstreckungsverfahren zum Zeichen seines rechtmäßigen Erwerbs ausgehändigt wurden. In protokollartiger Form enthalten sie eine Schilderung des bei der Liegenschaftsvollstreckung beobachteten Verfahrens. Kenntnis des Vollstreckungsrechts vermitteln nicht zuletzt auch die Nachrichten über Rechtsbelehrungen, welche Nürnberg, als „Oberhof“ eines eigenen Rechtskreises, seit frühester Zeit anderen Städten, insbesondere den Städten Eger³¹⁾ und Neumarkt/Opf.³²⁾ erteilt hat³³⁾.

So bedeutsam diese Nachrichten für die Entwicklungsgeschichte des Nürnberger Vollstreckungsrechts sind, sie geben immer nur Kenntnis über Einzelfragen. Um eine geschlossene Darstellung des Nürnberger Vollstreckungssystems zu erreichen, bietet sich nur die Möglichkeit, die erste, annähernd vollständige Kodifikation des Zwangsvollstreckungsverfahrens wegen Geldschulden, wie sie in der Reformation von 1479 erhalten ist, als Gerüst zu Grunde zu legen. Eingebaut in dieses Gerüst wird es in manchen Fällen möglich sein, die Entwicklung einer Vorschrift aus dem 14. Jahrhundert heraus zu verfolgen, während sie bei anderen nur zu erraten ist. Man wird jedoch auch in den Fällen, in denen die Verbindungsglieder zwischen der ersten urkundlichen Erwähnung eines Rechtsinstituts und seiner veränderten Ausgestaltung in der Reformation von 1479 fehlen, die Veränderung weniger einem plötzlichen Auf- oder Umschwung des Rechtsdenkens, als vielmehr einer allmählichen Wandlung zuschreiben müssen; denn nur selten hat der Nürnberger Rat Neuerungen verfügt, bei denen die althergebrachte Grundlage völlig verlassen wurde. Durch zahlreiche, von praktischen Gesichtspunkten ausgehende Rechtsbräuche beeinflusst, haben die Vollstreckungsvorschriften — meist erst im Laufe einer langjährigen Entwicklung — eine gewisse Vollkommenheit erlangt, welche den jeweiligen Verkehrsverhältnissen entsprach.

Für den Aufbau des ersten Teils der Arbeit war entscheidend, daß der eigenmächtigen Pfändung bei der Vollstreckung wegen Geldschulden innerhalb des Nürnberger Gerichtsbezirks nur noch eine untergeordnete Bedeutung zukam³⁴⁾. Den beiden ältesten Satzungsbüchern ist sie nur noch in Ausnahmefällen bekannt³⁵⁾. In der Regel war sie verboten und sogar mit Strafe (Stadtverbot) bedroht³⁶⁾. An ihre Stelle war die gerichtlich kontrollierte Zwangsvollstreckung getreten. Dabei war bis 1385 die Ausübung der obrigkeitlichen, vom König begründeten Zwangsgewalt alleinige Aufgabe des Schultheißen und eine seiner vornehmsten Befugnisse. Erst mit dem Kauf des Schultheißenamtes ging diese Zwangsgewalt auf den Rat über, der jeden nicht ausdrücklich zugelassenen Eingriff gläubigerischer Eigenmacht in dieses Recht streng ahndete. Die Arbeit folgt daher der Bedeutung der beiden

Rechtsinstitute in der Praxis, wenn sie die rechtshistorisch jüngere Form der Zwangsvollstreckung nach gerichtlichem Verfahren vorweg behandelt.

I. Abschnitt

Die Zwangsvollstreckung nach gerichtlichem Verfahren

§ 2 Die Vollstreckungsvoraussetzungen

Bereits in den ältesten erhaltenen Quellen des Nürnberger Zivilprozeßrechts, in den beiden ersten Satzungsbüchern, steht das Vollstreckungsverfahren dem Erkenntnisverfahren als selbständiger Abschnitt mit eigenen Voraussetzungen gegenüber¹⁾. Mit der „gerichtlichen hilf und vollziehung des rechten“ durfte erst begonnen werden, wenn der Gläubiger „alle rechte“ gegen seinen Schuldner erlangt hatte. Dies war insbesondere dann der Fall, wenn dem Gläubiger „Vollung“ ins Gerichtsbuch geschrieben worden war, aber auch wenn er gewisse andere, der Vollung im Punkte der Vollstreckbarkeit gleichgestellte Schuldtitel in Händen hatte.

A) Die Vollung

Der Begriff der Vollung tauchte schon in Satzungen des 14. Jahrhunderts auf²⁾ und kam erst Ende des 18. Jahrhunderts außer Gebrauch. Seine Verwendung ist nicht immer eindeutig. Besonders eine Stelle der verneuten Reformation von 1564³⁾, in der das Gericht angewiesen wird, dem Kläger gegen den auf formelle Ladung säumigen Schuldner „verner hilf und execution, so man bißher VOLLUNG genent, zu erteilen“, hat bis in neuere Zeit dazu verleitet, Vollung und Execution für Synonyme zu halten⁴⁾. Gegen diese irrige Auslegung hat sich bereits Wölkern gewandt und darauf hingewiesen, daß „die Vollung nicht eigentlich vor die Execution selbst gehalten, sondern jene oder die Vollung zuvor erteilt und sodann erst die Execution und Immission erkant und volzogen worden“⁵⁾. Diese Auffassung vertritt auch Siebenkees⁶⁾. Sie findet ihre Bestätigung bei einem Vergleich mit den Ausgaben der Reformation von 1479, 1502 und 1522⁷⁾, wo Vollung jeweils die Voraussetzung der nachfolgenden Zwangsvollstreckung oder wie es in Nürnberg hieß, der „Hülfsvollstreckung“ ist. Modern gesprochen hatte der Gläubiger mit der Vollung einen vollstreckbaren Titel in Händen.

Nach der Art des Zustandekommens unterschied man die „bekannte“ und die „mit notrecht gewunnene“ oder „erteilte“ Vollung. Mit „notrecht“ war die Vollung gewonnen, wenn der Beklagte vor Gericht, ungeachtet seiner Widerwehre oder seines Ungehorsams, verurteilt wurde, seine Schuld zu bezahlen, also in den Fällen des kontradiktorischen und des Kontumacialverfahrens. Der Fall der bekannten Vollung lag nicht nur dann vor, wenn der Beklagte im Prozeß erschien und die Schuld vor Gericht bekannte, sondern auch dann, wenn er, ohne daß Klage gegen ihn erhoben war, vor Gericht oder den Genannten ein Schuldbekenntnis oder Zahlungsversprechen leistete.

a) Die Vollung nach streitiger Verhandlung

Das mittelalterliche Nürnberger Recht gehört nicht zu dem Kreis der Stadtrechte, in denen dem Geldschuldner in einem auf streitige Verhandlung ergehenden Urteil ein Urteilserfüllungsgelöbnis auferlegt wurde, bei dessen Verweigerung oder Nichterfüllung er einer Buße verfiel, die ihrerseits erst wieder die Grundlage der

Zwangsvollstreckung bildete⁸⁾). Urteile Nürnberger Gerichte gewährten dem Gläubiger vielmehr einen direkten Anspruch auf Zahlung. Es wurde Urteil dahin gefunden, daß der Schuldner die Schuld zu zahlen verpflichtet sei; das Urteil enthielt eine Feststellung der Schuld.

Das zeigen die Wendungen, mit denen die Nürnberger Quellen die Rechtsfolgen des Urteils wiederzugeben pflegen⁹⁾). Sie werden dahin formuliert, daß der Gläubiger die Schuld erlangt, erklagt, ersteht, erfordert, gewinnt, bezieht; daß der Schuldner der Schuld „gichtig“ gemacht wird, die Schuld verliert, der Schuld überwunden, erzeugt und ausgeklagt wird; die Schuld ist durch Urteil gerichtlich gewonnen, ergangen und erklagt, sie ist erstandenes Recht, zugesprochenes Geld, das Urteil weist dem Gläubiger die Schuld zu.

Dem Gerichtsgang entsprechend wurde das Urteil auf Bitten des Klägers von den Schöffen erteilt und nach Abläuten des Gerichts von dem Gerichtsschreiber in des „gerichts taveln“¹⁰⁾, seit Ende des 14. Jahrhunderts in ein Gerichtsbuch¹¹⁾ geschrieben. Damit hatte der Gläubiger jedoch noch nicht „alle Rechte“ an den Schuldner erlangt. Er hatte die Schuld zwar „erklagt“, aber noch nicht „ervollt“. Mit der Vollstreckung durfte erst begonnen werden, wenn ihm auch Vollung erteilt und geschrieben worden war. Ein Statut aus der alten Gerichtsordnung¹²⁾ befaßt sich ausführlich mit diesem Vorgang. Der Gläubiger mußte dem Schuldner das Urteil durch einen geschworenen Fronboten zustellen lassen, in der Regel „unter augen“. War der Schuldner nicht zu Hause, konnte die Verkündung auch seinen beiden Nachbarn geschehen. Bezeugte der Fronbote vor Gericht die Zustellung des Urteils unter Berufung auf seinen Eid, so wurde dem Gläubiger auf weitere Bitte 14 Tage nach Verkündung des Urteils von den Schöffen Vollung erteilt und nach Abläuten des Gerichts geschrieben.

Bei diesen 14 Tagen scheint es sich um eine Appellationsfrist gehandelt zu haben. Zwar enthält die alte Gerichtsordnung keine Vorschriften über eine Appellation¹³⁾. Mit Einführung der zehntägigen kanonischen Appellationsfrist durch die Reformation von 1479 wurde jedoch auch die Frist zwischen Urteil und Vollung auf zehn Tage verkürzt¹⁴⁾.

Ein Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären, scheint in Nürnberg nicht üblich gewesen zu sein. Die Reformation von 1564 bestimmt vielmehr ausdrücklich, daß die „Vollziehung des Rechten“ nur aus rechtskräftigen Urteilen erfolgen dürfe¹⁵⁾.

b) Die Vollung nach Versäumnisverfahren

War der Schuldner auf mehrmalige, formelle Schuldmahnung des Gläubigers nicht im Gericht erschienen, so konnte nach germanischem und frühmittelalterlichem Recht der Gläubiger die Friedloslegung des Schuldner erwirken: der Schuldner wurde geächtet¹⁶⁾. Die Friedlosigkeit erfaßte in erster Linie die Person des Ungehorsamen; sie war Strafverfahren, begründet in der strafrechtlichen Haftung des gegen rechtsförmliche Parteimahnung ungehorsamen Schuldners¹⁷⁾. Der Gläubiger wurde durch sie entweder überhaupt nicht oder doch nur mittelbar befriedigt. Zwar wurde das Gut des Geächteten konfisziert, es fiel aber in älterer Zeit dem König oder der Gesamtheit der Rechtsgenossen. Erst in späterer Zeit nahm die Achtung den Zweck der Befriedigung des Gläubigers in sich auf und der Gläubiger erlangte einen Anspruch auf das konfiszierte Gut¹⁸⁾. Dieser Rechtszustand war auch im Hochmittelalter noch sehr verbreitet. Am Würzburger Zehntgericht ist er noch im Jahre 1585 bezeugt¹⁹⁾, und Ruf²⁰⁾ hat nachgewiesen, daß auch am kaiser-

lichen Landgericht in Nürnberg noch Ende des 15. Jahrhunderts in bürgerlichen Sachen die Acht verhängt wurde.

Nicht so im Nürnberger Stadtrecht. Hier wurde gegen den im Zivilprozeß säumigen Schuldner nicht mehr die Acht erklärt, sondern es erging Urteil und wenn dieses Vollung erlangt hatte, erfolgt die Vollstreckung. Dieser Übergang muß schon bald nach der Loslösung des Nürnberger Stadtgerichts aus dem Landgerichtsbezirk erfolgt sein, denn das erste, um 1285 angelegte städtische Achtbuch²¹⁾ weist keine einzige Eintragung wegen schuldnerischen Ladungsungehorsams oder auch nur wegen Schuldsachen schlechthin auf. Die Acht als strafrechtliches Zwangsmittel entsprach dem Zweck des städtischen Schuldprozesses nicht mehr. Durch die Zwangsvollstreckung war die Befriedigung des Gläubigers schneller und unmittelbarer herbeizuführen, als dies durch die Friedloslegung geschehen konnte. Diese wirtschaftlichen Erwägungen ließen in der aufstrebenden Handelsstadt das Interesse an der Bestrafung des säumigen Schuldners in den Hintergrund treten.

Anders als die im streitigen Verfahren erlangte Vollung war die im Versäumnisverfahren erlangte nur im beschränkten Umfang der formellen Rechtskraft fähig. Ein Ratsdekret vom 28. März 1468²²⁾ befaßte sich ausführlich mit der Möglichkeit, eine im Versäumnisverfahren erkannte Vollung zu beseitigen. Erschien der Schuldner nach erkannter Vollung vor Gericht und versicherte eidlich, daß er sich „nit geverlich verporgen hatte und daz im daz (die Ladung) nit zu wissen worden ward“, so „sollt alsdenn die Vollung absein“, und der Schuldner „wieder zu seinen rechten gelassen werden“.

Diese Bestimmung hat in einigen Fällen dazu geführt, daß Gläubiger, deren Schuldner eine im Versäumnisverfahren ergangene Vollung zu Fall brachten und in einem neuerlichen Erkenntnisverfahren obsiegten, diesen Schuldnern Ersatz für den aus der Vollstreckung entstandenen Schaden leisten mußten²³⁾. Die mit der Neuordnung des Stadtrechts befaßte Kommission schränkte in der Reformation von 1479 diese unerwünschte Rechtsunsicherheit dahin ein, daß in den Fällen, in denen „die execution und volziehung derselben rechten vor dieser parthei erscheinung und fürbringen entlich worden were“, an der Rechtslage nicht mehr geändert werden sollte²⁴⁾. Gleichzeitig hob die Kommission jedoch den bislang geforderten Gefährdeid auf und begnügte sich mit dem bloßen Vorbringen ausreichender Rechtfertigung vorbehaltlich des „widerteils gegenwere“, eine Regelung, die auch in den späteren Ausgaben der Reformation beibehalten wurde²⁵⁾.

Eine weitere Besonderheit der im Versäumnisverfahren ergangenen Vollung bestand darin, daß sie nur über Jahr und Tag Bestand hatte. Wollte der Gläubiger ihr Erlöschen vermeiden, so mußte er sie „inner jar und tag“ dem Schuldner durch einen Fronboten „zu haus und hof“ zur Erneuerung verkünden lassen²⁶⁾. Erst die Reformation von 1564 hat diesen Unterschied beseitigt, indem sie die Vorschriften über die Erneuerung stillschweigend übergang und so auch der im Versäumnisverfahren erlangten Vollung dauernden Bestand verlieh²⁷⁾.

c) Das prozessuale Anerkenntnis als Vollung

Bekannte der Schuldner im Rechtsstreit seine Schuld, so bildete dieses Anerkenntnis nach Nürnberger Recht nicht die Grundlage für ein Anerkenntnisurteil, sondern es beendete den Rechtsstreit. Ein Urteil war überflüssig. Der Grundsatz, daß der Richter „zwischen zweier Mannen Rede Urteils fragen solle“, hatte nur den Sinn, daß er bei einer sachlichen Differenz zwischen dem Parteivorbringen die Schöffen

entscheiden lassen sollte²⁸⁾). Wenn, wie im Falle eines prozessualen Anerkenntnisses, kein Streit obwaltete, bedurfte es mithin keiner Urteilsfrage und damit auch keines Urteils.

In den Gerichtsbüchern werden die prozessualen Anerkenntnisse meist mit der Eingangsformel wiedergegeben: „Item hat NN zu dem NN bekannt vor ein offen gericht“ oder „vor ein offen rink“ oft auch „vor ein sitzend gericht“²⁹⁾.

Häufig sind sie mit Klauseln versehen, die Bestimmungen über die zukünftige Vollstreckung der bekannten Schuld treffen, und nach welchen diese Vollstreckung in irgendeiner Form aus dem Rahmen der allgemein üblichen Schuldvollstreckung herausfallen soll. Sei es, daß der Gläubiger bei der Pfändung nicht an die sonst einzuhaltende Reihenfolge des Zugriffs auf das Vermögen gebunden sein soll³⁰⁾, sei es, daß der von umständlichen, gesetzlichen Erfordernissen wie dem Auslösungsangebot befreit wird³¹⁾. Daß solche Vereinbarungen wirksam waren, kann bei der mittelalterlichen Anschauungsweise, nach der Parteiwillkür über alles Recht gesetzt wurde, nicht zweifelhaft sein³²⁾.

Die häufigste und wohl auch wichtigste dieser Klauseln ist die, nach welcher der Schuldner seinem Gläubiger das Recht einräumt, ihn ohne Prozeß gerichtlich pfänden zu lassen, wenn er seiner gerichtlich bekannten Schuld nicht am festgesetzten Tag nachkommen würde. In dieser ausführlichen Formulierung findet sich die sogenannte Vollstreckungsklausel nur äußerst selten in den Gerichtsbüchern. Meist gibt der Gerichtsschreiber solche Bekenntnisse mit der Formel „erclagt und erfolgt“ bzw. „erclagt und ervollt“ (parata execution) wieder³³⁾. Durch ein als „erclagt und erfolgt“ im Gerichtsbuch eingetragenes Schuldanerkennnis oder Zahlungsversprechen erhielt der Gläubiger gegen seinen Schuldner die gleiche Rechtsstellung, wie wenn er die Schuld eingeklagt und durch rechtskräftiges Urteil zugesprochen erhalten hätte: Er hatte damit alles erlangt bis auf die Vollstreckung³⁴⁾. Die Eintragungen sprechen daher häufig davon, der Schuldner habe „Vollung“ bekannt³⁵⁾. Im Gegensatz zu der von den Schöffen erteilten Vollung durfte die bekannte Vollung noch vor Abläuten des Gerichts in das Gerichtsbuch eingetragen werden³⁶⁾.

Gleich der im Kontumacialverfahren erlangten Vollung hatte die im Prozeß bekannte bis zur Reformation von 1564 nur über Jahr und Tag Bestand. Auch für sie gilt das oben Gesagte: Wollte der Gläubiger ihr Erlöschen vermeiden, mußte er sie durch einen Fronboten „inner jar und tag“ erneuern lassen³⁷⁾. Einer Erneuerung bedurfte es nicht, wenn das Bekenntnis nicht nur als „erclagt und ervollt“, sondern auch „unverneuten rechtens“ abgegeben war³⁸⁾.

An dieser Stelle ist ein Verfahren zu erwähnen, das sich in der Praxis großer Beliebtheit erfreute. Es findet sich erstmals in der Reformation von 1479, Tit. V, Ges. XIII, ist jedoch vermutlich älter und erinnert stark an den in der Schweiz bis ins 19. Jahrhundert üblichen sogenannten „Rechtstrib“, wie ihn Wyß geschildert hat³⁹⁾.

Die Reformation läßt dem Gläubiger die Wahl, ob er seine Forderung durch förmliche Klage bei Gericht oder durch formlose Anmeldung beim Bürgermeister verfolgen will. Im letzteren Fall wird der Schuldner unverzüglich zu einem provisorischen Verhör vor den Bürgermeister geladen. Ist er der Schuld geständig, „so sol solich bekantus für kreftig und gnug verstanden werden in aller massen, als ob die vor dem richter und offnem gericht beschehen were, und mag darauf ein Burgermeister mit demselben schuldner schaffen vnd ime gepieten, bezahlung vnd vergnügung zu thun in zehn tagen“. Erhebt der Schuldner Einwendungen, so ver-

weist der Bürgermeister die Parteien unter gleichzeitiger Festsetzung eines Termins an das zuständige Gericht.

d) Das außerprozessuale gerichtliche Anerkenntnis als Vollung

Der zweite Fall bekannter Vollung lag dann vor, wenn der Schuldner außerhalb eines Rechtsstreites vor Gericht erschien und ein mit einer Vollstreckungsklausel versehenes Schuldbekenntnis oder Zahlungsgelöbnis leistete. Bei der Eintragung dieser verwillkürten Vollung in das Gerichtsbuch brauchte das Gericht nicht in seiner vollen Besetzung zugegen sein. Die Gerichtsordnung von 1473 verlangt nur die Anwesenheit zweier Genannten und eines geschworenen Gerichtsschreibers⁴⁰⁾, eine Regelung, der sich die Reformation von 1479⁴¹⁾ anschloß. Dem fügte die Reformation von 1564⁴²⁾ als weiteres Erfordernis noch die Anwesenheit des Gläubigers hinzu. Soweit die verwillkürten Bekenntnisse als „erclagt und erfolgt“ abgegeben wurden, waren sie den prozessualen Bekenntnissen vor sitzendem Gericht vollkommen gleichgestellt⁴³⁾. Für ihre Vollstreckbarkeit und Erneuerung gilt das dort Gesagte.

B) Der Vollung gleichgestellte Vollstreckungstitel

a) Die Urkunden der Genannten

Die Genannten des größeren Rates waren befugt, auch außerhalb des Gerichts Urkunden über die vor ihnen abgeschlossenen Rechtsgeschäfte auszustellen. Sie hatten dabei hoheitliche Funktionen und galten als „*personae publicae*“, nicht „*privatae*“⁴⁴⁾. Die von ihnen ausgestellten Urkunden waren öffentliche Urkunden, denen besonderer Glauben zukam⁴⁵⁾. Bereits 1444 entschied der Rat, daß das, „was vor zwei Genannten des größeren Rats bekennet werde, so kräftig sein solle, als wenn es vor Gericht geschehe“⁴⁶⁾. Die Reformation von 1564 erweiterte den Kreis der Genannten auf die Mitglieder des kleinen Rates⁴⁷⁾. Urkunden der Genannten, die ein mit Vollstreckungsklausel versehenes Bekenntnis enthielten, wurden so behandelt, wie wenn der Schuldner das Bekenntnis vor sitzendem Gericht geleistet hätte. Sie standen einer in das Gerichtsbuch bekannten Vollung gleich⁴⁸⁾. Auf einseitigen Antrag des Gläubigers, ohne vorgängiges Gehör des Schuldners und ohne Urteil über die Richtigkeit der Forderung, wurde das Exekutionsverfahren eingeleitet.

b) Notarielle Urkunden

Die gleiche Rechtswirkung kam Urkunden zu, die von einem Notar über ein Zahlungsverprechen des Schuldners aufgenommen wurden, sofern der Schuldner sich in der Urkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hatte⁴⁹⁾. Im Gegensatz zu den Urkunden der Genannten mußten der Errichtung dieser Urkunden mindestens zwei gutbeumundete Zeugen hinzugezogen werden⁵⁰⁾. Mit einer Vollstreckungsklausel versehen, waren notarielle Urkunden nicht etwa nur Beweismittel, welche zur Grundlage eines Urteils dienten, sondern es kam gar nicht zum Beweis. Das Gericht schritt auf Antrag des Gläubigers sofort zur Exekution. Der Schuldner konnte die auf Grund einer vollstreckbaren, notariellen Urkunde erkannte Exekution nur durch die Behauptung hemmen, daß „der Notar unbekannt nir glaubwürdig oder *legalis were*“⁵¹⁾. Ein außergerichtlich vor Zeugen oder in einer Privaturkunde abgelegtes Schuld-

bekennnis, auch wenn dieses mit einer Vollstreckungsklausel versehen war, zog nicht die sofortige Exekution nach sich ⁵²). Vielmehr mußte erst der Schuldner darüber gehört und ein Urteil gesprochen werden, wenn er nicht nunmehr vor Gericht die Schuld bekannte ⁵³).

c) *Schiedsgerichtliche Urteile*

Einen vollstreckbaren Titel bildeten auch die in einem Schiedsgerichtsverfahren ergangenen Schiedssprüche. Schiedsgerichtsverfahren oder „hintergänge“, wie man sie wegen der Umgehung der ordentlichen Gerichtsbarkeit nannte, wurden bereits in der Reformation von 1479 ausdrücklich anerkannt ⁵⁴). Sie waren besonders unter Kaufleuten beliebt, die versuchten, durch Schiedsgerichtsvereinbarungen der notorischen Langsamkeit der ordentlichen Gerichte zu entgehen ⁵⁵).

Zu einem Austrag von Streitigkeiten in einem „hintergang“ kam es durch entsprechende Parteivereinbarung, die auch noch getroffen werden konnte, wenn die Sache bereits bei Gericht anhängig war. Das Urteil des von beiden Parteien erwählten Schiedsmannes oder Schiedsgerichts, *laudum* genannt ⁵⁶), war für die Beteiligten nur verbindlich, wenn sie vorher die Erfüllung des Hinterganges mit Gelübden oder Eiden bekräftigt hatten ⁵⁷). Die Vollstreckung eines Schiedsurteils überschritt jedoch die Befugnis, die die Streitsteile durch vertragliche Vereinbarung dem Schiedsgericht übertragen konnten. Hier begann die Zwangsgewalt des Rates. Weigerte sich die unterlegene Partei, den Ausspruch des Schiedsgerichts zu vollziehen, so mußte der obsiegende Teil den ordentlichen Richter um Hilfe bitten, der auf Grund des Schiedsurteils unverzüglich, „wie sonst in andern ordentlich verurteilten Sachen“, die Zwangsvollstreckung einleitete ⁵⁸).

§ 3 Gegenstand der Zwangsvollstreckung und Reihenfolge der Vollstreckungsmaßnahmen

Die Volksrechte betrachteten als Gegenstand der Zwangsvollstreckung nur die Fahrhabe des Schuldners und seine Person ¹) da die Grundstücke ursprünglich im Gemeineigentum der Sippe oder Dorfgemeinschaft standen. Die Erstreckung der Exekution auf die Immobilien des Schuldners stellt sich als eine durch die karolingische Gesetzgebung bewirkte Neuerung dar ²). Auch die Anspruchspfändung ist nach den Untersuchungen von Planitz eine frühmittelalterliche Neubildung ³).

Nachrichten über das Nürnberger Recht setzen erst ein, als diese Entwicklung der Vermögenshaftung bereits abgeschlossen war. Als Gegenstand der Zwangsvollstreckung betrachtete man hier das gesamte Vermögen und die Person des Schuldners ⁴). Der Personalexekution lag dabei die Überzeugung zugrunde, daß der Schuldner gezwungen werden müsse, mit seiner ganzen Persönlichkeit sein wirtschaftliches Handeln zu verantworten. Diese Auffassung, an der der Rat beharrlich festhielt, ließ keinen Raum für den Gedanken, daß dem Schuldner eine Existenzmöglichkeit gesichert bleiben müsse. Grundsätzlich galt die Auffassung „der gelter sol und muz widergelten von alle dem, waz er hat“ ⁵).

Eine spärliche Milderung, die gleichzeitig der einzige Fall der Unpfändbarkeit bleiben sollte, schaffte ein Ratsdekret vom 4. August 1472 ⁶). Danach sollten alle Gegenstände, welche zur Pflege von Wöchnerinnen und kranken Personen unentbehrlich waren, von der Pfändung ausgenommen sein.

Da der Gedanke der Personalexekution es nicht zur Ausbildung eines pfändungs-freien Vermögens kommen ließ, versuchte man auf andere Weise, eine Milderung des Vollstreckungsverfahrens herbeizuführen. Um den Schuldner nicht der Willkür des Gläubigers auszuliefern, gestattete man den Zugriff auf das der Zwangsvollstreckung unterworfenen Vermögen und auf die Person des Schuldners nur in einer ganz bestimmten Reihenfolge.

Einer Rechtsbelehrung des Nürnberger Rates an den der Stadt Eger aus der Mitte des 14. Jahrhunderts ist zu entnehmen, daß das Gericht dem Gläubiger nur dann erlaubte, den Schuldner „hintze den fronboten gevangen zu legen“, falls dieser nicht ausreichend „aigen oder erbe oder ander gut“ hatte, um seinen Gläubiger damit zu „gestillen“ ⁷⁾. Darüber ob „erb und aigen“ (= Liegenschaften) neben, vor oder nur nach dem „ander gut“ also der Fahrhabe angegriffen werden konnten, enthält diese Belehrung keine Hinweise. Erst ein Ratsverlaß vom 5. September 1424, der älteste, datierte aus der alten Gerichtsordnung, überliefert Näheres hierüber ⁸⁾. Er regelt die Vollstreckung gegen bauerliche Hintersassen. Der Rat bestimmte, daß der Herr alles, was an Habe, „die man treiben und tragen mag“ vorhanden sei, über den Wert der verfallenen Zinsen hinaus dem Gläubiger „gönnen“ müsse, um den „armen man“ vor der Entnahme eines Spans (= Liegenschaftsvollstreckung) oder dem Urlauben (= Gefangennahme) zu schützen. Die beiden letztgenannten Vollzugsmittel durften erst zur Anwendung kommen, wenn nicht genügend Fahrhabe gefunden werden konnte, wobei, wie bereits erwähnt, und wie ein Ratsverlaß vom 20. Juli 1460 ⁹⁾ noch einmal klarstellte, der Schuldner nur „geurlaubt“ werden durfte, wenn auch die Liegenschaftsvollstreckung nicht zur Befriedigung des Gläubigers geführt hatte.

Die hier wiedergegebene Reihenfolge der Vollstreckungsmittel ist keine eigenständige Schöpfung des Nürnberger Rechts. Sie deckt sich mit der durch die fränkischen Kapitularien reichsgesetzlich eingeführten und nach dem Zerfall des Frankenreiches in vielen Rechtskreisen, vor allem in Süddeutschland unverändert beibehaltenen Exekutionsordnung ¹⁰⁾. Die beiden aufgeführten Gesetze selbst be-rufen sich „auf die ordnung diz gerichtz“, die „von alters herkommen ist“.

In all den bislang aufgeführten Rechtsquellen, die sich mit dieser Materie be-schäftigen, vermißt man als Gegenstand der Zwangsvollstreckung die Forderungs-rechte. Daraus darf nicht geschlossen werden, daß diese dem Zugriff der Gläubiger entzogen waren. Vielmehr war es so, daß der Besitz von Forderungsrechten den Schuldner, der weder Fahrnis noch Liegenschaften innerhalb des Gerichtsbezirkes hatte, nicht vor der Gefangennahme schützte. Ein Gesetz „von fronvesten und vrlauben“ aus dem Jahre 1475 ¹¹⁾ mag dazu bestimmt gewesen sein, die Gesetze von 1424 und 1460 in diesem Punkte zu ergänzen.

Es gibt die bisherige, gewohnheitsrechtliche Regelung wieder, wenn es bestimmt, daß der bloße Nachweis des „verrehteten“, daß er in der städtischen Lösungs-stube oder sonstwo Zins- oder Leibgedingsansprüche habe, ihn ohne gleichzeitige Befriedigung des Gläubigers nicht aus dem Schuldturn befreien solle.

Die Reformation von 1479 hat im III. Gesetz des XI. Titels den Kreis der Forde-rungsrechte auf „alle außenstendige richtige und gewisse Schuld und Gerechtigkeit“ erweitert und ihre Einziehung nach den Liegenschaften belassen, ohne die Inhaf-tierung des Schuldners zu begrenzen. Erst seit der verneuten Reformation von 1564 sah man Forderungsrechte in Höhe der Schuld als geeignet an, den Schuldner vor der Gefangensetzung zu bewahren ¹²⁾. Die damit festgelegte Reihenfolge des Zu-

griffs auf Fahrhabe, Liegenschaften, Forderungsrechte und Person des Schuldners wurde in der Folgezeit unverändert beibehalten.

Innerhalb der Fahrnis- oder Liegenschaftsvollstreckung war der Gläubiger nach älteren Quellen in der Wahl seines Zugriffs keinen Beschränkungen unterworfen. Zu Beginn der Vollstreckung stand es in seinem Belieben, das bewegliche Gut des Schuldners pfänden zu lassen, das gerade erreichbar war, und von dem er glaubte, sich am leichtesten daraus befriedigen zu können. Mußte zu den Liegenschaften gegriffen werden, so konnte er auch hier frei wählen. Mit der Zeit bildete sich jedoch auch innerhalb der einzelnen Vollstreckungsabschnitte eine Rangordnung der Pfändungsobjekte heraus, am frühesten bei der Fahrnisvollstreckung. Das gläubigerische Interesse an der Pfandbestimmung erschien als das geringere gegenüber dem des Schuldners, die Vollstreckung ohne unnötige Schwächung seiner wirtschaftlichen Kraft durchzustehen. Auch der öffentlichen Gewalt war daran gelegen, daß die Zwangsvollstreckung unter möglichster Schonung des Schuldners durchgeführt wurde.

Eine solche, auf Schonung des armen Schuldners zielende Regelung findet sich, wohl in Anlehnung an das römische Recht ¹³⁾, erstmals in der Reformation von 1479 Tit XI, Ges. III. Um die unnötige Zerschlagung der wirtschaftlichen Einheit eines Bauernhofes zu verhindern, wurden Ackertiere und Ackerbaugeräte von der Fahrnispfändung ausgeschlossen und nur für subsidiär pfändbar erklärt, wenn der Gläubiger sich aus dem gesamten sonstigen Vermögen des Schuldners nicht mehr befriedigen konnte. Die Reformation von 1564 hat diese subsidiäre Pfändbarkeit auf „alles Werkzeug des ainer zu seiner Kunst, handwerk oder teglicher Arbeit nottürftig ist“, ausgedehnt ¹⁴⁾. Sie hat weiterhin die Wahl des Pfandes der Willkür des Gläubigers entzogen und den Fronboten angewiesen, „die varnus und güter so dem Schuldner am wenigsten Schaden pringen und doch dem Gläubiger zu bezahlung genug sein“, zuerst zu pfänden. Zu einem Verbot der völligen Kahlpfändung konnte sich der Rat jedoch weder 1564, noch später entschließen.

§ 4 Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen

A) Die Entwicklung bis zur verneuten Reformation von 1564

Der Darstellung der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen darf die Erkenntnis vorweggenommen werden, daß gewisse Grundzüge das gesamte Exekutionsverfahren gemeinsam beherrschten. Um Wiederholungen zu vermeiden, sollen sie kurz vorweg behandelt werden.

Ein Grundzug, der bereits im zweiten Satzungsbuch begegnet ¹⁾, bestand darin, daß sich das Vollstreckungsverfahren in einer Stufenfolge von „Gerichtsfragen“ bewegte, d. h. der betreibende Gläubiger mußte vor jedem Schritt, den er in der Vollstreckung unternehmen wollte, das Gericht fragen, ob er zu diesem Schritt ermächtigt sei. Je nach Sachlage gab ihm das Gericht darauf die Entscheidung, er habe bisher recht gehandelt und sei zum nächsten Schritt ermächtigt, oder er müsse noch dieses oder jenes Erfordernis nachholen. Versäumte es der Gläubiger, die Erlaubnis des Gerichts zu einer Vollstreckungshandlung einzuholen, so wurde dieser Handlung keine Rechtswirksamkeit zuerkannt. Außerdem wurde er bußpflichtig ²⁾. Die Buße betrug den „herbracht gewönlich wandel“, nämlich ein Pfund Heller ³⁾. Ein weiterer Grundzug des Vollstreckungsverfahrens, der sich im gesamten, mittel-

alterlichen deutschen Recht findet, bestand in der Zerlegung des Exekutionsverfahrens in zwei Abschnitte⁴⁾). Der erste bezweckte nur die Sicherstellung der Befriedigung des Gläubigers. In ihm fand nur die Beschlagnahme und Aufbewahrung des Exekutionsobjektes während einer bestimmten Frist statt, binnen welcher dem Schuldner zur Einlösung und Dritten zur Einsprache Gelegenheit gegeben war. Erst der zweite Abschnitt brachte die Befriedigung des Gläubigers durch Verwertung des Exekutionsobjekts.

Bei der Fahrnisvollstreckung lassen sich innerhalb dieser beiden Abschnitte folgende Handlungen unterscheiden:

a) Die Pfandnahme

Hatte der Gläubiger Vollung oder einen der Vollung gleichgestellten Rechtstitel erlangt, so mußte er sich an den Richter wenden mit der Bitte, ihm zu einem Pfand zu verhelfen⁵⁾). Verschiedentlich finden sich auch die Wendungen, der Richter solle dem Gläubiger ein Pfand „geben“, „tun“, „verschaffen“ oder „liefern“⁶⁾), immer aber war die „Hilfe“ des Richters notwendig. Sie wurde schließlich zum technischen Ausdruck für die Pfändung schlechthin⁷⁾).

Die richterliche Pfandhilfe erforderte nicht, daß der Richter selbst die Pfändung vornahm. Nur die Pfändungsbitte war bei ihm zu stellen. Meist bat der Gläubiger darum, der Richter möge ihm „einen pütel geben hintz dem gelter nach einem Pfand“⁸⁾). Eine selbständige Stellung im Vollstreckungssystem, wie sie den Fronboten Westfalens zukam⁹⁾), scheinen die Büttel und Fronboten des Nürnberger Rechts jedoch vor Ende des 15. Jahrhunderts nicht besessen zu haben. Wenn es trotzdem vereinzelt in Satzungen heißt, daß ein Büttel „pfands helfen soll“¹⁰⁾), so konnte er dies nicht aus eigenem Recht, sondern nur als Knecht des Richters. Er wurde dem Gläubiger zur Pfandnahme mitgegeben, um dem Schuldner die richterliche Erlaubnis sichtbar werden zu lassen und um auf die Einhaltung der Formen zu achten.

Dabei scheint man zumindest in älterer Zeit in den Bütteln nicht die volle Gewalt und Autorität des Gerichts gesehen zu haben; denn eine Satzung des 14. Jahrhunderts untersagt es den Bütteln, mit Gewalt in das Haus des Schuldners einzudringen, um ein Pfand wegzunehmen. Vielmehr muß, wenn dem Büttel das Pfand „dreistund (=dreimal) versagt wirt . . . der richter dar senden daz gerichte vnd sol die tore aufstozzen vnd sol dem clager pfandes helven“¹¹⁾).

Trotz aller richterlichen Pfandhilfe war das Subjekt der Pfändung jedoch der Gläubiger. Er erscheint als der Pfändungsführer, der „seinen gelter umb einpfand anspricht und ein volles pfand nach laut seiner vollung nemen mag“¹²⁾). Die Quelle der Pfändung war der Anspruch des Gläubigers¹³⁾). Es war ihm nur im Interesse der Friedenswahrung auferlegt, dem Richter bzw. dessen Boten die Durchführung der Pfändung zu übertragen. Der Richter bzw. sein Bote pfändeten nicht als Vollstrecker der öffentlichen Rechtsordnung, sondern als Werkzeug des Gläubigers¹⁴⁾). Erst im 16. Jahrhundert verblaßte der Gedanke, daß das Pfändungsrecht aus dem Anspruch des Gläubigers fließe, ein von ihm übertragenes Recht sei. Die Anschauung bahnte sich an, daß der Gläubiger, wenn er den Richter um Hilfe bitte, nur Gewalten auslöse, die ihren Ursprung nicht in seinem Gläubigerrecht haben, daß vielmehr die Richterpfändung als staatliche Rechtspflegehandlung in der öffentlichen Gewalt ihre Quelle finde¹⁵⁾).

Die Pfandforderung war notwendig mit einem „zu Haus und Hofe gehen“ ver-

knüpft. In den Gerichtsbüchern findet sich die Pfändungserlaubnis daher auch in der Form, der Gläubiger möge dem Schuldner „mit einem fronboten zu haus und hofe gehen“, ohne daß die Pfandnahme besonders erwähnt ist. An Sonn- und Feiertagen, sowie zur Nachtzeit war die Pfandforderung nur zulässig, wenn Gefahr bestand, daß der Schuldner fliehen werde¹⁷⁾.

Weigerte sich der Schuldner auf die rechtsförmliche Pfandforderung des Fronboten, von sich aus ein „genugsam pfand“ zu geben, so wurde er ausgepfändet, nunmehr vom Fronboten allein ohne Zuziehung des Richters. Dabei war bis zur verneuten Reformation von 1564 die tatsächliche Wegnahme des Pfandes und die Übergabe an den Gläubiger die Regel. Wie ein Statut aus dem zweiten Satzungsbuch zeigt, mußte dem Gläubiger das Pfand „von gerichtz wegen geantwurt werden“¹⁸⁾. Das ergibt sich auch aus der richterlichen Erlaubnis, der Gläubiger möge das Pfand „haimen“¹⁹⁾ und endlich aus den zahlreichen Bestimmungen²⁰⁾ darüber, wie lange der Gläubiger das Pfand in Verwahrung zu halten habe, bis die Pfandwertung erfolgen dürfe. Er war der Halter des Pfandes und hatte die Pfandgewere. Damit, daß der Schuldner die Gewere verlor, der Gläubiger die Gewere gewann, war die Pfändung vollendet und dessen Pfandreht entstand.

Während nach germanischer Rechtsauffassung eine Pfändung undenkbar war, durch welche die tatsächliche Gewalt dem Schuldner nicht genommen, dem Gläubiger nicht gegeben wurde²¹⁾, finden sich im Nürnberger Recht, das für den Normalfall der Pfändung an diesem Gewahrsamsübergang festhält, verschiedene Durchbrechungen dieses Prinzips.

Die Wegnahme des Pfandes und die Aushändigung an den Gläubiger konnte für den Schuldner gefährlich sein, wenn der Gläubiger nicht im Gerichtsbezirk ansässig, wenn er ein Fremder war. Es bestand die Gefahr, daß der Fremde seine Befriedigung nicht, wie er sollte, im ordentlichen Vollstreckungsverfahren erstrebte, sondern mit dem ihm ausgeantwortetem Pfand das Weite suchte. Der Rat verordnete daher, daß ein Gast das ihm „geantwurtet pfand“ nicht selbst behalten dürfe, sondern es „hinze sinem wirt oder in einez erbern manns gewalt oder in einz freunt es gewalt der burger hie ist und in kaines gastes gewalt der nit burger hie ist“ legen müsse²²⁾. Nach Ablauf einer Wartefrist konnte sodann die übliche Verwertung erfolgen, ein Zeichen, daß der Gläubiger durch die Übergabe in seinen Rechten nicht geschmälert wurde. Durch die Übergabe an den Verwahrer hatte er die Gewere nicht verloren. Zwar hatte der Dritte das Pfand in Gewahrsam; aber es war ihm vom Pfandgläubiger nur für die Zeit der gesetzlichen Frist anvertraut worden. Diese Tatsache war offenkundig, denn die Übergabe mußte in Gegenwart des Fronboten stattfinden. So kam man dazu, das durch offenkundigen Pfändungsakt begründete, sonach selbst offenkundige Pfandreht des Gläubigers, trotz Aufgabe des Gewahrsams weiter als bestehend anzunehmen. Das Recht war bereits weit genug fortgeschritten, das Pfandreht des Gläubigers selbst dann anzuerkennen, wenn ihm, wie hier, der unmittelbare Besitz entzogen war²³⁾.

Man wird annehmen dürfen, daß es einem Gast, der keinen seines Vertrauens würdigen Bürger in der Stadt wußte, auch möglich war, das Pfand bei Gericht zu hinterlegen. Rechtlich gesehen war dies zunächst nichts anderes, als etwa die Hinterlegung beim Gastwirt. Es mußte jedoch als unnötige Komplikation erscheinen, wenn der Fronbote dem Gläubiger das Pfand aushändigen sollte, nur, um es sofort wieder zur Verwahrung zurückzuerhalten. Die Übergabe verkümmerte und es entwickelte sich der Gebrauch, daß der Fronbote das Pfand unmittelbar in seine,

d. h. in gerichtliche Verwahrung nahm, ohne es vorher dem Gläubiger körperlich überantwortet zu haben²⁴). Dennoch wurde auch hier ein Pfändungspfandrecht des Gläubigers zur Entstehung und fortdauernden Existenz gebracht; denn es war offensichtlich, daß der Richter bzw. sein Bote mit dem Willen pfändete, dem Gläubiger ein Pfandrecht zu verschaffen und die Verwahrung einzig für diesen vornahm. Weil das Gericht bzw. sein Bote offenkundig nur für den Gläubiger besaß, vermittelte es diesem den Besitz und damit das Pfandrecht²⁵).

Mit der Zeit löste man sich auch von dem Gedanken, daß zur Begründung des Pfändungsrechts die tatsächliche Wegnahme des Pfandes aus dem Hause des Schuldners erfolgen müsse. Die Notwendigkeit hierzu ergab sich aus den Schwierigkeiten, die mit der Pfändung solcher Gegenstände verbunden waren, die „on schaden von ainer stat an die andere nit getragen werden mögen“²⁶).

Sollte etwa der schuldenrische Hausrat gepfändet werden, so überantwortete der Fronbote die gesamten Gegenstände dem Gläubiger, worauf dieser sie, wie es in einem Ratsverlaß der alten Gerichtsordnung heißt „fürbas in ain ander kamer (im Hause des Schuldners) beschleust und mit sein aigen schlüsseln und schlossen versperrt“²⁷). Damit war ihm sichtbar die tatsächliche Herrschaft über die Pfandgegenstände eingeräumt und so seinem dinglichen Recht die nötige Publizität verliehen.

Wurde dem Schuldner hierbei noch die Gewere entzogen, so hatte man für Wein, Getreide, Holz, Heu und Stroh eine Pfändungsform entwickelt, bei der die Pfändung ohne Gewereentzug vollendet werden konnte²⁸). Um bei diesen nur schwer transportierbaren Gegenständen die Publizität der Pfändung zu wahren, bediente man sich der symbolischen Pfändung. Anstatt zum Beispiel ein großes Weinfäß wegzunehmen, entnahm der Fronbote dem Faß einen Span und übergab ihn dem Gläubiger. Durch die Gewere an dem Span wurde der Gewere des Gläubigers an dem ganzen Fasse Offenkundigkeit verliehen. Zwar behielt der Schuldner den realen Gewahrsam an dem Fasse; dennoch wurde für den Gläubiger eine pfandrechtliche Haftung des Fasses begründet, da ihm durch die Gewere an dem Faßsymbol die Gewere an dem Fasse selbst vermittelt wurde. Gläubiger wie Schuldner besaßen die Gewere an dem Fasse: dieser die leibliche, jener die unleibliche, aber durch die offenkundige Innehabung des Pfandsymbols zur vollen Höhe einer leiblichen erhobene. Daß man so eine doppelte Gewere an Fahrhabe annehmen konnte, war für diese Fälle in der Übertragung der Grundsätze des Liegenschaftsrechts auf diese schwer transportierbaren Gegenstände begründet, dem diese Pfändungsform entlehnt ist²⁹).

Durch diese Sonderformen der Pfändung wurde der Boden vorbereitet für eine neue Auffassung über die Entstehung des Pfändungspfandrechts. Der Gedanke, daß die Pfändung nur vollendet, das Pfandrecht des Gläubigers nur zur Entstehung gelangt sei, wenn das Pfand aus dem Gewahrsam des Schuldners in den des Gläubigers gelangt sei, mußte sich immer mehr verdunkeln. Die Annahme einer Pfandgewere des Gläubigers auch ohne tatsächliche Innehabung des gepfändeten Gegenstandes hatte bereits zu einer Gleichstellung dieser Formen mit dem Pfändungsfauftpfand geführt. Dazu kam, daß sich die Obrigkeit in immer stärkerem Maße in die Pfändung einschaltete und Handlungen, die früher ausschließlich Aufgabe des Gläubigers waren, an sich zog³⁰). Der Gedanke, daß der Richter dem Gläubiger bei der Pfändung mit Machtmitteln des Staates zur Hilfe komme, konnte so die Wendung erhalten, daß die gepfändete Sache gerichtlich beschlagnahmt sei,

und die Pfändung dem Gläubiger ein in der öffentlichen Gewalt begründetes und durch sie gewährleistetes Recht verschaffe³¹⁾. Materiell war für den Gläubiger mit dieser neuen Auffassung keine Schlechterstellung verbunden, da das obrigkeitlich gewährleistete Pfändungsrecht einen erhöhten Schutz genoß³²⁾. Eine Nutzung des Pfandes war jedoch ihm auch vordem nicht gestattet.

b) Das gerichtliche Aufgebot

Nach der Pfändung konnte der Gläubiger das Pfand nicht sofort zu seiner Befriedigung verwenden. Vielmehr durfte zur Verwertung des Pfandes erst geschritten werden, nachdem das Pfand gerichtlich aufgeboten worden war. Dieses Aufbieten war weder ein Feilbieten zum Verkauf noch ein Anbieten an den Schuldner zur Einlösung. Beide, wortmäßig zulässige Deutungen werden dadurch ausgeschlossen, daß beide Handlungen in der Reformation von 1479 neben dem gerichtlichen Aufgebot erwähnt werden³³⁾. Das gerichtliche Aufgebot war vielmehr hier, wie in verschiedenen anderen Fällen, z. B. beim Fund oder beim Verlöbniß eine Proklamation, durch welche alle Beteiligten von der Sachlage in Kenntnis gesetzt und aufgefordert wurden, ihre etwa begründeten Einsprachen gegen die Pfändung geltend zu machen.

Zu diesem Zwecke mußte der Gläubiger das ihm vom Fronboten übergebene Pfand am nächsten, spätestens am übernächsten Gerichtstag vor Gericht bringen und öffentlich vorzeigen. In diesem Termin erfolgte sodann das gerichtliche Aufgebot durch „verrufung uber den rink“³⁴⁾, wodurch dem ganzen Verfahren Offenkundigkeit verliehen wurde.

Durch die „verrufung uber den rink“ war allen Beteiligten Gelegenheit geboten, ihre Rechte zu wahren. Der Schuldner, dessen Schuld auch nach der Pfändung weiterbestand, konnte das Pfand durch Zahlung der Schuld lösen oder durch Vorbringen etwa noch zulässiger Einreden die Schuld „mit rechte entreden“³⁵⁾. Dritten, welche infolge früherer Verpfändung oder Beschlagnahme ein besseres Recht auf den gepfändeten Gegenstand zu haben vermeinten oder welche das Eigentum an dem gepfändeten Gegenstand für sich in Anspruch nahmen, war die Möglichkeit eröffnet, ihre Einwendungen anzubringen. Dadurch war das Gericht in den Stand gesetzt zu prüfen, ob die Pfandnahme rechtmäßig vor sich gegangen war, insbesondere ob das Pfand den gesetzlichen Anforderungen entsprach; weiterhin konnte das Gericht dem Gläubiger Anweisungen geben, wie er sich mit dem Pfand in Zukunft zu verhalten habe.

Im Interesse des Gläubigers an einer raschen Befriedigung war zur Geltendmachung der Einwendungen eine Ausschußfrist gesetzt. Während dieser Frist hatte der Gläubiger mit dem Pfand nur eine Sicherung seiner Befriedigung in der Hand. Erst nach Ablauf dieser Frist trat die Bestimmung des Pfandes, der Befriedigung des Gläubigers zu dienen, in Kraft. Die Quellen unterscheiden diese beiden Zwecke der Frist, Ausschluß der Einwendungen und Eintritt der Verwertungserlaubnis, nicht scharf. Sie betonen meist das gläubigerische Verwertungsinteresse und sprechen daher von der Verkaufserlaubnis.

Die älteste und zugleich längste Frist findet sich im ersten Satzungsbuch. Danach durfte ein Pfand erst nach 6 Wochen verkauft werden³⁶⁾. Bei auswärtigen Gläubigern wurde die Frist auf 14 Tage verkürzt³⁷⁾, welche Dauer dann allgemein wurde³⁸⁾. Nach einer Satzung aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts sollte man eines „unsaybern pfandes VIII tage weren“ und es dann verkaufen³⁹⁾. Ein Rats-

verlaß von 1473 begnügt sich für Pfänder „in Kraft erlangter Vollung“ mit einer Aufgebotsfrist von 3 Tagen ⁴⁰⁾.

Die fortschreitende Tendenz zur Verkürzung der Aufgebotsfrist führte dazu, daß sie von den Schöpfern der Reformation von 1479, vermutlich wegen der Langwierigkeit des der Pfandnahme vorausgehenden und bis zur endgültigen Befriedigung des Gläubigers noch währenden Verfahrens, ganz abgeschafft wurde. Stellte sich im Aufgebotstermin heraus, daß die Pfandnahme formell ordnungsgemäß erfolgt war, so wurde dem Gläubiger nunmehr durch Urteil bestätigt, daß er recht gepfändet habe und ihm gestattet, das Pfand bereits am nächsten Tag schätzen, verfaulen und verkaufen zu lassen ⁴¹⁾. Das Pfandaufgebot war aber auch in dieser Gestalt noch mehr als eine bloße Ordnungsvorschrift. Nur mit gerichtlicher Erlaubnis war der Gläubiger zum Verkauf berechtigt. Verfügte er über das Pfand, ohne es aufgeboten zu haben, verfiel er einer Buße und ging seiner Forderung verlustig ⁴²⁾.

Der Schuldner und Dritte wurden mit ihren Einwendungen nunmehr bis zur Beendigung des Verfahrens gehört, erlitten also keinen Rechtsverlust ⁴³⁾.

c) Der ältere Pfandverkauf

Unter dem Pfandverkauf des älteren Nürnberger Rechts, wie des älteren deutschen Rechts schlechthin, darf man nicht eine gerichtliche Auktion oder Subhastation verstehen ⁴⁴⁾. Nicht das Gericht verkaufte, sondern der Gläubiger kraft seines Pfandrechts, das nach dem ihm vom Gesetz beigelegten Inhalt dem Gläubiger das Recht gewährte, das Pfand mit Genehmigung der Schöffen zu verkaufen und mit abermaliger Genehmigung der Schöffen dem Käufer das Eigentum an dem Pfand zu übertragen. Daher wendet sich eine Vorschrift aus dem ersten Satzungsbuch über die Herausgabe des beim Pfandverkauf erzielten Überschusses nicht an das Gericht, sondern an den Gläubiger ⁴⁵⁾. Auch in den Mitteilungen des Rates an die Stadt Eger erscheint als Verkäufer der Gläubiger ⁴⁶⁾.

Der Gläubiger war verpflichtet, beim Verkauf offen und redlich zu Werke zu gehen. Die Verkaufserlaubnis des Gerichts wurde ihm ausdrücklich dahin erteilt „daz er das verkauffen solt mit gewizzen“ ⁴⁷⁾. Dazu gehörte es, daß er das Kaufgeschäft vor Zeugen abschließen und einem höheren Gebot den Vorzug vor einem minderen geben mußte. Die Form der öffentlichen Versteigerung scheint jedoch nicht ausdrücklich vorgeschrieben gewesen zu sein.

Wie für die Pfandnahme, so ergab sich auch für die nachfolgende Pfandverwertung allmählich das Bedürfnis, die gerichtliche Kontrolle auf sie auszudehnen. Das Bestreben, eine möglichst genaue Wertbestimmung der Pfänder zu erreichen und einen möglichst teuren Pfandverkauf zu garantieren, führte dazu, daß der Gläubiger gezwungen wurde, sich bei der Pfandverwertung öffentlicher Personen zu bedienen. Am geeignetsten hierzu mußten wegen ihrer Erfahrung und Erprobung als Marktpersonal die Unterkäufel erscheinen. Unterkäufel, welche Waren, die anderen Personen gehörten, in kleineren Partien empfangen, um sie am Markt öffentlich oder unter der Hand zu verschleifen, hat es in Nürnberg seit altersher gegeben ⁴⁸⁾. Aus ihnen gingen einerseits die Höcker und Trödler, andererseits die beedigten Auktionare hervor ⁴⁹⁾. Nur die letzteren, geschworene Gerichtskäufel, geschworene Unterkäufel und seit 1509 Gerichtskäufel unter dem Panner (sub hasta) oder kurz Pannerkäufel genannt ⁵⁰⁾, wurden als halbamtliche Personen ⁵¹⁾ bei der Pfandverwertung zugezogen.

So findet sich im Ratsbuch von 1400 der Eintrag, der Gläubiger solle die Pfänder „behalten 14 tage und si dan legen zu ain keuffel die zu verkauffen“⁵²⁾. Es ist wahrscheinlich, daß der Gläubiger auch schon vor dieser Zeit, um ein bevorzugtes Zeugnis für die Rechtmäßigkeit der Verkaufsvorgänge zu gewinnen, den Verkauf lieber durch einen Unterkäufel als vor Zeugen vornahm. Er vermied dadurch den Vorwurf, daß er, zufrieden mit einem seine Forderung deckenden Kaufpreis, die Gelegenheit zu vorteilhafterem Verkauf versäumt und die Interessen des Schuldners oder anderer Gläubiger nicht genügend gewahrt habe.

Auch in dieser Gestaltung des Verkaufsverfahrens erscheint als Verkäufer, in dessen Auftrag und Vollmacht der Verkauf geschieht noch der Gläubiger. Nur war die Fürsorge, daß das Pfand so teuer wie möglich verkauft wurde, nicht mehr ihm überlassen, sondern unter gerichtliche Kontrolle gestellt. Aber auch diese Regelung bildet nur einen Übergang zu einem Verfahren, bei welchem das Gericht selbst verkauft, während der Gläubiger nur noch als Mitbieter auftritt.

d) Die Schätzung

Die wachsende Einschaltung der Obrigkeit in das Vollstreckungsverfahren und das Bestreben, eine Verschleuderung der schuldnerischen Habe zu verhindern, führten zu einer weiteren Komplizierung des Verfahrens: vor dem Verkauf mußten die Pfänder durch den Unterkäufel geschätzt werden⁵³⁾. Der zunehmende Umfang des städtischen Markt- und Wirtschaftslebens hatte unter diesen Beamten zu einer Arbeitsteilung geführt. In der Reformation von 1479 finden sich neben Unterkäufel für „erbs und aigen“⁵⁴⁾ auch solche für „varende hab“⁵⁵⁾. Letzteren wurden nach dem gerichtlichen Aufgebot die Pfänder zur Schätzung übergeben.

Richtlinien für die Schätzung enthalten der Unterkäufelord⁵⁶⁾ und die Unterkäufelordnung⁵⁷⁾, beide aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts.

Nach diesen Richtlinien sollten die Unterkäufel die ihnen vorgelegten Pfänder „nach bestem können“ und „billigen dingen“ schätzen. Ausdrücklich war ihnen untersagt, solche Pfänder zu schätzen, auf die sie sich nicht verstanden. Kleinodien mußten sie den Goldschmieden, rauhe Waren den Kürschnern, Leder, Tuch usw. den Sachverständigen solcher Waren zur Schätzung vorlegen.

e) Die Vergantung⁵⁸⁾

Hatte der Unterkäufel die Pfänder geschätzt, so mußte er dem Gericht den Schätzpreis mitteilen und die Verkaufserlaubnis abwarten. Einzelheiten über Ort und Zeit des Verkaufs, sowie über das dabei beobachtete Verfahren, enthalten weder die alte Gerichtsordnung, noch die Reformation von 1479. Allein aus dem Ausdruck „verfaulen und verganten“⁵⁹⁾ und den Eintragungen in den Gerichtsbüchern⁶⁰⁾ ist zu erkennen, daß es ein öffentlicher Verkauf an den Meistbietenden war.

Aus einem Ratsverlaß von 1509 wird auch der Versteigerungsort ersichtlich⁶¹⁾. Der Ratsverlaß war dadurch veranlaßt, daß „sich in der vergantung varender habe ain unordnung hat erzeugt, indem das durch gedreng des volks die unterkaufeln und andere dazu verordnete personen am verkaufen verhindert, auch etlich habe zu zeiten unter dem volk unwissend verzuckt und entpfremdet“ worden war. Der Rat gebot deswegen „zwo säulen am Markt vor dem Portalen unserer Frowen uffzurichten und die zu verschränken, damit die wider von dann mögen getan werden“. Wöchentlich fanden zwei Ganttage statt, zu denen an diesen Säulen Gantfahnen aufgezogen wurden⁶²⁾. Über den genauen Verlauf eines solchen Gant-

tages gibt eine Dienstvorschrift für Unterkäufel und Fronboten aus dem Jahre 1514 mit Nachtrag von 1522 Auskunft⁶³⁾.

Danach wurden an den Ganttagen die Pfänder ab 8 Uhr unter dem Banner zur Besichtigung ausgelegt. Die eigentliche Versteigerung begann erst um 13 Uhr. Außer dem Unterkäufel waren an der Versteigerung ein Fronbote und ein sogenannter Gegenschreiber beteiligt. Aufgabe des Fronboten war es, vor der Versteigerung die Pfänder auszurufen und im Termin auf Ruhe und Ordnung zu sehen. Die Unterkäufel waren bei ihrem Amtseid verpflichtet, von den „Pfändern nichts besonders zu legen, sondern alles ordentlich zu verganten und einem jeden, was er zu kaufen begehret, zu geben, es sei ein Stück mehr oder weniger“. Mindestgebot war der Schätzpreis. Erfolgte ein Kaufangebot, so mußte der Unterkäufel unter Nennung der gebotenen Summe zur Abgabe höherer Gebote auffordern. Jedes Pfand blieb nach Abgabe des letzten Gebotes mindestens noch zwei Stunden „auf der Gant“ und wurde weiter ausgebaut. Erst wenn nach Ablauf dieser Zeit kein höheres Gebot abgegeben worden war, erfolgte gegen Hinterlegung der gebotenen Summe — Pfandkauf war Barkauf — der vorläufige Zuschlag. Endgültig war der Erwerb erst, wenn das Gericht ihn bestätigte.

Dem Gegenschreiber oblag die Buchführung über die verkauften Pfänder und den erzielten Erlös. Er übte gleichzeitig eine Art Aufsicht über die Überkäufel aus. In seinem Amtseid⁶⁴⁾ mußte er schwören, alle Wahrnehmungen darüber, „daß der unterkeufel in schätzung und verkaufung der sachen einichen Verzug oder Gefährte gebraucht“, unverzüglich dem Bürgermeister oder Stadtrichter mitzuteilen.

Richtern, Fronboten und „allen anderen verwanden des gerihts“ war es bei Strafe verboten, selbst etwas bei gerichtlichen Versteigerungen zu erstehen oder durch einen Strohmann kaufen zu lassen⁶⁵⁾.

Von jedem Gulden des erzielten Versteigerungserlöses erhielten der Stadtrichter 2 Pf., der Fronbote und der Gegenschreiber je einen Pf. und der Unterkäufel und seine Frau, welch letztere die Arbeit mit der Verwahrung der Pfandgegenstände hatte, 1 $\frac{1}{2}$ Pf.⁶⁶⁾.

f) Das Anbieten des Pfandes zur Einlösung

War es dem Unterkäufel gelungen, das Pfand zu verkaufen, so mußte, ehe dem Käufer sein Kauf gerichtlich bestätigt wurde, das Pfand dem Schuldner zum Schätzpreis angeboten werden⁶⁷⁾. Das Einlösungsangebot erfolgte durch einen geschworenen Fronboten, in der Regel „unter augen“. War der ausgepfändete Schuldner abwesend, so genügt seit 1434 ein Angebot „zu haus und hof“⁶⁸⁾, seit 1479 auch ein Angebot an die Herberge oder an das Rathaus⁶⁹⁾. Bis 1434 mußte das Pfand beim Angebot auch körperlich zugegen sein, so daß es dem Schuldner gegen Zahlung der geschuldeten Summe sofort ausgehändigt werden konnte. Der Schuldner hatte acht Tage Zeit von seinem Einlösungsrecht Gebrauch zu machen. Bei „essenden pfändern“, d. h. bei Tieren, konnte das Gericht die Frist nach freiem Ermessen verkürzen. Ließ der Schuldner die Frist verstreichen oder erklärte er schon vor deren Ablauf, das Pfand nicht lösen zu wollen, so verlor er sein Recht, durch Einlösung den Verlust des Pfandes abzuwenden. Das Ergebnis des Angebotes mußte der geschworene Fronbote dem Gericht unverzüglich mitteilen⁷⁰⁾.

g) Die Bestätigung des Kaufes

Durch sein Gebot und die Hinterlegung der gebotenen Summe hatte der Käufer

eine dem Vorkaufsrecht ähnliche Rechtsstellung erlangt. Löste der Schuldner das Pfand innerhalb der ihm gewährten Frist nicht ein oder erklärte er bereits vor ihrem Ablauf, das Pfand nicht lösen zu wollen, so konnte sich der Käufer seinen Kauf vom Gericht bestätigen lassen; er konnte aber auch vom Kauf zurücktreten. Über die Form, in welcher die gerichtliche Bestätigung bei beweglichen Pfändern erteilt wurde, enthalten die Quellen keine Hinweise. Die Reformation von 1479 beschränkt sich auf die Anordnung, man solle „dem Käufer sein Kauf von gerichts wegen bestetten, um solche Kaufsumm, ob er es darumb behalten will“ ⁷¹). Was darunter im einzelnen zu verstehen ist, soll an Hand der Liegenschaftsvollstreckung deutlich gemacht werden.

Zog der Käufer es vor, sein hinterlegtes Geld zurückzunehmen, so wurde das Pfand um die gleiche Summe dem Gläubiger zum Kaufe angeboten. Lehnte auch er es ab, das Pfand um diesen Preis zu erwerben, so wurde es vom Unterkäufer erneut auf die Gant gelegt und unter Beachtung der bereits erwähnten Bestimmungen nach 14 Tagen an den Meistbietenden verkauft ⁷²).

b) Verteilung des Erlöses, Herausgabe des Überschusses, Nachpfändung

Hatte der Unterkäufer das Pfand in der vorgeschriebenen Weise verkauft und dabei so viel erzielt, daß der Gläubiger wegen seiner Forderung, der erlittenen Schäden, sowie wegen der Kosten des Verfahrens befriedigt werden konnte, so durfte er den Erlös dem Gläubiger aushändigen, ohne daß hierzu noch eine besondere Erlaubnis des Gerichts erforderlich gewesen wäre ⁷³). Betrieben jedoch mehrere Gläubiger die Vollstreckung gemeinsam, oder hatten sich der Vollstreckung des betreibenden Gläubigers mehrere andere Gläubiger angeschlossen, und reichte der Erlös nicht aus, um alle Ansprüche zu befriedigen, so mußte er den erlösten Betrag bei Gericht hinterlegen. Ein eigenes Verteilungsverfahren schloß sich an ⁷⁴).

Soweit der Gläubiger durch den Übergang des Erlöses in sein Vermögen befriedigt wurde, war die Haftung des Schuldners erloschen, das Schuldverhältnis der Parteien erledigt. Da die Schätzung des Pfandes der Wegnahme zeitlich nachfolgte, mag es nicht selten vorgekommen sein, daß der Wert und der Erlös des Pfandes die Forderung des Gläubigers beträchtlich übertrafen. Für diesen Fall verpflichtet bereits ein Ratsverlaß aus dem ersten Satzungsbuch ⁷⁵) den Gläubiger zur Herausgabe des erzielten Überschusses. Die Reformation von 1479 folgt dem, wenn sie dem Schuldner den Überschuß der Vergantung zuweist, vorausgesetzt, daß keine weiteren Gläubiger Ansprüche darauf erhoben ⁷⁶). Andererseits konnte das Pfand aber auch einen geringeren Erlös erbringen, als der Gläubiger zu fordern hatte. Hier war entscheidend, daß, anders als beim gesetzten Pfand, beim genommenen die Haftung nicht auf das Pfand konzentriert, die Haftung der übrigen Vermögensstücke nicht beseitigt wurde. Schon das oben erwähnte Statut aus dem ersten Satzungsbuch bestimmt hierfür: „gebrist aber iht. dar vmbe nimet man mer pfandes,“ eine Regelung, die die Reformation beibehalten hat ⁷⁷).

Dieses Vollstreckungsverfahren wurde nach 1522 verschiedentlich in Einzelheiten geändert. Eine Zusammenfassung dieser Änderungen zu einer umfassenden Neugestaltung brachte jedoch erst die verneute Reformation von 1564.

B) Das Verfahren seit der verneuten Reformation von 1564 ⁷⁸⁾

In der verneuten Reformation von 1564 wurde die bislang in verschiedenen Statuten geregelte „hilfe auf bewegliche Güter“ übersichtlich und vollständig im I. Gesetz des XI. Titels zusammengefaßt.

Die Pfändung erfolgte wie bisher durch einen geschworenen Fronboten. Außer dem Fronboten war bei der Pfandnahme jedoch auch ein geschworener Unterkäufel zugegen, um das Pfand sogleich an Ort und Stelle zu schätzen. Anlaß zu dieser Vorverlegung der Schätzung war das Bestreben, den Schuldner vor übermäßiger Pfandnahme zu schützen und nur die Pfändung solcher Gegenstände zuzulassen, die in einer gewissen Relation zum Schuldwert standen und leicht verkäuflich waren.

Nach der Pfändung wurde das Pfand nicht mehr, wie bisher, dem Gläubiger ausgehändigt, sondern „beschrieben“, d. h. in ein Verzeichnis der gepfändeten Gegenstände aufgenommen und in gerichtliches Versperr zu den Unterkäufeln gelegt. Das gerichtliche Aufgebot entfiel.

Ohne daß eine weitere Erlaubnis des Gerichts notwendig gewesen wäre, wurde das versperrte Pfand nach 3 Tagen dem Schuldner durch einen geschworenen Fronboten um den Schätzpreis zur Einlösung angeboten. Mit dieser Vorverlegung des Einlösungsangebotes vor den Pfandverkauf hat die Reformation eine alte Nürnberger Rechtsgewohnheit aufgegeben und eine Angleichung an das gemeine Recht vollzogen, die dem Wunsche nach Schnelligkeit des Verfahrens und den wirtschaftlichen Erfordernissen besser entsprach. Die Einlösungsfrist von 8 Tagen, wie sie schon die Reformation von 1479 kannte, war beibehalten worden.

Konnte der Schuldner 11 Tage nach der Pfändung, bzw. 8 Tage, nachdem ihm das Pfand zur Einlösung angeboten worden war, es nicht einlösen, so wurde auf Antrag des Gläubigers vom Gericht Termin zur Vergantung bestimmt und durch Anschlag eines Vergantzettels bekanntgegeben. Der Schuldner wurde vom Vergantermen außerdem durch einen Fronboten verständigt. Der Ablauf des Vergantermens vollzog sich in der bereits geschilderten Weise. Im Gegensatz zum älteren Verfahren war jedoch keine gerichtliche Bestätigung des Kaufes mehr erforderlich. Mit dem Zuschlag des Unterkäufels erwarb der Ersteigerer das Eigentum an dem Pfand.

Hatte sich im ersten Termin kein Käufer gefunden, so wurde das Pfand noch viermal auf die Gant gelegt. In der Zwischenzeit konnten die Unterkäufel die Pfänder in den Krämen feilbieten und zum Schätzpreis freihändig verkaufen.

War es dem Unterkäufel weder zu den Verganttagen noch in den Krämen gelungen, das Pfand zu verkaufen, so mußte der Gläubiger, wenn er seine Forderung nicht verlieren wollte, „am letzten, als dem fünften verfallstage, auf dieselben pfand ain Summa gelts legen“. Ein Mindestgebot war hierfür nicht mehr erforderlich. Sodann wurde das Pfand in einem neuen Vergantermen öffentlich um die vom Gläubiger gebotene Summe „verrufen“. Demjenigen, der hierauf am meisten über das Gebot des Gläubigers steigerte, wurde der Zuschlag erteilt. Meldete sich auch zu diesem Termin kein Käufer, so wurde dem Gläubiger „sein kauf bestetigt um die verrufene summe“.

Für die Verteilung des Erlöses, die Herausgabe eines etwaigen Überschusses sowie wegen der Nachpfändung für einen unbefriedigt gebliebenen Rest, gilt das bereits oben Gesagte.

§ 5 Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen

A) Die Entwicklung bis zur verneuten Reformation von 1564

a) Die Entspannung

Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen wurde durch symbolische Rechtshandlungen eingeleitet, die auf vormittelalterliche Formen des Liegenschaftsverkehrs zurückgehen, welche aus dem vertraglichen Grundstücksverkehr schon lange verschwunden waren ¹⁾: zum Zeichen der gerichtlichen Beschlagnahme schnitt der Fronbote aus einem Haus einen Span, aus einem Acker oder einer Wiese eine Erdscholle oder einen Wasen ²⁾. Da es den städtischen Verhältnissen entsprechend am häufigsten zur Pfändung des schuldnerischen Hauses gekommen sein mag, wurde die hierbei beobachtete Form der „entspeenung“ zum Ausdruck der Liegenschaftsvollstreckung schlechthin ³⁾.

Die Entspannung eines Grundstücks hatte die Wirkung eines gerichtlichen Veräußerungsverbots. Eine wider das Verbot vorgenommene Veräußerung war unwirksam ⁴⁾. Eine Ausweisung des Schuldners aus dem Grundstück und eine reale Einweisung des Gläubigers, wie sie Meibom für zahlreiche mittelalterliche Rechtsgebiete nachgewiesen hat ⁵⁾, dürfte in Nürnberg zumindest seit dem 15. Jahrhundert, vermutlich aber schon früher, mit der Entspannung nicht mehr verbunden gewesen sein. Ein Ratsverlaß vom 5. September 1424 ⁶⁾ aus der alten Gerichtsordnung, der älteste, datierte dieser Sammlung, bezeichnet es als „von alters herkommen“, daß dem Gläubiger nur der Span als Pfändungssymbol ausgehändigt wurde. Das lassen auch zahlreiche Spänbrieve aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts erkennen ⁷⁾. Damit, daß dem Gläubiger der Span ausgehändigt wurde, war seinem Pfandrecht an dem Grundstück die nötige Publizität verliehen; die Gewere an dem Pfandsymbol vermittelte ihm die Pfandgewere an dem entspannten Grundstück. Die Reformation von 1479 hält selbst diesen Gewereübergang des Pfandsymbols für überflüssig und beläßt den Span in der Hand des Fronboten, ohne dadurch den Gläubiger in seinen Rechten zu schmälern ⁸⁾.

Eine Ausnahme derart, daß den Gläubigern gestattet wurde, sich des schuldnerischen „hauses, erbs und aigens“ zu „unterwinden“ und es zu „besezen“, wie es in einer Mitteilung des Nürnberger Rates aus dem 14. Jahrhundert an den Rat der Stadt Eger heißt ⁹⁾, scheint nur gemacht worden zu sein, wenn der Schuldner flüchtig war. Aber auch da wurde seinen Gläubigern nur gestattet Haus und Erbe „zu halten on schaden, d. h. ohne die Befugnis des Gebrauchs und des Fruchtgenusses und mit der Verpflichtung, drohende Gefahren abzuwenden ¹⁰⁾.

Dieses Antwortschreiben auf eine Anfrage von Eger „wie lange dieselben burger und geste haus und erbe halten sullen, e sis verkaufen und des iren davon bekommen“, überliefert auch näheres über den Fortgang des Verfahrens. Der Brief spricht von einem „aufputen“, „verkaufen“, „empüten zum lösen über 14 tage oder lenger nach dem als er nahent oder verre were“ und von anschließendem „bestätigen von gerichts wegen“, wobei gerade die Reihenfolge der Handlungen für das süddeutsche Recht bezeichnend ist ¹¹⁾.

b) Das gerichtliche Aufgebot

Die Reformation von 1479 hat in Titel XI Gesetz IX—XI dieses Verfahren im wesentlichen beibehalten. Unverzüglich nach der Entspannung mußte das Pfand-

symbol vor Gericht aufgeboten werden. Es entsprach der fortgeschritteneren Auffassung über die Entstehung des Pfändungspfandrechtes, daß die Reformation die Sorge für das ordnungsgemäße Aufgebot dem Fronboten übertragen hat, ohne daß der Span vorher noch dem Gläubiger hätte ausgehändigt werden müssen. Rechtlich kam dem Aufgebot des Spanes die gleiche Bedeutung zu, wie sie für das gerichtliche Aufgebot beweglicher Pfänder geschildert wurde ¹²⁾. Anders als bei beweglichen Pfändern hat die Reformation bei Grundstücken jedoch die alten Verfallsfristen beibehalten. Bei städtischen Grundstücken betrug die Aufgebotsfrist 14 Tage, bei Grundstücken auf dem Lande vier Wochen. Erst wenn der Schuldner oder Dritte den Gläubiger bis dahin noch nicht „unclaghafft“ gemacht hatten, wurde diesem gestattet, das Grundstück zu verkaufen.

c) Der Verkauf

Das entspante Grundstück wurde ursprünglich weder vor dem Verkauf geschätzt, noch mußte sich der Gläubiger zum Verkauf eines geschworenen Unterkäufels bedienen. Vielmehr war ihm gestattet für das Grundstück in jeder ihm passend erscheinenden Weise selbst einen Käufer zu suchen ¹³⁾. Hinsichtlich des Käuferkreises bestanden ähnliche Einschränkungen, wie sie der Rat dem vertraglichen Grundstücksverkehr auferlegt hatte ¹⁴⁾: Grundstücke innerhalb des Püttelstabes (=städtischer Gerichtsbezirk) durften nur an Nürnberger Bürger verkauft werden. Auch der Verkauf selbst vollzog sich in den für den vertraglichen Grundstücksverkehr vorgeschriebenen Formen ¹⁵⁾.

d) Das Angebot an den Schuldner

War es dem Gläubiger gelungen für das entspante Gut einen Käufer zu finden, so mußte er, bevor der Verkauf gerichtlich bestätigt wurde, dem Schuldner das entspante Gut zur Einlösung anbieten. Mit der Form, in der das Angebot zu erfolgen hatte, befaßt sich sehr eingehend ein in die alte Gerichtsordnung aufgenommenes „neu gesetz heuser anzubieten“ vom 20. Oktober 1434 ¹⁶⁾. Das Gesetz war dadurch veranlaßt worden, daß nach bisherigem Gebrauch (lenger dan yemandz gedenkt) das Gericht den Verkauf nicht zur Bestätigung zuließ, wenn nicht zuvor ein Auslösungsangebot an den Schuldner „unter augen“ erfolgt war. Darin, heißt es, sei „groß vorteil und gevärde gesucht und getrieben, den leut ir schuld (=Forderung) gar lange verzogen“ worden, so daß sie etwa gar darum kamen. Es solle deshalb künftig, wenn ein anbieten „unter augen“ wegen der Abwesenheit des Schuldners nicht möglich sei, ein durch einen Schöffen zu überbringendes Angebot „zu haus und hof“ genügen. Ein Ratsdekret vom 9. September 1473, ebenfalls Bestandteil der alten Gerichtsordnung ¹⁷⁾, wollte den Schöffen die „merkliche mühe“, welche ihnen durch das „anpieten, verkaufter vnd erclagter erbe und eigen gepew der mewern in dieser stat“ erwachsen war, wieder abnehmen und übertrug diese Handlung den geschworenen Fronboten. Allein die Reformation hat in diesem Punkt wieder auf die alte Regelung zurückgegriffen und neben die geschworenen Fronboten auch wieder die Schöffen als Anbieter bestellt. Als Neuerung hat sie ferner verfügt, daß das Einlösungsangebot an abwesende Schuldner wahlweise auch durch Ediktalanzeige an das Rathaus geschehen könne, wozu seit 1504 der Anschlag an die Pfarrkirche des betreffenden Schuldners kam ¹⁸⁾. Während sich nun die Ediktalanzeige an die Pfarrkirche in der Stadt durchsetzen konnte, sah sich der Rat 1507 genötigt, das „anpieten entspenter

pawern erb“ an den umliegenden Kirchen wieder abzustellen, „dieweilen es der bischof von Eystett nit wollt zugeben“, und die Befürchtung laut wurde, daß „dergleichen vielleicht ander fursten auch nit werden gedulden“¹⁹⁾.

Die Einlösungsfrist betrug wie bei beweglichen Pfändern acht Tage. In den Gerichtsbüchern findet sich jedoch kaum ein Fall, in dem es dem Schuldner möglich war, von dem Einlösungsangebot Gebrauch zu machen. Er hatte jedoch noch eine andere Möglichkeit, auf das Verfahren Einfluß zu nehmen und zu verhindern, daß das entspante Gut zu einem Spottpreis verschleudert wurde: glaubte er, daß für das Gut ein höherer Preis hätte erzielt werden können, als der Gläubiger ihn erreicht hatte, so konnte er vor Ablauf der Einlösungsfrist beim Gericht einen neuerlichen Verkauf des Grundstücks, diesmal im Wege der Vergantung durch den geschworenen Unterkäufel beantragen.

e) Die Vergantung

Zu diesem Zwecke wurde das Grundstück vom Gericht einem Unterkäufel „erbs und eigen“ an die Hand gegeben mit der Anordnung, „es 8 tage auf die Gant zu legen“, wo es unter Mitwirkung des Schuldners mit dem „pesten füg auf das höchst verfaist und verkauft“ werden sollte²⁰⁾. An den ordentlichen Gerichtstagen rief außerdem ein Fronbote die wichtigsten Daten des Grundstücks in den Sitzungspausen aus und forderte zur Abgabe von Geboten beim Unterkäufel auf.

Um Interessenten auch außerhalb der Gerichts- und Verganttage die Möglichkeit zu geben, sich zu informieren, ordnete der Rat 1522 an, „es solle ein sonder tafel dazu gemacht unter das Rathaus gehangen und daran beschrieben werden: das haus zwischen dem und dem, auch an der gassen gelegen und umb wieviel das verspent were“²¹⁾. Gleichzeitig gestattete er den Unterkäufeln, die Grundstücke auch außerhalb der ordentlichen Verganttage „an allen fugsamen enden anzubringen“. Als eigentlicher Verkäufer erscheint auch in diesem Verfahren noch der Gläubiger. Durch den Spruch der Schöffen war er zum Verkauf berechtigt, allerdings mit der Auflage, daß er sich hierzu eines Unterkäufels bedienen müsse.

f) Zwangsweiser Pfandverfall an den Gläubiger

Hatte sich für das entspante Gut kein Käufer gemeldet, oder bestand etwa in Krieps- oder Krisenzeiten bereits vor der Entspänung keine Aussicht, für das Gut einen Käufer zu finden, so mußte der Gläubiger, wenn er nicht leer ausgehen wollte, auf Verlangen des Schuldners das Grundstück zu einem von den geschworenen Unterkäufeln erbs und eigen festzulegenden Schätzpreis an Erfüllungstatt annehmen. Hatte der Schuldner mehrere Grundstücke, so konnte der Gläubiger wählen, welches er zu seiner Befriedigung annehmen wollte²²⁾.

g) Das Angebot an den Eigenherrn

Ein Grundstück, das der Schuldner nicht als sein „frei lauter aygen“, sondern nur als „erbe“ besaß, mußte, bevor dem Käufer sein Erwerb bestätigt wurde, dem Eigenherrn durch einen Schöffen oder Fronboten um die gebotene Summe zum Kauf angeboten werden. Der Eigenherr hatte 14 Tage Zeit, von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen oder dem Verkauf zuzustimmen und den Ersteigerer gegen Entrichtung des verfallenen Eigengeldes mit dem Erbe zu beleihen. Ließ er die 14 Tage ungenutzt verstreichen, so wurde dies als Einverständnis gewertet, und einer gerichtlichen Bestätigung des Kaufes stand nichts mehr im Wege²³⁾.

b) Die Bestätigung des Kaufes

Um das Verfahren zu Ende zu bringen, mußte der Gläubiger nunmehr ein Urteil fragen lassen, „was Ihme nun darumb recht were“²⁴⁾. Versicherte der Unterkäufer auf seinen Dienst, daß das Verfahren ordnungsgemäß stattgefunden, und sich niemand gemeldet habe, der mehr für das Grundstück hätte geben wollen, so erging ein Urteil, der Gläubiger möge dem Ersteher „den kauf von gerichtswegen bestätigen als Recht were“²⁵⁾. Es war also nicht das Gericht, das den Kauf bestätigte, sondern der Gläubiger, kraft seiner ihm von der Rechtsordnung zuerkannten Rechtsstellung; lediglich der Vorgang der Bestätigung fand vor Gericht und mit gerichtlicher Billigung, „von gerichtswegen“, statt. Dementsprechend mußte auch der betreibende Gläubiger die Währschaftspflicht für das Grundstück übernehmen. Der Gläubiger verpflichtete sich dadurch, dafür einzustehen, daß das verkaufte Grundstück frei von Rechten Dritter auf den Ersteigerer überging. Demgemäß mußte er den Ersteigerer gegen Angriffe Dritter schützen und für ihn diesbezügliche Prozesse führen. Die Währschaft ging auf volle Behebung jedes etwa dem verkauften Grundstück anhaftenden rechtlichen Mangels bzw. auf entsprechenden Schadensersatz. Sie verpflichtete den Gläubiger aber auch selbst, den Ersteigerer in seinem Eigentums- und Besitzrecht nicht zu stören.

Für die Bestätigung des Kaufes und die Währschaftsübernahme hat sich in der Praxis eine Formel herausgebildet, die sich bereits in den ersten erhaltenen Spänbriefen des Nürnberger Stadtgerichts findet. Ein Spänbrief vom 8. Mai 1428²⁶⁾ gibt nach einer ausführlichen Schilderung des vorausgegangenen Verfahrens die entsprechenden Vorgänge in der formelhaften Wendung wieder: „also traten sie (die betreibenden Gläubiger) dar vor gericht und bestetigten demselben NN (=Käufer) den ehegeschriebenen kauf und gelobten in des also zu weren als ein ieglicher man den andern eines erclagten gutes weren solt nach gerichtz vnd der Stat recht. vnd also daz derselb NN mit denselben seinen gekauften rechten mit seins einshant tun vnd lassen möcht waz er wolt.“

Hatte das entspante Gut einen Eigenherrn, so enthalten die Spänbriefe die Einschränkung, daß Kauf und Währschaftsübernahme „Ihme dem Eigenherrn und seinen nachkommen an ihrer eigenschaft, zinnßen und rechten, so sie daran hetten in allweg unschädlich sein solle“²⁷⁾.

i) Die Zwangsäumung

Zu den Pflichten des Gläubigers, dem Ersteigerer den Kauf zu „weren“, gehörte auch die Übergabe des Grundstücks. Wollte der Schuldner das Grundstück nicht gutwillig räumen, so konnte der Gläubiger, aber auch der Ersteher das Gericht unter Vorlage des Spänbriefes bitten, „dem gelter von gerichtzwegen ze gebieten, sein erclagt un ervolgt gut ze rawmen“²⁸⁾. Durch einen Fronboten erging sodann an den Schuldner der gerichtliche Befehl, das Grundstück binnen 14 Tagen zu verlassen. Weigerte er sich, so wurde er 3 Tage mit je einem Pfund Heller Strafe belegt und bei fortwährendem Ungehorsam am vierten Tag zur Fronfeste geführt. Ein gerichtliches Verfahren wegen Ungehorsams schloß sich an.

Diese Regelung der Reformation von 1479 bedeutet eine Neuerung gegenüber dem bisherigen Gerichtsgebrauch, wie ihn ein undatiertes Ratsverlaß aus der alten Gerichtsordnung wiedergibt²⁹⁾. Danach hatte man dem Schuldner bisher nur eine Räumungsfrist von acht Tagen gewährt und für jeden darüberliegenden Tag der

Weigerung ein Pfund Heller als Buße eingezogen, ohne ihn aber bei fortdauernder Weigerung gefangen zu setzen.

B) Das Verfahren seit der verneuten Reformation von 1564

Schon bei einem rein äußerlichen Vergleich mit den älteren Kodifikationen fällt auf, daß in der verneuten Reformation von 1564 das bisher in verschiedenen Gesetzen geregelte Vollstreckungsverfahren in Liegenschaften übersichtlich und vollständig im II. Gesetz des XI. Titels zusammengefaßt wurde. Auch sachlich wurde das Verfahren gestrafft.

An dem stufenförmigen Gang des Verfahrens selbst, in Form der vom Gläubiger zu stellenden Gerichtsfragen, hat die mit der Neufassung der Reformation beauftragte Kommission allerdings nichts geändert. Der Gläubiger, der durch die Verwertung der beweglichen Güter seines Schuldners nicht befriedigt worden war, mußte das Gericht bitten, ihm zu dessen liegenden Gütern zu verhelfen. Die Hilfe begann wie bisher mit der Entspänung. Erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurde diese symbolhafte Form der Beschlagnahme durch einen einfachen Beschluß des Gerichts ersetzt³⁰⁾. Auch die Bestimmungen über das gerichtliche Aufgebot und die Aufgebotsfristen hat die Kommission beibehalten.

Eine wesentliche Änderung bedeutete es jedoch, daß die entspannten Grundstücke nach Ablauf der gerichtlichen Aufgebotsfrist nicht mehr sofort verkauft werden konnten, sondern vor dem Verkauf amtlich geschätzt werden mußten. Bislang war eine Schätzung von Liegenschaften nur erforderlich gewesen, wenn diese dem Gläubiger zwangsweise zur Befriedigung zugesprochen werden sollten. Das Gericht hatte in solchen Fällen einen geschworenen Unterkäufer „erbs und eigen“ mit der Schätzung beauftragt. Nunmehr war die Schätzung bei städtischen Grundstücken Aufgabe der geschworenen Werkleute, auf dem Lande sollte sie von „verständigen Pawersleuten“ vorgenommen werden.

Diese Regelung scheint sich indes nicht bewährt zu haben; denn bereits am 19. Juli 1564 sah sich der Rat gezwungen in Ermangelung „verständiger Pawersleut“ den geschworenen Werkleuten auch die Schätzung ländlicher Grundstücke zu übertragen³¹⁾. Da die geschworenen Werkleute ihren Schätzungen jedoch vorwiegend den baulichen Zustand der Häuser zugrunde legten, wirtschaftliche Momente, die sich aus der Lage des Hauses, seiner Eignung zu Handel und Handwerk ergaben, aber weitgehend unberücksichtigt ließen, gebot der Rat 1650 die Zuziehung zweier Schöffen in allen fraglichen Fällen³²⁾.

Das Einlösungsangebot an den Schuldner wurde wie bei der Fahrnisvollstreckung vor den Verkauf gelegt. Diese Neuerung war vor allem als Erleichterung und Anreiz für den Ersteigerer gedacht, der nunmehr, besonders bei Gütern ohne Erb- und Eigenherrschaft, mit einem sicheren Erwerb rechnen konnte. Für den Schuldner mag es einen gewissen Ausgleich bedeutet haben, daß die Einlösungsfrist von acht auf vierzehn Tage verlängert wurde.

Den Verkauf des entspannten Grundstücks hat die Reformation von 1564 dem Gläubiger endgültig aus der Hand genommen. Die Vergantung durch den geschworenen, vom Gericht überwachten Unterkäufer erfolgte nicht mehr, wie bisher nur hilfsweise, und auf besonderen Antrag des mit dem Verkauf durch den Gläubiger unzufriedenen Schuldners, sondern war die einzig zulässige Art der Verwertung. Diese Umgestaltung des Verfahrens mußte zu einer Änderung in der

rechtlichen Auffassung führen. Sie drängte förmlich dazu, nicht mehr den Gläubiger als den Verkäufer des entspannten Grundstücks anzusehen, sondern das Gericht und die von diesem repräsentierte Obrigkeit³³⁾.

Zur Vorbereitung der Vergantung wurden von den Gerichtsschreibern sogenannte Gantzetteln ausgefertigt und von den Fronboten am Rathaus und an den Pfarrkirchen angeschlagen. Mit dem Gerichtssiegel versehen, enthielten sie Angaben über Lage, Beschaffenheit, Gerechtsame, Zubehör und Belastung des Grundstücks, sowie die Aufforderung an Interessenten, binnen 14 Tagen ihre Angebote beim Unterkäufer abzugeben. Daneben scheinen die Unterkäufer von sich aus an verschiedenen öffentlichen Plätzen der Stadt Anschlagtafeln errichtet zu haben, ohne daß der Rat dagegen eingeschritten wäre³⁴⁾. Auf dem Lande blieb weiterhin die von der Reformation nicht mehr genannte Verkündung von den Kanzeln in Gebrauch³⁵⁾. Die Vergantung selbst vollzog sich in den bereits geschilderten Formen³⁶⁾. Barzahlung war im Gegensatz zur Vergantung beweglicher Pfänder bei Liegenschaften nicht erforderlich. Der Ersteher konnte den Kaufpreis auch durch Anweisung begleichen, wobei es dem Gericht vorbehalten war, deren Bonität zu prüfen und sie gegebenenfalls zurückzuweisen³⁷⁾. Anweisungen der städtischen Losungsstuben mußten jedoch seit 1633 an Zahlungen statt angenommen werden³⁸⁾. Doch gestattete ein Ratsverlaß aus dem Jahre 1651 den Gerichten, Bargeboten den Zuschlag vor gleichhohen Anweisungen zu erteilen³⁹⁾. Bereits seit 1560 war es Fremden möglich, Gattergelder⁴⁰⁾ auf Nürnberger Grundstücken für die Dauer von zwei Jahren zu erwerben. 1638 gestattet der Rat den Gerichten, Fremden, wenn sie Gläubiger waren, auch den Zuschlag auf städtische Anwesen ihrer Schuldner zu erteilen. Sie mußten sich jedoch vorher urkundlich verpflichten, die Grundstücke längstens nach zwei Jahren wieder an einen Nürnberger Bürger zu verkaufen⁴¹⁾.

Einen zwangsweisen Pfandverfall läßt die Reformation nur noch nach mehrmaligem, erfolglosen Ausgebot des Grundstücks zu. Die Übereignung an den Gläubiger zum Schätzpreis, ohne daß vorher eine andere Verwertungsmöglichkeit gesucht worden war, wurde ausdrücklich untersagt. Der Pfandverfall selbst war in die Form des Gläubigerkaufes gekleidet: Der Gläubiger wurde als Mitbieter bei der Vergantung betrachtet, und in Höhe des Schätzpreises „nicht anders als ein gemeiner Käufer von andern angesehen“⁴²⁾. So erschien er nach mißlungener Vergantung als der Meistbietende, dem der Zuschlag erteilt werden mußte. Übertraf der Schätzpreis seine Schuldforderung und die Kosten des Verfahrens, wozu bei Landgütern auch der zu entrichtende Handlohn gerechnet wurde, so mußte er den rechnerischen Überschuß in bar herausgeben⁴³⁾.

Diese Regelung brachte mancherlei Unbilligkeiten mit sich. Ein Gläubiger, der nicht völlig leer ausgehen wollte, war oftmals gezwungen ein heruntergewirtschaftetes, wertloses, unverkäufliches Grundstück zu überhöhtem Schätzpreis anzunehmen und unter Umständen noch gutes Geld dafür herauszubezahlen. Ein Ratsverlaß von 1569 schaffte hier Erleichterung: Kein Gläubiger sollte künftig verbunden sein, ein entspanntes Gut zu übermäßigem Schätzwert anzunehmen. Gegen den Taxbescheid der Werkleute wurde ihm die Beschwerdemöglichkeit an den Rat eröffnet⁴⁴⁾.

In Zeiten schwerer äußerer Not änderte sich die gesetzgeberische Tendenz. 1632 regten die Schöffen und Richter des Stadtgerichts an, das Zwangsankaufsrecht des Gläubigers aufzuheben. Unmittelbarer Anlaß hierzu war die wirtschaftliche Bedrängnis, der besonders die Bauern der Umgegend durch die durchziehenden Kriegsheere der Kaiserlichen und Schweden ausgesetzt waren. Zudem hatten die

langen Kriegsjahre zu einer zunehmenden Geldverknappung geführt, so daß bei Vergantungen kaum Bieter auftraten. 1632 entschied sich der Rat zwar für die grundsätzliche Beibehaltung des Zwangsanfallsrechts, stellte es seinen Richtern jedoch anheim, von dessen Anwendung Abstand zu nehmen, „dafern sich aus denen actis befinden würde, daß der debitor mit Reichung der jährlichen Zinnße gegen den Gläubiger nicht saumselig erschienen, derselbige aber nicht aus Noth, sondern allein darum auf die execution dringen würde, damit er bei jetzigem Geldmangel zu einem wohlfeilen Haus kommen mögte“⁴⁵⁾.

Weitere Ratsverlässe zu diesem Gegenstand folgten⁴⁶⁾. Die Richter wurden ermahnt „mit der execution auf liegende Güter nicht so jähe zu verfahren, noch dem klagenden Theil solche bloß um die Schatzung zu adjudiciren, sondern hierinnen zum öftern anbefohlenermaßen ex aequo et bono zu handeln, damit bedrängte leute, auf ihrer creditoren importunes Anhalten, um ihre liegenden Güter nicht alsogleich um einer geringen Forderung wegen gebracht werden“⁴⁷⁾.

Die Eintragungen in den Gerichtsbüchern zeigen, daß die Gerichte von den ihnen erteilten Ermächtigungen ausgiebigen Gebrauch gemacht haben. Die Vergantfristen wurden drei- und viermal verlängert; hatte sich dann immer noch kein Interessent gemeldet, so wurde der Gläubiger zunächst einmal in die Nutzungsgewere eingewiesen und oft erfolgte der Zwangszuschlag erst nach Monaten⁴⁸⁾. Viele Abweichungen und Sonderentwicklungen, für die wir keine spezielle Regelung durch den Rat kennen, mögen in diesen allgemeinen Ermächtigungen der Gerichte ihre rechtliche Grundlage haben.

Die Bemühungen des Rates gelangten zu einem gewissen Abschluß mit einem Dekret vom 3. April 1650⁴⁹⁾. Danach sollte in Zukunft, wenn dem Gläubiger das schuldnerische Gut zwangsweise zugeschlagen wurde, dem Schuldner drei Jahre das Recht zustehen, gegen Bezahlung der Forderungen und der vom Gläubiger auf das Gut gemachten werterhöhenden Aufwendungen dieses wieder an sich zu ziehen (*ius retractus*).

Hatte das Gut einen Eigenherrn, so mußte es, wie schon in der Reformation von 1479, vor dem Zuschlag an den Ersteigerer oder den Gläubiger dem Eigenherrn zum Kauf angeboten werden. Ein Ratsdekret aus dem Jahre 1634 gestattete dem Eigenherrn, für ein solches hinter ihm gehöriges Gut selbst einen neuen Erbmann zu suchen⁵⁰⁾.

Seit Anfang des 18. Jahrhunderts finden sich an Stelle der bislang als Spänbriefe bezeichneten Urkunden sogenannte „Adjudikationsbescheide“. Aus ihnen läßt sich besser als dies bei der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen möglich ist, der Wandel in der Auffassung über die Quellen der Rechtsveränderung im Vollstreckungsverfahren ersehen. Die Übertragung des Eigentums an dem schuldnerischen Grundstück erscheint nicht mehr als eine Handlung des Gläubigers, der durch den Spruch der Schöffen dazu ermächtigt ist, sondern als ein richterlicher Akt, ein Akt der öffentlichen Gewalt. Dementsprechend findet sich in diesen Bescheiden auch keine Wärschaftsübernahme des Gläubigers mehr, der Gläubiger erwarb ja Eigentum durch staatlichen Hoheitsakt. In seiner einfachsten Form ging der Adjudicationsbescheid dahin, „daß dem NN die in ... liegende frey lauter eigen Behausung des XX um dessen Angebot von ... fl. von Gerichtswegen hiermit adjudiciert und zuerkannt seyn solle“⁵¹⁾.

Der Zwangsräumung des Grundstücks mußten drei mit Strafandrohung versehene Aufforderungen im Abstand von je vier Tagen vorausgehen. Die althergebrachte

Ungehorsamsstrafe von einem Pfund Heller hat die Reformation von 1564 nicht übernommen, sondern Art und Höhe der anzudrohenden Strafe in das Ermessen des Gerichts gestellt. Zu einer Inhaftierung des ungehorsamen Schuldners kam es nur noch selten und nur auf besonderen Antrag des Gläubigers, nicht mehr wie bisher von Gerichts wegen. In der Regel beeschränkte sich das Gericht auf die Ausweisung des Schuldners aus dem Grundstück und auf die Eintreibung der verfallenen Strafen ⁵²⁾).

§ 6 Die Zwangsvollstreckung in Forderungen und Ansprüchen

Unter den zahlreichen Vorschriften über die Vermögensvollstreckung finden sich keine Bestimmungen über die Art und Weise der Zwangsvollstreckung in Forderungen. Selbst die Reformation von 1564 beschränkt sich darauf, den Zugriff auf die Forderungen des Schuldners nach der Liegenschaftsvollstreckung anzuordnen, ohne näheres über das dabei von den Gerichten zu beobachtende Verfahren zu verfügen ¹⁾).

Der Verfasser des Collegium Reformationis Noricae Practicum erklärt das Fehlen gesetzlicher Bestimmungen über diese Materie damit, daß die Autoren der Reformation von 1564 das Vorgehen des Gläubigers gegen den Schuldner seines Schuldners wohl als ein selbständiges Verfahren, nicht als einen Akt der Exekution gegen letzteren aufgefaßt haben ²⁾). Diese Auffassung vertritt auch Meibom ³⁾). Nach seinen Untersuchungen soll eine Legitimation des Gläubigers dem Drittschuldner gegenüber durch vorgängige Ausklagung des Schuldners und gerichtliche Überweisung der Forderung des letzteren gegen seinen Schuldner oder gerichtliche Überweisung der im Besitz des Dritten befindlichen Sache in den deutschen Stadtrechten nicht üblich gewesen sein. Nach Meibom erschien der Gläubiger ohne weiteres zur Sache legitimiert, wenn er zeigte, daß ihm eine Forderung gegen seinen Schuldner zustehe und daß der Dritte diesem etwas schuldig sei oder Sachen desselben in Besitz habe. Der Gläubiger soll nach dieser Auffassung als Repräsentant des Schuldners ohne dessen Willen die Rechte desselben gegen den Dritten geltend gemacht haben ⁴⁾).

Diese Auffassung entspricht nicht dem von den Nürnberger Gerichten gehandhabten Verfahren, wie es in den Gerichtsbüchern seinen Niederschlag gefunden hat. Zahlreiche Eintragungen in den Gerichtsbüchern zeigen, daß man sehr wohl eine Zwangsvollstreckung in Forderungen als Teil des gesamten Exekutionsverfahrens kannte.

Die Forderungsrechte wurden auf Antrag des Gläubigers, der einen vollstreckbaren Titel vorweisen mußte, vom Gericht mit einem Verbot belegt, indem dem Drittschuldner die Leistung an den Schuldner untersagt wurde ⁵⁾).

Der Drittschuldner konnte auf Grund des gerichtlichen Verbots die Leistung sofort an den verbietenden Gläubiger abführen. Er tat dies in der Regel jedoch nur, wenn der Gläubiger ihm eine Gewähr für Schadloshaltung bot, falls sich das Verbot als unbegründet herausstellen oder der Schuldner sonstige Ansprüche gegen ihn erheben würde ⁶⁾). Der Gläubiger konnte die Sicherheitsleistung auch durch Bürgen erbringen ⁷⁾).

Gab allerdings der Drittschuldner das Geschuldete nicht freiwillig gegen Sicherheitsleistung an den Verbietenden heraus, so blieb diesem nur der Weg der Klage gegen

den Drittschuldner. Zur Erhebung der Klage war er jedoch nur nach vorgängiger Überweisung der Forderung durch das Gericht befugt⁸⁾).

§ 7 Die Personalexekution

A) Die Entwicklung bis zur Reformation von 1479

Die Grundlage und der Nerv der mittelalterlichen Zwangsvollstreckung war die Personalexekution in ihren verschiedenen Formen¹⁾. Besaß der Schuldner weder genug Mobilien noch Immobilien, um seine Schulden damit zu begleichen, so wurde er nach frühmittelalterlichem deutschen Recht dem Gläubiger überantwortet, um als Schuldknecht seine Verbindlichkeiten abzarbeiten²⁾. Der Gläubiger hatte gewissermaßen ein nutzbares Pfandrecht an der Person seines Schuldners³⁾. Dieses Recht auf die Person des Schuldners dauerte bis zur vollständigen Tilgung der Schuld, wozu auch der Betrag rechnete, den der Gläubiger für den Unterhalt seines Schuldknechtes aufwenden mußte⁴⁾.

Gegen Ausgang des 13. Jahrhunderts zeigt sich in den süddeutschen Rechtsquellen eine auffallende Milderung in dieser Strenge des alten Schuldrechts⁵⁾. Sie wird allgemein dem wachsenden Einfluß des römischen und italienisch-romanischen Rechts zugeschrieben, mit dem seit dem 13. Jahrhundert auch das Institut der *cessio bonorum* in Süddeutschland bekannt wurde, wonach dem Schuldner Schuldknechtschaft und Infamie erlassen wurden unter der Bedingung, daß er freiwillig seine ganze Habe seinen Gläubigern abtrat⁶⁾.

Ihren ersten gesetzlichen Niederschlag fanden diese, dem deutschen Recht so fremden Gedanken im Schwabenspiegel⁷⁾. Während der Sachsenspiegel die Schuldknechtschaft noch in alter Strenge aufstellt⁸⁾, darf nach dem Recht des Schwabenspiegels niemand seinen Schuldner „umb gulte“ länger als acht Tage als Schuldknecht festhalten, falls dieser bereit ist, sein Vermögen anzugeben „vnd zu sweren ze den heiligen, swenn er gewinne über sine notdurft zweinzig pfennige oder mer, daz er im die gelte“. Nur wenn der Schuldner sich weigerte, diesen Eid zu leisten oder wenn er erweislich noch Vermögen besaß, aber nicht angab, wo dies zu finden sei, oder wenn der Zugriff auf das Vermögen erschwert war, etwa weil es sich nicht im Gerichtssprengel befand, nur dann konnte der Gläubiger ihn bis zur Leistung des Eides bzw. bis zur Herausgabe des Vermögens als Schuldknecht zurückhalten⁹⁾.

Dem Schwabenspiegel folgen im wesentlichen die von ihm abstammenden oder doch mit ihm verwandten Rechtsbücher¹⁰⁾. In Nürnberg, wo in Fragen des Verfahrensrechts der Schwabenspiegel vielfach als Richtschnur in der Praxis verwendet wurde¹¹⁾, haben die sonst allenthalben rezipierten Grundsätze der *cessio bonorum* nur in beschränktem Umfang und nicht ohne tiefgreifende Änderungen Eingang gefunden.

So erscheint in einem Antwortschreiben des Nürnberger Rats aus dem 14. Jahrhundert auf eine Anfrage der Stadt Eger¹²⁾, wie man nach Nürnberger Stadtrecht „einen geschworenen Gelter handeln und halten solle“, die Freilassung des Schuldners gegen Angabe der Güter und iuratorische Kautio als eine Rechtswohltat, die, unter Verwischung ihres ursprünglichen Charakters, mit beschimpfenden Formen umgeben, dem Schuldner nur mit Zustimmung des Gläubigers gewährt wurde. Bei einem ohne eigenes Verschulden und ohne betrügerische Machenschaften in

Vermögensverfall geratenen Schuldner wird der Gläubiger sich meist dazu bereit erklärt haben, da der Schuldner ihm nicht mehr in private Haft übergeben wurde, um als Schuldknecht seine Verbindlichkeiten abzarbeiten; vielmehr mußte der Gläubiger ihn „hintze den fronboten gefangen legen“.

Dieser Übergang von der Schuldknechtschaft zur Schuldhaf, zum *carcer publicus*, ist eine für alle größeren Handelsstädte seit dem 13. Jahrhundert bezeugte Erscheinung. Auf dem flachen Lande hat sich die Schuldknechtschaft dagegen länger erhalten, im Gebiet des sächsischen Landrechts sogar bis ins 17. Jahrhundert¹³⁾. Für die Obrigkeit brachte diese neue Entwicklungsstufe der Personalexekution die Verpflichtung mit sich, geeignete Räume zur Aufbewahrung der Schuldner zur Verfügung zu stellen. Dabei mag es anfänglich üblich gewesen sein, daß die Schuldner in irgendeinem geeigneten Gemach eines städtischen Gebäudes verwahrt wurden. Als mit der räumlichen Ausbreitung der Stadt die Befestigungswerke der zweiten Stadtmauer ihren eigentlichen Sinn verloren, verwendete der Rat die auf der Insel Schütt errichteten Türme dieser Umwallung als Schuldgefängnis. Dabei diente der am südlichen Ufer gelegene Bau, der noch die Jahreszahl seiner Errichtung, 1323, aufweist, als Männerschuldturm, der am nördlichen Ufer gelegene, als Schuldturm für Frauen¹⁴⁾. Da die Haft im Schuldturm ihrem Ursprung nach als Surrogat für die Schuldknechtschaft diente, verstand es sich von selbst, daß der Gläubiger für den Unterhalt des Schuldners aufkommen und ihm „auch dieweilen die kost gegen muzzee“¹⁵⁾.

Wollte der Gläubiger die Kosten einer längeren Schuldhaf sparen, so konnte er, wenn der Schuldner 14 Tage im Schuldturm gelegen war, an das Gericht den Antrag stellen, das Gericht möge aus seinem Schuldner „ain geschworenen gelter machen, . . . also daz er an ainem fuzze muzzee parfuß gen und parhaupt, vnd muzz zu den heiligen sweren, waz er hab oder gewinne über ainen schilling vnd über sein tragklaid, daz er im daz geb lange biz er in bezahl“¹⁶⁾.

Darüber hinaus konnte der Gläubiger dem Schuldner, wie es in einer anderen Rechtsbelehrung aus dem 14. Jahrhundert an den Rat der Stadt Neumarkt heißt, einen Eid zuschieben „funf meyl von der stat kein wesen mer zu haben, bisz er sich mit dem schuldiger, dem er geschworen hab, ganz gericht und geaynt hat“¹⁷⁾. Ein auswärtiger Schuldner mußte zusätzlich zu dieser eidlichen Selbstverbannung aus Nürnberg auch noch schwören „funf jar von seinem haymwesen zu sein“¹⁸⁾.

Daß dieses Verfahren bereits gegen Ausgang des 13. Jahrhunderts in Nürnberg in Gebrauch gewesen sein muß, zeigt ein Statut aus dem zweiten Satzungsbuch¹⁹⁾, das sich eingehend mit den Folgen beschäftigt, die einen „geschworenen gelter“ trafen.

Den Eingang dieses Statuts bildet die Bestimmung, ein geschworener Gelter solle „burckrechts niht geniezen und niht burckrechts haben untz er vergilt“. Dieser Entzug des Bürgerrechts muß in erster Linie als ein Versuch der im Rat organisierten Bürgerschaft angesehen werden, den geschworenen Gelter zu nötigen, seine Verbindlichkeiten möglichst rasch zu erfüllen, um so wieder in den Genuß aller der Stadt und ihren Bürgern verliehenen Privilegien zu gelangen. Er war aber auch noch aus anderen Gründen geboten. Den geschworenen Gelter traf allgemeine Verachtung. So erschien es geraten, sich von ihm sichtbar zu distanzieren. Dies war besonders ratsam, wenn der geschworene Gelter nach auswärts Schulden hatte. Zwar waren die Nürnberger Kaufleute durch das Privileg Friedrich II. von 1219 davon befreit, für Schulden ihrer Mitbürger als Bürgen haften zu müssen²⁰⁾. Dieses

Recht wurde jedoch nicht immer geachtet, es hatte zudem nur im Reich Geltung ²¹⁾. Nur wenn dem geschworenen Gelter das Bürgerrecht entzogen wurde, glaubte man daher seine ehemaligen Mitbürger vor der Inanspruchnahme durch auswärtige Gläubiger und vor der Anwendung von Repressalien sicher.

Ein Genannter, der geschworener Gelter wurde, verlor mit dem Bürgerrecht sein Genanntennam und wurde aus dem Rat ausgestoßen. Im Gegensatz zum Entzug des Bürgerrechts haftete die Unfähigkeit, Genannter zu werden, einem geschworenen Gelter auch nach Bezahlung seiner Schulden an ²²⁾.

Um den geschworenen Gelter als solchen zu kennzeichnen, verfügt das Statut schließlich noch die später in dem bereits oben erwähnten Schreiben an Eger genannte Kleidertracht. Wied der Schuldner ohne Genehmigung des Gläubigers von dieser Tracht ab, so sollte er für jede Übertretung „ainen tag sitzen beim stock“.

Von den Folgen der Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners wurde auch seine Frau betroffen. Nach einer der Stadt Neumarkt erteilten Rechtsbelehrung konnten die Gläubiger eines geschworenen Gelters „hauswirtin in fannknus bringen“. Nach drei Tagen mußte sie jedoch gegen einen heiligen Eid, „daz sy dhainerley hab und gut heimlich verporgen oder zu halten geben hat, iren kindern zu frummen und nutz un den geltern zu schaden“, wieder entlassen werden ²³⁾.

B) Das Verfahren seit der Reformation von 1479

Die mit der Ausarbeitung der Reformation von 1479 beauftragte Kommission hat das bislang geschilderte Exekutionsverfahren gegen den zahlungsunfähigen Schuldner in verschiedenen Punkten weitergebildet, ohne es in den Grundzügen aufzuweichen.

So wurde die provisorische Vorhaft beibehalten, aber von vierzehn auf drei Tage verkürzt. Auch wurde der Schuldner nicht mehr sofort in den Schuldturm geworfen, sondern kam zunächst „in die Eysen“ ²⁴⁾. Während der drei Tage in den Eysen suchte man es ihm so sauer wie möglich zu machen. Man setzte ihn in seiner Nahrung auf Wasser und Brot herunter und legte ihm Fesseln an ²⁵⁾. Meist genügte daher schon eine kurze Bekanntschaft mit dieser schärfsten Form der Schuldhaft und die Aussicht, einige Jahre in ähnlicher Lage verbringen zu müssen, um den Schuldner zu bewegen, seine letzten Vermögensstücke herauszugeben und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um durch Freunde und Verwandte die notwendigen Mittel herbeizuschaffen.

Erst nach diesen drei Tagen wurde der Schuldner auf Verlangen des Gläubigers in den Schuldturm gebracht. Die Dauer der Schuldhaft hat die Reformation von der Höhe der Schulden abhängig gemacht. Für eine Schuldsumme unter 100 rheinischen Gulden konnte sie höchstens bis fünf Jahre, für eine Schuldsumme über 100 Gulden höchstens bis 10 Jahre ausgedehnt werden. Nach Verbüßung der Haft hatte der Schuldner die Schuld vollständig abgesehen, es blieb nicht einmal eine naturalis obligatio übrig ²⁶⁾.

Als weiteres Exekutionsmittel stellt die Reformation dem Gläubiger wie bislang die Verbannung des zahlungsunfähigen Schuldners zur Wahl.

Nach den Eintragungen in den 1483 angelegten „Urfehdbüchern“ zu schließen ²⁷⁾, verzichteten die Gläubiger jedoch nicht nur häufig auf die Eintürmung ihrer Schuldner, um die Unterhaltskosten zu sparen, sondern nahmen meist auch von deren Verbannung Abstand und begnügten sich mit dem Offenbarungseid und dem

eidlichen Versprechen, aus dem künftigen Erwerb zu bezahlen. Besonders bei einem durch Unglück in Vermögensverfall geratenen Schuldner, bei dem einige Hoffnung bestand, daß er wieder zu Geld kommen werde, setzte der Gläubiger wohl nie die ihm zur Verfügung stehenden Exekutionsmittel in ihrer ganzen Strenge ein.

Verweigerte der Schuldner den Offenbarungseid und das eidliche Versprechen, aus seinem künftigen Erwerb zu bezahlen, so wurde er als ein Betrüger angesehen und von denselben Nachteilen betroffen, wie wenn er sein Vermögen böswillig durchgebracht, verheimlicht oder bei Dritten versteckt hätte. Die Bestimmungen der Reformation über die Personalexekution verweisen für diesen Fall ausdrücklich auf Tit. XXII, Ges. VII der Reformation „von den geltern, die irere gläubiger in furnemmen derselben betriegen und nit bezahlen“. Einen solchen Schuldner sollte der Rat durch beliebig lange Turmstrafen zur Eidesleistung zwingen, und außerdem „nach gestalt seiner verhandlung straffen als ein rat zu rate wird“.

Als Voraussetzung zur Befreiung von Schuldturm und Verbannung war der Eid in dieser Gestalt ein wesentliches psychisches Zwangsmittel, durch welches der Schuldner zur gewissenhaften Angabe seines Vermögens gezwungen werden sollte²⁸⁾. Neben diesem praktischen Wert kam besonders dem Eid eine ideelle Bedeutung zu: indem der Schuldner den Offenbarungseid leistete, reinigte er sich in den Augen seiner Mitbürger von dem Verdacht, Vermögensstücke verschwiegen oder beseitigt zu haben. Der Charakter des Eides als eines Reinigungseides tritt besonders in der negativen Form der Vermögensangabe hervor²⁹⁾: der Schuldner hatte zu schwören, daß er „auch einich liegende noch varende hab und gut nit hab“³⁰⁾. Allerdings mußte diesem Eid eine Angabe der Vermögensstücke durch den Schuldner jeweils vorausgehen³¹⁾. Gleichwohl hat der Eid in Nürnberg nie eine positive Form derart erhalten, daß der Schuldner die Richtigkeit eines von ihm vorgelegten Vermögensverzeichnisses beschwor, vielmehr seine charakteristische Eigenschaft als Reinigungseid über Jahrhunderte hinweg bewahrt.

Die Gläubiger nahmen jedoch nicht nur von Turmstrafe und Verbannung Abstand. Es finden sich in den Urfehdbüchern auch Eintragungen, nach denen ein Gläubiger, um die Lebensführung seines Schuldners und dessen künftigen Geschäftsgewinn besser kontrollieren zu können, diesen schwören ließ, bevor er seine Schuld nicht bezahlt habe, die Stadt nur mit Genehmigung des Gläubigers zu verlassen³²⁾. Wenn es irgend möglich war, versuchte der Gläubiger noch eine zusätzliche Sicherheit, etwa in Form einer Bürgschaft oder einer Pfandbestellung durch einen Dritten zu erlangen. Immer wieder kehren in den Urfehdbüchern die Eintragungen, der Schuldner sei „auf urpfed und bürgschaft“, „bekenntnis seins bruders und die gewonlich urpfed wegen der unbill weder dem gläubiger noch der Stat ze grämen“, „urpfed und bürgschaft“ oder einfach „nach dem er sich mit seinem gläubiger vertragen hat“, entlassen worden³³⁾.

In der verneuten Reformation von 1564 ist die Personalexekution gegen den insolventen Schuldner in der gleichen Weise geregelt wie in der Reformation von 1479. Der Rat hielt es lediglich der Klarheit wegen für nötig, den Vorschriften über dieses Thema in Titel XI, Gesetz VI am Schluß hinzuzufügen, vor Schuldturm und Verbannung solle den Schuldner ohne Zustimmung des Gläubigers „einige Cession oder abtretung der Güter nicht fürtragen noch . . . befreyen oder entheben.“

§ 8 Die Pfändung wegen Grundzins

Dem bereits im 2. Satzungsbuch enthaltenen allgemeinen Verbot der eigenmächtigen Pfändung¹⁾ standen einige Fälle erlaubter außergerichtlicher Pfändung als Ausnahme gegenüber.

Am längsten hat sich die eigenmächtige Pfändung bei der freien Erbleihe ländlicher Erbgüter erhalten. Mattausch hat bereits darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen der verneuten Reformation von 1564 Tit. XXIII Gesetz IX, wonach der Eigenherr ländlicher Erbgüter, wenn seine Zinsansprüche aus der Erbleihe unbefriedigt blieben, die Wahl hatte zwischen dem gerichtlichen Vollstreckungsverfahren und der außergerichtlichen Pfändung, noch im 19. Jahrhundert in Übung waren²⁾. Eigenherrn, deren Erbgüter in der Stadt lagen, konnten dagegen bereits seit der Reformation von 1479 nur die Exekution beim Stadtgericht beantragen³⁾.

Mattausch erklärt diese unterschiedliche Rechtsstellung damit, daß die in der Stadt wohnenden Erbleute der Gerichtsbarkeit des Rates unterworfen waren, während den ländlichen Eigenherrn auf Grund einer aus ältester Zeit in Franken hergebrachten Observanz die niedere und vogteiliche Gerichtsbarkeit über ihre Erbleute selbst zustand⁴⁾.

Im 2. Satzungsbuch findet sich jedoch eine Bestimmung, die zeigt, daß die vogteiliche Gerichtsbarkeit nicht als die einzige Quelle der Pfändungsbefugnis ländlicher Eigenherrn betrachtet werden darf.

„Ez ist auch gesetzet daz ain itlich burger in seinen heusern pfenden mag auf ein reht umb seinen zins“⁵⁾.

Diese Bestimmung, die „itlich burger“, also auch den Eigenherrn städtischer Anwesen, denen zu keiner Zeit eine vogteiliche Gerichtsbarkeit zugestanden hat⁶⁾, die Befugnis zur außergerichtlichen Zinspfändung einräumt, wird verständlich, wenn man als Quelle der eigenherrlichen Zinspfändung das gesamte persönliche Verhältnis des Erbmannes zu seinem Eigenherrn betrachtet.

Auch wenn der Eigenherr nicht die vogteiliche Gerichtsbarkeit hatte, war er doch der Herr, der Zinspflichtige, sein Erbmann, der ihm — zumindest in den frühen Stadien der Erbleihe — Hulde tat⁷⁾. Der Erbmann befand sich mit seinem Vermögen im tatsächlichen Machtbereich des Eigenherrn, der Eigentum und Zinsgewere an dem verliehen Gut hatte⁸⁾. Der Pfändungszugriff gegen das schuldnerische Vermögen, das sich auf diese Weise in seiner Macht befand, enthielt also nicht die Gewalttat, die im Eingriff in fremdes Eigentum und fremde Gewere lag, zumal die Eigengewere des Eigenherrn der bloßen Nutzungsgewere des Erbmannes übergeordnet war.

Dazu kam, daß die Zinsforderung des Eigenherrn in besonderem Maße offenkundig war: bei der Beleihung mußte der Erbmann öffentlich geloben, den Zins pünktlich zu bezahlen⁹⁾; es war auch „wizzendlich“, daß der Zinsmann auf dem Gut des Erbherrn saß und damit auch, daß er ihm Zins schuldig war¹⁰⁾. Aus diesen Gründen mag die Rechtsordnung zunächst keinen Grund gesehen haben, die Befugnis der Eigenherrn zur außergerichtlichen Pfändung in eben der Weise einzuschränken, wie dies bei anderen Schulden der Fall war, um Gewalttaten und Friedensbrüche zu vermeiden¹¹⁾.

Diesen Gedanken entspricht es auch, daß die Pfändungsbefugnis auch der ländlichen Eigenherrschaft nur das Vermögen des Schuldners umfaßte, soweit es sich auf dem Grundstück des Erbherrn befand¹²⁾. Regelmäßig wird dies zwar das ganze Vermögen des Schuldners gewesen sein, da dessen wirtschaftliche Existenz eben in seinem Leihverhältnis zum Eigenherrschaft begründet war. Besaß der Schuldner jedoch außerhalb des Grundstücks noch Vermögen, so konnte dieses nur nach den allgemeinen Vorschriften über die Vermögensvollstreckung wegen Geldforderungen angegriffen werden.

Als das wachsende Verständnis der Obrigkeit für die ihr obliegenden Aufgaben die gläubische Eigenmacht immer weiter zurückdrängte, wurde sie auch im Bereich der freien Erbleihe nur noch in den Fällen anerkannt, in denen über das allgemeine Leihverhältnis hinaus dem Eigenherrschaft auch die vogteiliche Gerichtsbarkeit zustand. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Schrumpfungprozeß, den die Rechte des Eigenherrschaft im Lauf der Zeit durchmachten, und in dem das Obereigentum des Eigenherrschaft zugunsten des Untereigentums des Erbmannes stufenweise zurücktrat¹³⁾.

Diese spätmittelalterliche Einschränkung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in dem Pfändungsrecht der ländlichen Eigenherrschaft die letzten Reste eines Rechts erhalten haben, das einmal allen Erbherrschaft zustand.

§ 9 Die Pfändung wegen Mietzins

Rechtsgeschichtlich jünger als das Pfändungsrecht des Eigenherrschaft ist das des Vermieters. Die Miete läßt sich in Nürnberg erst seit dem 14. Jahrhundert nachweisen¹⁴⁾. Sie hat sich wie die Pacht aus der Grundstücksleihe durch Minderung der Rechte des Zinspflichtigen entwickelt, der zum Beständer wurde, während sich für den Vermieter die Bezeichnung des Zinsherrn erhielt¹⁵⁾. In den Quellen sind daher oft Grundleihe und Miete nur schwer auseinander zu halten.

Die Pfändung wegen Mietzins ist mit der Pfändung wegen Erbzins weitgehend identisch. Wie bei den Zinsen aus Erbleihe handelte es sich beim Mietzins um eine besonders offenkundige Schuld. Leugnete der Mieter die Schuld, so konnte der Vermieter wegen der Publizität des Mietverhältnisses den Bestand der Forderung durch einfachen Eid beweisen¹⁶⁾. Wie bei der Erbleihe befand sich auch bei der Miete das schuldnerische Vermögen im Machtbereich des Gläubigers. Zwar gewährte die Miete während des ganzen Mittelalters dem Mieter eine durch die Gewere am Mietgegenstand vermittelte dingliche Berechtigung¹⁷⁾. Die Gewere des Mieters war jedoch der Eigengewere des Vermieters nachgeordnet¹⁸⁾.

Ein Ratsverlaß vom 16. Dezember 1472 räumt daher dem Vermieter, der gewahrt wird, daß sein Mieter vor dem Ende der vereinbarten Mietzeit ausziehen will, das Recht ein, „zu pfenden und zu sperren umb soviel, daß er desselben sein zins, verfallen und zukünftig . . . habhaft sei“¹⁹⁾. Diese Befugnis des Vermieters war jedoch zu Ende, „wo die leut ausziehen eh es der Zinsherr gewar wurde“. War es dem Mieter erst einmal gelungen, seine eingebrachten Gegenstände aus dem Haus und damit aus der Gewere des Vermieters zu schaffen, so unterlag das Schuldnergut dem Gläubigerzugriff nur noch nach den allgemeinen Regeln über die Vermögensvollstreckung. Der Zinsherr hatte nur noch das Recht „dieselben ir hab wo er die erfert mit recht zu verpieten und . . . darauf zu klagen“.

Die Reformation von 1479 hebt diese pfandartige Haftung des in die Were des

Zinsgläubigers gebrachten Schuldnervermögens stärker hervor und betont ausdrücklich, daß dem Vermieter insoweit ein stillschweigendes Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Mieters zusteht. Zur Realisierung dieser pfandrechtlichen Haftung verweist sie ihn allerdings ausschließlich an das Gericht ⁷⁾.

§ 10 Die Pfändung wegen Kostgelds

Zu den im Punkte der Vollstreckbarkeit bevorrechtigten Forderungen zählten auch die, die den Wirten wegen Verabreichung von Speise und Trank gegenüber ihren Gästen zustanden. Die Zulassung der Anwendung von Zwangsmitteln durch den Gläubiger erschien hier unbedenklicher als bei gewöhnlichen Schulden; denn auch hier befand sich der Schuldner im Machtbereich des Gläubigers. Dazu kam, daß die Kostgeldschuld durch die Anwesenheit des Schuldners im Wirtshaus offenkundig war und nur der Höhe nach eines Beweises bedurfte ¹⁾.

Im Gegensatz zu den bislang besprochenen Fällen der erlaubten eigenmächtigen Pfändung war bei der Pfändung wegen Kostgelds der Gläubiger in seinem Zugriff nicht auf die schuldnerische Fahrhabe beschränkt. Nach einem Statut aus dem frühen 15. Jahrhundert besaß der Wirt das Recht, den Kostgeldschuldner selbst, der das Wirtshaus ohne Bezahlung verlassen wollte oder zur Zahlung nicht imstande war, festzunehmen und in seinem Gewahrsam zu halten, bis die Schuld erfüllt wurde ²⁾. Zu Ende des 15. Jahrhunderts wurde diese Festnahmebefugnis abgeschwächt, und man gestattete den Gastwirten nur mehr nach den Gegenständen zu greifen, die der Kostgeldschuldner bei sich führte. Die Reformation von 1479 ³⁾ bezeichnet es bereits als „herkommen und gewohnheit“, daß ein jeder Wirt „um sein zerung bei im beschenen“ nur noch „seins gast habe und gutt der söllich zerung gethan hat, versperren und handhaben mag“, allerdings „on fronboten und on urlaub“.

/

Zweiter Teil

DER KONKURS

I. Abschnitt

Die Entwicklung bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts

§ 11 Das Verbotungsverfahren

Das bislang geschilderte Verfahren kam zur Anwendung, wenn ein einzelner Gläubiger die Zwangsvollstreckung gegen seinen Schuldner betrieb. Besondere Vorschriften waren jedoch erforderlich für den Fall, daß mehrere Gläubiger mit einander konkurrierend, sich gleichzeitig an das Gericht wandten, um aus dem Vermögen ihres zahlungsunwilligen oder insolventen Schuldners Befriedigung zu suchen oder sich nach und nach dem von einem Gläubiger eingeleiteten Verfahren anschlossen.

Für die Untersuchung, welches Verfahren in solchen Fällen eingeschlagen wurde, ist neben den bereits aufgezeigten Grundsätzen des Vollstreckungsrechts eine nähere Kenntnis der Grundzüge des sogenannten „Verbotsverfahrens“ unerlässlich, wie es in Nürnberg jahrhundertlang gehandhabt wurde.

Das „verpieten“, oder was gleichbedeutend war, das „bekummern“, war dem Nürnberger Recht seit altersher bekannt. Schon das zweite Satzungsbuch behandelt einzelne Fälle des Verbietens, wobei es den Begriff ebenso als bekannt voraussetzt, wie das Verfahren selbst ¹⁾. Es war dies eine Maßnahme, die der Gläubiger gegen das Vermögen oder die Person seines Schuldners oder gegen beides vom Gericht oder vom Bürgermeister erwirkte, um die künftige Zwangsvollstreckung zu sichern und im weiteren Verlauf des Verfahrens herbeizuführen, — ein Arrest, wie es dann in der technischen Sprache des 16. Jahrhunderts genannt wurde. Der Ursprung des Verbotsverfahrens liegt wie der aller Formen der Zwangsvollstreckung, die das mittelalterliche deutsche Recht hervorgebracht hat, in der eigenmächtigen Pfändung ²⁾. Allein die Nürnberger Quellen gestatten keinen Einblick in die Umbildung der eigenmächtigen Pfändung zum gerichtlichen Verbotverfahren. In den Satzungsbüchern begegnet es bereits als ein fertiges Rechtsinstitut, das nur noch Spuren seines Ursprungs erkennen läßt.

Am deutlichsten treten diese Spuren noch in dem Streben nach Beschleunigung der einleitenden Maßnahmen hervor. So mußte der zu sichernde Anspruch vor der Gewährung des Verbots nicht etwa bewiesen sein. Vielmehr genügte ein „schein der schuld“, deren Beweis dem nachfolgenden Verfahren überlassen war ³⁾. Der Gläubiger, der bei Gericht oder beim Bürgermeister um ein Verbot nachsuchte, hatte

bis ins 16. Jahrhundert auch selbständig zu entscheiden, ob ein Grund dafür gegeben war und diese Entscheidung erst nachträglich zu rechtfertigen. Dem Gericht oblag nur eine formelle Nachprüfung, d. h. es hatte nur zu prüfen, ob die Tatsachen, die der Gläubiger vorbrachte, als wahr unterstellt, seinen Anspruch hinreichend gefährdet erscheinen ließen.

Verhältnismäßig einfach war die Sachlage bei einem Nachlaß, der überschuldet war und deswegen meist unvertreten blieb⁴⁾. Die künftige Vollstreckung erschien hier für die Gläubiger des verstorbenen Schuldners gefährdet, weil das Fehlen einer beklagbaren Person die Feststellung des Anspruchs in einer der regelmäßigen Formen, Bekenntnis oder Urteil unmöglich machte, und außerdem die Gefahr bestand, daß der ohnedies unzureichende Nachlaß noch verschleudert würde.

Häufiger als die Überschuldung eines Nachlasses begegnet die Flucht des Schuldners als Grund für ein Verbot. Seit der Zeit Friedrich II., besonders aber seit dem Ausgang des 13. Jahrhunderts wird es von den Quellen als ein typisches Ereignis bezeugt, daß der Schuldner, wenn er seine künftige Zahlungsunfähigkeit voraussah, versuchte, sich den schweren persönlichen Folgen der Insolvenz durch Flucht zu entziehen⁵⁾. Der flüchtige Schuldner hieß „dingflüchtig“, „abschweifig“, „ausgetreten“, „fällig“ oder „trünnig“.

Verfahrenstechnisch bot die Flucht des Schuldners ähnliche Probleme wie der Fall der überschuldeten Erbschaft. Das Gemeinsame und Charakteristische in beiden Fällen war, daß es an einer Person fehlte, gegen die sich ein ordentliches Gerichtsverfahren hätte richten und die bei dessen Durchführung hätte mitwirken können. Dazu kam, daß meist auch das Vermögen des Flüchtligen überschuldet war; denn ein Schuldner, der noch alle seine Verbindlichkeiten zu erfüllen vermochte, wird sich wohl kaum entschlossen haben, zu fliehen und damit seine gesamte wirtschaftliche Existenz zu zerstören. Während aber der Tod des insolventen Schuldners meist offenkundig war, ließ sich die Flucht nicht immer objektiv feststellen. Namentlich der nach auswärts Handel treibende Kaufmann konnte leicht eine Handlungsreise zum Vorwand nehmen, um sich mit den Resten seines Vermögens in Sicherheit zu bringen. Sache des Gläubigers war es dann, zu entscheiden, ob eine das Verbot rechtfertigende Flucht vorlag oder nicht. Kam er zu der Ansicht, daß der Schuldner „von gulde wegen entwichen sei“, so mußte er, um ein Verbot zu erlangen, seinen Schuldner „trünnig sagen“ und diese Entscheidung nachträglich rechtfertigen. Erwies sie sich als unbegründet oder unterlag der Gläubiger in der Hauptsache, so mußte er an das Gericht 10 Pfund Heller, an den Schuldner die Hälfte der behaupteten Forderung bezahlen als Buße dafür, daß er ihn durch seine Behauptung in „ruf und schmehe“ gestoßen; außerdem verfiel er einer Leibesstrafe⁶⁾.

Neben dieser ein Verbot rechtfertigenden Gruppe von Gründen stand eine andere, deren gemeinsames Merkmal es war, daß der Schuldner sich „auf trünnigem fuße“ befand, d. h. daß seine Verhältnisse die Gefahr einer heimlichen Entziehung seiner selbst oder seines Vermögens aus dem Machtbereich des Gläubigers nahelegten.

In besonderem Maße der Flucht verdächtig war der Gast, der Stadtfremde, der nur vorübergehend in der Stadt weilte, und dessen wesentliches Vermögen wohl immer außerhalb der Stadt lag. Bei einem Gast rechtfertigte sich ein Verbot bereits, wenn er sich auf einfache Mahnung des Gläubigers weigerte, seine fällige Schuld zu bezahlen⁷⁾. Diese Weigerung barg für den Gläubiger die Gefahr endgültiger Nichtbefriedigung; denn war der Schuldner erst einmal aus der Stadt, so konnte der Gläubiger nicht mit Sicherheit darauf rechnen, daß er, wenn er seinen

Schuldner vor dessen heimischen Richter verklagte, auch wirklich Recht erhalten werde. So war das gerichtliche Verbot geradezu die regelmäßige Form, den Prozeß gegen Gäste einzuleiten⁸⁾.

Ein Nürnberger Bürger, der im Gerichtsbezirk „Erbe und Eigen“ hatte, galt bei Zahlungsverweigerung noch keinesfalls als fluchtverdächtig. Wie gegen die Pflicht zur Sicherheitsleistung im ordentlichen Verfahren, so schützte ihn sein Vermögen auch davor, bei einfacher Zahlungsverweigerung „mit kummer und verbot“ überzogen zu werden, solange nicht besondere Umstände den Fluchtverdacht begründeten. Welche Umstände dies waren, zeigt sehr deutlich ein Gesetz, das der Nürnberger Rat mit besonderem Privilegium Kaiser Friedrich III. errichtet und am Sonntag nach St. Ulrichstag (5. Juli) 1472 hat ausrufen lassen. Das Gesetz ist ein Teil der alten Gerichtsordnung⁹⁾ und war dazu bestimmt, in umfassender Weise den Gläubigern gegenüber entrinnenden Schuldnern und solchen, die in fraudem creditorum handelten, zu ihrem Recht zu verhelfen. Aus gewissen Tatsachen, z. B. der, daß der Schuldner über sein Gut Verfügungen vornahm, die offensichtlich den Zweck hatten, seine Gläubiger zu benachteiligen, gestattet es den Schluß, daß der Schuldner fliehen werde. Benahm sich der Schuldner daher so, wie Schuldner zu tun pflegen, wenn sie ihre Flucht vorbereiten, indem er seinen Gläubigern „zu gevärde und schaden sein hab und gut durch sich selbs oder iemand andern verstoßen, verendern, verschicken oder in anderm weg abhendig machen wöll oder gethan hett“, so ließ man zu, daß gegen ihn wie gegen einen bereits Flüchtigen verfahren wurde. Auf die bloße Behauptung des Gläubigers, daß sein Schuldner „auf trünnigem fuße were“, erließ der Bürgermeister gegen den Schuldner „verbot und kummer“.

Aber auch schon der Schuldner, dessen Zahlungsunfähigkeit zweifelhaft war, der unsichere Schuldner, der um Stundung oder Nachlaß seiner Verbindlichkeiten nachsuchte, wurde als fluchtverdächtig behandelt. Die Behauptung der Insolvenz wurde zur Behauptung des Fluchtverdachtes. Allein die Tatsache, daß der Schuldner sich in einem die Befriedigung des Gläubigers zweifelhaft lassenden Vermögenszustand befand, rechtfertigte ein Verbot, ohne daß ein besonderer Fluchtverdacht hinzukommen mußte:

„so hinfüro iemant für einen bürgermaister kommen und im glauplich furbringen und eröffnen wurde, das sein schuldiger frist, schub, satzung oder nachlassen an in oder ander schuldiger gesonnen hab, daraus zu vermuten ist, das derselb seinen schuldigern nicht halten oder gepurlich bezahlung thun und laisten wölle, sonder dieselben dadurch nachzulassen oder lengern fristen zu bringen vermeine, so soll alsdenn ein burgermaister gewalt haben, demselben clager auf sein begern ain verbot auf dieselben verclagten personen oder ir hab und gut zu gestatten“.

Einen Schutz vor ungerechtfertigten Verbotsanträgen gewährte das Gesetz dem Schuldner durch die oben bezeichnete hohe Strafandrohung für den Fall, daß sich der Fluchtverdacht nicht bestätigen oder der Gläubiger in der Hauptsache unterliegen sollte¹⁰⁾.

Die Reformation von 1479 hat in Titel IV, Gesetz VI und VII diese Vorschriften der alten Gerichtsordnung fast unverändert übernommen. Sie begnügt sich lediglich nicht mehr, wie das Gesetz von 1472, mit dem „glauplichen furbringen“ und den „beteuerungen“ des Gläubigers, sondern verlangt von ihm einen Gefährdeeid, „daz er sollich sein verclagen nicht auhs einichen neid noch geverde seinem gelter, sondern auhs plosser seiner notturft tete“. Die Entscheidung darüber, ob ein aus-

reichender Grund für ein Verbot vorlag und das Risiko des „trünnig sagens“, beläßt sie dagegen weiterhin dem Gläubiger.

Erst die Reformation von 1564 hat dem Gläubiger die Entscheidung über den Arrestgrund völlig aus der Hand genommen¹¹⁾. In einem ganzen Katalog enthält sie die Merkmale der Trünnigkeit, die vor Gewährung eines Verbots, wie in dem von der gemeinrechtlichen Lehre beeinflussten Arrestverfahren allgemein, in einem summarischen Prozeß vor dem Bürgermeister bescheinigt werden mußten¹²⁾.

Die Objekte des Arrests waren dieselben wie bei der Zwangsvollstreckung: Person und Vermögen des Schuldners. Die Vollziehung des Arrests war in der Regel Sache des Gerichts, bzw. des Fronboten. Bereits ein Statut aus dem zweiten Satzungsbuch gibt selbst bei einem Arrest gegen einen Gast nur „dem putel gewalt, daz er den gast oder sein gut angreifen mac und sich dez underwinden auf ain reht und auch vahn und herausführen“¹³⁾. Nur bei Gefahr im Verzug, besonders wenn der Schuldner im Begriff war zu fliehen und obrigkeitliche Hilfe nicht erlangt werden konnte, war dem Gläubiger selbst der Zugriff, als ein unentbehrlicher Akt erlaubter Selbsthilfe mit anschließender Rechtfertigung vor Gericht gestattet¹⁴⁾. War dem Schuldner die Flucht bereits gelungen, so durfte er auch auf der Nacheile festgenommen werden¹⁵⁾. Doch war die Vollziehung eines in Nürnberg erkannten Verbotes gegen außerhalb des Nürnberger Gerichtsbezirks gelegene Vermögenswerte von der Bestätigung des zuständigen Gerichts abhängig¹⁶⁾.

Die Form der Beschlagnahme war den Umständen des Einzelfalles angepaßt und erfaßte entweder einzelne Vermögensstücke oder das ganze Vermögen¹⁷⁾. Dabei wurden einzelne Vermögensstücke in der bereits geschilderten Form der Singular-exekution „bekummert“. Darüber, wie die Beschlagnahme eines ganzen Vermögens geschah, finden sich in den älteren Quellen keine Angaben, doch deutet bereits der Name des Verfahrens darauf hin, daß ein gerichtliches Verbot über das zu beschlagnahmende Vermögen erging, ohne daß sich indes feststellen ließe, wie dem Verbot die für den Erfolg so wesentliche Verbreitung gegeben wurde. Möglicherweise begnügte man sich in älterer Zeit damit, das Verbot nur dem Schuldner zuzustellen oder überließ es der Findigkeit der Gläubiger, Vermögensstücke des Schuldners aufzustöbern. Erstmals die Reformation von 1564 spricht sich über eine zu diesem Zwecke erlassene öffentliche Bekanntmachung des Verbots, über ihre Form und ihren Inhalt näher aus¹⁸⁾.

§ 12 Das Vorrecht des ersten Verbots

Der Charakter des Verbotsverfahrens war ursprünglich rein individualistisch. Die gerichtliche Beschlagnahme des schuldnerischen Vermögens fand nicht etwa zu dem Zwecke statt, um es im Interesse der sämtlichen Gläubiger des Schuldners zu verwalten, in Geld umzusetzen und dieses je nach Höhe der Forderungen an die Gläubiger zu verteilen. Vielmehr war jedem einzelnen Gläubiger die Sorge für seine Befriedigung selbst überlassen, und hierfür lediglich der Grundsatz aufgestellt, daß unter mehreren Gläubigern die Priorität des Verbots entscheide.

Stobbe¹⁾, der diese Erscheinung nach dem Sprachgebrauch nieder- und mittel-deutscher Rechtsquellen den Vorrang der „ersten Besatzung“ (besate) genannt hat, hat die Vermutung ausgesprochen, dieser Grundsatz sei ursprünglich über ganz Deutschland verbreitet gewesen. Für das Nürnberger Recht wird diese Vermutung bestätigt, durch eine Reihe von Rechtsbelehrungen, die der Nürnberger Rat in der

2. Hälfte des 14. und der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts den Städten Eger und Neumarkt erteilt hat.

So findet sich etwa im Neumarkter Stadtbuch folgendes, als Rechtsholung aus Nürnberg bezeichnetes Urteil²⁾:

„Item mein heren vom rat haben ertailt auf die ayd und ist in vollem rat mit urtail ausgetragen, wenn daz ist, daz ayner enttrinte und von der stat weicht, wer dan daz erst pot tut und waz er benent, dorauf hat er daz erst pot und der ander daz ander pot Item und wer dann dornach etwaz erforschet, daz vor nicht benent ist worden, der ist auch der erst auf dem, als er benent.

Item waz awer in dem haws ist, ob daz nit allez benent wirt, so ist doch der erst, der daz pot darauf tun hat, dorauf erster werer, der andrer der ander dornach etc.“

Auch wo die Quellen vom Vorrecht der „ersten clag“ reden, handelt es sich um die Anwendung des gleichen Prinzips, da das Ersuchen um ein richterliches Verbot „der klage beginn“ war³⁾. So heißt es u. a. in einer Rechtsbelehrung, die der Nürnberger Rat um die Mitte des 14. Jahrhunderts dem der Stadt Eger zum Falle eines Bürgers erteilt hat, der „von der stat in fremden landen als lange auzzen wer“, daß seine Gläubiger „sich dazu nicht gutes versehen: 4)

„Darnach habt ir vns geschriben ob des selbscholn erb vnd aigen alz gut niht wer, daz sinen geltern allen damit vergolten möht werden, tun wir ew zewizzen, daz wir daz also bei vns halten nach vnser stat reht, welcher unter sinen geltern erster klager darauf wirdet, dem hilfft man dez rehten von ersten biz er vnklaghafft wirt, darnach dem andern klager vnd darnach dem dritten als lang biz sie alle vnklaghafft werden, ob daz sein als verre geraichen mag, welchem klager aber zewenig wirdet in solcher ordenung als ietzunt gesprochen ist, der muz im den schaden haben“.

Noch deutlicher wird dieser Grundsatz in einem anderen Brief⁵⁾ des Rates an Eger ausgesprochen, der den Fall behandelt, daß es „wizzentlich wer, daz der selbscholen entrunnen sei“. Wie der Rat schreibt, sollte man in einem solchen Fall „den klagn rihten nach einander nach dem vnd der fronbot ze den heiligen gesagen tar, daz der erster klager worden sey auf den tag vnd auf die zeit des tages, vnd die andern klager rihtet man darnach aber von dem seinen ob daz da ist, nach der ordenung als sie klager worden sein, di weil sie daz sein ankumen mügen“.

Im Gegensatz zu anderen Städten, die ihre Bürger bevorzugt behandelten⁶⁾, war in Nürnberg „dazselb reht dem gast als dem burger, welher erster klager wirdet, der vert vor vnd diser dar nach“⁷⁾.

Das auf Klage eines Gläubigers vom Gericht erkannte Verbot hatte für ihn in gewissem Umfang die gleiche Wirkung, wie wenn der Schuldner ihm an seinem Vermögen freiwillig ein Pfandrecht bestellt hätte. Wie über den Vorgang mehrerer Pfandrechte das Alter entschied, so gab auch die „erst klag“ auf das Vermögen des Flüchtigen oder der Flucht Verdächtigen dem Gläubiger die Priorität in der Befriedigung aus dem Vermögen. Wollte der Gläubiger dieses Vorrecht nicht verlieren, so hatte er die Pflicht, seine „erst clag“ unverzüglich weiter zu verfolgen. Kam er dem nicht nach, so konnte „ein ander dem er (der Schuldner) auch gelten solt sich sein vnterwinden vnd must der erst klager von seiner klag treten“⁸⁾.

Es ist auf den ersten Blick klar, daß dieses Verfahren nicht den Mindestanforderungen eines Verfahrens entsprach, dem man mit Recht den Namen eines Konkursprozesses beilegen dürfte. Zwar fand wohl in den meisten Fällen eine gerichtliche

Beschlagnahme des gesamten Vermögens eines flüchtigen Schuldners statt; der für die Annahme eines Konkursverfahrens so höchst bedeutsame und charakteristische Akt der Publikation der bevorstehenden Verteilung dieses Vermögens auf irgend eine Weise, die den Gläubigern Gelegenheit gegeben hätte, ihre Ansprüche anzumelden, ist den Quellen aber nicht zu entnehmen. So lange der Grundsatz des ersten Verbots, der ersten Klage in Geltung stand, war für eine solche Publikation auch gar kein Bedürfnis; denn durch diesen Grundsatz sollte ja gerade dem wachsamem Gläubiger, der die Verhältnisse seines Schuldners scharf beobachtet und sich gegen die Gefährdung seines Anspruchs rechtzeitig gesichert hatte, ohne Rücksicht auf fremde Interessen ein bevorzugtes Recht auf Befriedigung gewährt werden⁹⁾. Es wird überhaupt, wenn man sich die praktische Handhabung dieses Verfahrens, wie es aus dem deutschen Recht herausgewachsen war und den Grundzügen desselben vollkommen entsprach¹⁰⁾, vorstellt, sehr fraglich, ob beim Vortwalten eines derartigen Prinzips ein Generalexekutionsverfahren zur Befriedigung aller Gläubiger angenommen werden kann. Die Konstruktion könnte viel einfacher als Aufeinanderfolge von Einzelvollstreckungen gedacht werden¹¹⁾.

§ 13 Der Übergang zur Gleichberechtigung der Gläubiger

Ein Ratserlaß vom Freitag nach Erhardi 1431 (12. Januar), Bestandteil der alten Gerichtsordnung¹⁾, versetzte dem Prinzip des ersten Verbots den ersten Stoß:

„ob ainer fluchtig wurd und schuld schuldig wer und etlich auf in ervollet hetten und etlich nit und wieviel der war, die auf desselben fluchtigen hab verbott und kunde legten und taten mit fronbotten auf ain tag, ainer fruere oder später und doch auf ain tag, das alle derselben verbott gleich gebrauchten solten nach markzal, doch die die erklagt und ervolgt hetten, solten vorgeen.“

Damit war das Prinzip der Priorität des ersten Verbots zwar noch nicht beseitigt, aber doch erschüttert, und der Wettlauf der Gläubiger wenigstens insoweit geregelt, als alle, die am gleichen Tag durch den Fronboten auf des Schuldners Habe ein Verbot hatten legen lassen, nach „markzahl“²⁾ d. h. Mark für Mark im Verhältnis ihrer Forderungen teilen sollten, mit anderen Worten gleiches Recht auf verhältnismäßige Befriedigung erlangten. Das neue Prinzip muß sich rasch bewährt haben, denn ein ausführliches Inhaltsverzeichnis zu einem verloren gegangenen Stadtbuch aus der Mitte des 15. Jahrhunderts enthält bereits eine Erweiterung des neuen Grundsatzes³⁾:

„Wenn einer von der stat flüchtig gesagt wurd, welche denn in dreyen tagen erst clager werden, die sullen gleich miteinander teilen.

Wer nach dreyen tagen clager wird, wurd denn den vordern, die in dreyen tagen clager worden weren icht über, dieselben sollen es auch all gleich mit einander teilen.“

In einem aus Anlaß einer Hinrichtung ergangenen Ratserlaß vom 28. August 1470⁴⁾ erfuhr das Vorrecht des ersten Verbots eine weitere Einschränkung. Der Ratsverlaß räumt allen Gläubigern, „die da vermeinen zu der habe, die A des B knecht, der am nechsten gericht worden ist, hinder im verlassen hat, gerechtigkeit und vorderung zu haben“, das Recht auf gleichmäßige Befriedigung ein, die ihr Verbot oder ihre Klage an einem der drei nächsten Gerichtstage einbringen würden. Da seit der Neuordnung des Gerichtswesens 1470 wöchentlich drei Gerichtstage gehalten

wurden⁵⁾, entsprach dies einer Frist von mindestens fünf Tagen und längstens einer Woche.

Eine abermalige Verlängerung der Anmeldefrist, die praktisch den vollen Durchbruch des Billigkeitsgedankens bedeutet, brachte schließlich das bereits mehrfach erwähnte, mit Zustimmung Kaiser Friedrichs III. ergangene Gesetz von 1472⁶⁾. Danach sollten alle diejenigen Gläubiger, welche, nachdem ein Gläubiger ein gerichtliches Verbot auf des Schuldners Vermögen erlangt hatte, binnen einem Monat gleichfalls ihre Anträge auf Befriedigung stellten, mit diesem ersten Gläubiger und unter einander „in gleichem Recht sein und stehen“.

Diese Frist von einem Monat ist auch in die Reformation von 1479⁷⁾ übergegangen und wurde unverändert in den Ausgaben von 1504 und 1522 beibehalten⁸⁾. Erst die Neufassung der Reformation von 1564⁹⁾ hat die Anmeldefrist dahin erweitert, daß, nachdem ein oder mehrere Gläubiger das Vermögen eines Schuldners in Verbot hatten legen lassen, „nichts weniger auch den andern glaubigern zugelassen sei, ire spruch und forderungen inner zweyen Monaten gegen des Schuldners verpotenen Güter auszuführen, unangesehen, das ainer oder mer das verpot am ersten erlangt hatten“. Diese Gläubiger sollten vor anderen, „die sich in bemelter zeit nicht angezeigt, auf den verpotenen Gütern den vorgang haben“.

Damit hatte für das Nürnberger Recht eine Entwicklung ihren Abschluß gefunden, deren Ausgangspunkt in Deutschland in den niederdeutschen, vornehmlich in den Seehandel treibenden Hansestädten liegt¹⁰⁾. Hier mußte das Vorrecht der ersten Besetzung bereits seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts der gleichmäßigen Befriedigung der Gläubiger nach Höhe ihrer Forderungen weichen¹¹⁾. In Süddeutschland hat das Prinzip der anteiligen Gläubigerbefriedigung dagegen allgemein erst zu Ende des 15. Jahrhunderts Eingang gefunden¹²⁾.

Da das Prinzip der ratenmäßigen Befriedigung auch dem römischen Recht angehört¹³⁾ und von hier in die italienischen Statutarrechte überging¹⁴⁾, hat man die Frage aufgeworfen, ob die deutschen Stadtrechte diesen Gedanken aus eigenen Bedürfnissen heraus entwickelt oder ob sie ihn aus dem fremden Recht entlehnt haben. Ihre zuverlässige Beantwortung ist bislang nicht gelungen¹⁵⁾; auch das Nürnberger Recht bietet sie nicht.

Weitgehend abgelehnt wird die Annahme einer unmittelbaren Rezeption aus dem Justinianischen Gesetzbuch¹⁶⁾, da der Grundsatz anteiliger Gläubigerbefriedigung bereits um die Wende des 13. Jahrhunderts, als an ein allgemeines Eindringen des römischen Rechts in Deutschland noch nicht zu denken ist, fast gleichzeitig in verschiedenen niederdeutschen Handelsstädten auftritt. Dagegen haben Kohler¹⁷⁾ und Stobbe¹⁸⁾ die Vermutung aufgestellt, daß die Berührung der hanseatischen Großkaufleute mit den italienischen Städten zum Verlassen des alten Prinzips und zu einer Anpassung an die italienischen Statutarrechte geführt hat. In einigen Fällen mag dies der Fall gewesen sein. Andererseits läßt es sich aber sehr wohl denken, daß die Bedürfnisse des entwickelteren Handelsverkehrs in den aufblühenden deutschen Städten selbständig zum Verlassen des alten, deutschrechtlichen Prinzips hingedrängt haben¹⁹⁾. Sicher ist, daß der neue Grundsatz nur langsam in das allgemeine Rechtsbewußtsein eindrang. Gerade die Entwicklung in Nürnberg, dessen die Rechtsbildung beherrschende, Großhandel treibende Geschlechter bei ihren ausgedehnten Handelsbeziehungen sowohl in den Hansestädten als auch in Italien ausgiebig Gelegenheit hatten, das neue Prinzip kennenzulernen, zeigt, wie sehr man in konservativer Verhaltenheit bestrebt war, jeden scharfen Bruch mit dem

Althergebrachten zu vermeiden. Als ein Neues, Fremdes hat der Gedanke der anteiligen Gläubigerbefriedigung fast ein halbes Jahrhundert gebraucht, um sich in Nürnberg durchzusetzen²⁰⁾.

§ 14 Die Anfänge eines Verfahrens zur verhältnismäßigen und gemeinschaftlichen Befriedigung aller Gläubiger eines Schuldners

Unzweifelhaft mußte, nachdem einmal das Vorrecht des ersten Verbots aufgegeben war, auch ein Verfahren zur gemeinschaftlichen und verhältnismäßigen Befriedigung all der Gläubiger, die sich in der gesetzlich bestimmten Frist gemeldet hatten, festgesetzt gewesen sein. Allein über die Ausgestaltung eines solchen Verfahrens geben weder die Alte Gerichtsordnung noch die Reformation von 1479 oder 1522 Aufschluß. Erst die Ausgabe von 1564 enthält in ihrem XII. Titel Vorschriften nach dieser Richtung.

Trotzdem wäre es falsch, die Existenz eines besonderen, zumindest konkursähnlichen Verfahrens vor dieser Zeit leugnen zu wollen¹⁾. Seine Entwicklung erfolgte vor allem durch die Praxis, in enger Anlehnung an das alte Verbotsverfahren, wobei Lücken und Mängel dieses Verfahrens durch vorsichtige Aufnahme römischrechtlicher Gedanken beseitigt wurden.

Ausgangspunkt des Verfahrens bildete, wie beim gewöhnlichen Arrestverfahren, das von einem einzelnen Gläubiger durch „trünnig sagen“ erwirkte Verbot auf das Gesamtvermögen des unsicheren Schuldners. Auch wo mehrere Gläubiger sich von Anfang an freiwillig zu einem gemeinsamen Vorgehen verbanden, mußte nur ein einziger dieses Risiko auf sich nehmen. Sowie sich jedoch andere Gläubiger dem von einem erlangten Verbot anschlossen, wurden die Klagen, die früher unabhängig nebeneinander herliefen, zu einer Einheit verbunden: das Arrestverfahren ging in einen concursus creditorum über. Eine öffentliche Bekanntmachung der Verfahrenseröffnung, verbunden mit einer öffentlichen Aufforderung an alle Gläubiger, sich dem von einem Gläubiger eingeleiteten Verfahren anzuschließen, hat in Deutschland vor der Reception des römischen Rechts nicht stattgefunden²⁾. Dieses passive Verhalten des Gerichts wurde besonders von auswärtigen Gläubigern als arger Übelstand empfunden und gerügt³⁾. Es war daher ein bedeutender Schritt zur praktischen Verwirklichung der *par conditio creditorum*, als man dazu überging, die Gläubiger von amtswegen öffentlich aufzufordern, sich dem einmal eröffneten Verfahren anzuschließen. In Nürnberg findet sich die öffentliche Ladung der Gläubiger erstmals in der Reformation von 1564 gesetzlich geregelt⁴⁾; Eintragungen in den Gerichtsbüchern zeigen jedoch, daß die öffentliche Ladung der Gläubiger schon lange vor dieser Zeit in Übung war⁵⁾.

Die Zusammenfassung der mehreren Klagen zu einem concursus creditorum war nicht nur eine äußerliche. Sie begründete auch eine wirksame Beziehung der Gläubiger untereinander. Die Gläubiger waren untereinander „gar merklich verbunden“⁶⁾, hießen *communes creditores*“⁷⁾, „gemein schuldiger“⁸⁾ oder „gemein gelter“⁹⁾ und bildeten, ohne eine juristische Person zu sein, eine Gemeinschaft, die zum wichtigsten Merkmal des Konkursprozesses wurde.

Hand in Hand mit der Herausbildung dieser Gläubigergemeinschaft hat auch die Beschlagnahme durch das erste Verbot ihren Charakter von Grund auf geändert. Ihr fehlte nunmehr die ausschließlich egoistische Richtung, die sie unter der Herrschaft des Prioritätsprinzips gehabt hatte. Sobald nunmehr das erste Verbot

das Vermögen des Schuldners ergriff, war dieses nicht mehr allein zu Gunsten des ersten Gläubigers gebunden, sondern zu Gunsten all derer, die sich in der gesetzlich festgelegten Zeit dem vom ersten Gläubiger erwirkten Verbot anschlossen. Kein einzelner Gläubiger durfte mehr den Weg separater Befriedigung einschlagen¹⁰⁾; sie wurden alle in demselben Verfahren, nach den gleichen Maßstäben befriedigt, mußten sich gleichmäßig den Anordnungen des Gerichts unterwerfen, und ihre Forderungen hatten ein gemeinsames Schicksal.

Prozessual erscheint die durch die Zusammenfassung der mehreren Arrestklagen entstandene Gläubigergemeinschaft als eine Art Streitenossenschaft. Als solche ist sie häufig teils klagend, teils beklagt in den Gerichtsbüchern erwähnt¹¹⁾.

Über ihre Befugnisse und Aufgaben enthalten die älteren Quellen keine ausdrücklichen Hinweise. Es erklärt sich jedoch aus der Entstehungsgeschichte des Konkursverfahrens, daß das Recht der Gläubigergemeinschaft noch weitgehend den Gedanken des älteren Arrestprozesses entsprach. Sehr charakteristisch verfügt etwa die Reformation von 1479 in Titel IV Gesetz VII in unmittelbarem Anschluß an die Bestimmungen über das von einem einzelnen Gläubiger erwirkte Verbot, daß auch den konkurrierenden Gläubigern zu gestatten sei, „damit zu gefahren und dem verpot rechtlich nachzufolgen wie sich gepürt und recht ist“, d. h. da von irgendwelchen Besonderheiten nicht die Rede ist, die beschlagnahmte Vermögensmasse materiell (damit ze gefaren) und prozessual (dem verpot rechtlich nachzufolgen) zu behandeln wie Sachen, die für sie selbst mit Verbot belegt worden waren.

Die „rechtliche nachfolg“ war eine Klage binnen 14 Tagen nach Anmeldung der Forderung bei Gericht auf Zahlung gegen den Schuldner und auf Auszahlung gegen die Mitgläubiger, die sich gemeldet hatten¹²⁾. Gegenüber einer Klage im ordentlichen Verfahren bestanden jedoch verschiedene Abweichungen. War ein Gläubiger außerhalb, wenn sein Schuldner in Konkurs fiel, so konnten auch seine Frau und seine Kinder oder Freunde die Forderung zum Konkurs anmelden, ohne hierzu besonders ermächtigt zu sein¹³⁾. Beim Einschreiben der Klagen mußten die Schöffen jeden Gläubiger „fragen auf ein eyd, daz er nicht mer heiß schreiben, denn man im schuldig sey, on geverde“¹⁴⁾. Für die Feststellung einer Forderung war das „laugen oder iehen“ des Schuldners unbeachtlich. Da ihm durch das Verbot die Verfügungsmacht über sein Vermögen entzogen war, kam es nur darauf an „ob man zeugen oder brief über in hett oder hett auf in ervollt und erclagt“¹⁵⁾. Die Anerkennung der angemeldeten Forderungen geschah durch Urteil mit dem Zusatz, daß durch die Feststellung „den anderen glaubigern ir gerechtigkeit dazu auch vorbehalten sein soll“¹⁶⁾.

Den Gläubigern, deren Forderungen anerkannt waren, wurde gestattet, mit der Vermögensmasse „ze faren wie sich gepürt und recht ist“, d. h. sie erlangten an dem beschlagnahmten Vermögen Gewahrsam und konnten darüber nach den Bestimmungen des Vollstreckungsverfahrens verfügen¹⁷⁾. In der Reformation von 1479 Titel XXII, Gesetz VII ist ausdrücklich ihre Befugnis hervorgehoben, die zur Masse gehörenden Gegenstände in die dritte Hand zu verfolgen. Zur Erledigung der zahlreichen laufenden Geschäfte, die die Verwaltung und Verwertung der Masse mit sich brachte, wählten die Gläubiger aus ihren Reihen einen Gläubigerausschuß¹⁸⁾.

Mit wachsendem Verständnis der Obrigkeit für die ihr in einem Konkursverfahren obliegenden Pflichten wurden die Befugnisse der Gläubiger beschränkt. Anlaß hierzu bot einmal der Grundsatz der gleichmäßigen Befriedigung selbst, der vom

Gericht eine Fürsorge für die Gläubiger insgesamt erforderte. Zum anderen sah es die Obrigkeit immer mehr als ihre Aufgabe an, auch die Interessen des Schuldners im Konkursverfahren zu wahren. Zu diesem Zweck wurde seit Ausgang des 15. Jahrhunderts den Gläubigern die Verwaltung und Verwertung der Masse entzogen und, wohl unter dem Einfluß des gemeinen Rechts, der Masse „von gerichtswegen ein vorsorg gegeben zu latain genannt curator bonis wie sich nach ordnung der recht gepürt“¹⁹⁾. Ohne zunächst in Gesetzen und Verordnungen erwähnt zu werden, finden sich diese *curatores bonorum* seit Beginn des 16. Jahrhunderts in fast allen Konkursen mit der Verwaltung und Verwertung der Masse beschäftigt.

Der Erlös aus der Verwertung der Masse mußte bei Gericht hinterlegt werden²⁰⁾.

Die Hinterlegung unterblieb, wo die Vollstreckung in Forderungen des Schuldners stattfand. Hier geschah, wenn der Drittschuldner zur Erfüllung bereit war, die Verteilung unter die Gläubiger nach Anweisung des Gerichts durch den Drittschuldner selbst²¹⁾. Im übrigen war es Aufgabe des Gerichts, die Auszahlung aus dem hinterlegten Erlös an die Gläubiger unter Berücksichtigung der bestehenden Vorrechte einzelner zu betätigen.

Solche Vorrechte gab es von alters her, auch als noch das Prinzip des ersten Verbots herrschte. So wurde z. B. nach einer Mitteilung des Rates an Eger dem Gläubiger, der einem flüchtigen Schuldner bei der Nacheile ein Vermögensstück abjagte, bezüglich dieses Gutes der Vorrang vor allen anderen Gläubigern zuerkannt. Die anderen sollten nur erhalten, was das Gut über den Betrag der Forderung des Nacheilenden wert war²²⁾.

Ebenso wurden Gläubiger, denen der Schuldner vor Anlegung des ersten Verbots eine Sache rechtswirksam verpfändet hatte, denen also bereits ein bestimmtes Vermögensstück haftete, aus ihrem Pfand vorrangig befriedigt. In die Konkursmasse fiel nur, was nach Bezahlung der Pfandgläubiger noch von dem Verkaufserlös übrig blieb²³⁾.

Den Pfandgläubigern gleichgestellt waren diejenigen, die vor der Anlegung des ersten Verbots wegen einer bekannten oder gerichtlich festgestellten Schuld bereits mit der Exekution begonnen hatten. In Rücksicht auf die von ihnen mit Beschlag belegten Objekte gingen sie ebenso wie die Pfandgläubiger allen anderen Gläubigern vor, nach einem Ratsverlaß vom 17. November 1463 sogar dem Vermieter wegen seiner Mietzinsforderung²⁴⁾. Dagegen räumt die Reformation von 1479 dem Hausherrn wegen seiner Mietzinsforderungen für das laufende und das vergangene Jahr ein Pfandrecht auf die in den Mieträumen befindlichen Gegenstände des Mieters ein mit Vorrang vor allen übrigen Gläubigern²⁵⁾.

Der Ehefrau wurde wegen ihres eingebrachten Gutes²⁶⁾ dem Erb- und Eigenherrn wegen seiner Grundzinsforderungen ein gesetzliches Vorgangsrecht zuerkannt²⁷⁾. Auch die Lidlohnforderungen scheinen schon frühzeitig ein Vorzugsrecht genossen zu haben. So weist ihnen die Reformation von 1479 den Vorgang zu „vor allen anderen persönlichen schulde, doch unschedlich denjehnen, die davor zu seiner herrschaft mit recht erlangt und erstanden oder eltere einsatzung oder verpfendung hetten“²⁸⁾.

Das Ungeld und andere städtische Abgaben wurden seit 1504 vorrangig befriedigt²⁹⁾, nachdem der Rat sich trotz entsprechender Empfehlungen seiner Konsulenten noch in den Jahren 1484³⁰⁾ und 1502³¹⁾, wohl mit Rücksicht auf die Kaufmannschaft, nicht zu diesem Schritt entschließen konnte³²⁾.

Neben diesen gesetzlichen Vorzugsrechten entwickelten sich unter der Rechtsprechung des Stadtgerichts für verschiedene Forderungen Konkursvorrechte, die auf das gemeine Recht zurückzuführen sind und erst allmählich in der Gesetzgebung Anerkennung fanden.

Aus den Gerichtsbüchern ergeben sich solche Bevorrechtigungen für die Beerdigungskosten³³⁾, die Forderungen der „armen Waisen“ gegen ihre Pfleger³⁴⁾ und die Forderungen der Wirte wegen Kostgeld³⁵⁾, wobei besonders die beiden ersten Privilegierungen auf einer Übernahme römischrechtlicher Vorschriften beruhen dürften³⁶⁾.

Über die Reihenfolge der Befriedigung der Gläubiger wurde durch Urteil entschieden³⁷⁾. Die Beispiele für diese „vorgangsurteile“ sind in den Gerichtsbüchern sehr zahlreich³⁷⁾.

Daneben finden sich auch Urteile über die Art der Verwertung der Masse³⁸⁾, sowie über den der Verteilung zugrundelegenden Prozentsatz³⁹⁾.

Gemessen an seinen Zulässigkeitsvoraussetzungen war dieses Verfahren zur anteiligen Gläubigerbefriedigung, wie es in Nürnberg zu Beginn des 16. Jahrhunderts vor einer zusammenhängenden Kodifizierung in Übung war, immer noch ein modifizierter Arrestprozeß. Immer noch bezeichneten Trünnigerklärung und erstes Verbot seinen Anfang. In seiner Ausgestaltung erscheint es jedoch als selbständiges, konkursmäßiges Verfahren, das gegenüber dem Verbotsverfahren des älteren Rechts besondere Grundsätze aufweist bezüglich der Form und Wirkung der Beschlagnahme zugunsten einer Gläubigergemeinschaft der fristgerechten Anmeldung und Feststellung der Forderungen, der Verwaltung der Masse, der Verteilung des Erlöses, insbesondere aber der Rangordnung der Gläubiger.

Am Anfang des 18. Jahrhunderts bahnte sich auch in den Zulässigkeitsvoraussetzungen eine Unterscheidung an. Die Zahlungsunfähigkeit entwickelte sich zum typischen Konkursgrund. Während sich der Arrest zum Sicherungsarrest entwickelte, verblieb dem Konkurs der Befriedigungszweck. Die Zahl der Gläubiger, die Höhe ihrer Forderungen, der offensichtlich unzureichende Vermögensstand des Schuldners rechtfertigten es, zu einer anteiligen Verteilung des Vermögens unter die Gläubiger zu schreiten.

Für den Arrest dagegen mußte noch ein Schritt weiter gegangen werden. Die bloße Zahlungsunfähigkeit berechtigte den einzelnen Gläubiger nicht mehr zum Arrestzugriff, da die ordentliche Zwangsvollstreckung den gleichen Erfolg herbeiführte. Nur wenn eine Gefährdung der Gläubiger durch Benachteiligungshandlungen des Schuldners zu befürchten war, wurde der Arrest ausgelöst⁴⁰⁾. Freilich erschöpfte sich auch nach dieser Unterscheidung das der Arrestbeschlagnahme nachfolgende Verfahren nicht in einer bloßen Rechtfertigung der Arrestgrundlage gegen einen eventuellen Widerspruch des Schuldners. Es wurde vielmehr auch im Arrestverfahren über das Bestehen oder Nichtbestehen der Schuld selbst befunden. Auch das Arrestverfahren endigte, wenn es zu Gunsten der Gläubiger ausging, mit ihrer Befriedigung wegen der Arrestforderungen durch Vollstreckung in das beschlagnahmte Vermögen⁴¹⁾. Es hat jedoch keine das eigentliche Konkursverfahren fördernden Gedanken mehr entwickelt und wird daher in den kommenden Ausführungen nicht mehr berührt werden.

II. Abschnitt

Die weitere Ausgestaltung des Konkursverfahrens

§ 15 Die Verfahrensbeteiligten

A) Der Gemeinschuldner

Für die Person des Gemeinschuldners fehlte es an einer festen Bezeichnung. Man sprach von Cridar¹⁾, vom Stöckling²⁾, Trünnigen oder Falliten³⁾, er war ein Mann, welcher „den leuten ir geld ausgetragen hat“⁴⁾ oder kurz der Schuldner oder Gelter, wobei aber auch die Gläubiger oftmals als Gelter bezeichnet wurden⁵⁾.

Mit der Eröffnung des Konkursverfahrens waren für den Gemeinschuldner neben den noch zu erörternden persönlichen vor allem wichtige vermögensrechtliche Folgen verknüpft. Wie schon im alten Verbotsverfahren wurde ihm die Verfügungsbefugnis über sein Vermögen entzogen, und die einzelnen Gegenstände „nach Gelegenheit ains Raths, aintweder in des Stadtrichter versper gelegt“ oder einigen Gläubigern „in verwahrung auf genugsame versicherung eingeantwortet“⁶⁾.

Der Gemeinschuldner blieb jedoch nach wie vor Eigentümer des beschlagnahmten Vermögens. Die verschiedentlich im gemeinen Recht angenommene Universalsukzession der Gläubiger in das Vermögen des Gemeinschuldners wurde für das Nürnberger Recht ausdrücklich abgelehnt⁷⁾. Als Eigentümer trug der Gemeinschuldner auch die volle Gefahr des Untergangs und der Verschlechterung zur Konkursmasse gehörender Gegenstände⁸⁾. Er behielt ferner die Fähigkeit, neues Vermögen zu erwerben⁹⁾, konnte eine anfallende Erbschaft ausschlagen¹⁰⁾ und neue Schulden eingehen, die dann jedoch nicht aus der Konkursmasse befriedigt wurden¹¹⁾.

Es war ihm untersagt, Zahlungen in Empfang zu nehmen oder auf Außenstände zu verzichten. Wußte der Schuldner von der Eröffnung des Konkurses, so wurde er durch Zahlungen an den Gemeinschuldner nicht befreit und mußte nochmals zur Masse nachleisten¹²⁾. Jede Veräußerung und Bestellung dinglicher Rechte an den Gemeinschuldner war nichtig ohne Rücksicht darauf, ob der Erwerber um die Eröffnung des Konkurses wußte oder nicht. Der Mangel der Veräußerungsbefugnis auf Seiten des Gemeinschuldners schloß jeden Erwerb aus¹³⁾.

Ebenso verlor der Gemeinschuldner das Recht, über das zur Konkursmasse gehörende Vermögen Prozesse zu führen¹⁴⁾.

Alle diese vermögensrechtlichen Folgen traten für den Gemeinschuldner mit der gerichtlichen Eröffnung des Verfahrens von selbst ein, ohne daß es eines besonderen gerichtlichen Ausspruchs darüber bedurft hätte.

B) Die Konkursgläubiger

Während man heute zu den Konkursgläubigern nur die persönlichen Gläubiger rechnet, die einen zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens begründeten Vermögensanspruch gegen den Gemeinschuldner haben, war deren Kreis früher weiter. Er umfaßte auch die Gläubiger, die einen Aus- oder Absonderungsanspruch geltend machen konnten oder Bezahlung aus der Masse zu erwarten hatten. Lediglich in der Rangordnung der Gläubiger war ihnen ein bevorzugter Platz eingeräumt¹⁵⁾.

Die Befugnisse und Rechte, wie sie der Gläubigerschaft und den vor ihr gewählten Ausschüssen in den Anfängen des Konkursverfahrens eingeräumt waren, wurden

oben bereits geschildert ¹⁶⁾). Seit Beginn des 16. Jahrhunderts wurde ihnen diese noch dem alten Verbotsverfahren entsprechende Rechtsposition weitgehend entzogen.

Ebenso wie das gewöhnliche Vollstreckungsverfahren immer mehr in die Hände der Obrigkeit überführt wurde, nahm sie sich auch in steigendem Maße der Inventarisierung, Verwahrung, Verwaltung und Verwertung der Konkursmasse an. Zwar finden sich auch nach dieser Zeit zur Konkursmasse gehörende Vermögensstücke noch in den Händen der Gläubiger, sie waren ihnen jedoch nur „nach gelegenheit eines Raths . . . in verwahrung auf gnugsam versicherung eingeantwortet und bevohlen worden diese unverändert bis zu ordentlichem außtrag des rechten getreulich zu verwalten“ ¹⁷⁾.

Zu den wichtigsten und vornehmsten Rechten, die der Gläubigergemeinschaft verblieben, gehörten der Abschluß von Nachlaß- oder Stundungsverträgen und die Gewährung freien Geleits ¹⁸⁾. Die Entscheidung über diese Fragen stand der Gesamtheit der Konkursgläubiger zu, die in einer Gläubigerversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit darüber beschloß ¹⁹⁾. Zur Vorbereitung und Abwicklung außergerichtlicher Vergleichsverhandlungen konnten von der Gläubigerversammlung nach wie vor „Ausschüsse, Vertreter oder Administratores“ bestellt werden, deren Tätigkeit jedoch erlosch, „dafern die Sache gerichtlich tractiert werden“ mußte ²⁰⁾.

C) Die Konkursbehörden

Nürnberg Gerichte oder Behörden waren zur Anlegung eines Generalarrestes und zur Eröffnung eines Konkursverfahrens nur zuständig, wenn der Gemeinschuldner Nürnberger Bürger oder Einwohner war ²¹⁾. Diese örtliche Zuständigkeit war ausschließlich. Bei Fremden, die weder Bürger noch Einwohner waren, mußten die Gläubiger mit ihrem Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens „nirgends anders als ad Locum Domicilii debitoris“ verwiesen werden ²²⁾. Die beiden Vorstädte Wöhrd und Gostenhof hatten ihre besonderen Gerichte, die auch in Konkursachen tätig werden konnten ²³⁾. Es bestand jedoch die Einschränkung, daß bei Konkursachen Wöhrder Einwohner das Wöhrder Gericht zwar Urteile fällen konnte, die Exekution und Einweisung aber dem Stadtgericht zustand, wenn das Gut in der Stadt lag ²⁴⁾.

Während in vielen anderen Städten Süddeutschlands die Abwicklung von Konkursen ausschließlichen Gantgerichten zugewiesen war ²⁵⁾, konnten in Nürnberg ursprünglich verschiedene Gerichte und Behörden in Konkursachen tätig werden.

Das wichtigste und in seiner Tätigkeit fruchtbarste Nürnberger Gericht war das Stadtgericht, das ursprünglich für alle Prozesse gegen Bürger zuständig war. Hier konnten später alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten abgeurteilt werden, deren Streitwert 150 fl überschritt und die keinen besonderen Gerichtsstand hatten. Diesem Gericht oblag seit alters her die Abwicklung aller schwierigeren und umfangreicheren Konkursverfahren ²⁶⁾. 1803 übertrug ihm der Rat die ausschließliche Zuständigkeit für alle Konkursprozesse ²⁷⁾.

Mit dem Stadtgericht hatte wahrscheinlich seit dem 15. Jahrhundert das Bürgermeisteramt konkurrierende Gerichtsbarkeit ²⁸⁾. Dieses Amt besaß beschränkte richterliche Befugnisse und stand den Parteien in Konkursverfahren bis 1803 wahlweise zur Verfügung ²⁹⁾. Die Höhe des Streitwertes spielte beim Bürgermeisteramt keine Rolle. Voraussetzung war jedoch, daß die Angelegenheit „lauter und klar“ war, keines Beweises oder Gegenbeweises und keiner Eidesleistung bedurfte ³⁰⁾.

Nach einem Ratsdekret von 1692 sollten die Gläubiger „mit üblen Fallimenten die Rathsstube verschonen und solche gleich anfangs an das Stadtgericht remittiren“³¹⁾. War eine Sache einmal am Bürgermeisteramt anhängig, durfte das Stadtgericht den Rechtsstreit ohne Verweisung nicht mehr annehmen. Andererseits hatte nach erfolgter Verweisung das Bürgermeisteramt keine Befugnisse mehr, Prozeßhandlungen vorzunehmen³²⁾.

Des weiteren konnte etwa vom 16. Jahrhundert bis 1803 das Unter- oder Fronbotengericht in Konkursachen tätig werden³³⁾. Grundsätzlich war dieses Gericht zuständig für bürgerliche Streitigkeiten bis 150 fl³³⁾. In Konkursachen galt diese Streitwertgrenze nicht. Als Konkursgericht war es beliebt, da bei ihm „die Sachen summarisch und schnell tractirt“ wurden³⁴⁾. Das Gericht konnte „nach befinden der unumgänglichen Notdurft einen Curator bestellen, edicta liquidationis erkennen und ratione prioritatis cognoscieren“³⁵⁾.

Das 1697 aus dem Bankoamt hervorgegangene „Merkantil- und Banco-Gericht“ war zur Durchführung von Konkursverfahren nicht zuständig³⁶⁾. Die Nürnberger Marktvorsteher und Marktadjunkten am Banco-Gericht und in den Marktgewölben haben jedoch häufig zu konkursrechtlichen Problemen gutachtlich Stellung genommen und auf diese Weise an der Weiterbildung des Nürnberger Konkursrechts mitgewirkt^{36a)}. Appellationsinstanz für alle Gerichte, auch für Wöhrd und Gostenhof, war in Konkursachen der Rat³⁷⁾.

Die Tätigkeit der Konkursgerichte oder auch des Bürgermeisteramts in Konkursachen war teils administrativ, teils richterlich³⁸⁾.

Die administrative Tätigkeit gründete sich auf die Verpflichtung zur Fürsorge für die Konkursmasse. Das Gericht hatte das beschlagnahmte Vermögen des Schuldners entweder selbst in Verwahrung zu nehmen oder es gegen Sicherheitsleistung einem von ihm ernannten Gläubigerausschuß in Verwahrung zu geben³⁹⁾. Diese unmittelbare Fürsorge für das Vermögen ging, sobald ein Konkurskurator ernannt war, in eine Aufsicht über dessen Amtsführung über. Das Konkursgericht hatte dabei für eine vollständige Herbeischaffung, zweckmäßige Verwaltung und baldige Verwertung der Aktivmasse, sowie für eine genügende Vertretung der Interessen des Gemeinschuldners durch den Kurator Sorge zu tragen. Durch Einsetzung zweier Schöffen hatte es dessen Tätigkeit laufend zu beaufsichtigen und zur amtlichen Kenntnis gelangende Mängel abzustellen⁴⁰⁾. Nötigenfalls mußte es gegen den Kurator mit Geld und Freiheitsstrafen disziplinarisch vorgehen und ihn seines Amtes entheben⁴¹⁾.

Die richterliche Tätigkeit erstreckte sich als erstes darauf, die Voraussetzungen für die Eröffnung des Konkursverfahrens zu prüfen und darüber zu erkennen. Sodann hatte es im Liquidationsverfahren über die Ansprüche der Konkursgläubiger und im Distributionsverfahren über die Verteilung des Erlöses aus der Verwertung der Masse durch Urteil zu bestimmen⁴²⁾.

D) Der Konkurskurator

Zur Erfüllung der der Gläubigergemeinschaft entzogenen Befugnisse und Aufgaben bediente sich die Obrigkeit sogenannter Konkurskuratoren. Die Bestellung zum Konkurskurator erfolgte seit dem ersten Auftauchen dieses Amtes in den Gerichtsbüchern⁴³⁾ durch das Gericht. Den Gläubigern stand bis 1803 weder ein Wahlrecht noch ein Vorschlagsrecht zu⁴⁴⁾. Gesetzlich bestätigt findet sich die gerichtliche Ernennung erstmals in der Gerichtsordnung von 1559, wo insbesondere die Ein-

setzung von Fronboten zu „curatores bonorum“ erwähnt wird ⁴⁵⁾. Daneben wurden auch Advokaten oder sonstige geeignete Personen zu Konkurskuratoren berufen, jedoch konnte das Gericht niemand zur Übernahme dieser Tätigkeit zwingen ⁴⁶⁾.

Als sich durch den Niedergang des Handels während des Dreißigjährigen Krieges die Konkurse mehrten, stellten sich unter den Konkursverwaltern Mißstände ein. In einem Dekret von 1638, die Behebung der „bey denen curationibus hin und wider eingerissenen Mängel und deren Besserung betreffend“, entschloß sich der Rat, „solches curationswesen ein officium publicum seyn zu lassen“ und beschränkte die Zahl der in Nürnberg tätigen Konkurskuratoren auf „drei perpetui Curatores bonorum“ ⁴⁷⁾, von denen jeder 1500 fl Kautions leisten mußte. Auch vor diesem Dekret fungierten die Konkurskuratoren nicht in einfacher, privatrechtlicher Vertretertätigkeit, sondern ähnlich wie das städtische Marktpersonal hatten sie eine öffentlichrechtliche Vertrauensstellung, bei deren Antritt sie vom Gericht auf gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten vereidigt wurden ⁴⁸⁾.

Der Umfang ihrer Vollmacht und Vertretungsbefugnis war zunächst nicht durch gesetzliche Vorschriften bestimmt, sondern wurde nach Lage des einzelnen Falles durch besondere Weisung des Gerichts näher geregelt. Im allgemeinen bestanden ihre Pflichten darin, das dem Konkursverfahren unterworfenen Vermögen festzustellen, herbeizuschaffen, nach gemeiner Nutz und Notdurft zu verwalten und zu veräußern und aus dem Erlös die Gläubiger nach Anweisung des Gerichts zu befriedigen.

Gesetzlich umrissen wurden die Aufgaben der Kuratoren erst in den Additionaldekreten des 17. Jahrhunderts. Die wichtigsten Bestimmungen wurden in einer Kuratoren-Ordnung zusammengefaßt und laufend ergänzt ⁴⁹⁾.

Unverzüglich nach ihrer Bestellung hatten die Curatoren unter Mitwirkung eines Fronboten und eines Gerichtsschreibers ein Inventar über das Vermögen des Schuldners zu errichten, nötigenfalls unter Anhaltung des Schuldners und seiner Angehörigen zur Leistung des Offenbarungseides. Nicht vorhandene, zur Masse gehörende Gegenstände mußten sie in geeigneter Weise herbeschaffen. Ihre Vollmacht umschloß insoweit die Führung der hierzu erforderlichen Prozesse, sowie die Anfechtung frauduloser Geschäfte des Schuldners vor Konkurseröffnung. Ferner oblag es ihnen, die Masse gegen zweifelhafte Ansprüche der Ab- und Aussonderungsberechtigten, sowie der Massegläubiger zu vertreten.

Aus Ersparnisgründen war ihnen auch die Feststellung der Passivmasse übertragen, eine Aufgabe, für die nach gemeinem Recht neben dem Kurator ein sogenannter Contradiktor bestellt wurde ⁵⁰⁾. Die angemeldeten Forderungen hatten sie gewissenhaft zu prüfen und die für unrichtig erachteten zu bestreiten. Bei der Prozeßführung war es ihre Pflicht, so zu verfahren, wie ein redlich handelnder Schuldner selbst gegen seine Gläubiger verfahren haben würde. Sie waren insoweit berechtigt und verpflichtet, begründete Ansprüche ausdrücklich einzugestehen. Das herbeschaffte Vermögen hatten sie zweckmäßig und nutzbringend zu verwalten und zu geeigneter Zeit nach den in Teil I dieser Arbeit geschilderten Grundsätzen zu versilbern. Beträge über 50 Gulden waren unverzüglich nach Eingang dem Konkursgericht abzuliefern oder beim städtischen Losungsamt gegen 4 % Zinsen zu deponieren ⁵¹⁾. Über ihre Verwaltungstätigkeit mußten sie vierteljährlich und abschließend am Ende des Verfahrens Rechnung legen. Mit Streitigkeiten über die Priorität der angemeldeten Forderung hatten sie nichts zu schaffen ⁵²⁾. Zum Abschluß von Vergleichen waren sie nicht befugt ⁵³⁾.

In der Erfüllung ihrer Pflichten waren die Kuratoren unabhängig sowohl von Weisungen des Gemeinschuldners als auch der Gläubigergemeinschaft. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte besorgten sie selbständig, die wichtigeren Angelegenheiten nach den erbetenen Weisungen des Konkursgerichts, dem zusammen mit dem Rat auch die Aufsicht über die Konkurskuratoren oblag ⁵⁴⁾. Nachdem der Rat bereits 1570 eine zweimalige jährliche Überprüfung der Kuratoren angeordnet hatte ⁵⁵⁾, wurden seit der verbesserten Gerichtsordnung von 1644 vom Stadtgericht jährlich zwei Schöffen ernannt, die den Konkurskuratoren vierteljährlich folgende Fragstücke vorzuhalten hatten ⁵⁶⁾:

- I. 1. Wie lang es sey, daß er curator worden?
- II. 2. Ob ein inventarium über die in die curation gehörigen Güter aufgerichtet und 3) ins Gericht gelegt worden?
- III. 4. Was das Vermögen ungefehr seye, und wieviel
5. Geld er in Händen habe?
- IV. 6. Ob auch Schulden zur curationsmasse gehörig vorhanden
7. was es damit für eine Gelegenheit habe und ob er
8. dieselbe einfordere.
- V. 9. Ob liegende Güter vorhanden; und
10. wie es damit beschaffen;
11. ob sie verlassen worden;
12. und was sie Zins tragen?
- VI. 13. Ob die Fahrnisse verkauft und zu Gelde gemacht worden;
14. was er daraus erlöset; 15. und ob er das erlöset Geld hinter Gericht seiner Pflicht gemäß gelegt habe?
- VII. 16. Ob er ein ordentlich Verkaufsregister aufgerichtet;
17. wo das seye,
18. und warum er selbigen neben dem inventario nicht hinter Gericht gelegt habe?
- VIII. 19. Worauf der Proceß bestehe und
20. warum so langsam procediret werde?

Für ihre Mühewaltung hatten die Kuratoren neben dem Ersatz ihrer notwendigen und nützlichen Aufwendungen ein Honorar zu beanspruchen. Die Höhe wurde vom Konkursgericht festgesetzt und war nach Umfang und Schwierigkeit der Verwaltungstätigkeit bemessen. Der Anspruch selbst war Masseschuld ⁵⁷⁾.

§ 16 Die Konkursmasse

A) Umfang der Konkursmasse

Zur Konkursmasse gehörte zunächst alles, was im Zeitpunkt der Konkurseröffnung zum Vermögen des Gemeinschuldners zählte und was von diesem bis zum Abschluß des Verfahrens hinzuerworben wurde ¹⁾, ^{1a)}. Daher war auch eine dem Gemeinschuldner während des Verfahrens anfallende Erbschaft nicht konkursfreies Vermögen, sondern wurde zur Masse gezogen ²⁾. Die Beschlagnahme ergriff insoweit ipso jure auch die bona futura ³⁾. Aufgabe des Konkursverwalters war es, dieses Vermögen möglichst vollständig zusammenzubringen.

B) Aussonderung

Beschränkt war das Zugriffsrecht des Konkursverwalters dadurch, daß Gegenstände,

die nicht oder nicht mehr zum Vermögen des Schuldners gehörten, sondern nur wegen ihrer tatsächlichen Beziehung zum Schuldner sein Vermögen zu sein schienen, unberührt gelassen werden mußten. Die wahren Eigentümer konnten die Aussonderung dieser Gegenstände verlangen, sie waren keine Konkursgläubiger, sondern standen außerhalb des Konkurses ⁴⁾).

In dieser allgemeinen Fassung läßt sich für das Aussonderungsrecht eine gesetzliche Regelung nicht nachweisen. Es findet seine Bestätigung jedoch aus der Praxis, wie sie in den Stadtgerichtsbüchern erscheint ⁵⁾, und aus verschiedenen Einzelregelungen.

Besonders hervorgehoben war das Aussonderungsrecht der Ehefrau an ihren Einhandgütern, soweit diese noch in natura vorhanden waren ⁶⁾. Zum Einhandgut gehörte alles, was die Frau neben dem Heiratsgut mit in die Ehe gebracht und sich das Eigentum daran vorbehalten hatte ⁷⁾. Den Kindern war ein Aussonderungsrecht an den Gegenständen zuerkannt, die ihr in zweiter Ehe verstorbener Elternteil dem anderen Ehepartner zugebracht hatte, ferner an ihren Sondergütern und Patengeldern ⁸⁾. Ein Aussonderungsrecht hatten ferner die Mündel an denjenigen Sachen, die ihr Vormund mit Mündelgeldern gekauft hatte ⁹⁾. Diejenigen, welche dem Gemeinschuldner Grundstücke oder Fahrhabe unter Eigentumsvorbehalt verkauft hatten, konnten diese Güter aus der Masse vindizieren ¹⁰⁾, ebenso die Eigentümer jener Gegenstände, deren Besitz der Schuldner durch Miete, Leihe, Pacht, Verwahrung oder Kommission erlangt hatte ¹¹⁾. Auch Sachen, die dem Eigentümer abhanden gekommen waren und die der Gemeinschuldner in Besitz hatte, gehörten nicht zur Konkursmasse ¹²⁾.

Eine Braut konnte das dem Bräutigam vor der Ehe übergebene Heiratsgut ¹³⁾, ein Vermächtnisnehmer dasjenige aussondern, was ihm vom Erblasser des Gemeinschuldners vermacht worden war ¹⁴⁾, immer unter der Voraussetzung, daß diese Gegenstände noch in natura vorhanden waren.

Die Aussonderungsansprüche waren, wie bereits bemerkt, nicht abschließend geregelt, ihre Anerkennung daher häufig umstritten. Da diese Fragen jedoch ausschließlich dem Privatrecht angehören, würde eine Erörterung weiterer Fälle den Rahmen dieser Darstellung überschreiten.

C) Minderung der Konkursmasse

a) *Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht*

Aufrechnung zwischen Forderungen an den Gemeinschuldner und Forderungen des Gemeinschuldners, sowie die Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes wegen Forderungen gegen den Gemeinschuldner waren ursprünglich nicht zulässig. Eine Änderung trat erst ein durch ein Ratsdekret vom 24. 10. 1662 „wie es bey ausbrechenden Fallimenten fremder Kaufleute ratione compensationis et retentionis der Kommissionsgüter gehalten werden solle ¹⁵⁾).

In dem die Motive enthaltenden Eingang zu diesem sehr umständlichen Dekret bemerkt der Rat, daß er erlassen werde auf wiederholtes Ansuchen der Handels- und Kaufleute, zur Sicherung des allhiesigen Handels, nach dem Vorgang verschiedener vornehmer ausländischer Handelsstädte, welche ebenfalls mit der bisherigen schädlichen praeiudicialen Observanz gebrochen und in Fallimentsfällen das Kompensations- und Retentionsrecht eingeführt hätten.

Die Neuerung bestand darin, daß Nürnberger Kaufleute, welche beim Falliment auswärtiger Kaufleute diesen gehörende Waren, Gelder oder andere Sachen in

Händen, zugleich aber an jene eine fällige oder nicht fällige Forderung hatten, die geschuldeten Gelder oder Effekti nur gegen Abzug oder Bezahlung ihres Forderungsbetrages herzugeben und ad Communem creditorum Massam einzuwerfen schuldig und gehalten sein sollten¹⁵⁾.

Die Aufrechnung gegen eine in Nürnberg verwaltete Masse blieb zunächst noch ausgeschlossen. Hier brachte erst die Wechselordnung vom 16. Februar 1722, cap. VIII für bestimmte Wechselforderungen eine Erleichterung.

b) Absonderung

Das Absonderungsrecht findet sich als ein selbständiges Recht in den Gesetzen nicht hervorgehoben, obwohl es der Sache nach bestand. Es wurde vielmehr mit den Konkursprivilegien verquickt und wird deshalb mit diesen darzustellen sein.

c) Massegläubiger und Massekosten

Masseschulden im heute gebräuchlichen Sinn werden in den Nürnberger Quellen vor dem 17. Jahrhundert nicht ausdrücklich erwähnt. Trotzdem kann, nachdem einmal ein Verfahren zur gemeinschaftlichen Befriedigung mit gemeinschaftlichen Interessen eingeführt war, die Sache selbst gar nicht hinweg gedacht werden. Die Konkursverwalter waren jedenfalls nicht selten gezwungen, im Rahmen einer ordnungsgemäßen Verwaltung der Masse Verbindlichkeiten zu begründen oder Rechtsgeschäfte des Schuldners, die dieser vor Ausbruch des Konkurses abgeschlossen hatte, anzuerkennen und die vom Schuldner übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, und es kann als ausgeschlossen gelten, daß man ihnen zugemutet hätte, dies auf eigene Rechnung zu tun.

Eine allgemeine Ermächtigung der Konkursverwalter zur Begründung oder Übernahme solcher Verbindlichkeiten ergibt sich aus dem Wortlaut des bereits oben erwähnten Kuratoreneides¹⁶⁾ von 1560. Von irgendwelchem Zwang hierzu bezüglich einzelner Rechtsgeschäfte, wie z. B. der Miet- oder Pachtverträge unter bestimmten Voraussetzungen, findet sich in den Quellen keine Spur.

Für Massekosten finden sich in den Gerichtsbüchern verschiedentlich Belege¹⁷⁾: eine gesetzliche Regelung enthält jedoch erst die Reformation von 1564 und auch das nur für einen Sonderfall: Wenn ein Gläubiger den flüchtigen Schuldner gefangen nimmt und zur Fronfeste bringt, so sollen ihm alle dadurch entstehenden Kosten „nach ermessung eines Rates, von des flüchtigen gütern erstattet werden . . . vor yedermann“. Eine ausführliche Regelung dieses Gegenstandes erfolgte erst durch Dekret vom 8. 4. 1646. Danach wurden Massekosten ebenso wie Masseschulden als Konkursforderungen, ihre Inhaber als Konkursgläubiger behandelt. Es war ihnen lediglich eine bevorzugte Rangstellung eingeräumt, die im Rahmen der Prioritätsordnung noch zu erörtern sein wird.

D) Vergrößerung der Konkursmasse

a) Die Gläubigeranfechtung

So wie manches aus der Konkursmasse ausgeschieden werden mußte, was sich bei Konkurseröffnung im Besitz des Gemeinschuldners befunden hatte, so konnten im beschränkten Umfang Gegenstände zur Konkursmasse gezogen werden, die der Gemeinschuldner, bevor das Verfahren eröffnet worden war, veräußert oder sonst zur Seite gebracht hatte. Derartige Verfügungen, durch welche die zur Befriedigung der Gläubiger verfügbare Masse verkleinert worden war, wurden unter bestimmten

Voraussetzungen als ungültig angesehen, und zwar nicht erst seit der Rezeption des römischen Rechts. Wie Gaugler an Hand zahlreicher Quellen belegt hat, waren die meisten deutschen Stadtrechte des Mittelalters auf selbständigem Wege zu einer Form der Gläubigeranfechtung gelangt, wie sie die Römer mit ihrer *actio pauliana* hatten ¹⁸⁾.

Auch das Nürnberger Recht bietet hierfür verschiedene Beispiele.

So galt bereits nach dem zweiten Satzgebungsbuch der Rechtssatz, daß wer im Siechbett lag, wohl dem Eigentümer dasjenige, was er von ihm zu Unrecht in Besitz hatte, zurückgeben, ansonsten aber nichts zum Nachteil seiner Gläubiger und seiner Erben verschenken oder verpfänden dürfe ¹⁹⁾.

Daß auch Hingabe von Gut „zu gotes ere und armer leute seggen“ sich unter Umständen als Gläubigerbenachteiligung qualifizieren konnte, zeigt ein Gutachten zum Falle eines gewissen Hans Lochhauser. Nach seinem Tode empfahlen die Rechtsgelehrten dem Rat, das von ihm gestiftete Seelgerät für unkräftig zu erklären, da es den Gläubigern „zu geverde“ geschehen sei ²⁰⁾.

In einem Haderbuch von 1443 findet sich ein Urteil, in dem der Rat ein schenkungsweise gegebenes Schuldanerkennntnis und die aus diesem eingeleiteten Vollstreckungsmaßnahmen für ungültig erklärt, weil, wie er im Urteil sagt, „im deucht daß sollich nur geschehen sei den ander gläubigern ir schuld also mit geverde ze entwinden“ ²¹⁾.

Daß auch ein Verkauf unter Wert als Gläubigerbenachteiligung angesehen werden konnte, erhellt ein anderes Urteil aus diesem Haderbuch. Auf die Klage eines Gläubigers, sein Schuldner habe nach erkannter Vollung „etlich sein hab und gut ze minder daz es wert sey verkauft“, hieß der Rat der Sache nachgehen. Als sich die Behauptung als richtig erwies, mußte der Käufer das „übermaß“ herausgeben und erhielt noch „ein ferlich red“ ²²⁾.

Aber nicht nur der Verkauf unter Wert, auch der reguläre Verkauf von Schuldnergut, wenn er dazu diente, Bargeld für die Flucht zu beschaffen, die „fluchtsal“, galt als Gläubigerbenachteiligung. So mußte nach einem weiteren Urteil in oben genanntem Haderbuch Simon Braun, der von Wolf Bessler „etlich silbergeschirr, harnach und stuckwerk“ gekauft hatte, diese Gegenstände wieder herausgeben, da es das Gericht für erwiesen ansah, daß er gewußt habe, „es woll der Bessler mit dem Gelde enpfien an pfremde enden“. Obendrein wurde er 14 Tage in den Turm geworfen ²³⁾.

Den immer weiter um sich greifenden Vermögensverschiebungen zum Nachteil der Gläubiger suchte der Rat durch das bereits mehrfach genannte, mit besonderem Privileg Kaiser Friedrich III. errichtete Gesetz von 1472 entgegenzutreten ²⁴⁾. Den Anfang dieses Gesetzes bildete eine Bestimmung „von verschaffen, verbergen oder vermachen so einer seiner hausfrawen oder anderen zu thun vermeint“, die dazu bestimmt war, Gläubigern gegenüber Schuldnern, die in Gläubigerbenachteiligungsabsicht handelten, zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Rat schrieb vor, daß wer eine rechtsgültige Übergabe von „ettlich hab und Gut“ machen wolle, dies am Stadtgericht im Beisein des Richters und mindestens zweier Schöffen und des Gerichtsschreibers machen müsse. Dafür gab es eine besondere Formel, erteilt durch die alten Herrn am Freitag vor Maria Magdalena (17. Juni) 1472: ²⁵⁾

„Zu wissen, das N in willen und mainung ist, ettlich ir hab und gute N hier vor gericht auf- und überzugeben. Darumb wo iemant, wer der oder die weren, die wider und in sollich vermainte übergebung ichts zu reden hetten, die mugen

durch sich selbst oder ihren vollmächtigen anwalt in sechs wochen und dreien tagen den nächsten zu gerichtstagen hie erscheinen und sollich einrede und fürbringen thun, wie recht ist. Denn wo das in der zeit also nit bescheh, so ließ man darnach nach laut der stattgesetz dem rechten sein gang“.

Erfolgte die Übergabe nachweislich zum Schaden bereits vorhandener Gläubiger oder derjenigen, welcher man binnen Jahresfrist nach der Verkündung schuldig würde, so sollte sie dennoch „für craftlos untuglich und von unwirnden geachtet und gehalten werden und denselben schuldign an irer schuld und gerechtigkeit kein irrung oder hindernus bringen“.

Diesem Stück des Gesetzes, das in seinen Wirkungen weit über die sonst bekannten Anfechtungsbestimmungen hinausgreift, war, vermutlich gerade wegen dieses weitreichenden Schutzes, der leicht zu einer Lähmung des Güterverkehrs führen konnte, keine lange Geltungsdauer beschieden. Während die mit der Neufassung der Reformation von 1479 beauftragte Kommission die beiden oben erwähnten Abschnitte²⁶⁾ des umfangreichen Gesetzes als Titel IV Gesetz VI und VII übernommen hat, wurde der erste Abschnitt nicht eingegliedert. Nur das kurze VIII. Gesetz des XXII. Titels „von unkraft der gabe und ubergabe zu geverde und schaden der Gläubiger furgenommen“ mag dazu bestimmt gewesen sein, dem gleichen Zweck zu dienen. Danach sollte niemand

„der den leuwten schuldig ist, denselben seinen gläubigern zu geverde und schaden einiche gabe noch ubergabe iemant anders thun noch furnemmen, so dann zu verhinderung oder abpruch gepürlicher bezahlung söllcher schuld erwachsen und kommen mag oder wirt. Und wo das daruber beschehe, das solte seinen glaubigern an irer schuld ganz unschedlich sein“.

Wie sich das Anfechtungsrecht im 16. und 17. Jahrhundert weiter entwickelt hat, ist aus positiven Gesetzeszeugnissen nicht näher zu ersehen. Die Reformation von 1564 enthält unter ihren zahlreichen konkursrechtlichen Vorschriften keinerlei Hinweise auf die Anfechtung von vor der Konkurseröffnung vorgenommenen Rechtshandlungen. Es unterliegt aber eben darum keinem Zweifel, daß durch die subsidiäre Geltung des gemeinen Rechts die dieses beherrschenden Ideen des römischen Rechts Geltung erlangt haben. Das zeigt deutlich eine Bestimmung aus der Curationsprozeßordnung von 1637, der Curator solle fleißig „nach Gelegenheit der Sach wider den ein oder den anderen Gläubiger actiones paulianas sive revocationis anstellen“²⁷⁾.

§ 17 Das Verfahren selbst

A) Das Verfahren nach der verneuten Reformation von 1564

Eine gesetzliche Regelung des Verfahrens zur gemeinschaftlichen und gleichmäßigen Befriedigung aller Gläubiger eines Schuldners findet sich, wie bereits erwähnt, erstmals in der Reformation von 1564 Titel XII „von trünnigen und flüchtigen Schuldern und wie gegen jren Personen und gütern gehandelt und exequirt werden soll“. Die Kodifikation enthält nichts wesentlich Neues. Ihr Wert liegt vor allem in der logischen und systematischen Zusammenstellung und Einordnung bereits jahrzehntelang in Übung befindlicher Rechtssätze¹⁾.

Das Verfahren richtete sich gegen alle trünnigen „Bürger, Bürgerinnen und Einwohner“ ohne Unterschied des Standes und der Person²⁾. Es begann in der bereits

im 14. Jahrhundert üblichen Form der Trünnigerklärung. Dabei waren die Merkmale der Trünnigkeit jedoch weiter gefaßt als früher, so daß Trünnigkeit etwa dem entsprach, was man heute unter Zahlungseinstellung zu verstehen pflegt³⁾. Die Trünnigerklärung erfolgte auf Antrag eines Gläubigers, der vorher „einen schein“ seiner Forderung dartun mußte durch den Bürgermeister, wenn mindestens zwei Zeugen bestätigten, daß in der Nachbarschaft oder sonst in der Stadt ein Gerücht umginge, daß die Trünnigkeit „zu betrug der Gläubiger beschen“, und wenn wenigstens ein Gläubiger den Gefährdeeid leistete⁴⁾. (Gesetz I)

Auf weiteren Antrag belegte der Bürgermeister des Trünnigen „Hab und Güter“ mit „Verpot und Arrest“. Der Arrestbefehl wurde am Rathaus und an den üblichen Bekanntmachungsstellen am Markt öffentlich angeschlagen und verkündet. Er enthielt die Aufforderung an alle Personen, die Sachen des Trünnigen in Besitz hatten oder an die der Trünnige Ansprüche hatte, bei Meidung von Strafe und Verlust aller Ansprüche solche Gegenstände binnen acht Tagen unter Vorlage einer genauen Aufstellung in der Kanzlei des Bürgermeisters abzuliefern, bzw. das Geschuldete zu leisten oder anzuzeigen. (Gesetz II)⁵⁾.

Die Ehefrau, die erwachsenen Kinder, die Handlungsdienier und das Gesinde des Trünnigen, „aber auch sonst yemand so dessen verdacht ainem rath furpracht wurd“, wurden vorgeladen, „mit leiblichen Aiden“ belegt und über den Verbleib von Hab und Gut, Rechnung und Handelsbücher des Trünnigen und über ihr Wissen von seinen „anschlegen und Vorhaben“ befragt. (Gesetz III)⁶⁾.

Über die angemeldeten Gegenstände wurde ein Inventar errichtet, worauf sie entweder in des Stadtrichters „versperr gelegt“ oder „ainigen Gläubigern in verwahrung auf gnugsam versicherung“ ausgehändigt wurden. (Gesetz V)

Dem Trünnigen wurde, wenn er binnen 14 Tagen nach der Trünnigerklärung beim Rat darum ansuchte, mit Zustimmung der Gläubiger freies Geleit zur gütlichen Einigung mit seinen Gläubigern gewährt. (Gesetz VI). Kam ein Vergleich zustande⁷⁾ und konnte der Schuldner beweisen, daß er „on betrug allain auß zugestandnem unglück vnd on sein verschuldung in vnvermögen gerathen und derwegen sich in gewarsam gethon hette“, so wurde er wieder in die Stadt gelassen und erlitt keine Ehrenminderung.

Blieben die Vergleichsverhandlungen ohne Erfolg oder wurde ein Vergleich gar nicht erst versucht, so wurde der Schuldner ohne weiteren Antrag für einen „böschlich ausgetreten und fürsetzlich trünnigen erkannt“ und den Gläubigern gestattet, sich seiner Person zu bemächtigen, wo immer sie in anrufen. (Ges. VI)

Des weiteren erließ das Gericht ein „offen edikt“⁸⁾ mit der Aufforderung, es solle „ain yeder glaubiger in der im edict bestimpten zeit, on fürpot erscheinen vnd sein schuld mit verschreibung, gerichtlichen bekantnussen, handschriften, glaubwürdigen Handelsbüchern, oder mit lebendiger Kundschaft beweisen und außführen“. Auf Verlangen des Gerichts mußte außerdem jeder Gläubiger einen Eid schwören, „das sein angebe schuld die warheit, vnd jme dieselbig noch außstendig sey, daß er auch solchs zu geverlichem nachteil anderer glaubiger, vnd dem flüchtigen zu fürsetzlichem Vorteil, nit thue oder fürneme“⁹⁾. (Ges. VIII)

Schließlich wurde das beschlagnahmte Vermögen nach der Gerichtsordnung „geschetzt, verfaist und verkauft“, der Erlös bei Gericht hinterlegt und daraus jeder Gläubiger „nach seiner bewißen gerechtigkeit, öffentlicher oder stillschweigender verpfandung oder sonst gefreit schulden auf erkantnus des vorgangs bezalt“¹⁰⁾. (Gesetz VIII)

Gläubigern, die hierbei einen Ausfall erlitten, wurde auf ihre Kosten „Exekutorial oder Pittbriefe“ ausgehändigt, kraft deren sie den Schuldner weiter verfolgen und verhaften lassen konnten.

B. Das Verfahren seit der verneuten Gerichtsordnung von 1640

Die Reformation von 1564 hat das Verfahren zur anteiligen Gläubigerbefriedigung nur in großen Zügen geregelt und den Gerichten in der Handhabung der Bestimmungen weitgehend freie Hand gelassen. Lagen die Verhältnisse einigermaßen verwickelt, so nahm die Abwicklung viel Zeit in Anspruch und oft vergingen Jahrzehnte, bis ein Konkursverfahren abgeschlossen wurde¹¹⁾. Beim Rat häuften sich die Klagen in- und ausländischer Gläubiger über „der kuratoren unfließige, ja teils ganz ungetreue Administration“¹²⁾, und die Saumseligkeit der Nürnberger Konkursgerichte war so bekannt, daß eine vom Rat eingesetzte Untersuchungskommission zu dem Ergebnis kam, „daß mancher Gläubiger sich eher seiner Anforderungen verziehen, als dem langweiligen curationswesen nachsehen und auswarten wollte“¹³⁾.

Zur Behebung der größten Mängel erließ der Rat 1627 eine Curationsprozeßordnung, die unverändert in die verneute Gerichtsordnung von 1640 Aufnahme fand¹⁴⁾. Auch in der Folgezeit entfaltete er eine lebhafte gesetzgeberische Tätigkeit auf diesem Gebiet. Allein die vielen Dekrete betreffen nur die Ausgestaltung und Veränderung von Einzelheiten, zu einer zusammenfassenden Kodifikation des Nürnberger Konkursrechts ist es bis zum Ende der freien Reichsstadt nicht mehr gekommen¹⁵⁾.

Versucht man aus dem verstreuten Material eine Übersicht zu gewinnen über das während des 17. und 18. Jahrhunderts bei den Nürnberger Gerichten gehandhabte Konkursverfahren, so ergibt sich folgendes Bild:

Nach dem Vorbild des gemeinen Rechts zerfiel das Verfahren in vier große Abschnitte:

a) Das präparatorische Verfahren

Aus dem summarischen Beweisverfahren über den Verbotsgrund entwickelte sich im 17. Jahrhundert das sogenannte „präparatorische oder vorbereitende Verfahren“, dessen Schlußakt, das „decretum de aperiundo concursu“ an die Stelle des früheren ersten Verbots trat und dessen Wirkungen hatte. Voraussetzung für die Eröffnung des Konkurses war allein die Unzulänglichkeit des Schuldnervermögens zur Befriedigung der Gläubiger und eine Mehrheit von Gläubigern. Das Gericht unterzog das Vermögen des Schuldners einem Vergleich mit den Forderungen der klagenden Gläubiger und erließ das dec. d. a. c., wenn es zu der Erkenntnis kam, daß eine Überschuldung vorlag, die Gläubiger keinen Vergleich eingehen wollten und den Umständen nach auch kein Moratorium zu erwarten war¹⁶⁾.

Das vorbereitende Verfahren wurde eingeleitet durch den Antrag auf Konkurs-eröffnung. Der Antrag konnte von einem Gläubiger oder vom Gemeinschuldner selbst ausgehen.

Der Antrag eines Gläubigers wurde nur dann berücksichtigt, wenn seine Forderung liquide gestellt und weiter genügend bescheinigt war, daß sovielen Gläubiger vorhanden seien, daß zu ihrer Befriedigung das Vermögen des Schuldners nicht ausreiche.

Die Konkursöffnung auf Antrag des Gemeinschuldners war gemeinrechtlich zu

einem praktischen Rechtsinstitut geworden, seit der unverschuldete Vermögensverfall nicht mehr mit Nachteilen für die Person des Schuldners verbunden war ¹⁷⁾. Anders in Nürnberg, dessen Rat sich trotz wiederholter Vorstellungen einheimischer und fremder Kaufleute weigerte, die gemeinrechtlich mit der *cessio bonorum* verbundenen Vergünstigungen eintreten zu lassen. Eine Insolvenzerklärung seitens eines anwesenden Schuldners war daher in Nürnberg selten; denn wenn er sich auch bereit erklärte, sein ganzes Vermögen seinen Gläubigern zu opfern, so blieb er doch immer ihren persönlichen Zwangsmitteln und der Schuldhaft unterworfen. Unter Umständen wurde das vorbereitende Verfahren auch ohne Antrag eingeleitet, wenn nämlich das Gericht aus seiner Amtstätigkeit Kunde von dem Vorhandensein der Konkursvoraussetzungen erhalten hatte oder eine überschuldete Vermögensmasse zur amtlichen Behandlung kam ¹⁸⁾. Am häufigsten war die Eröffnung von Amts wegen bei überschuldeten Erbschaften, Mündelvermögen, Vermögen abwesender, insbesondere flüchtiger Schuldner.

Bei den weitgreifenden Folgen, welche sich für den Gemeinschuldner und die Gläubiger an die Konkurseröffnung knüpften, war den Gerichten höchste Zurückhaltung in der Verhängung des Konkurses auferlegt, und die Entscheidung darüber von der gerichtlichen Ermittlung der wirklichen Vermögenslage des Schuldners abhängig gemacht ¹⁹⁾. Der Schuldner wurde aufgefordert, seine Handelsbücher, sowie eine Aufstellung seiner Aktiven und Passiven binnen einer angemessenen Frist bei Gericht einzureichen. Weigerte er sich, so war das Gericht ermächtigt, ihn festzusetzen und selbst die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig waren, um eine Übersicht zu gewinnen. Hierzu diente die gerichtliche Inventarisierung des Vermögens und eine etwa erforderliche Abschätzung durch Sachverständige. Dem Schuldner sowie seinen Familienangehörigen und Handlungsgehilfen konnte ein Offenbarungseid auferlegt werden. Der Schuldner und seine Ehefrau durften außerdem auf der Folter nach dem Verbleib von Vermögensstücken befragt werden ²⁰⁾. Zur Feststellung der Passivmasse wurden die bekannten Gläubiger vorgeladen, über die eingereichte Aufstellung vernommen und befragt, ob sie die Eröffnung des Konkurses beantragen.

Während des vorbereitenden Verfahrens konnte das Gericht Sicherungsmaßnahmen treffen, um die Gläubiger vor weiterem Schaden zu bewahren. Die provisorischen Maßnahmen, von denen die meisten schon den Verbotsverfahren bekannt waren, bestanden in der Hinterlegung der Barmittel beim städtischen Losungsamt, gerichtlicher Verwahrung der Fahrhabe, Versteigerung der zur Aufbewahrung nicht geeigneten Gegenstände und Erlaß eines Verbots an den Schuldner über sein zur Befriedigung der Gläubiger verwendbares Vermögen zu verfügen, sowie an seine Schuldner Zahlungen an ihn zu leisten ^{21, 21a)}.

Über Art und Umfang der Sicherungsmaßnahmen entschied das Gericht nach den jeweiligen Verhältnissen nach freiem Ermessen. Endete das vorbereitende Verfahren nicht mit der Konkurseröffnung, so wurden die Sicherungsmaßnahmen unverzüglich aufgehoben.

Mit Erlaß des *dec. d. a. c.* verlor der Gemeinschuldner endgültig die Befugnis, über sein Vermögen zu verfügen und dessen Verwaltung fortzuführen. Die Verwaltung wurde einem der drei hauptamtlichen Kuratoren übertragen, der alles zum Besten der Masse zu besorgen hatte. Zugleich mit dem *dec. d. a. c.* wurde die zum Liquidationsverfahren überleitende öffentliche Aufforderung an alle Gläubiger erlassen, sich mit ihren Forderungen in einem bestimmten Termin, dem Professionaltermin,

meist 45 Tage nach Anschlag der Ladung, bei Meidung des Ausschlusses zu melden²²⁾).

b) Das Liquidationsverfahren

In diesem Termin hatten alle Gläubiger persönlich oder durch Stellvertreter ihre Forderungen nach Betrag, Rechtsgrund und beanspruchtem Vorrecht zu Protokoll anzumelden und beglaubigte Abschriften der Beweisurkunden zu übergeben. Die Anmeldungen wurden nicht mehr wie früher in die „manualia“ eingetragen, sondern in besondere, an jedem Tisch zu führende protocolla curatorum, die allen Beteiligten zur Einsicht offen standen²³⁾.

Die Anmeldungen wurden als gegen den Konkursverwalter erhobene Klagen angesehen und enthielten die Bitte, die angemeldeten Forderungen für liquid zu erkennen²⁴⁾.

Auf Antrag des Konkursverwalters wurde gegen die im Termin säumigen Konkursgläubiger ein „Präklusivdekret“ erlassen, wodurch sie von der Berücksichtigung ihrer Ansprüche in diesem Konkursverfahren ausgeschlossen waren²⁵⁾. Diesen Bescheid konnten die ausgeschlossenen Gläubiger durch ein mit der nunmehrigen Anmeldung zu verbindendes Gesuch um „restitutio in integrum“ anfechten, wobei sie an Eidesstatt versichern mußten, „daß sie das Edikt nicht gekannt und früher als geschehen nicht haben erscheinen können“²⁶⁾.

Der Konkursverwalter sowie die zum Konkurs zugelassenen Gläubiger hatten das Recht, angemeldete Forderungen binnen 14 Tagen zu bestreiten und so ihrer Feststellung als Konkursforderungen zu verhindern. Unbestrittene Forderungen wurden in eine besondere Liste aufgenommen. Über die bestrittenen schlossen sich Feststellungsprozesse an.

In den Feststellungsprozessen waren die Gerichte angewiesen, für einen möglichst raschen und gleichmäßigen Fortgang zu sorgen und „soviel immer möglich, summarisch vom Mund in die Feder zu verhandeln“²⁷⁾. Die Termine durften höchstens 14 Tage auseinanderliegen und waren peremptorisch. Säumigen Konkursverwaltern drohten außerdem Geldstrafen und Schadensersatzansprüche²⁸⁾.

c) Das Prioritätsverfahren

Waren alle Liquidationsurteile rechtskräftig, so hatte das Konkursgericht die Reihenfolge festzustellen, in welcher die Gläubiger mit ihren festgestellten Forderungen zum Zuge kamen. Dies war Sache des Prioritätsverfahrens²⁹⁾. Das Gericht erließ zunächst einen vorläufigen Collokationsbescheid, worin es den Gläubigern seine Ansicht über die ihnen gebührende Reihenfolge mitteilte³⁰⁾.

Gläubiger, die sich durch die Einstufung eigener oder fremder Forderungen beeinträchtigt fühlten, konnten ihre Einwendungen binnen 14 Tagen mit dem entsprechenden Abänderungsantrag bei Gericht vorbringen. Die Einwendungen bildeten die Grundlage für die nachfolgenden Prozesse zwischen den Antragstellern und den durch die beantragte Änderung benachteiligten Personen. Den Konkurskuratoren war es untersagt, sich in Prioritätsstreitigkeiten einzumischen³¹⁾. Nach Erledigung aller Prioritätsstreitigkeiten, die im beschleunigten Verfahren verhandelt wurden, erteilte das Gericht das Prioritätsurteil, worin es die endgültige Reihenfolge feststellte, in welcher die Gläubiger zu befriedigen waren.

Auch in Fällen, in denen keine Masse vorhanden war, mußte das Gericht die genaue Reihenfolge der Gläubiger feststellen, „daß gleichwohl die Interessenten im

Werk verspüren, das E. E. Gericht an ihm nichts unterwinden lasse, und wann eine Schuld gut wird, man alsdann wissen könne, wem und wieviel einem oder dem andern davon gebühre“ ³²⁾).

Während des Liquidations- und Prioritätsverfahrens wurde das beschlagnahmte Vermögen vom Konkursverwalter unter Mitwirkung des Gerichts in der oben beschriebenen Weise verwertet und der Erlös beim Losungsamt gegen 3 0/0 ³³⁾ bzw. 4 0/0 ³⁴⁾ Zinsen hinterlegt.

d) Das Distributionsverfahren

An die Eröffnung des Prioritätsurteils schloß sich das Distributionsverfahren an. Schon vor Beginn dieses letzten Verfahrensabschnittes war eine Verteilung des Erlöses an solche Gläubiger zulässig, die unter allen Umständen Befriedigung zu erwarten hatten. Das eigentliche Verteilungsverfahren begann mit dem gerichtlichen Distributionsbescheid. Dieser enthielt zunächst den reinen Bestand der Masse, wie er sich nach Abzug der Masseschulden herausstellte und hierauf die zu befriedigenden Forderungen in der im Prioritätsurteil festgestellten Reihenfolge, sowie den Umfang, in welchem sie zur Befriedigung gelangten und zu den Massekosten herangezogen wurden ³⁵⁾.

Der Distributionsbescheid wurde den Gläubigern im sogenannten Publikationstermin mitgeteilt, zu dem sie mit öffentlichem Anschlag geladen wurden ³⁶⁾. Anschließend konnten die Gläubiger die Akten einsehen und die Rechnungslegung des Konkursverwalters prüfen. Die Auszahlung selbst erfolgte erst, wenn von Seiten der Gläubiger binnen zehn Tagen nach Eröffnung keine Einwendungen erhoben wurden. Jeder Gläubiger, der Geld aus der Konkursmasse entgegen nahm, mußte hierüber quittieren und die Originaldokumente dem Gericht ausliefern. War die Masse völlig verteilt, so war das Konkursverfahren beendet, der Konkursverwalter wurde aus seinem Amt entlassen. Gläubigern, die nicht voll befriedigt wurden, händigte das Gericht auf ihre Kosten in Höhe ihres Ausfalls einen sogenannten Compasbrief aus, auf Grund dessen sie den Schuldner verfolgen, in den Schuldturn werfen, und wenn er irgendwann zu neuem Vermögen kam, gegen ihn vollstrecken lassen konnten ³⁷⁾.

§ 18 Rangordnung der Gläubiger

A) Die Rangordnung nach der verneuten Reformation von 1564

Die in der Praxis wohl wichtigste Frage des Konkursverfahrens war die der Rangordnung der Gläubiger. Durch die wachsende Zahl der Privilegierungen war das Prinzip der Gleichberechtigung aller Gläubiger im Konkursverfahren weitgehend durchbrochen, und es hatte sich eine höchst komplizierte Reihenfolge entwickelt, in welcher die einzelnen Forderungen im Konkurs befriedigt wurden. Um der in der Praxis herrschenden Unsicherheit und Ungewißheit abzuweichen, entschloß sich der Rat bei der Neuordnung der Reformation 1564, die bislang verstreuten Bestimmungen über die Rangordnung der Forderungen im XXII. Titel „vom vorgang der glaubiger“ zusammenzufassen. Diese Zusammenfassung enthält noch keine Einteilung der Gläubiger in Klassen, sondern läßt die einzelnen Forderungen nacheinander folgen, wobei in der Aufzählung nicht immer die Rangordnung eingehalten wird.

Das I. Gesetz „von stillschweigender Pfandschaft, verseßener und außstendiger Zins

oder gult“ behandelt den in der Praxis wichtigsten Fall der Spezial- und Generalpfandrechte. Das Gesetz läßt unter mehreren Pfandrechten das Alter entscheiden. Die Priorität der Verpfändung erstreckt sich dabei auch auf die Zinsen. Wie wenig Gewicht auf die Besitzübertragung gelegt wurde, zeigt Absatz 2, wonach das ältere Generalpfandrecht dem jüngeren Spezialpfandrecht vorgehen soll. Gläubiger mit Pfandverschreibungen gleichen Datums wurden im Verhältnis ihrer Forderungen befriedigt. Diese Bestimmungen sollten sowohl für ausdrückliche als auch für stillschweigende Verpfändungen gelten, „ausgenommen etlicher fell, die hernach in folgenden Gesetzen erzehlt werden“.

Im II. Gesetz folgt unter der Überschrift „vom Vorgang der Ehefrau“ die Vorschrift, daß die Ehefrau wegen ihres zugebrachten Heiratsgutes auf dem Vermögen des Ehemannes eine stillschweigende Verpfändung haben solle mit Privilegium vor allen andern Gläubigern, mit Ausnahme derjenigen, denen bereits vor der Eheschließung eine ausdrückliche Verpfändung an Vermögensstücken des Mannes bestellt worden war. Wegen anderer, außerhalb des Heiratsgutes in die Verwaltung des Mannes eingebrachter Güter, wird ihr, wenn diese nicht mehr in natura vorhanden sind, nur ein nichtprivilegiertes Pfandrecht zuerkannt. Auch das fällt weg, wenn die Gläubiger beweisen, daß die Frau ihrem Mann zu seinem „gefährlichen Aufborgen, Verschwenden und übel haushalten geholfen oder sonst beträglich gehandelt hat“. Das gemeinrechtliche Pfandrecht der Ehefrau wegen ihrer Widerlageforderung und dem Gegenvermächtnis des Mannes wird ausdrücklich abgelehnt, und die Ehefrau wegen dieser Forderungen bei den gemeinen Schuldnern eingereiht. Heiratsgeding, Vermächtnis und Verschreibung können daran nichts ändern.

Das III. Gesetz „vom Vorgang der Kinder auß erster Ehe“ erkennt diesen Kindern wegen ihrer Forderung auf Herausgabe des Vermögens ihres verstorbenen Elternteils ein stillschweigendes Pfandrecht an dem Gesamtvermögen des überlebenden Elternteils zu.

Im IV. Gesetz „Wie die Pflegekinder jrer Vormunder verwaltung vnd handlung halben gefreyt sein“ wird den Pflegekindern ein privilegiertes Generalpfandrecht am Vermögen des Vormundes zugesprochen. Dieser Vorgang erstreckt sich auch auf das aus dem Mündelvermögen Gekaufte.

Im V. Gesetz „Wann zu erkaufung aies Guts etwas fürgelihen worden ist“ folgt die Anerkennung eines unmittelbar hinter dem privilegierten Pfandrecht der Ehefrau stehenden privilegierten Pfandrechts an den gekauften Sachen, die wegen solchen Darlehens verpfändet wurden.

Das VI. Gesetz gibt den Gläubigern, welche zur Erbauung, Besserung und Erhalten eines Gutes Geld geliehen haben, wegen der „fürstreckung“ ein privilegiertes Pfandrecht nach der Ehefrau mit ihrer Heiratsgutforderung.

Im VII. Gesetz erhält der Hausherr wegen des versessenen Mietzinses ein stillschweigendes Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Mieters mit Vorrang vor jedermann, auch vor der Ehefrau.

Im VIII. Gesetz „vom Vorgang etlicher Personlicher Gläubiger als Tagelöhner, Eehalten vnd dergleichen“ wird dem Lidlohn der genannten Personen nach den privilegierten und nicht privilegierten Pfandgläubigern unter den persönlichen Gläubigern die erste Stellung zuerkannt.

Unter dem IX. Gesetz „vom Vorgang des gemeinen Nutz“ wird den öffentlichen Abgaben nach dem Lidlohn und dem im X. Gesetz genannten Waidforderungen der Vorrang vor allen andern persönlichen Forderungen eingeräumt.

Das X. Gesetz gewährt den Waidgästen ¹⁾ wegen ihrer Forderungen an die Färber nach dem Lidlohn den zweiten Rang unter den persönlichen Forderungen.

Im XI. Gesetz wird all den Gläubigern, die auf des Schuldners Vermögen einen Arrest erlangt haben oder einem solchen Arrest in der vom Gericht bestimmten Zeit beigetreten sind, der Vorgang vor Gläubigern, die diese Frist versäumt haben, zuerkannt. Nichtbetroffen werden zu spät kommende Gläubiger, die „ain offentliche oder stillschweigende verpfandung oder davor in Gericht ain erlangte gerechtigkeit oder sonst ain gefreyte personliche schuld hetten“. Die gemeinen Gläubiger dieses Gesetzes werden pro rata befriedigt.

Die Fassung dieser Prioritätsordnung zeigt, daß man zwischen Konkursprivilegien und Pfand- bzw. Absonderungsrechten systematisch nicht unterschieden hat. Die Vorzugsrechte greifen zum Teil in die Absonderungsrechte über, da sie nach Vorgang des römischen Rechts als Generalpfandrechte an der ganzen Habe des Schuldners, teilweise sogar als privilegierte Generalpfandrechte aufgefaßt werden. So geht etwa das Vorrecht der Ehefrau wegen ihres Heiratsgutes auch den Spezialpfandgläubigern vor. Diese werden aus dem Erlös ihres Pfandes erst befriedigt, wenn und soweit die sonstige Konkursmasse zur Befriedigung der Ehefrau reicht. Das gleiche gilt mit Rang hinter der Heiratsgutforderung der Ehefrau für die Forderung der Mündel gegen ihren Vormund aus der Verwaltung des Mündelvermögens. Doch steht das Vorrecht des Mündels den privilegierten Spezialpfandrechten wegen eines zur Erkaufung oder Erbauung eines Gutes gegebenen Darlehens nach.

Die Prioritätsordnung der Reformation ist nicht vollständig. Sie schweigt über die Einstufung verschiedener, gemeinrechtlich ausgebildeter und vom Stadtgericht anerkannter Vorrechte wie etwa der Leichenkosten, der Arzt- und Apothekerforderungen. Die Behandlung der Massekosten ist an anderer Stelle ²⁾ und nur für einen ganz speziellen Fall geregelt: wenn ein Gläubiger den entflohenen Schuldner zur Fronfeste bringt, so sollen ihm vor allen anderen Gläubigern „all costen, nach ermessung aines rats, von des flüchtigen Güter erstattet werden“. Prioritätsurteile in den Gerichtsbüchern lassen erkennen, daß unter entsprechender Anwendung dieser Bestimmung auch sonstige Massekosten vorweg befriedigt wurden.

B) Die Rangordnung gegen Ende des 18. Jahrhunderts

In der Folgezeit wurden noch weitere Konkursvorrechte ausgebildet. Es zeigt sich dabei eine ähnliche Entwicklung wie bei den Pfandrechten. So wie bei den Pfandrechten das einfache Prinzip der Priorität dadurch immer mehr zurück gedrängt wurde, daß man glaubte, ständig neue Privilegierungen schaffen zu müssen, so wurde auch das Prinzip der Gleichberechtigung der Forderungen im Konkurs immer mehr durchbrochen. Ärzte und Apotheker, Bader, Bierbrauer und Ochenschlächter verstanden es, solche Vorrechte zu erlangen und waren ständig bestrebt, sie auszuweiten, zumindest aber die einmal erkämpften Vorrechte gegen nachfolgende Interessentengruppen zu wahren.

Neben dieser Erweiterung der Konkursvorrechte, die die Rangordnung nicht zu einer Festigung kommen ließ, vollzog sich um die Mitte des 17. Jahrhunderts auch eine formelle Umgestaltung der Nürnberger Prioritätsordnung. Die Prioritätsurteile dieser Zeit begnügen sich nicht mehr damit, die einzelnen Forderungen ihrem Rangverhältnis nach einander folgen zu lassen, sondern sie teilen die Forderungen zusätzlich in Klassen ein.

Gemeinrechtlich üblich war nach dem Vorgang der Sächsischen Prozeßordnung von

1622 die Einteilung in fünf Klassen, wobei an erster Stelle die sogenannten absolut privilegierten Gläubiger standen, an zweiter die privilegierten, an dritter die nicht privilegierten Pfandgläubiger, an vierter die einfach privilegierten Gläubiger ohne Pfandrecht und an letzter Stelle die nicht privilegierten Gläubiger (sog. Chirographargläubiger) ³⁾.

In Nürnberg schwankte die Einteilung in Klassen. Neben der gemeinrechtlich üblichen in fünf Klassen ⁴⁾ findet sich vereinzelt auch eine solche in sieben ⁵⁾. Die Abweichung rührt daher, daß bei der Einteilung in sieben Klassen die Aussonderungsberechtigten als Klasse I, die Massegläubiger als Klasse II geführt werden, während bei den fünfklassigen Prioritätsordnungen die Aussonderungsberechtigten „Extra Concursum“, die Massegläubiger in Klasse I an der Spitze rangieren. Nach allen Veränderungen der Gesetzgebung läßt sich für das Ende des 18. Jahrhunderts etwa folgende Prioritätsordnung aufstellen:

Unter dem Rubro „Extra Concursum“ wurden zunächst die Eigentümer all der Gegenstände aufgeführt, an denen der Gemeinschuldner kein Eigentum hatte und ihnen die Aussonderung dieser Gegenstände aus der Masse gestattet.

Unter dem Rubro „In Concursum“ wurden in der I. Klasse die Inhaber eines absoluten Vorzugsrechtes in der Reihenfolge befriedigt, daß zunächst die Kosten der Kuration, die Gerichts-, Urteils-, Inventur-, Versteigerungs- und Schreibgebühren, das „salarium“ des Konkursverwalters und alle übrigen, zur Durchführung des Verfahrens notwendigen Auslagen, vorweg bezahlt wurden ⁶⁾. Dabei wurden seit 1646 ⁷⁾ die Auslagen anteilmäßig auf die Höhe der zur Auszahlung gelangenden Beträge eines jeden Gläubigers umgelegt und einbehalten.

Danach folgten die Forderungen des Eigenherrn wegen des rückständigen Zinses, Handlohns und Zehnten ⁸⁾; die auf ländlichen Grundstücken lastenden Steuern und öffentlichen Abgaben (Reutergelder, Praestationen und Kollekten wie Türken- und Kopfsteuer, Brücken- und Brunnengelder, Kriegskontributionen), sowie die Eigen- und Gatterzinsen der letzten 3 Jahre ⁹⁾; ferner die Medici ¹⁰⁾, Apotheker ¹¹⁾, Bader und Barbieri ¹²⁾ mit gleichem Rang unter einander; Apotheker, Bader und Barbieri jedoch nur mit den Außenständen der letzten drei Jahre, soweit sie 50 fl nicht überschritten; ihr Privileg erfaßte nicht allein die durch die Krankheit des Gemeinschuldners, sondern auch die durch Erkrankung von dessen Ehefrau und Kindern entstandenen Kosten; danach folgten Erbschaftsgelder, welche der Schuldner seinen Miterben aus gemeiner Erbschaft zu ihrem Anteil noch zu zahlen verpflichtet war ¹³⁾.

Die zweite Klasse regelte die Forderungen der privilegierten Pfandgläubiger. Hierzu zählten der Hausherr wegen des versessenen Hauszinses nach den Bestimmungen der Reformation von 1564 ¹⁴⁾; der Verpächter eines Grundstücks mit Beschränkung auf die noch vorhandenen Früchte ¹⁵⁾; derjenige, der einem anderen zur Erhaltung einer Militärstelle Geld geliehen ¹⁶⁾; der Kriegsfiskus wegen seiner Forderungen an seine Verwalter ¹⁷⁾; die Ehefrau wegen ihres nicht mehr vorhandenen Heiratsgutes mit den bereits aus der Reformation von 1564 bekannten Einschränkungen ¹⁸⁾; der Darlehensgeber, welcher dem Schuldner Geld zum Kauf oder zur Besserung eines Hauses oder einer Sache geliehen und sich hierfür eine Hypothek an diesen Sachen hat bestellen lassen ¹⁹⁾; ferner die Kinder erster Ehe wegen ihrer bereits genannten Forderungen an den überlebenden Elternteil ²⁰⁾. In dieser Klasse erfolgte die Befriedigung, mit den bereits oben ²¹⁾ erwähnten Einschränkungen, nach dem Alter.

In der dritten Klasse folgten die einfachen Pfandgläubiger, denen kein besonderes gesetzliches Vorzugsrecht zuerkannt war. In den zu Nürnberg gehörenden Landgebieten und in der Vorstadt Wöhrd wurde dabei unterschieden zwischen öffentlichen Pfandverschreibungen (*hypotheka publica*) einerseits und privaten Pfandverschreibungen (*hypotheka privata*) und gesetzlichen Pfandrechten (*hypotheka tacita* oder *legale*) andererseits. Nach einem Dekret vom 22. 3. 1677 hatten in diesem Gebiet die in die Conservatorien eingetragenen, vor einem Pfleger, Bürgermeister, Richter oder zwei Genannten errichteten Pfandverschreibungen den Vorrang, sowohl vor den privaten als auch vor den gesetzlichen, stillschweigenden, nicht privilegierten Hypotheken. Innerhalb der beiden Gruppen gingen die älteren Rechte den jüngeren, auch die älteren General- den jüngeren Specialhypotheken mit Zins und Kapital vor. In der Stadt Nürnberg selbst waren die durch Privatschuldverschreibung errichteten und die gesetzlichen Hypotheken den öffentlich errichteten Hypotheken gleichgeachtet, und über den Vorrang entschied nur das Alter ²²⁾.

Bloße Pfandgläubiger kraft Gesetzes waren die Ehefrau wegen ihrer neben den Heiratsgütern in die Ehe eingebrachten Güter, die sie in die Verwaltung des Mannes gegeben, deren Eigentum sie sich jedoch vorbehalten (Paraphernalgüter), wenn diese Güter nicht mehr in natura vorhanden waren ²³⁾; die Kinder wegen ihres der Verwaltung der Eltern unterstehenden Vermögens ²⁴⁾; die Mündel wegen ihrer den Vormündern in Verwaltung gegebenen Güter ²⁵⁾; das Ochsen- und Unschlittamt wegen des den Metzgern auf Borg gelieferten Schlachtviehs ²⁶⁾; die Waidgäste wegen ihrer Forderungen an die Färber ²⁷⁾; der Ehemann wegen des ihm versprochenen Heiratsgutes an dem Vermögen des Versprechers ²⁸⁾; die Mitglieder der „oberherrlich confirmierten Witwencassen“ am Vermögen der die Verwaltung innehabenden Personen ²⁹⁾; die Konkursgläubiger wegen des vom Konkursverwalter veruntreuten Vermögens des Gemeinschuldners an dem Vermögen des Konkursverwalters ³⁰⁾.

Alle diese Pfandrechte mußten jedoch zurückstehen hinter den mit Zustimmung des Eigenherrs an den Gütern des Erbmannes öffentlich bestellten Hypotheken ³¹⁾, wenn der Eigenherr darin dem Hypothekengläubiger das Recht eingeräumt hatte, vor ihm Befriedigung zu verlangen. Wechselgläubiger, welche sich in dem Wechselbrief ein Pfandrecht an den Gütern des Schuldners hatten bestellen lassen, wurden nicht in der dritten Klasse befriedigt, sondern in die fünfte verwiesen ³²⁾.

Die vierte Klasse umfaßte die mit einem Vorzugsrecht ausgestatteten Personalgläubiger. Unter ihnen rangierte an erster Stelle der Eigentümer der dem Schuldner zur Verwahrung übergebenen, aber nicht mehr vorhandenen Gegenstände ³³⁾. Die übrigen Gläubiger wurden pro rata befriedigt. Zu ihnen zählten die Lidlohngläubiger ³⁴⁾; die Bierbrauer wegen ihrer nicht durch Pfandrechte gesicherten Forderungen ³⁵⁾; der Fiskus in der Stadt mit der rückständigen Lösung ³⁶⁾; die Apotheker, Bader und Barbieri mit ihren Forderungen, sowie sie 50 fl überstiegen oder über drei Jahre zurückreichten ³⁷⁾; die Darlehensgeber, die zum Kauf oder zur Erbauung eines Gutes oder einer Sache Geld geliehen haben, ohne sich ein Pfandrecht bestellen zu lassen ³⁸⁾; die Advokaten, Notare und Prokuratoren mit ihren schon vor dem Konkurs begründeten Forderungen ³⁹⁾; die Darlehensgeber, die dem Schuldner Geld ohne Zinsen geliehen haben ⁴⁰⁾; die Tochter mit ihrer Aussteuer ⁴¹⁾; die Braut wegen ihres dem Schuldner bereits zugebrachten Heiratsgutes, wenn die Ehe nicht zustande gekommen war ⁴²⁾.

In der fünften Klasse folgten schließlich die Gläubiger, die sich weder eines Pfandrechts noch eines sonstigen Vorgangsrechts erfreuten. Unter ihnen gingen wiederum diejenigen, welche vor Eröffnung des Konkursverfahrens vor einem auswärtigen Gericht einen Arrest auf bestimmte Vermögensstücke des Schuldners erlangt hatten, den anderen Personalgläubigern vor, wenn an dem den Arrest verhängenden Gericht ein solches Vorgangsrecht üblich war⁴³⁾. Nach Lahner⁴⁴⁾ hatte in dieser Klasse auch die Ehefrau wegen ihres Gegenvermöchnisses und wegen des eingebrachten Gutes, an dem sie sich Eigentum und Verwaltung vorbehalten (bonorum receptitorium), aus dem sie aber dem Schuldner Gegenstände entliehen hatte, das Recht, vor den übrigen Gläubigern, die pro rata befriedigt wurden, Bezahlung zu verlangen.

Die Forderungen auswärtiger Gläubiger wurden wie die der Nürnberger Gläubiger behandelt, es sei denn, daß die fremden Herrschaften, wie etwa die Markgrafen von Ansbach-Bayreuth und die Fürstbischöfe von Eichstätt, ihre Untertanen den Nürnberger Bürgern vorzogen. Dann sollte ihnen gegenüber das wohlbegründete „ius retorsionis“ exerciert werden⁴⁵⁾. So wurden die Untertanen der Markgrafen von Ansbach-Bayreuth⁴⁶⁾ und der Fürstbischöfe von Eichstätt⁴⁷⁾ „nicht ehender befriedigt bis alle anderen bezahlt“. Vertraglich war die Gleichbehandlung der Gläubiger im Konkurs mit Basel⁴⁸⁾, Genf⁴⁹⁾, Bamberg⁵⁰⁾ und der Deutsch Ordens Commende⁵¹⁾ vereinbart.

III. Abschnitt

Mittel zur Abwendung des Konkurses

§ 19 Der Stundungs- und Nachlaßvergleich

Statt des eigentlichen Konkursverfahrens konnte auch im Mittelalter schon ein Vergleichsverfahren eingeschlagen werden. Die Initiative dazu mußte vom Schuldner ausgehen; unter der Eröffnung, er sei außer Stande, sie ordnungsgemäß zu befriedigen, konnte er an seine Gläubiger das Ersuchen stellen, ihm „frist, schube, satzung oder nachlaß“ zu gewähren¹⁾.

Der Rat scheint den Vergleichsverfahren zunächst nicht sehr wohlwollend gegenüber gestanden zu sein. Darauf deutet wenigstens ein Ratsverlaß vom 19. 1. 1471 hin²⁾. Er verbietet den Gerichtsschreibern, Erlaßverträge in die Gerichtsbücher aufzunehmen, durch welche sich Bürger der Stadt mit ihren Gläubigern „um halb geld“ oder sonst wie vertragen wollten. Dergleichen „teidigungen“ sollten auch nicht mit dem städtischen Siegel befestigt oder „in ainich ander weg“ gefördert werden. Noch im 15. Jahrhundert hat der Rat jedoch diese Zurückhaltung aufgegeben. Er gestattete es, Vergleichsabschlüsse in die Gerichtsbücher aufzunehmen³⁾ und bemühte sich darüber hinaus, die Vergleichsverhandlungen, die in aller Regel außerhalb des Gerichtes stattfanden, nach Kräften zu fördern und zu einem gültlichen Abschluß zu bringen⁴⁾.

Trotz aller fürsorglichen Bemühungen des Rates blieb es aber doch die Regel, daß der Schuldner, um der drohenden Haft zu entgehen, zunächst in ein fremdes Geleit flüchtete, um von hier aus seinen Gläubigern die ersten Angebote zu einem Vergleich zu machen⁵⁾. Wirksam ließen sich aber die Verhandlungen nur bei seiner persönlichen Anwesenheit führen. Es kam für den Schuldner deshalb viel darauf an, freies Geleit für eine sichere Rückkehr zu erhalten. Der Rat konnte von sich aus

freies Geleit nicht mit voller Wirksamkeit erteilen; er vermochte keinen Gläubiger daran zu hindern, von den ihm nach den Gesetzen zustehenden Befugnissen Gebrauch zu machen und den Schuldner gefangen setzen zu lassen⁶⁾. Selbst wenn aber die überwiegende Mehrheit der Gläubiger für die Erteilung freien Geleits war, wurde ein dissentierender Gläubiger nicht zur gleichen Schonung genötigt. Es bedurfte erst der Ausbildung des Majoritätsprinzips für die Beschlüsse der Gläubiger⁷⁾.

Dem deutschen Recht waren Mehrheitsbeschlüsse ursprünglich fremd. So konnten etwa Beschlüsse der Markgenossenschaft in älterer Zeit nur einstimmig gefaßt werden⁸⁾; auch für die Königswahl war zunächst Einstimmigkeit erforderlich⁹⁾. Erst seit dem 13. Jahrhundert wurde das Einstimmigkeitsprinzip unter dem Einfluß des römisch-kanonischen Rechts durch das Mehrheitsprinzip langsam verdrängt¹⁰⁾. Die Durchsetzung des Mehrheitsprinzips war örtlich und nach den Rechtsgebieten verschieden. Für die Abstimmungen des Nürnberger Rates ist es seit 1323 bezeugt¹¹⁾; im Nürnberger Konkursrecht hat es erst Anfang des 16. Jahrhunderts Eingang gefunden.

Noch die Reformation von 1498 enthält in Titel IV, Gesetz VII einen Absatz über „diejenigen die sich mit ihren schuldign, deren sach nit wol steen vertragen“, in dem jeder Zwang der nicht zustimmenden Minderheit verworfen wird. So „setzt und ordnet ein erber rat aus merklichen ursachen ine dazu bewegende, daz alle und jede soliche vertrege allen und ieden glaubigern, die in solliche vertrege mit nemlichen worten nit verwilligt haben ganz unschedlich sein sollen an irer vorderung und gerechtigkeit“.

Auf die Dauer war jedoch diese Auffassung dem Ansturm des römisch-kanonischen Gedankengutes nicht gewachsen. Nachdem mehrere Handelsstädte ihr Vergleichsrecht dem Mehrheitsprinzip unterstellt hatten¹²⁾, entschloß sich der Rat 1512¹³⁾ „zu ratschlagen der geprauch, so ymand geltschuld halben von hinnen entweicht, wie es furter mit den vertregen der glaubiger, so zu der zeit der vertrag nit vor augen erscheinen oder solches nit bewilligen gehalten werden soll“. Noch im gleichen Jahr findet sich ein weiterer Ratsverlaß¹⁴⁾, der erkennen läßt, in welche Richtung die Gedanken des Rates für die Neuordnung gingen: „Zu ratschlagen, ob ein gesetz ze machen sey, wan der merer teyl glaubiger mit irem schuldner ainen vertrag annemen daz die myndern dem zu folgen schuldig seyn.“

Mit der endgültigen Ausarbeitung wurde 1513 der Ratskonsulent Dr. Ulrich beauftragt¹⁵⁾. Das Gesetz selbst ist nicht bekannt. Es muß jedoch vor 1517 ergangen sein, denn in den Ratsmanualen dieses Jahres findet sich der Eintrag: „Bey etlichen tapfern kaufleuten ratslagen, ob das gesetz sagend von vertrag der meren glaubiger mit ainem anhang der zeyt halb zu pessern sey, oder dermaßen wie es gesetz ist pleiben soll“¹⁶⁾. Nach diesem Eintrag ist zu vermuten, daß durch das Gesetz die unbedingte Anerkennung des Mehrheitsprinzips im Nürnberger Konkurs- und Vergleichsrecht eingeführt wurde; denn nur so ist die Überlegung des Rates zu verstehen, das Gesetz der „zeyt halb zu pessern“.

Diese Vermutung wird bestätigt durch die Reformation von 1522, die in Titel XXII, Gesetz VIII den Niederschlag dieser Reformbestrebungen enthält. Der Rat hebt in diesem Gesetz den bisherigen Gebrauch auf, wonach die Majorität die „nachlassung an der Hauptsumma“ beschließen könne; nur einen Aufschub für fünf Jahre könne sie mit Wirkung für die Minderheit bewilligen und auch das nur unter der Voraussetzung, daß der Schuldner oder die Majorität die dann erfolgende

rechtzeitige Bezahlung ihrer Forderungen durch Pfand oder Bürgen der Minorität versichern würden.

Der Hauptgrund für diese unterschiedliche Behandlung des Stundungs- und Nachlaßvergleiches, die sich auch in anderen Stadtrechtsreformationen findet, ist in der Auffassung von der Natur, der zwischen den konkurrierenden Gläubigern bestehenden Rechtsgemeinschaft zu suchen¹⁷⁾. Nach Oertel erwirbt der Gläubiger durch seinen rechtsförmlichen Beitritt zum Konkurs das Recht, aus dem Vermögen des Gemeinschuldners, wie es unter Berücksichtigung aller Pfand- und Vorzugsrechte zur Verteilung steht, nach dem durch die Summe der mit dem seinigen konkurrierenden Ansprüche bestimmten Verhältnis Befriedigung seiner Forderung zu erlangen. Ein Vergleich, der dies anders regelt, als es in Verfolgung des ordentlichen Konkursverfahrens geschehen würde, berührt jenes Recht in einer über die allgemein gezogenen Grenzen hinausgehenden Weise, zumal da er mangels besonderer Vereinbarung häufig die endgültige Abfindung der Gläubiger bedeutet. Deshalb solle kein Gläubiger gezwungen sein, ihn anzunehmen und damit auf ein wohlerworbenes Recht zu verzichten. Dagegen ist es mit dieser Auffassung wohl vereinbar, daß ein Beschluß der Gläubigermehrheit, der dem Gemeinschuldner nur Zahlungsaufschub gewährt, die Minderheit bindet. In einem solchen Vergleich liegt das Versprechen voller Befriedigung der Gläubiger, das zudem, wie erwähnt, durch Pfandbestellung oder Bürgschaft gesichert werden mußte. Jeder Gläubiger erhält also alles, was er zu fordern hat, nur nicht sofort; dieser Nachteil wird aber dadurch aufgewogen, daß er bei Durchführung des Konkursverfahrens aller Voraussetzung nach nicht volle Befriedigung erhalten würde. Die Gewährung eines Stundungsvertrages wurde deshalb nicht als Eingriff in ein wohlerworbenes Recht angesehen, sondern nur „als eine der möglichst vollkommenen Erreichung des Konkurszwecks dienende Verwaltungsmaßregel, die die Mehrheit auch gegen den Willen der Minderheit beschließen konnte“¹⁸⁾.

Bei dieser unterschiedlichen Behandlung des Stundungs- und Nachlaßvergleiches blieb es noch nach der verneuten Reformation von 1564¹⁹⁾. Erst während des Dreißigjährigen Krieges und unter dem Einfluß seiner verderblichen Folgen für den allgemeinen Wohlstand und die Geschäftsmoral entschloß sich der Rat zu einer Änderung der Vergleichsvorschriften.

Auf mehrfache Anregung der Kaufmannschaft, die sich darüber beschwert hatte, daß „etlich wenig widersinnige gläubiger, ja gar einzige Personen, mit Behelf des im 7ten Gesetzes des 12 Tituls verordneten . . . aus Neid und Radgier . . . um mit dem Schuldner einen sonderbarlichen Nebenaccord zu treffen . . . alle billigen Akkorde verhindern und umstoßen“, beauftragte der Rat 1628²⁰⁾ seine Ratskonsulenten mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Neuordnung des Vergleichsrechtes. Am 27. November 1634 wurde das neue Gesetz erlassen. Es hebt das VII. Gesetz des XII. Titel der Reformation von 1564 auf und bringt nach über hundertjähriger Unterbrechung die endgültige Anerkennung des Mehrheitsprinzips bei Stundungs- und Nachlaßvergleichen. Dabei sollte wie bisher die Mehrheit nicht nach der Kopffzahl, sondern nach der Höhe der Forderungen berechnet werden; nur bei gleichen Forderungen sollte die Kopffzahl den Ausschlag geben²¹⁾. Die Verpflichtung, sich dem Nachlaßvertrag zu unterwerfen, erstreckte sich nicht auf die Hypotheken- und sonstige, mit einem Vorgangsrecht ausgestatteten Gläubiger. Deren durch ein besonderes Recht gesicherte Befriedigung durfte auch durch andere, schlechter gestellte Gläubiger nicht beeinträchtigt werden. Bei einem

Stundungsvergleich waren sie jedoch dem Mehrheitsbeschluß unterworfen. Absonderungsberechtigte konnten in jedem Falle gesonderte Befriedigung verlangen.

Der Vergleich galt als eine Rechtswohlthat (*beneficium executionis*²²⁾, die nur dem nachweislich unverschuldet in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Schuldner zukam, der sich nicht in fremdes Geleit begeben hatte oder auf Aufforderung des Rates rechtzeitig um freies Geleit einkam und zu dem vom Gericht angesetzten Termin zurückkehrte. Zu diesem Termin wurden alle bekannten Gläubiger durch öffentliche Aufforderung geladen. Im Termin hatte der Schuldner seine Handelsbücher, ein Verzeichnis seiner Gläubiger und ihrer Forderungen zu übergeben und Zahlungsvorschläge zu unterbreiten²³⁾. Die Gläubiger pflegten die Vergleichsverhandlung meist einem Gläubigerausschuß zu übertragen.

An einen Vergleich der Mehrheit mit einem flüchtigen oder betrügerischen Schuldner war die Minderheit nicht gebunden. Ein Vergleich war nichtig, wenn sich herausstellte, daß der Schuldner Vermögensteile verschwiegen oder mit einigen Gläubigern Sonderabsprachen getroffen hatte. Enthielt er eine offensichtliche Benachteiligung der Minderheit, so konnte er von den benachteiligten Gläubigern angefochten werden²⁴⁾.

Kam ein Akkord zustande, so mußten die einzelnen Vereinbarungen in die Gerichtsbücher aufgenommen werden²⁵⁾. Der Inhalt der Vergleiche ist jedoch zu mannigfaltig, um hier dargestellt zu werden. Vielfach finden sich Stundungs- und Nachlaßbestimmungen kombiniert²⁶⁾. Wurde dem Schuldner ein Teil der Schulden erlassen, so haftete er mit einem späteren Erwerb nur, wenn dies ausdrücklich im Akkord bestimmt war²⁷⁾. Solche Vereinbarungen wurden häufig mit der Maßgabe getroffen, daß die Gläubiger wegen ihrer Restforderungen „kein bezahlung weder rechtlich noch in ainich ander weys“ fordern würden, daß aber der Schuldner, falls er „zu pesserm glück“ käme, allein nach seinem guten Willen und Gewissen bezahlen solle²⁸⁾.

Solange der Schuldner die im Akkord übernommenen Verpflichtungen getreulich erfüllte, konnte er in der Stadt bleiben und blieb an seiner Ehre unverletzt. Kam er seinen Vergleichsverpflichtungen nicht nach, so drohten ihm Schuldgefängnis und Stadtverweisung²⁹⁾. In manchem Vergleich findet sich sogar die Verpflichtungsklausel des Schuldners, er werde sich bei Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen freiwillig ins Gefängnis begeben³⁰⁾.

§ 20 Das Moratorium

Willigten die Gläubiger nicht in einen Vergleich ein, so blieb dem Schuldner immer noch ein Mittel zur Abwendung des Konkurses: er konnte sich „supplicando an den Landesherrn wenden und um die Erteilung eines Begnadigungs-Briefes (*moratorium*) bitten“¹⁾. Das Moratorium — auch Anstandsbrief, eiserner Brief oder Quinquennell genannt — war ein für Nürnberger Bürger vom Kaiser zu erteilendes Privilegium, wodurch die Gläubiger für einen bestimmten Zeitraum an der gerichtlichen Verfolgung ihrer Ansprüche gegen den Schuldner gehindert wurden²⁾. Das Institut entstammt dem römischen Recht³⁾, hat jedoch bereits im frühen Mittelalter in das deutsche Rechtsdenken Eingang gefunden⁴⁾.

Die Erlangung eines Moratoriums beim Kaiser war mit nicht unbeträchtlichen Kosten verbunden, aber bei der chronischen Geldnot der kaiserlichen Kasse nicht allzu schwierig. Gegen Ausgang des 15. Jahrhunderts müssen die Nürnberger

Bürgern erteilten Moratorien so überhand genommen haben, daß sich der Rat, um die Kreditgrundlage der Nürnberger Kaufleute nicht zu gefährden, veranlaßt sah, der Erteilung von Moratorien nach Kräften entgegenzuwirken. Müllner⁵⁾ führt in seinem Bericht über den Reichstag von Worms 1495 ein Privileg an, daß die Stadt auf oder doch kurz vor diesem Reichstag durch ihre Gesandten Nicolas Groland, Anthoni Tucher und Ulman Stromer, von Kaiser Maximilian I in Ansehung der Moratorien ihrer Bürger erlangt hat.

„Nachdem bisweilen die Burger zu Nürnberg ihre Güter leichtfertig verschwenden und unversehenlich in Abfall ihrer Nahrung kommen oder auch ihren Gläubigern ihre Güter gefährlich hinterhalten und verbergen; so sollen all die Brief, so von seinem Vater Kaiser Friedrich oder von ihm könig Maxemilian, zu Aufschub und Fristung der Bezahlung gegeben oder noch von ihm oder seinen Nachkommen am Reich in Ewigkeit gegeben werden möchten, ganz keinen Fürstand, Aufschub oder Fristung der Bezahlung bringen, sondern daß gegen solche Schuldner ungehindert solcher Freyheitsbrief, procedirt werden soll, wie sich von Rechtswegen gebührt, es wäre dann, daß ein Schuldner durch unglückhafte Zufälle, als Feuer, Wasser, Raub, in Unvermöglichkeit gerathen, auch solches nicht allein mit Kunschaft beweisen, sondern auch mit ihren Eiden betheuern könnten, denen sollen solche Freyheiten zu statten kommen, zwey Jahr die nächsten nach dato und nicht länger, Kraft haben; sie sollen auch ihren Gläubigern mit Bürgen oder Pfanden Sicherheit thun daß sie, nach Ausgang zweyer Jahr bezahlen wollen, Alles bey Pön 50 Mark Goldes.

Datum Wurmbs den 17. August 1495“

In der Folgezeit wurden auch von Reichs wegen die Voraussetzungen für die Bewilligung von Moratorien verschärft. Die Reichspolizeiordnung von 1548⁶⁾ bestimmt, daß die Kaiser nur noch an Schuldner, die ohne ihr Verschulden in Konkurs geraten waren, Moratorien erteilen dürften und auch das nur noch auf die Dauer von fünf Jahren — quinquennell —; die Rechtswohlthat sollte hinfällig sein, wenn sie über die Umstände des betreffenden Falles ungenau berichtet seien.

Für Moratorien Nürnberger Bürger blieb jedoch weiterhin die in dem Privileg von 1495 vorgesehene Zweijahresfrist maßgebend. Soweit Nürnberger Bürger gleichwohl fünfjährige Moratorien an der kaiserlichen Kanzlei erwirkten, mußten sie damit rechnen, daß der Rat die Exekution schon nach zwei Jahren zuließ, mit der Begründung, „daß solche Moratorien als wider der Stadt Privileg nicht zu halten seien“⁷⁾.

IV. Abschnitt

Die strafrechtliche Behandlung des Bankrotts¹⁾

§ 21 Die Entwicklung bis zur verneuten Reformation von 1564

Dem älteren Nürnberger Recht war, wie dem deutschen Recht des frühen Mittelalters schlechthin, der Bankrott im heutigen Sinne als ein strafbares Delikt unbekannt²⁾. Man kannte zwar sehr scharfe Zwangsmittel gegen den zahlungsunfähigen oder zahlungsunwilligen Schuldner, aber diese waren trotz ihrer Härte und Empfindlichkeit für den Betroffenen bloße Exekutionsmittel und keine im öffentlichen

Interesse, von Amts wegen verhängte Kriminalstrafen. Der Grund für diese Erscheinung ist darin zu suchen, daß das deutsche Recht in der, gleich ob schuldhaft oder unverschuldet herbeigeführten Zahlungsunfähigkeit die Nichterfüllung vertragsmäßig übernommener Verpflichtungen sah und zu deren Ahndung einzig die Mittel der Zwangsvollstreckung zur Verfügung stellte. Allerdings ließen die scharfen, gegen die Person des Schuldners gerichteten Exekutionsmittel ein Bedürfnis nach einer förmlichen Bestrafung des böswilligen oder in leichtsinniger Weise insolvent gewordenen Schuldners auch nicht leicht fühlbar werden. Zudem ist zu bedenken, daß im frühen Mittelalter der ganze Handels- und Gewerbebetrieb ziemlich solide war; reine Spekulationsgeschäfte waren fast unbekannt und der Geschäftsbetrieb erfolgte überwiegend mit eigenen Mitteln, so daß große Fallimente, wie sie im 16. und 17. Jahrhundert das Wirtschaftsgefüge erschütterten, verhältnismäßig selten waren.

So sah der Rat sich zunächst noch nicht genötigt, im öffentlichen Interesse gegen zahlungsunfähige Schuldner, die ihre Insolvenz selbst verschuldet hatten, einzuschreiten. Nicht einmal der Fall, daß der Schuldner, womöglich unter Hinterziehung seines Vermögens, flüchtig wurde, bot Anlaß für eine strafrechtliche Behandlung. Ein Statut aus dem zweiten Satzungsbuch³⁾, das Bürger, die „umb unzucht“ oder „bosheit“ aus der Stadt entwichen, für jeden Tag der Flucht mit einem Jahr Verbannung bedroht, nimmt von dieser Strafandrohung ausdrücklich die aus, „die umb gulte . . . fliehen oder entweichen“.

Gegen Ausgang des 14. Jahrhunderts muß das Flüchtigwerden zahlungsunfähiger Schuldner jedoch derart überhand genommen haben, daß der Rat sich veranlaßt sah, einzuschreiten. Das älteste Dekret scheint 1398 erlassen worden zu sein und findet sich in Müllners Annalen:⁴⁾

„Wer gefährlich die Leut anhezt und entlaufft, das soll man für einen Raub halten und soll denselben und sein Weib nimmermehr zu Bürgerrecht kommen lassen, da auch ein solcher ergriffen würde, soll man ihn auf Leib und Gut gleich einem Übeltäter richten, da er sich aber vertrüge, soll er den Vierten Teil der Vertragssumme dem Rat geben.“

Damit war eine Grundlage gewonnen, auf der die folgende Zeit weiterbauen konnte. Zwar wurde durch das Dekret nur ein Teil der später als strafwürdig angesehenen Fälle erfaßt, aber für diese war eine strenge strafrechtliche Verfolgung ausgesprochen; denn die gewöhnliche Strafe des Raubes war die Enthauptung. Allerdings war die strafrechtliche Behandlung auch in diesen Fällen immer noch in das Belieben der Gläubiger gestellt, die durch einen Vergleich den gefangenen Schuldner der Bestrafung entziehen konnten. Der erste Schritt zur Kriminalisierung des mit der schuldhaften Zahlungseinstellung verbundenen Unrechtes war jedoch getan.

Das 15. Jahrhundert brachte in Nürnberg die Ausbildung des Konkursprozesses und in seinem Gefolge auch neue Gesichtspunkte für die strafrechtliche Behandlung insolventer Schuldner. Das Erfordernis, daß der Schuldner, um straffällig zu werden, fliehen müsse, wurde abgestreift und der Gedanke bahnte sich an, daß in allen Fällen, in denen Schuldner ihre Zahlungsunfähigkeit leichtfertig oder vorsätzlich herbeigeführt oder gar versucht hatten, „ihren gläubigern zu gevärde und schaden ir hab und gut durch sich selbs oder iemant anderen“ zu „verstoßen, verendern, verschicken oder in anderer weg abhändig zu machen“⁵⁾, eine strafrechtliche Verfolgung von Amts wegen einsetzen müsse. Man begann in den genannten Hand-

lungen ein Delikt von öffentlicher Bedeutung zu sehen und ging dazu über, in zweifelhaften Konkursfällen von vornherein amtliche Untersuchungen anzustellen. Das Verfahren ex officio konnte auch nicht mehr dadurch verhindert werden, daß der Gläubiger auf die Personalexekution verzichtete und sich zu einem Vergleich bereit fand: die schuldhaft herbeigeführte Zahlungsunfähigkeit war dem Bereich des Zivilrechts entwachsen.

Die durch Gerichtsübung entwickelten Neuerungen haben ihren gesetzlichen Niederschlag gefunden in einem erweiterten und schärfer ausgeprägten Tatbestand in der Reformation von 1479⁶⁾.

„So yemant durch keuff, lehen oder in ander weis seinen gläubiger mit geverde zu schulden oder frist derselben schulden brechte . . . oder so der gelter durch vnkost und vnwesen außerhalb rechter Eehaft darüber sein bezahlung verzüge und des gelts halben gepruch erschine . . . so steht es in des gläubigers gewalt, denselben seinen gelter in den schuldturm füren zu lassen und darinnen ze halten . . . wie das 6. gesetz des XI. tit. davon innhelt (=Vorhaft, Offenbarungseid, Verbannung); doch mag ine ein rat nichts desdo minder nach gestalt seiner verhandlung straffen, als ein rat zu rate wird.“

Diesen „betrieglichen geltern“, wie der Rat sie nannte, waren gleichgestellt Schuldner, die sich weigerten, den Offenbarungseid zu leisten⁷⁾.

Die Bestrafung der „betrieglichen gelter“, vom Gesetz vollständig in das Ermessen des Rates gestellt, war äußerst mannigfaltig. Von der Todesstrafe bis zur einfachen Ehrloserklärung, durch die der Schuldner in „ruf schmehe und schande“⁸⁾ gestoßen wurde, waren fast sämtliche Straforten vertreten. 1483 zierte ein angesehener Kaufmann, der „vileicht dreißig jar gestolen und ob dreu tausend guldein vertan“, den Galgen⁹⁾; 1487 ist ein ähnliches Vorkommnis verzeichnet¹⁰⁾. Die gewöhnliche Strafe der Bankbrüchigen war jedoch Gefängnis, in leichteren Fällen ewige Stadtverweisung, wobei Begnadigungen nicht selten waren.

Ewige Stadtverweisung drohte ein Ratsverlaß aus dem Jahre 1489, der 1498 als Titel IV, Gesetz VII, in die Reformation übernommen wurde, auch der Ehefrau und den Kindern des Schuldners an, falls sie diesem mit „hilfe, rath oder beistand“ zum Schuldenmachen oder zur Flucht behilflich gewesen waren. Die Bestrafung der sonstigen Teilnehmer richtete sich nach den allgemeinen Bestimmungen über Rat- und Tathilfe. In den Gerichtsbüchern wird insbesondere die Teilnahme an der Verschleppung schuldnerischen Vermögens¹¹⁾ und die Begünstigung des flüchtigen oder fluchtbereiten Schuldners hervorgehoben¹²⁾; verschiedentlich wird dabei auf die Bestrafung der Diebshehler verwiesen¹³⁾.

Gegen Ausgang des Mittelalters stand mithin in Nürnberg leichtsinnigen oder betrügerischen Schuldnern und ihren Helfern ein wohlgefügtes Strafsystem gegenüber, das es gestattete, neu hinzutretende Momente der anbrechenden Zeit aufzunehmen und zu Gesetzen zu verarbeiten, die den veränderten Verhältnissen angepaßt waren.

Die äußeren Bedingungen zu weiterer Entwicklung waren gegeben. Nürnberg hatte sich gegen Ende des 15. Jahrhunderts, nach einer fast hundertjährigen Blütezeit seines Handels und Gewerbes, zu einer der größten und mächtigsten Handelsstädte Oberdeutschlands entwickelt. Diese Aufwärtsentwicklung wurde zu Beginn des 16. Jahrhunderts verhängnisvoll unterbrochen. Eine der Hauptursachen hierfür waren die Folgen der Entdeckung Amerikas. Zwar haben die erste Erschließung und Kolonisation Amerikas zunächst sogar einen leicht belebenden Einfluß auf die

Wirtschaft Nürnbergs ausgeübt¹⁴⁾. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts begann die Verlagerung des bisherigen kommerziellen Schwerpunktes nach den westeuropäischen, günstiger am Atlantik gelegenen Staaten spürbar zu werden¹⁵⁾. Das war für die Nürnberger Kaufleute um so verhängnisvoller, als sie zur gleichen Zeit im Handel mit den osteuropäischen Staaten immer mehr durch Leipzig verdrängt wurden, und auch der Handel mit der Levante ständig zurückging. Verstärkt wurde diese rückläufige Bewegung des Nürnberger Wirtschaftslebens durch die jahrzehntelangen Reichs- und Türkenkriege, die Konfessionsstreitigkeiten und die dadurch verursachten Störungen des Fernhandels, die durch die Staatsbankrotte Spaniens und Frankreichs eingetretenen Verluste, an denen auch Nürnberger Kaufleute zu leiden hatten und nicht zuletzt durch den finanziellen Aderlaß des zweiten Markgrafenkrieges. Dazu kam, daß durch die aus der neuen Welt einströmenden Edelmetalle der Wert des Geldes ständig sank, und Spekulationsgeschäfte in bedeutend größerem Maße betrieben wurden als bisher. Eine allseitige Lockerung der Geschäftsmoral in Handel und Handwerk machte sich bemerkbar¹⁶⁾. Verschwendung, Uppigkeit und Prunksucht erreichten eine bis dahin in Nürnberg nicht bekannte Höhe¹⁷⁾.

Die Bankrotte mehrten sich infolgedessen in bedenklicher Weise. Sie vernichteten nicht nur die Vermögen einzelner, unmittelbar Betroffener, sondern rissen weite Kreise wirtschaftlich mit nieder¹⁸⁾. Dadurch wurde besonders der kaufmännische Kredit, der gerade für den emporgeblühten Handel so notwendig war, stark erschüttert. Solchen Schädigungen entgegenzutreten war eine neue Aufgabe des Rates, der im Bewußtsein, daß Nürnberg seinen Wohlstand und sein Ansehen einzig seinem Handel und Gewerbe verdankte, auch wirklich mit aller Strenge einschritt. Als sich 1530 mehrere Kaufleute unter Hinweis auf die Praxis anderer Städte beim Rat darüber beschwerten, daß in Nürnberg „die verderbten falliten übermässig unchristlich gestrafft gehalten würden“, lehnte der Rat, gestützt auf ein Gutachten seiner Konsulanten, jede Milderung mit der Begründung ab, „dann solt man mit dem Turm ein lynderung geprauchen werd es ursach geben, das die kaufleut und handirer dest hinlessiger und leichtfertiger handeln und weniger trawen und glaubens haben werden, weil dan diese ganze stat durch die henndel, und die henndel durch den trawen und glauben erhalten werden, so muß man mit dieser straf ein scheu und forcht machen, damit der gemain man und alle henndler nit ursach haben zu leichtfertigkeit“¹⁹⁾.

Allein die härtesten Strafandrohungen waren ziemlich illusorisch gegen einen Übeltäter, dessen Flucht als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Selbst wenn der Flüchtige sich nicht durch Geleitbriefe zu schützen gewußt hatte, war seine Verfolgung über die Grenzen des Stadtgebietes hinaus — und diese waren ja schnell erreicht — beschwerlich und der Erfolg höchst ungewiß. Zwar hatte der Rat es in einigen Fällen verstanden, die Verfolgung flüchtiger Schuldner in benachbarte Territorien teils durch Privilegien²⁰⁾, teils durch Verträge mit den Territorialherren²¹⁾ sicherzustellen; auch leisteten sich die Städte auf diesem Gebiet weitgehende Rechtshilfe²²⁾. Einem findigen Schuldner boten sich aber immer noch genügend Asylstätten; insbesondere der Markgraf, mit Abstand der größte Landesherr in Nürnbergs Umgebung, wird wohl kaum einen flüchtigen Schuldner ausgeliefert haben.

Es ist das Verdienst Kaiser Karls V., von Reichs wegen gegen diesen, über das ganze Reich verbreiteten Übelstand eingeschritten zu sein.

Der erste Akt der Reichsgesetzgebung, welcher Bestimmungen gegen die „bösen Schuldner“ enthält, ist die im Jahre 1548 auf dem Reichstag zu Augsburg zustande gekommene Reichs-Polizei-Ordnung, deren Artikel 23, überschrieben „von verdorbenen Kaufleuten“, die nachfolgenden Partikularrechte weitgehend beeinflusst hat.

Der Kernpunkt der ganzen Bestimmung liegt in der Verordnung, daß „Handthierer und Gewerbsleut“, die nicht „aus kündlich zugestandenem Unfall“, sondern „fürsetzlicher oder betrüglicher Weise Bankrott machen und austrünnig werden“, in keinem deutschen Territorium durch Erteilung freien Geleits oder in anderer Weise geschützt werden dürften. Vielmehr sollten sie an ihre Obrigkeit ausgeliefert und nach Gestalt der Sache wie Diebe bestraft werden.

Wo sie dagegen unverschuldet in Verderben und Ausstand gekommen waren, möge man sie aufnehmen, vergeleiten und Mitleid mit ihnen haben. Die ganze Bestimmung ist also im wesentlichen ein Rechtshilfegesetz. Paragraph 2 desselben Artikels enthält daneben noch die bereits oben erwähnte Bestimmung, daß moratoria und quinquennales in Zukunft nur noch den durch Unglück heruntergekommenen Kaufleuten gewährt würden.

§ 22 Die Entwicklung seit der verneuten Reformation von 1564

Wohl in Anlehnung an die RPO hat auch die Reformation von 1564 unter Aufgabe des bis dahin entwickelten Tatbestandes wiederum die Flucht des zahlungsunfähigen Gelders zum Mittelpunkt ihrer Betrachtungen erhoben. Die Strafvorschriften ihres XII. Titels „von trünnigen oder flüchtigen Schuldnern“ beziehen sich jedoch nicht nur, wie die der RPO, auf „trünnige Handthierer und Handwerksleute“, sondern erfassen jeden flüchtigen Schuldner ohne Unterschied des Standes und der Person. Nach dem VI. Gesetz des XII. Titels sollte dem flüchtigen Schuldner, wenn er innerhalb 14 Tagen, nachdem er öffentlich für „trünnig“ erklärt worden war, beim Rat um freies Geleit zu friedlichem Austrag einkam, mit Zustimmung der Gläubiger eine längere Frist hierfür gewährt werden. Konnte er in dieser Zeit den Nachweis erbringen, „daß er on betrug, allein aus zugestandenem unglück und on sein verschulden in unvermögen geraten, vnd deswegen sich in gewarsam gethan hette“, so sollte er, falls seine Gläubiger sich mit ihm verglichen — wozu sie beim Nachweis der Schuldlosigkeit wohl meist bereit waren — „widerumb in die Stadt gelassen und jme hinfür an seinen Eeren unverletzlich sein“.

Ließ er die 14 Tage ungenutzt verstreichen oder kam er zwar um Geleit ein, zog aber, ohne sich mit seinen Gläubigern verglichen zu haben, wieder aus der Stadt — was wohl nur bei einem Mißlingen des Unschuldsbeweises der Fall gewesen sein dürfte — so sollte er nunmehr „für ein bösch ausgetreten und fürsetzlich trünnigen“ gehalten werden. Seinen Gläubigern wurde gestattet, ihn, wo immer sie ihn auch antrafen, zu verhaften, nur mußten sie ihn sofort vor den Rat bringen.

Gesetz IX desselben Titels „von straf der Trünnigen“ verordnet, daß gegen diese „gevärich trünnigen“, die sich „zu betrug jrer Gläubiger hinweg aus der Stadt getan“, zunächst im Wege der Personalexekution vorgegangen werden solle. Offenbarte sich dabei der Bankrott als besonders gefährlich, so konnte sich der Rat auch veranlaßt sehen, „solche des flüchtigen Mißhandlung für ein Diebstahl zu halten und zu strafen“.

Verglich sich ein „gevärich trünniger“ später doch noch mit seinen Gläubigern,

so konnte er zwar durch den Rat gnadenweise wieder in die Stadt aufgenommen werden, blieb aber „aller seine Eere und Empter entsetzt“, sollte auch „hinfüro zu keinem eerlichen sachen gebraucht werden“.

Das Fehlen jeglicher Bestimmungen über die Bestrafung nicht flüchtiger Falliten hat verschiedentlich zu der Annahme veranlaßt, die Reformation von 1564 stehe auf dem überkommenen Standpunkt, „daß die Flucht wesentlich sei zur Bestrafung des Bankbruchs“¹⁾.

Die Annahme eines derartigen Rückschritts in Vergleich zu den Ausgaben der Reformation von 1479 bis 1522 wird indes durch die zahlreichen Bestrafungen nichtflüchtiger Falliten widerlegt²⁾. Es wäre ja auch vernunftwidrig gewesen und hätte der vom Rat beharrlich verfolgten Tendenz, die Bankrotte durch harte Bestrafung der Schuldigen einzudämmen, widersprochen, nur Flüchtige zu bestrafen, Nichtflüchtige aber trotz ihrer Schuld unbehelligt zu lassen. Die Flucht des schuldigen Gelders war lediglich so etwas gewöhnliches, daß der Rat es nicht für notwendig hielt, die Anwendbarkeit der Strafbestimmungen noch besonders auf den Fall auszudehnen, daß ein schuldiger Gelder nicht trünnig würde. Damit war aber ihre Anwendbarkeit auf diesen Fall, wenn er einmal vorkommen sollte, nicht ausgeschlossen³⁾.

In Gesetz IV des XII. Titels hat die bis dahin nur nach den allgemeinen Grundsätzen über Rat und Tathilfe behandelte Beteiligung Dritter am Bankrott eine gesetzliche Regelung erfahren. Unter der Überschrift „von der straf der jeenen so des flüchtigen güter geverlich verhalten“, wendet sich die Reformation gegen diejenigen Personen, welche dem Schuldner bei der Flucht behilflich waren oder Vermögensbestandteile des Schuldners betrügerischer Weise zu ihrem oder des Flüchtigen Vorteil verheimlichen oder beiseite schaffen, statt sie auf die öffentliche Aufforderung hin anzuzeigen und auszuliefern. In leichteren Fällen verloren solche Teilnehmer ihre eigenen Ansprüche oder mußten Schadensersatz leisten; in schweren Fällen aber, wo sie dem Schuldner „zu verstoßung und verheelung der güter hilf und handreichung gethon“, wurden sie mit Leibesstrafen oder Landesverweisung belegt. Die Ehefrau aber, die ihrem Mann „zu seinem geverlichen aufporgen entrinnen und verstoßen der güter geholfen“, verlor nicht nur wie bisher ihre Dotalrechte, sondern wurde darüber hinaus zur Zahlung dessen gesamter Schulden verpflichtet.

Zur Ergänzung der Reformation erließ der Rat in der Folgezeit noch mehrere scharfe „Mandate wider die Falliten“. 1594 gestattete er, daß fallite Eheleute, die verdächtig waren, Vermögensbestandteile verschoben zu haben, durch den Scharfrichter auf der Folter befragt wurden⁴⁾. Durch Mandat von 1629 drohte er Schuldnern, die sich ihren Gläubigern durch Flucht entziehen würden und ihre Familien im Stich ließen, künftig Weib und Kinder nachzusenden und sie wie ihre Nachkommen nie wieder in der Stadt aufzunehmen⁵⁾.

Im übrigen spielt die Flucht der insolventen Schuldner, obwohl in der Praxis nach wie vor sehr häufig, in der Ausgestaltung der Mandate nur noch eine untergeordnete Rolle. Das Augenmerk der Gesetzgebung richtete sich vor allem darauf, den Tatbestand des Bankrotts durch Anführung von Einzelfällen näher zu bestimmen. Entsprechend der verfeinerten Ausarbeitung der Rechtsbegriffe, namentlich des Schuldbegriffes, subsumierte man dabei nicht mehr alle Fälle der schuldhaften und damit strafbaren Insolvenz unter den Begriff des „gevärllichen“ Bankrotts, sondern unterschied nunmehr zwischen „böslischen“ und „mutwilligen banckerotten“.

Von einem „bösliehen“ Bankrott sprach man, wenn die Insolvenz durch betrügerische Handlungen hervorgerufen war⁶⁾, oder wenn der Schuldner seine Gläubiger nach Konkurseröffnung beim Vergleichsabschluß betrogen hatte.

Als „mutwilligen“ Bankrott bezeichnete man alle die Fälle, in denen Verstöße gegen die Pflichten eines ordentlichen Hausvaters oder Kaufmanns, „unordentliches Wesen und Leben in Handel und Wandel“, wie Wölkern es zusammenfassend nennt, zum Vermögensverfall geführt hatten⁷⁾.

„Bösliehen Bankrottieren und Schuldenmachen“ drohte man 1658 mit Infamie, Pranger, Staupbesen, Verweisung, Leibes- und Lebensstrafen⁸⁾. Bei mutwilligen Falliten begnügte man sich meist mit detaillierten Ehrenstrafen, wozu auch Pranger und Staupbesen rechneten. Durch Mandat vom 18. Februar 1669 versprach man die wegen Müßiggang und Verschwendung Fallierenden für ehrlos, pflichtvergessene und unredliche Leute zu erklären und ihren Namen zu immerwährender Schande auf den schwarzen Tafeln vor dem Banko publico zu verewigen. Die Ehrloserklärung ging öffentlich unter dem Läuten der Schandglocke vor sich. Der für ehrlos Erklärte war unfähig, öffentliche Ämter zu bekleiden, er verlor sein Genanntennam, durfte keine Vormundschaft übernehmen⁹⁾ und kein Zeugnis ablegen; von allen ehrlichen Zusammenkünften, wie Leichenfeiern, Hochzeiten und Umzügen war er ausgeschlossen; der Zutritt zu den Veranstaltungen der Kaufleute und Zünfte, insbesondere der Besuch des Herrenmarktes und der Börse war ihm verwehrt¹⁰⁾; bei Heirats- und Todesfällen wurde sein Name nicht an den Anschlagtafeln veröffentlicht. Ihm, sogar seiner Frau und seinen Kindern wurde verboten, Waffen, seidene und samtene Kleider und Schmuck zu tragen oder Wagen und Pferde zu halten¹¹⁾.

Strafverschärfung läßt das Gesetz von 1669 eintreten, wenn unter dem Bankbruch Witwen und Waisen zu leiden hatten, oder andere Gläubiger dadurch in Vermögensverfall geraten waren. Strafmildernd will es nachträgliche Zahlung berücksichtigt wissen.

Durch Mandat vom 6. II. 1693¹²⁾ wurden alle bisher erlassenen Bestimmungen gegen Bankbrüchige von neuem publiziert und auch Beihelfern, bislang nur mit Leibesstrafen und Landesverweisung belegt, eine dem Falliten „ebenmäßige“ Bestrafung angedroht.

Dem Mandat von 1693 folgte schon 1714 eine neue Verordnung¹³⁾, die ihrerseits wieder 1717 durch ein umfassendes Mandat ergänzt wurde, durch welches der Rat die bereits bekannten Bestimmungen zusammenfaßte und erneut einschärfte¹⁴⁾.

Allein keines dieser Mandate hat seinen Zweck erreicht. Die Konkurse mehrten sich, ohne daß die Praxis in der Strenge noch der Theorie entsprochen hätte. Was nutzte es, daß Ratskonsulenten vor der immer mehr zunehmenden List und Bosheit der alles verderbenden Bankrottierer warnten, Rezepte gegen Fallimente ausgaben und einer strengeren Bestrafung das Wort redeten¹⁵⁾. Die Stadt, die selbst mit großen Schritten dem Staatsbankrott zustrebte, hatte nicht mehr die Kraft, gegen die kleinen Bankrotteure in ihren Mauern vorzugehen.

ANHANG

I

FORMULAR EINES SPÄNBRIEFES

(UR Urk. vom 8. 5. 1428)

Ich, Wygeleis vom Wolfstein Ritter Schultheiß. vnd wir . . . die scheppfen der Stat zu Nüremberg. veriehn offenlichn mit disem brief daz fur vns kome in gericht Heinrich Nortweiner vnd bracht mit vnsers gerichtsbuch. daz Conrad Paumgartner. Heinrich Coler vnd Hans Trosparg von jren vnd anderr schuldiger wegen auch bracht heten mit des gerichtsbuch. daz jn mit vrteil vnd von gerichtzwegen geantwurt vnd gespent wer worden Wilhelm Schewhenpflugs hawse hinter dem Rathawse zwischen meirs hawse vber vmb vnd vmb begriffen het vnd auch mit dem Wasserfluß durch Ulrich Erckels hawse von solcher erclagt vnd ervöllter schuld wegen. die sie alle vnd ir yeglicher rechtlich auf denselben Schewhenpflug vnd Elsen sein eliche Wirtin bracht heten als des gerichtsbuch außweist. vnd darnach heten sie dasselb hawse mit den obgeschriben rechten verkaufft vnd zu kauffen geben den obgent Heinrich Nortweiner vmb achthundertvndzweyntzig reynisch guldein landswerunge vnd lautmerten mit fursprechen der obgent. Wilhelm Schewhenpflug vnd sein Wirtin wern zu Abensperg vnd büten sie das obgeschribn hawse gern an ob sie das lösen wolte. vnd baten fragen eyn vrteil. wie sie das tun solte daz sie recht teten. da ward ertailt. man solt yn das also verkunden von gericht wegen mit einem brief daz sie köme gen Nuremberg fur gericht vnd des obgeschribn hawse löste. vnd vertrete in vierzehn tagen darnach als eyn bote beredt zu den heiligen. daz er demselben Wilhelm den verkundbrief het geantwurt. Teten sie des niht so richtet man darnach daz umb als recht ist. danach kome für gericht Jacob Walz ein pote vnd swur einen eyd zu den heiligen. daz er der obgent. Elspeten. wan Wilhelm jr elicher wirt von tode wegen abgegangen was den brief geantwurt het zu Abensperg an dem nehsten Freytag vor sant Lutietag nehst vergangen vnd die obgent. Elspet kom in der obgeschriben frist niht vnd löset des ehgeschriben hawses niht. vnd darnach kome fur gericht der obgent. Conrad Pawmgartner des dy eygenschaft an demselbn hawse ist vnd bekant daz der obgeschriben kauff sein guter wille und wort wer mit der bescheidenheit daz der obgent. Heinrich Nortweiner vnd sein erbn. demselbn. Pawmgartner vnd seinen erbn jerlichn davon zinsen und geben solten zweyntzig guldein der Stadt werung zu Nürnberg halb uff sant walpurgentag und halb uff sant michels tag furbaz ewyklichen. vnd darnach ward gefragt, waz nu darumb recht were. da war erteilt. Es solten die obgent. Conrad Pawmgartner. Heinrich Coler. vnd Hans Trosparg von iren vnd der andn schuldign wegen demselbn Heinrich Nortweiner den obgeschribn kauffe alle die recht die

Wilhelm Schewhenpflug Elspete sein wirtin vnd ir erben an dem ebenanten hawse als das umbfangen het als vor begriffen wer herten. bestetigen von gerichts wegen als recht were. doch unschedlich dem obgenant Conrad Pawmgartner vnd seinen erbn an seiner eygenschaft zinsen und rechten die sy daran heten. vnd also traten sie dar vor gericht vnd bestetigten demselben Heinrich Nortweiner den ehegeschriben kauff vnd gelobten jn des also zu weren als ein yeglich man den andn eines erklagten gutes weren solt nach gerichts vnd der Stat recht. vnd auch also daz derselb Heinrich Nortweiner mit denselbn seinen gekauften rechten mit sein einshant tun vnd lassen möcht waz er wolt. Mit urkunde diz briefs der mit urteil von gerichte gebn ist versigelt mit des gerichts zu Nuremberg anhangendem Insigel. des sind zewgen die ersamen manne her Paulus Vörchtel und her Conrad Pfintzing. Gebn am Samstag vor sant nerey und Achilley tag nach Christs geburt vierzehnhundertvnd in dem achtunzweyntzigsten jar.

(Gerichtssiegel)

II

FORMULAR EINES ÖFFENTLICHEN LADUNGSBRIEFES

(entnommen aus den Akten der „Curatio Johanna Pipplerin“ Sta, Stadtgericht Nr. 160)

Ich, Alexander Stockhammer, des heiligen Römischen Reichs Stadtrichter alhie zu Nürnberg, fuege hiemit Allen und Jeden, welche zu Johanna Hansen Piplers seligen nachgelaßener witib haab und guetern, zu fordern und zu sprechen haben, öffentlich zu wissen:

Das heut dato vor dem ehr löblichen Stadtgericht erschienen ist, hans Zeiß, geschwo-rener fronbott, Alls berürter haab und gueter gerichtlich bestetigter Curator und hat gebeten, Jme ewert halben ein offenlich Edict mit bestimmung eines entlichen Termins zu erkennen, so dann solche sein bitt in Gericht nit fur unziemlich angesehen und jm dieselbige Citatio Edictalis mit urthel und recht erkannt worden, hierauff und craft meines richterlichen Amptes und derwegen sonderlich empfangenen bevelches citir und lade ich euch hiermit alle, und setze euch Ainundzwaintig Tage von Anschlagung ditz zu rechnen, dern euch sieben fur den Ersten, sieben, fur den Andern und sieben fur den dritten und letzten Rechtstag, peremptorie, das ist entlich angesetz sein soll, dergestalt, das jr jnn solcher zeit, oder so am letzten derselben nit gericht gehalten wuerde, Alsdann den negstvolgenden Gerichtstag hernach entweder fur euch selbst oder durch eurn gevolmechtigten Anwaldt, zu ferner gewöhnlicher Gerichtszeit, vor ehgedachtem Stadtgericht erscheinen und euer Clag, spruch und forderung zu angezogenen guetern und Jren Curatoren, wie recht für ein einbringen, und der sachen endtschafft erwarten sollt und möcht; dann diz geschehe Allso von euch zu angesetzter Zeit oder nit, so wirt nichts destoweniger uf der Curatoren und anderer Interessenten ferner anruffen jn der sachen ergehen was Recht ist. Darnach Jr euch entlich zu richten.

Datum und mit meinem hiefurgedruckten Insigel besigelt, Mittwoch den ersten Aprilis Anno sechzehnhundert und ein.

(Gerichtssiegel)

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. Archivalien

A. Staatsarchiv Nürnberg

- | | |
|-----------------|---|
| <i>Rep. 2b</i> | Urkunden des 7-farbigen Alphabets |
| <i>Rep. 16</i> | B-Laden, Urkunden |
| <i>Rep. 18</i> | D-Laden, Urkunden |
| <i>Rep. 51</i> | Ratschlagbücher |
| <i>Rep. 51a</i> | Register zu Rep. 51 |
| <i>Rep. 51b</i> | Register zu Rep. 51 |
| <i>Rep. 52a</i> | Handschriftensammlung |
| <i>Rep. 52b</i> | Amts- und Standbücher |
| <i>Nr. 30</i> | Formularbuch einer Nürnberger Kanzlei mit Eintragungen von 1449—1457 |
| <i>Nr. 101</i> | Aller gemainen ambt vnd dienstleut pflicht, aide vnd ordnung, die jährlich vor dem amtbuch gehorsam thun, verneut Anno 1552 |
| <i>Nr. 170</i> | Collegium Reformationis Noricae Practicum |
| <i>171</i> | ohne Jahres- und Verfasserangabe |
| <i>172</i> | |
| <i>Nr. 175</i> | Erneute und gepesserte Gerichtsordnung von 1549 |
| <i>Nr. 178</i> | Verneute Gerichtsordnung derselben Continuatio und Verbesserung in vier Theile abgetheilet ... durch Georg Schleicher, Statt Richtern zusammengebracht, Anno 1630 |
| <i>Nr. 179</i> | Handschrift, enthaltend Abschrift der Nürnberger Stadtgerichtsordnung von 1634 |
| <i>Nr. 194a</i> | Nürnberger Stadtgerichtsbuch, Verhandlungen und Urteile aus den Jahren 1492 bis 1494 |
| <i>Nr. 196</i> | Nürnberger Haderbuch mit Eintragungen aus den Jahren 1431 bis 1445 |
| <i>Nr. 200</i> | Inhaftierungsbuch von 1609 |
| <i>Nr. 201</i> | Urfehdbuch mit Eintragungen aus den Jahren 1483 bis 1545 |
| <i>Nr. 202</i> | Urfehdbuch mit Eintragungen aus den Jahren 1546 bis 1557 |
| <i>Nr. 203</i> | Ältestes Achtbüchlein der Stadt Nürnberg mit Eintragungen von 1285 bis 1337 (= NRQ I/II) |
| <i>Nr. 227</i> | Nürnberger Stadtbuch mit Gesetzen und Verordnungen von 1313/4 bis ca. 1350 |
| <i>Nr. 228</i> | Nürnberger Stadtbuch mit Gesetzen und Verordnungen von 1302/13 |
| <i>Nr. 228a</i> | Inhaltsverzeichnis zu einem verloren gegangenen Stadtrechtsbuch aus der Mitte des 15. Jahrhunderts |

- Nr. 234* Allerley Ordnungen, aus dem Jahre 1561
Nr. 298 Extract aus dem alten Wandelbuch
Nr. 302 Ordnung der geschworenen Handwerker, aus dem Jahre 1363
Rep. 60a Verlässe des Inneren Rates
Rep. 60b Ratsbücher
Rep. 88 Reichsstadt Nürnberg, Justizwesen

B. Stadtarchiv Nürnberg

- Alte Nürnberger Gerichtsordnung von 1473, Abschrift von Geheimrat Petz
 Akten des Stadtgerichts
 cod. man. 172/2, Wie in gerichtlichen Exekutionssachen und Einsatzungen gehandelt werden solle
 libri conservatorii (Schuldverbriefungsbücher) von 1484—1762
 libri litterarum (Grundverbriefungsbücher) von 1481—1770
Lochner, Georg Wolfgang Karl, Regesta Norica, 1882 ff., Die Geschichte der Reichsstadt Nürnberg, 1882 ff.
 Manuale der Nürnberger Marktvorsteher 1628—1813, Abt. Handelskammerarchiv (HV 738—748)
Müllner, Johannes, Relationes und Deductiones über der Stadt Nürnberg Rechte und Gerechtigkeiten
 Ratsverlässe über das Nürnberger Gerichtswesen, gesammelt von Geheimrat Petz
 Stadtgerichtsbuch der Stadt Neumarkt/Opf. aus dem 14. Jahrhundert, Original im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München, unter Gem. lit. Nnm. Nr. 12, Abschrift gefertigt von RA. Leo Bauer, Neumarkt/Opf.
 Urkundenreihe des Stadtarchivs Nürnberg

II. Gedruckte Quellen und Autoren

- Abschiede, Alle des Heyligen römischen Reichs gehaltene . . . , Mayntz 1660
Albrecht, Wilhelm Eduard, Die Gewere als Grundlage des älteren deutschen Sachenrechts, Königsberg 1828
Baader, Joseph, Nürnberger Polizeiornungen aus dem XIII. bis XV. Jahrhundert, in: Bibliothek des Literarischen Vereins in Stuttgart, Bd. 63, Stuttgart 1861
Brunner, Heinrich, Deutsche Rechtsgeschichte, 2 Bde., Bd. 2 neu bearbeitet von Cl. Frh. v. Schwerin, Leipzig 1906 und München 1928
Conrad, Herbert, Die Pfändungsbeschränkungen zum Schutze des schwachen Schuldners, Jena 1906
Conrad, Hermann, Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. I, Karlsruhe 1954
Dannbauer, Heinz, Die Entstehung des Territoriums der Reichsstadt Nürnberg, Stuttgart 1928
Gedeon, Andreas, Zur Rezeption des römischen Privatrechts in Nürnberg, in: Nürnberger Rechts- und Sozialwissenschaftliche Vorträge und Schriften, Heft 5, Nürnberg 1957
Gengler, Heinrich Gottfried, Des Schwabenspiegels Landrechtsbuch, 2. verbesserte Auflage, Erlangen 1875
Gierke, Otto v., Schuld und Haftung im älteren deutschen Recht, in: Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 69, Breslau 1903

- Grimm*, Deutsches Wörterbuch, 16 Bde., seit 1854
- Hellmann, Friedrich*, Das Konkursrecht der Reichsstadt Augsburg, in: Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 76, Breslau 1905
Lehrbuch des deutschen Konkursrechts, Berlin 1907
Zur Geschichte des Konkursrechts der Reichsstadt Ulm, in: Deutschrechtliche Beiträge, herausgegeben von Konrad Beyerle, Bd. IV, Heft 1
- Heußler, Andreas*, Die Bildung des Concursprozesses nach schweizerischen Rechten, in: Zeitschrift für schweizerisches Recht, Bd. 7, Basel 1858
- Hoiningen, gen. Huene, Hans Frh. v.*, Beiträge zur geschichtlichen Entwicklung des strafbaren Bankerotts in Deutschland, jur. Diss., Bonn 1878
- Horten, Heinrich*, Die Personalexekution in Geschichte und Dogma, 2 Bde., Wien 1893
- Hübner, Rudolf*, Grundzüge des Deutschen Privatrechts, 4. Aufl., Erlangen-Leipzig 1922
- Eckert, Christian*, Der Fronbote im Mittelalter, Leipzig 1897
- Ehrenberg, Ludwig*, Die alte Nürnberger Börse, in: MVGN Bd. 8 1889)
- Endemann, Wilhelm*, Das deutsche Konkursverfahren, Leipzig 1889
Die Entwicklung des Konkursverfahrens in der gemeinrechtlichen Lehre bis zur deutschen Konkursordnung vom 10. Februar 1877, in: ZZP Bd. 12
Das deutsche Zivilprozeßrecht, Heidelberg 1868
- Espig, Horst*, Das Bauerngericht Nürnberg, jur. Diss., Erlangen 1937
- Fuchs, Carl*, Das Concursverfahren, Marburg 1863
Statutorum Italicorum ad processum concursus creditorum pertinentium collectio, Statuta Florentiae, in: Festgabe für Sigmund Loebel, Marburger Fakultätsprogramm 1865, Heft 4
- Gallinger, Emil*, Der Offenbarungseid des Schuldners im Exekutions- und Konkursverfahren nach seiner geschichtlichen Entwicklung im römischen und deutschen Rechte, München 1884
- Gaugler, Hans*, Die paulianische Anfechtung, 2 Bde., Basel 1944
- Gaupp, Ernst Theodor*, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters, Breslau 1851
- Intimation*, Eines Hochlöblichen Raths der freien Reichsstadt Nürnberg . . . , eine vorläufige Aenderung des Geschäftsganges, in den Gerichten, dem Vormund-
amte usw. betreffend, Nürnberg 1803
- Kisch, Guido*, Der deutsche Arrestprozeß in seiner geschichtlichen Entwicklung, Wien-Leipzig 1914
Die Pfändungsklausel, in ZRG. G Bd. XXXV (1914)
- Kluge, Friedrich / Götze, Alfred*, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 15. völlig neubearbeitete Aufl., Berlin 1951
- Knapf Hermann*, Das alte Nürnberger Kriminalrecht, Berlin 1896
Die Zehnten des Hochstifts Würzburg, 3 Bände, Berlin 1907
- Kohler, Josef*, Lehrbuch des Konkursrechts, Stuttgart 1891
- Kraft, Sebastian Adam*, Praktische Anmerkungen über den Concursprozeß sowohl überhaupt, als in Franken, Erlangen 1786
- Kürschner, Franz*, Das Stadtrecht von Eger und seine Verbreitung, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, 6. Jahrgang Heft 7, Prag 1868
- Kusch, Eugen*, Nürnberg, Lebensbild einer Stadt, Nürnberg 1951
- Labner, Leonhard Christoph*, Der des Heiligen Römischen Reichs freyen Stadt

- Nürnberg verneute Reformation de Anno 1564 samt denen bishero ergan-
gen und dahin einschlagenden Oberherrlichen Additional Decreten und
Verordnungen in einen tabellarischen Entwurf gebracht und mit den allge-
meinen Rechten vereinigt, Nürnberg 1770
Vollständige Sammlung derer zu des Heiligen Römischen Reichs freyen Stadt
Nürnberg verneuten Reformation de Ao. 1564 gehörigen Additional Decre-
ten, Nürnberg 1773
Einleitung in die bürgerlichen Rechte besonders die Nürnbergschen, Frank-
furt-Nürnberg 1780
Realindex derer des Heiligen Römischen Reichs freien Stadt Nürnberg bürger-
lichen und Polizei Gesetze, Nürnberg 1795
- Liermann, Hans*, Nürnberg als Mittelpunkt deutschen Rechtslebens, in: Jahrbuch
für fränkische Landesforschung, Bd. 2, Erlangen 1936
Franken und Böhmen, Ein Stück deutscher Rechtsgeschichte, Erlangen 1939
- Lochner, Georg Karl Wolfgang*, Ein SpänbrieF des sechzehnten Jahrhunderts als
Beleg zur Nürnberger Reformation Tit. XI Ges. II und V, Nürnberg 1850
Nürnberger Jahrbücher, 2 Bände, 1834
- Lönig, Richard*, Der Vertragsbruch im deutschen Recht, Straßburg 1876
- Mattausch, Friedrich*, Die Nürnberger Eigen- und Gattergelder, freie Erbleihe und
Rentenkauf in Nürnberg von den ersten urkundlichen Nachweisen bis zur
Gegenwart, in: MVGN Band 47 (1956)
- Mayer, Christoph Daniel*, Kurzer Begriff und Anweisung, wie sich ein Beamter
auf dem Land in vorkommenden Concursfällen mit der Austheilung der
Schulden und gesetzlicher Claßifikation der Gläubigere, zur Verfassung eines
richtigen Prioritäts-Urteils zu verhalten hat, Nürnberg 1765
- Meibom, Viktor v.*, Das deutsche Pfandrecht, Marburg 1867
- Merkel, Johannes*, Quellen des Nürnberger Stadtrechts, in: Festgabe für Regels-
berger, Leipzig 1901
- Mummenhof, Ernst*, Die Nürnberger Ratsbücher und Ratsmanuale, in: Archivalische
Zeitschrift nF. Band 17, München 1910
- Murr, Christoph Gottlieb v.*, Journal zur Kunstgeschichte und zur allgemeinen
Literatur, 6. Band (1778)
- Neumayer, Karl*, Historische und dogmatische Darstellung des strafbaren Banke-
rotts unter besonders eingehender Untersuchung der Schuldfrage, jur. Diss.,
München 1891
- Neuschütz, Eduard*, Die Nürnberger Reformation und das Recht der Reichsstädte
Dinkelsbühl und Rothenburg ob der Tauber, jur. Diss., Erlangen 1936
- Nusselt, Eugen*, Die Gerichtsbarkeit des Klosters St. Egid zu Nürnberg, jur. Diss.,
Erlangen 1951
- Nürnberger Rechtsquellen, herausgegeben vom Stadtarchiv zu Nürnberg, bearbeitet
von Werner Schultheiß, Lieferung 1/2. Die Acht-, Verbots- und Fehdebücher
Nürnbergs von 1285—1400, Nürnberg 1959
- Nürnberger Urkundenbuch, herausgegeben vom Stadtrat zu Nürnberg, bearbeitet
vom Stadtarchiv Nürnberg, 4 Lieferungen, Nürnberg 1951—1955
- Oertel, Robert*, Entwicklung und Bedeutung des Grundsatzes anteiliger Gläubiger-
befriedigung im älteren deutschen Rechte, jur. Diss., Leipzig 1901
- Pfeiffer, Gerhard*, Der Aufstieg der Reichsstadt Nürnberg im 13. Jahrhundert, in:
MVGN Band 44 (1953)

- Pinter, Donat*, Das Gantrecht der Reichsstadt Regensburg im Vergleich mit dem Gantrecht Nürnbergs und Münchens, jur. Diss., München 1951
- Pitz, Ernst*, Die Entstehung der Rats Herrschaft in Nürnberg im 13. und 14. Jahrhundert, in: Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Band 55, München 1956
- Punitz, Hans*, Die Vermögensvollstreckung im deutschen mittelalterlichen Recht, Band I Die Pfändung, Leipzig 1912
Grundlagen des deutschen Arrestprozesses, Leipzig 1922
- Plank, Johann Wolfgang v.*, Das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter, nach dem Sachsenspiegel und verwandten Rechtsquellen, 2 Bde., Braunschweig 1879
- Pommer, Phillip*, Die Rechtsgutachten der Nürnberger Marktvorsteher, jur. Diss., Erlangen 1948
- Puchner, Otto*, Die frühesten Verordnungen über das Brauwesen in der freien Reichsstadt Nürnberg, in: Deutsche Brauwirtschaft, 59 Jhrg. 1950, Nr. 24/25, S. 367 ff.
- Reformation der Stadt Nürnberg von 1479
Reformation der Stadt Nürnberg von 1498
Reformation der Stadt Nürnberg von 1522
Reformation der Stadt Nürnberg von 1564, verneute . . .
- Reicke, Emil*, Geschichte der Reichsstadt Nürnberg vom ersten urkundlichen Nachweis ihres Bestehens bis zu ihrem Übergang an das Königreich Bayern (1806), Nürnberg 1896
- Reiser, Otto*, Beweis und Beweisverfahren im Zivilprozeß der freien Reichsstadt Nürnberg, jur. Diss., Erlangen 1955
- Roth, Johann Ferdinand*, Verzeichnis aller Genannten des größeren Rats von der ältesten bis auf die neuesten Zeiten mit historischen Nachrichten, Nürnberg 1802
Geschichte des Nürnbergischen Handels, 4 Bände, Leipzig 1800—1802
- Roth, Paul v.*, Bayerisches Zivilrecht, 2. Auflage, Tübingen 1881
- Ruf, Franz*, Acht und Ortsverweisung im alten Land- und Stadtgericht Nürnberg, in: MVGN Band 46 (1955)
- Schielein, Rudolf*, Die Entwicklung der Gerichtsverfassung in der Reichsstadt Nürnberg vor allem vom 15. bis 18. Jahrhundert, jur. Diss., Erlangen 1952
- Schmid, Johann Christoph*, Grundsätze vom Konkursprozeß nach gemeinen und Nürnbergischen Rechten, praktisch erläutert von . . ., Nürnberg 1794
- Schmidt, Georg*, Der strafbare Bankbruch in historischer Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung der Schuldf Frage, München 1893
- Schröder-Künnsberg*, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 6. Auflage, 2 Teile, Leipzig 1919 und Leipzig-Berlin 1922
- Schultheiß, Werner*, Die Einwirkung Nürnberger Stadtrechts auf Deutschland, besonders Franken, Böhmen und die Oberpfalz, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, Band 2, Erlangen 1936
Die geschichtliche Entwicklung des Nürnberger Ortsrechts, in: Das Ortsrecht der Stadt Nürnberg, Nürnberg 1939, neubearbeitet 1956
Das Weistum über das Nürnberger Schultheißenamt aus dem Jahre 1385, ein Beitrag zur ältesten Stadt- und Gewerbeverfassung Nürnbergs, in: MVGN Band 35, (1937)

- Die Entdeckung Amerikas und Nürnberg, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, Band 15 (1955), S.
- Seufert, Lothar v.*, Deutsches Konkursprozeßrecht, Leipzig 1899
- Siebenkees, Johann Christoph*, Materialien zur Nürnbergischen Geschichte, 4 Bde., Nürnberg 1792—94
- Beiträge zum teutschen Recht, 6 Teile, Nürnberg und Altdorf 1786—91
- Juristisches Magazin, 2 Bde., Jena und Anspach 1782—84
- Stobbe, Otto*, Zur Geschichte des älteren deutschen Vertragsrechts, Leipzig 1855
- Geschichte der deutschen Rechtsquellen, 2 Bände, Braunschweig 1864
- Zur Geschichte des älteren deutschen Konkursprozesses, Berlin 1888
- Trübner*, Deutsches Wörterbuch, 8 Bände, seit 1939
- Wach, Adolf*, Der Arrestprozeß in seiner geschichtlichen Entwicklung, I. Teil: Der italienische Arrestprozeß, Leipzig 1868
- Der Manifestationseid in Italien, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Band 7 (1868), S. 439 ff.
- Waldmann, Daniel*, Die Quellen der Nürnberger Reformation von 1479 (1484) und die Quellen ihrer prozeßrechtlichen Vorschriften, in MVGN Bd. 18 (1908)
- Weiske, Julius*, Der Sachsenspiegel, 10. Aufl., Leipzig 1919
- Wenger, Leopold*, Institutionen des römischen Zivilprozeßrecht, München 1925
- Wenisch, Rudolf*, Aus dem Wortschatz der Nürnberger Ratsbriefbücher des 15. und 16. Jahrhunderts, in: MVGN Band 46 (1955)
- Winter, Fritz*, Beiträge und Erläuterungen zu Geschichte und Recht der Nürnberger verneuten Reformation von 1564, jur. Diss., Erlangen 1903
- Wölckern, Lazarus Karl v.*, Commentatio succincta in Codicem Juris Statuarii Norici oder mit Anmerkung erläuterte Nürnbergische Reformation, Nürnberg 1732
- Historia Norimbergensis Diplomatica, Nürnberg 1738
- Wölfel, Ernst*, Die rechtlichen Formen im Verkehr mit Liegenschaften in der Reichsstadt Nürnberg von 1250 bis zur verneuten Reformation 1564, jur. Diss., Erlangen 1948
- Wyß, Friedrich v.*, Die Schuldbeitreibung nach schweizerischen Rechten, in: Zeitschrift für schweizerisches Recht, Band 7, Basel 1858

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Add. Dec.	Additional Decret, soweit nicht anders angegeben, zitiert nach: Leonhard Christoph Lahner, Vollständige Sammlung derer zu des Heiligen Römischen Reichs freyen Stadt Nürnberg verneuten Reformation de Ao. 1564 gehörigen Additional Decreten, Nürnberg 1773.
aGO	Alte Stadtgerichtsordnung von 1473, Abschrift von Geheimrat Petz (Sta).
Annalen	Müllner, Johannes, Relationes und Deductiones über der Stadt Nürnberg Rechte und Gerechtigkeiten.
AStB	Amts- und Standbücher (Rep. 52b).
Commentatio:	Lazarus Karl von Wölkern, Commentatio succincta in Codicem juris Statuarii Norici, Nürnberg 1737.
lib. cons.	liber conservatorii (Schuldverbriefungsbuch) (Sta).
lib. lit.	liber litterarum (Grundverbriefungsbuch) (Sta).
Lochner, Chronik:	Georg Wolfgang Karl Lochner, Geschichte der Reichsstadt Nürnberg, 1882 ff (Sta).
Lochner, Regesta:	Georg Wolfgang Karl Lochner, Regesta Norica, 1882 ff (Sta.)
Manuale	Manuale der Nürnberger Marktvorsteher 1628—1813 StA Abt. Handelskammerarchiv (HV 738—748).
NUB	Nürnberger Urkundenbuch
NRQ	Nürnberger Rechtsquellen
Ref.	Reformation der Stadt Nürnberg.
Rep.	Repertorium.
Rub.	Rubrum.
Rtb.	Ratsbuch.
Rtschlb.	Ratschlagbuch.
RV	Ratsverlaß, Abschrift von Geheimrat Petz (Sta).
STA	Staatsarchiv Nürnberg.
Sta.	Stadtarchiv Nürnberg.
Tit.	Titel.
UR	Urkundenreihe des Sta.
ZRG. G	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung.
ZZP	Zeitschrift für zivilistische Praxis.

Zur Beachtung: Soweit in der Arbeit bei Quellenangaben der Standort nicht zitiert wird, handelt es sich um Archivalien des STA.

ANMERKUNGEN

§ 1 Seite 9—12

- 1) Über diese Entwicklung vgl.: Heinrich Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte, 2 Bde., 2. Band neubearbeitet von Cl. Frh. v. Schwerin, Leipzig 1906 und München 1928, 2. Bd. S. 584 ff.; Otto v. Gierke, Schuld und Haftung im älteren deutschen Recht, in: Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, Bd. 69, Breslau 1903, S. 43 ff.; Hans Planitz, Die Vermögensvollstreckung im deutschen mittelalterlichen Recht, 1. Bd. Die Pfändung, Leipzig 1912, S. 128, 143, 164; Hermann Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, 1. Bd., Karlsruhe 1954, S. 46, 200, 509. Damit scheint die ältere Auffassung, die nach dem Vorgang Viktor v. Meiboms, Das deutsche Pfandrecht, Marburg 1867, S. 177, als Urtypus der mittelalterlichen Zwangsvollstreckung die Pfändung nach gerichtlichem Verfahren betrachtete und der die außergerichtliche Pfandnahme als eine spätere Abspaltung der gerichtlichen galt, endgültig verlassen.
- 2) Planitz, Pfändung, S. 153.
- 3) Meibom, a. a. O., S. 76.
- 4) Planitz, Pfändung, S. 165.
- 5) Guido Kisch, Die Pfändungsklausel, in: ZRG. G 35. Bd. (1914), S. 41.
- 6) Ebenda.
- 7) Planitz, Pfändung, S. 162.
- 8) Vgl. Fr. v. Wyß, Die Schuldbeitreibung nach schweizerischen Rechten, in: Zeitschrift für schweizerisches Recht, 7. Bd. (1858), S. 3 ff.
- 9) Planitz, Pfändung, S. 176.
- 10) Vgl. hierüber: Heinz Dannbauer, Die Entstehung des Territoriums der Reichsstadt Nürnberg, Stuttgart 1928, S. 102 ff.; Werner Schultheiß, Die geschichtliche Entwicklung des Nürnberger Ortsrechts, Nürnberg 1936 und 1956, S. 6 ff.; Ernst Pitz, Die Entstehung der Rats Herrschaft in Nürnberg im 13. und 14. Jahrhundert, in: Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 55, München 1956, S. 3 ff.
- 11) Dannbauer, a. a. O., S. 77.
- 12) NUB 79, S. 57 (1173 VI 16—1174 VI 15)
- 13) Pitz, a. a. O., S. 3.
- 14) NUB Nr. 178, S. 111—114, 8. Nov. 1219.
- 15) Dannbauer, a. a. O., S. 77.
- 16) Pitz, a. a. O., S. 4.
- 17) Vgl. Schultheiß, Ortsrecht, S. 6.
- 18) Vgl. Pitz, a. a. O., S. 140 ff.; Schultheiß, Ortsrecht, S. 8; Rudolf Schielein, Die Entwicklung der Gerichtsverfassung in der Reichsstadt Nürnberg vor allem vom 15.—18. Jahrhundert, Erlangen 1952, jur. Diss., S. 13 ff.
- 19) Werner Schultheiß, Das Weistum über das Nürnberger Schultheißenamt aus dem Jahre 1385, in: MVGN 35. Bd. (1937), S. 32.
- 20) Otto Reiser, Beweis und Beweisverfahren im Zivilprozeß der freien Reichsstadt Nürnberg, Erlangen 1955, jur. Diss., S. 1.
- 21) Hans Liermann, Franken und Böhmen. Ein Stück deutscher Rechtsgeschichte, Erlangen 1939, S. 53.
- 22) Joh. Chr. Siebenkees, Juristisches Magazin, 2 Bde., Jena und Anspach 1782—1784, 1. Bd., S. 323.
- 23) Paul v. Roth, Bayerisches Civilrecht, 2. Aufl., Tübingen 1881, S. 75.
- 24) AStB Nr. 227 und 228. Otto Puchner, Die frühesten Verordnungen über das Brauwesen in der freien Reichsstadt Nürnberg, in: Deutsche Brauwirtschaft, 59. Jhrg. 1950, Nr. 24/25, S. 367 ff, 382 ff. und Pitz, a. a. O., S. 59—62 haben AStB Nr. 228 auf 1302, Nr. 227 auf 1313/15 datiert. Dabei hat vor allem Pitz darauf hingewiesen, daß wenigstens Teile der

in diesen Büchern enthaltenen Satzungen weit ins 13. Jhd. zurückreichen. Das Stadtarchiv Nürnberg bereitet für 1961/2 eine Ausgabe dieser beiden Satzungsbücher vor. Unvollständige Abdrucke finden sich von Nr. 227 bei Baader, Nürnberger Polizeiverordnungen aus dem 13. bis 15. Jahrhundert, in: Bibliothek des literarischen Vereins in Stuttgart, 63. Bd., Stuttgart 1861, von Nr. 228 bei Ch. G. v. Murr, Journal z. Kunstgesch. u. z. allg. Literatur, 6. Bd., 1778, S. 47–78 und bei G. K. W. Lochner, Nürnberger Jahrbücher, 2. Bd., 1834, S. 121.

AStB 229) bereitet das Stadtarchiv eine Edition vor.

24a) Auch für diese bedeutsamen Rechtsquellen (Or. GNM Hschr. 6028a–20 und StA Nbg. 25) = aGO.

26) AStB Nr. 228a.

27) Die libri litterarum (Grundverbriefungsbücher) setzen 1481, die libri conservatorii (Schuldverbriefungsbücher) 1484 ein. Vgl. Ernst Wölfel, Die rechtlichen Formen im Verkehr mit Liegenschaften in der Reichsstadt Nürnberg von 1250 bis zur erneuten Reformation von 1564, jur. Diss., Erlangen 1948, S. 52. 1349 und im 14. Jahrhundert erwähnte Protokollbücher sind verloren.

28) = Rep. 60b, Ratsbücher von 1400–1419 und 1441–1619.

29) = Rep. 51, Ratsschlagbücher von 1442–1730 in Verbindung mit Rep. 51a und Rep. 51b.

30) Vgl. UR. Urkunden vom 8. Mai 1428, 25. Mai 1443, 22. Mai 1451, 24. Juli 1451, 12. August 1465, 22. Juni 1467 u. a.

31) Insgesamt fünf derartige Rechtsbelehrungen, die der Nürnberger Rat dem Rat der Stadt Eger erteilt hat, sind abgedruckt bei Franz Kürschner, Das Stadtrecht von Eger und seine Verbreitung, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, VI Jhrg. (1868) 7. Heft, S. 14. Sie entstammen einem alten Verordnungsbuch der Stadt Eger, das um 1352 begonnen, Eintragungen bis Ende des 14. Jahrhunderts aufweist. Die unter der Überschrift „di vrteil von Nuereenberg“ auf den letzten Blättern des Verordnungsbuches eingetragenen Rechtsbelehrungen reichen nach Kürschner jedoch noch in die Zeit vor Anlegung des Rechtsbuches zurück. Sie befassen sich sämtlich mit Fragen des Vollstreckungsrechts.

32) Ein aus dem 14. Jhd. stammendes Stadt(gerichts)buch der Stadt Neumarkt/Opf. enthält u. a. „alle frömd recht vnd vrteil, die dann aus dem rate zu Nürnberg pracht und geholt sein worden“. Von den insgesamt 29 als Rechtsholung bezeichneten Nürnberger Urteilen, die bis gegen Mitte des 15. Jhdts. reichen, befassen sich neun mit vollstreckungsrechtlichen Fragen. Das Original des Stadtbuches befindet sich im Bay. Hauptstaatsarchiv Ger. Lit. Neumarkt Nr. 12. Eine von Herrn RA. Leo Bauer gefertigte Abschrift befindet sich im Stadtarchiv Nürnberg. Für die freundlich gewährte Einsichtnahme in diese Abschrift möchte ich hiermit herzlich danken.

33) Über die Verbreitung des Nürnberger Stadtrechtes vgl.: Hans Liermann, Nürnberg als Mittelpunkt deutschen Rechtslebens, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, 2. Bd., Erlangen 1936, S. 1 ff.; Werner Schultheiß, Die Einwirkung Nürnberger Stadtrechte auf Deutschland, bes. Franken, Böhmen und Oberpfalz (Der Nürnberger Stadtrechtskreis) in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, 2. Band, Erlangen 1936, S. 49 ff.; Schultheiß, Ortsrecht, S. 10.

34) Über die Bedeutung der eigenmächtigen Pfändung bei der Vollstreckung eines Urteils in einem fremden Gerichtsbezirk vgl. Planitz, Pfändung, S. 176.

35) Siehe S. 37 ff.

36) AStB Nr. 227, fol. 72: Ez habent auch gesetzt meine herren, Rat, Schepfen und die Genannten. daz nieman dez andern gut weder in der stat noch auf dem lande wider seinen willen von nieman sol ein nemen noch bestehen vnd auch sich dez nicht underziehen sol one sein wort ez sei denn als verre erclagt mit dem rehten daz er es billig tun müge . . . swer der ist der daz uber tut, der muz inenem sinem schaden abe tun . . . vnd muz dazu von der stat sein ewiglich.

§ 2 Seite 12–17

1) Vgl. AStB Nr. 227, fol. 57, 59; Nr. 228, fol. 34, 36.

2) So in einer bei Joh. Chr. Siebenkees, Beiträge zum teutschen Recht, 6 Teile, Nürnberg und Altdorf 1786–91, 3. Teil, S. 226 abgedruckten Satzung „ob ein gast einem bürger für peut“. Die Satzung entstammt einem, von Siebenkees, Beiträge, 2. Teil, S. 210 als Codex E bezeichneten Nürnberger Satzungsbuch des 14. Jahrhunderts. Dem eigentlichen Satzungs- teil war eine Liste neu aufgenommenen Bürger von 1330–1448 vorgesetzt. Der größte Teil

der in diesem Codex enthaltenen Gesetze soll nach Siebenkees schon in der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts eingetragen worden sein. Das Original dieses Satzungsbuches ist nur noch als Fragment in Hs. 6028a – 2^o des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg erhalten. Die unter der Überschrift „Extract aus dem Alten Wandelbuch so auf Pergamentschrift in der unteren Registratur“ im Bay. Staatsarchiv Nürnberg, AStB Nr. 298 erhaltene Abschrift enthält nur die, dem eigentlichen Satzungsbuch vorausgesetzten Neubürgerlisten, nicht die Satzungen selbst. Es wird daher im folgenden nach Siebenkees, Beiträge, Codex E zitiert.

- 3) Tit. III, Gesetz III.
- 4) Johann Merkel, Quellen des Nürnberger Stadtrechts, in: Festgabe für Regelsberger, Nürnberg, 1901, S. 73.
- 5) Commentatio, Tit. III, Gesetz II § II.
- 6) Siebenkees, Beiträge, 3. Teil, S. 217.
- 7) Jeweils Tit. III, Ges. IV; Tit. IX, Ges. IV; Tit. XI, Ges. IX.
- 8) So z. B. das Augsburger Recht. Vgl. Friedrich Hellmann, das Konkursrecht der Reichsstadt Augsburg, in: Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, 76. Heft, Breslau 1905, S. 16.
- 9) Vgl. Rudolf Wenisch, Aus dem Wortschatz der Nürnberger Ratsbriefbücher des 15. und 16. Jahrhunderts, in: MVGN 46. Bd. (1955), S. 203.
- 10) Siebenkees, Beiträge, 3. Teil, S. 226 Codex E.
- 11) Wölfel, a. a. O., S. 52.
- 12) aGO, fol. XII r.
- 13) Daniel Waldmann, Die Entstehung der Nürnberger Reformation von 1479 (1484) und die Quellen ihrer prozeßrechtlichen Vorschriften, in: MVGN 18. Bd. (1908), S. 68.
- 14) Tit. V, Gesetz X.
- 15) Tit. XI, Gesetz I.
- 16) Planitz, Pfändung, S. 413.
- 17) a. a. O., S. 7.
- 18) a. a. O.
- 19) Hermann Knapp, Die Zehnten des Hochstifts Würzburg, 3 Bde., Berlin 1907, 1. Bd. (2), S. 1206.
- 20) Franz Ruf, Acht und Ortsverweis im alten Land- und Stadtgericht Nürnberg, in: MVGN 46. Bd. (1955), S. 13, (jur. Diss., Erlangen).
- 21) AStB Nr. 203. Vgl. W. Schultheiß in NRQ I/II S. 52 und Ruf a. a. O. S. 13 ff., 127 ff.
- 22) aGO, fol. XII r.
- 23) Rtschlb. Nr. 51 (1477–89), S. 15.
- 24) Ref. v. 1479, Tit. V, Ges. VIII.
- 25) Ref. v. 1564, Tit. III, Ges. IV.
- 26) aGO, fol. VIa; Ref. v. 1479, Tit. IX, Ges. IV.
- 27) Commentatio, Tit. VIII, Ges. IV, § IV.
- 28) v. Meibom, a. a. O., S. 45.
- 29) Vgl. Eugen Nusselt, Die Gerichtsbarkeit des Klosters St. Egid zu Nürnberg, Erlangen 1951, jur. Diss., S. 70.
- 30) AStB Nr. 194a, Stadtgerichtsbuch, Verhandlungen und Urteile aus den Jahren 1492–94, S. 221.
- 31) a. a. O., S. 16.
- 32) Planitz, Pfändung, S. 284.
- 33) lib. cons. v. 1484–87, S. 3.
- 34) Rudolf Hübner, Grundzüge des deutschen Privatrechts, 4. Aufl., Erlangen-Leipzig 1922, S. 376.
- 35) lib. lit. v. 1495–96, S. 86, 111, 180.
- 36) aGO, fol. IVa.
- 37) Ref. v. 1479, Tit. IX, Ges. IV.
- 38) Ref. v. 1479, Tit. III, Ges. III.
- 39) Wyß, a. a. O., S. 7.
- 40) aGO, fol. XXVII.
- 41) Ref. v. 1479, Tit. IX, Ges. I.
- 42) Ref. v. 1564, Tit. VIII, Ges. IV.
- 43) Commentatio, Tit. VIII, Ges. IV, § I.
- 44) Commentatio, Tit. VIII, Ges. V, § III.
- 45) Reiser, a. a. O., S. 138.
- 46) AStB Nr. 170, Collegium Reformationis Noricae Practicum, Tit. VIII, Ges. V.

- 47) Ref. v. 1564, Tit. VIII, Ges. V.
- 48) Commentatio, Tit. VIII, Ges. V, § I.
- 49) Commentatio, Tit. VIII, Ges. V, § III.
- 50) Reiser, a. a. O., S. 142.
- 51) Ref. v. 1564, Tit. VIII, Ges. II.
- 52) Neumarkter Stadtbuch, fol. 9.
- 53) Commentatio, Tit. VIII, Ges. VIII, § II.
- 54) Ref. v. 1479, Tit. XXXIII.
- 55) Commentatio, Tit. IX, Ges. I, §§ III und IV.
- 56) Leonhard Christoph Lahner, Einleitung in die nürnbergischen Recht, Nürnberg, 1780, S. 510 mit einer eingehenden Schilderung des Schiedsgerichtsverfahrens.
- 57) Ref. v. 1564, Tit. IX, Ges. I.
- 58) Ref. v. 1564, Tit. IX, Ges. VIII.

§ 3 Seite 17—19

- 1) Vgl. v. Meibom, a. a. O., S. 55.
- 2) a. a. O., S. 56.
- 3) Planitz, Pfändung, S. 500.
- 4) s. S. 37 ff.
- 5) Rtschlb. Nr. 51, S. 28.
- 6) aGO, fol. XXIII.
- 7) Egerer Stadtbuch, a. a. O.
- 8) aGO, fol. XIII.
- 9) aGO, fol. XXI.
- 10) Vgl. Meibom, a. a. O., S. 55.
- 11) aGO, fol. XXI.
- 12) Ref. v. 1564, Tit. XI, Ges. VI; Commentatio, Tit. XI, Ges. VI, § II.
- 13) Das vermutet Planitz, Pfändung, S. 512. Nach seinen Untersuchungen ist diese Vorschrift der Nürnberger Reformation die älteste derartige Bestimmung in Deutschland.
- 14) Ref. v. 1564, Tit. XI, Ges. I.

§ 4 Seite 19—28

- 1) AStB Nr. 227, fol. 57, 72.
- 2) Rtschlb. Nr. 52 (1489—98), S. 97.
- 3) Ref. v. 1479, Tit. V, Ges. VI.
- 4) Meibom, a. a. O., S. 70.
- 5) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. III.
- 6) So AStB Nr. 227, fol. 57, 59, 73, 94; vgl. auch Wenisch, a. a. O., S. 129.
- 7) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. V und VII; Ref. v. 1564, Tit. XI, Ges. I.
- 8) Siebenkees, Beiträge, 3. Teil, S. 226, Codex E.
- 9) Chr. Eckert, Der Fronbote im Mittelalter nach dem Sachsenspiegel und den verwandten Rechtsquellen, Leipzig 1897, S. 82 ff.
- 10) AStB Nr. 227, fol. 56, Nr. 228, fol. 34.
- 11) AStB Nr. 227, fol. 57 „ob ein pütel kmt nach einem pfande hin zv dem hause“.
- 12) Rtschlb. Nr. 52 A (letztes Viertel des 15. Jhdts.), S. 79.
- 13) Planitz, Pfändung, S. 463.
- 14) Noch die Ref. v. 1564, Tit. XI, Ges. I bestimmt: „so mag alßdann der glaubiger auf ertailte Execution vnd erlaubnus des Richters, durch ainen geschworenen Fron oder Landepoten . . . pfand fordern“. Nach der aGO fol. III konnte der Gläubiger in Eilfällen oder falls kein Gerichtstag war, sogar ohne vorgängige Erlaubnis des Gerichts, durch einen geschworenen Fronboten Pfand fordern lassen. Er mußte sich dann aber am nächsten Gerichtstag „das gericht erlauben lassen“.
- 15) Planitz, Pfändung, S. 478.
- 16) lib. cons. v. 1484—97, S. 10, 92, 117.
- 17) AStB Nr. 228a, fol. 5a XXXIII.
- 18) AStB Nr. 228, fol. 57.
- 19) Rtschlb. Nr. 51, S. 17.
- 20) s. S. 23 ff.

- 21) Planitz, Pfändung, S. 576.
- 22) Siebenkees, Beiträge, 3. Teil, S. 226, Codex E.
- 23) Vgl. Planitz, Pfändung, S. 586.
- 24) AStB Nr. 194a, S. 16.
- 25) Vgl. Planitz, Pfändung, S. 586.
- 26) Rtschlb. Nr. 52 A. S. 87.
- 27) aGO, fol. VI r, Ratsverlaß vom 17. November 1463.
- 28) AStB Nr. 228a, fol. 6, XXXIX: ob yemant von gerichtswegen eyngeantwurt wirt, wein, getraid, holz, hew oder stro, wie er das spenen und wie er der spenung nachkommen sol.
- 29) Nach Planitz, Pfändung, S. 598.
- 30) s. S. 57
- 31) Über diese Entwicklung vgl. Planitz, Pfändung, S. 577 ff.
- 32) Lochner, Chronik, Bd. III, S. 3 (1507): Anna Schidin die des Gerichts versperr geöffnet hatte, wurde im Rat auf Entschuldigung ihrer Unwissenheit 8 Tage an ein Bank gestraft und darum das sie auf Hannsen Lehenter seine Schuld, die er mit Recht erlangt und darum das ihre mit Gericht versperrt hat entrichte und bezahle; vgl. auch Commentatio, Tit. IV, Ges. I, § IX.
- 33) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VIII.
- 34) lib. cons. v. 1484–87, S. 85.
- 35) a. a. O.
- 36) AStB Nr. 227, fol. 73.
- 37) Siebenkees, Beiträge, 3. Teil, S. 226, Codex E.
- 38) AStB Nr. 227, Nachtrag auf fol. 59.
- 39) AStB Nr. 228a, fol. 5a, XXXIII.
- 40) aGO, fol. XXIII.
- 41) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VIII.
- 42) AStB Nr. 194a, S. 221.
- 43) Ref. v. 1479, Tit. V, Ges. VII.
- 44) Über den Pfandverkauf im älteren deutschen Recht vgl. Meibom, a. a. O., S. 92. Ein Pfandverfall, wie er vielfach in Süddeutschland üblich war, ist für das Nürnberger Recht nicht zu belegen.
- 45) AStB Nr. 228, fol. 36.
- 46) Egerer Stadtbuch, b.
- 47) a. a. O.
- 48) Ludwig Ehrenberg, Die alte Nürnberger Börse, in: MVGN, 8. Bd. (1889), S. 77.
- 49) a. a. O.
- 50) Commentatio, Tit. XI, Ges. I, § VI.
- 51) In den seit 1363 erhaltenen Handwerksbüchern sind sie in dem bis 1357 zurückreichenden Verzeichnis der „officia“ aufgeführt (AStB Nr. 302, fol. 79–108), deren Inhaber bei ihrem Dienstantritt vom Rat in Eid genommen wurden.
- 52) Rtb. Nr. 1 (1400–1406), fol. 101.
- 53) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VIII.
- 54) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. X.
- 55) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VIII.
- 56) AStB Nr. 101, S. 477.
- 57) a. a. O., S. 479, in überarbeiteter Form von 1614 abgedruckt in Commentatio, Tit. XI, Ges. I, § VI.
- 58) Die Ableitung des Wortes Gant ist umstritten. Grimm, Deutsches Wörterbuch, seit 1854, IV. Bd. (1878), S. 1284 und Kluge/Götze, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 15. völlig neubearbeitete Auflage, Berlin 1951, S. 239 leiten das Wort aus inquantus, incantus (=für wieviel?) als der beim öffentlichen Verkauf an den Meistbietenden üblichen Form der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots ab.
Dagegen glaubt Meibom, a. a. O., S. 103, Anm. 249, das Aufstecken eines Handschuhs (wanto, wantus, quantus, gantus) als Symbol der richterlichen Beschlagnahme bei der karolingischen Liegenschaftsvollstreckung, der Fronung, habe dem gerichtlichen Pfandverkauf seinen Namen gegeben.
Planitz, Pfändung, S. 680, Anm. 181 hält die Ableitung von incantare (ausrufen) für möglich.
- 59) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VIII.
- 60) AStB Nr. 194a, S. 185, 199.
- 61) RV v. 1509 Nr. 1, fol. 4a.
- 62) Siebenkees, Beiträge, 3. Teil, S. 234.

- 63) AStB Nr. 101, S. 172: Über das verkaufen am Markt, so von Gerichts wegen verkauft wird.
- 64) a. a. O., S. 336.
- 65) RV v. 1513, Nr. 1, fol. 4.
- 66) RV v. 12. 10. 1563.
- 67) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VIII.
- 68) aGO, fol. IX a.
- 69) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VIII.
- 70) AStB Nr. 194a, S. 116.
- 71) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VIII.
- 72) Ref. v. 1479, Tit. XXII, Ges. X.
- 73) a. a. O.
- 74) s. S. 45 ff.
- 75) AStB Nr. 228, fol. 36.
- 76) Ref. v. 1479, Tit. XXII, Ges. X.
- 77) Ref. v. 1479, Tit. XXII, Ges. X.
- 78) Vgl. Commentatio, Tit. XI, Ges. I, § III und IV.

§ 5 Seite 29—36

- 1) Über die Fortbildung der alten Formen des Liegenschaftsverkehrs im Nürnberger Recht, vgl. Wölfel, a. a. O., S. 31 ff.
- 2) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. IX; Ein Beispiel für einen „Wasenschnitt“ findet sich bei Lochner. Norica, Bd. IV, Urk. Nr. 205 vom 17. 9. 1539.
- 3) So aGO, fol. VIII; Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. IX und X.
- 4) Meibom, a. a. O., S. 102.
- 5) a. a. O., S. 109.
- 6) aGO, fol. XIII.
- 7) UR Urk. v. 8. 5. 1424, (abgedruckt im Anhang unter I), 25. 5. 1443, 25. 5. 1443.
- 8) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. IX.
- 9) Egerer Stadtbuch, a. a. O.
- 10) Rtb. Nr. 1a (1407–1419), S. 8, 45.
- 11) Vgl. Waldmann, a. a. O., S. 77.
- 12) s. S. 23
- 13) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. IX.
- 14) Über die Beschränkungen des vertraglichen Grundstücksverkehrs, vgl. Wölfel, a. a. O., S. 62 ff.
- 15) Vgl. Wölfel, a. a. O., S. 31 ff.
- 16) a. GO, fol. IX.
- 17) a. GO, fol. XIII.
- 18) RV v. 1504 Nr. 2, fol. 8.
- 19) RV v. 1507, Nr. 11, fol. 4.
- 20) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. IX.
- 21) Ref. v. 1522, Tit. XI, Ges. XI.
- 22) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. XII.
- 23) Vgl. Friedrich Mattausch, Die Nürnberger Eigen- und Gattergelder, in: MVGN 47. Band (1956), S. 32 ff.
- 24) AStB Nr. 194a, S. 185.
- 25) UR, Urkunde v. 22. 6. 1467.
- 26) UR
- 27) Spänbrief aus dem Jahre 1497, abgedruckt bei Woelckern, Historia Norimbergensis Diplomatica, Nürnberg 1738, S. 761 Nr. CCCXII. Vgl. auch den bei Lochner, Ein Spänbrief des sechzehnten Jahrhunderts als Beleg zur Nürnberger Reformation Tit. XI, Ges. II und V, Nürnberg 1850, abgedruckten Spänbrief.
- 28) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. IX.
- 29) aGO, fol. VI.
- 30) Commentatio, Tit. XI, Ges. II, § V.
- 31) Ratsverlaß, in: Commentatio, Tit. XI, Ges. II.
- 32) Add. Dec. v. 3. 4. 1650, S. 366.
- 33) Vgl. Commentatio, Tit. XI, Ges. II, § IV.
- 34) Commentatio, Tit. XI, Ges. II, § IV.
- 35) Lahner, Einleitung, S. 490.

- 36) s. S. 30
 37) Commentatio, Tit. XI, Ges. II, § VI.
 38) Add. Dec. v. 18. 9. 1633, S. 357.
 39) Add. Dec. v. 19. 6. 1651, S. 367.
 40) Über die Nürnberger Gattergelder vgl. Mattausch, a. a. O., S. 76, Add. Dec. v. 9. 5. 1560, S. 767.
 41) Add. Dec. 11. 12. 1638, S. 479.
 42) Commentatio, Tit. XI, Ges. II, § VI.
 43) Ref. v. 1564, Tit. XI, Ges. II.
 44) Ratsverlaß in Commentatio, Tit. XI, Ges. II.
 45) Add. Dec. v. 3. 3. 1632, S. 362.
 46) Add. Dec. v. 1. 8. 1635, 9. 10. 1637, S. 364 ff.
 47) Add. Dec. v. 20. 7. 1643, S. 364.
 48) Vgl. lib. lit. v. 1690, S. 210, 216, 285.
 49) Add. Dec., S. 366. Dem Dekret lag ein Gutachten der städtischen Ratskonsulenten und der Juristischen Fakultät der Universität Altdorf zugrunde über die Frage: Wie denjenigen debitoribus, welche sich beklagen, daß ihnen ihre liegenden Güter in geringem Werth angedrungen, und ihren Creditoribus adiudiciret werden Provesonaliter zu helfen sei.
 50) Add. Dec. v. 19. 5. 1638, S. 431.
 51) Commentatio, Tit. XI, Ges. II.
 52) Commentatio, Tit. XI, Ges. V, § I.

§ 6 Seite 36—37

- 1) Ref. v. 1564, Tit. XI, Ges. II.
 2) AStB Nr. 170, Tit. XI, Ges. IV.
 3) Meibom, a. a. O., S. 60.
 4) a. a. O., S. 62.
 5) Vgl. lib. cons. v. 1484—87, S. 233: Mehrere Gläubiger des Hannsen Kegler lassen bei seinem Bruder Jeromin Kegler „15 gl. die er seinem bruder schuldig sy“ mit Verbot belegen und begehren, sie ihnen auszubezahlen.
 Lib. cons. v. 1491, S. 176: Der Gläubiger einer „eehalten“ bittet das Gericht, dem Dienstherrn die Auszahlung des rückständigen Lidlohns an die Dienstbotin zu verbieten und beantragt Auszahlung an sich „kraft erlangter vollung“.
 Lib. cons. v. 1491, S. 63: Der Beständer eines Hauses bezahlt auf Weisung des Gerichts seine Miete an die Gläubiger seines Vermieters.
 6) Vgl. lib. cons. v. 1490, S. 94: Hanns Reiter als Gläubiger des Peter Ott erhält von Endres Ostermayer, einem Schuldner des P. Ott, 30 fl, die er mit Verbot hatte belegen lassen. Er gelobt dem Endres Ostermayer: furstad ze tun vnd so er von der 30 fl wegen mit Reht angelant werde, daz er darumb gut sen wolt und im im reht ze vertreten wie sich gepürt und reht ist.
 7) Lib. cons. v. 1491, S. 102.
 8) AStB Nr. 171, Coll. Ref., Tit. XI, Ges. II.

§ 7 Seite 37—40

- 1) J. W. Plank, Das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter, Braunschweig 1879, 2 Bde., 2. Band, S. 258.
 2) Emil Gallinger, Der Offenbarungseid des Schuldners im Exekutions- und Konkursverfahren nach seiner geschichtlichen Entwicklung im römischen und deutschen Rechte, München 1884, S. 174.
 3) Hans Frh. v. Hoiningen gen. Huene, Beiträge zur geschichtlichen Entwicklung des strafbaren Bankerutts in Deutschland, jur. Diss., Bonn 1878, S. 9.
 4) Georg Schmidt, Der strafbare Bankbruch in historisch-dogmatischer Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung der Schuldfrage, jur. Diss., München 1883, S. 29.
 5) Gallinger, a. a. O., S. 174.
 6) Vgl. Otto Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen, 2 Bde., Braunschweig 1864, 2. Bd., S. 612 ff; Schmidt, a. a. O., S. 39; Gallinger, a. a. O., S. 174.
 7) Hoiningen, a. a. O., S. 8.
 8) Julius Weiske, Der Sachsenspiegel, 7. Aufl., Leipzig 1895, 3. Buch, Art. 39.

- 9) Heinrich Gottfried Gengler, Des Schwabenspiegels Landrechtsbuch, 2. Aufl., Erlangen 1875, S. 242.
- 10) Hoiningen, a. a. O., S. 11.
- 11) Vgl. Schultheiß, Ortsrecht, S. 6 ff.
- 12) Egerer Stadtbuch, a.
- 13) Karl Neumeyer, Historische und dogmatische Darstellung des strafbaren Bankerotts unter besonders eingehender Untersuchung der Schuldfrage, jur. Diss., München 1891, S. 91 ff.
- 14) Vgl. Emil Reicke, Geschichte der Reichsstadt Nürnberg vom ersten urkundlichen Nachweis ihres Bestehens bis zu ihrem Übergang an das Königreich Bayern (1806), Nürnberg 1895, S. 159.
- 15) Egerer Stadtbuch, a.
- 16) A. a. O.
- 17) Neumarkter Stadtbuch, fol. 11. (Schuldiger hat hier die Bedeutung Gläubiger.)
- 18) A. a. O.
- 19) AStB Nr. 227, fol. 75.
- 20) NUB Urk. Nr. 178, S. 111–114, 8. November 1219, Satz 8: nullus Norimbergensis sit alleulus hominis gapfant de jure nec unus mercator pro alio.
Über die allgemeine Bedeutung dieses Privilegs für die Nürnberger Kaufmannschaft, vgl. Gerhard Pfeiffer, Der Aufstieg der Reichsstadt Nürnberg im 13. Jahrhundert, in: MVGN 44. Bd. (1953), S. 14 ff.
- 21) 1357 erhielten die Nürnberger zusammen mit den Prager Kaufleuten ein entsprechendes Privileg des ungarischen Königs Ludwig I. für seine Lande. (Auszugsweise abgedruckt bei Guido Kisch, Der deutsche Arrestprozeß in seiner geschichtlichen Entwicklung, Wien-Leipzig 1914, S. 35 Anm. 2.)
- 22) AStB Nr. 227, fol. 90. Aus den „articuli der genannten“: Ez sol auch kain man der genannten werden der vor geworener gelter ist gewesen und ain genannter der geworener gelter wird der sol fürbaz mer kain genannter sein.
Ein Verzeichnis der als geschworene Gelter aus dem Rat ausgestoßenen Genannten findet sich bei Joh. Ferd. Roth, Verzeichnis aller Genannten des größeren Rats von der ältesten bis auf die neuesten Zeiten mit historischen Nachrichten, Nürnberg 1802.
- 23) Neumarkter Stadtbuch, fol. 9.
- 24) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VII.
- 25) RV 1475 Nr. 5, Sabbato ante Walpurgis: Item die Dierlmeierin die geltschuld halb sitz, sol man fürbaz nit mer gestatten über die 3 pf., so ir der clager fur cost gibt, weder von ir selbs noch anderer leut gut ichts weder von cost noch getrenk ze geben, sonder an solichen kosten 3 pf. und an wasser ze trinken. und dergleichen sol es furbaz mit andern schuldigen auch gehalten werden und in die Reformation begriffen werden.
- 26) AStB Nr. 171, Coll. Ref., Tit. XI, Ges. VI.
- 27) Bei Lochner, Chronik, Bd. III, S. 585, findet sich unter dem 12. November 1483 folgender Ratsbeschluß: wenn hinfür jemand um schulden in den Turm gelegt wird . . . und sich der Schuldner mit demselben verträgt, so sol des genau, wie und auf welchen Tag das geschehen sei . . . von dem Turmmeister aufgezeichnet und einem Bürgermeister angesagt werden und wenn er ausgelassen wird, sol sein Urfed eingeschrieben werden.“
Die in Ausführung dieses Ratsbeschlusses angelegten Bücher sind unter AStB Nr. 201 und 202 erhalten. Sie tragen die Aufschrift: urfhet der die umb schuld der aigenherrn zins gult auch umb anderer Sachen halben eingelegt und widerumb ausgelassen worden. Nr. 201 wurde „auf Mittwoch nach Martiny Anno 1483 in hern pauls Volksmeirs und hern Sebolt Rieters Burgermeisteramt angefangen“ und enthält fortlaufende Eintragungen bis 31. April 1545. Nr. 202 setzt 1546 ein und reicht bis 1557.
- 28) Darauf hat besonders Otto Stobbe, Zur Geschichte des älteren deutschen Vertragsrechts, Leipzig 1855, S. 185, hingewiesen.
- 29) Über die Bedeutung des Reinigungseides, vgl. Gallinger, a. a. O., S. 221.
- 30) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VII.
- 31) Commentatio, Tit. XII, Ges. IX, § IV.
- 32) AStB Nr. 201, S. 56, 102.
- 33) Um ein Bild über die Häufigkeit der Schuldhafte zu geben sei erwähnt, daß AStB Nr. 201 beispielsweise für das Jahr 1530 40 Hafteinträge, für 1541 67 Hafteinträge aufweist, wobei für Männer und Fraueneisen jeweils nur ein Buch geführt wurde.

- 2) Mattausch, a. a. O., S. 33. Über das neben der Pfändungsbefugnis bestehende Heimfallsrecht des Eigenherrn am Erbgut bei Zinsverzug vgl. Mattausch, a. a. O., S. 32.
- 3) Ref. v. 1479, Tit. I, Ges. I.
- 4) Mattausch, a. a. O., S. 53; Horst Espig, Das Bauerngericht von Nürnberg, jur. Diss., Erlangen 1934, § 3.
- 5) AStB Nr. 227, fol. 55.
- 6) Mattausch, a. a. O., S. 55.
- 7) Maibom, a. a. O., S. 5.
- 8) Mattausch, a. a. O., S. 57 ff.
- 9) vgl. Mattausch, a. a. O., S. 25 ff. und Wölkel, a. a. O., S. 62 ff.
- 10) Als einzig relevanter Widerspruch blieb dem Zinsmann nur der, daß er den Zins bereits gezahlt habe. Diesen Widerspruch konnte er nach der Pfändung bei Gericht geltend machen. Konnte er die Bezahlung nicht beweisen, so bewies der Leihherr die Höhe des Anspruchs mit seinem Eide. (Ref. 1564, Tit. XXIII, Ges. X).
- 11) Die anschließende Verwertung des Pfandes mußte dagegen wie bei anderen Pfändern in dem bereits geschilderten Verfahren erfolgen. (Ref. v. 1564, Tit. XXIII, Ges. IX).
- 12) Commentatio, Tit. XXIII, Ges. IX.
- 13) vgl. Mattausch, a. a. O., S. 15.

§ 9 Seite 42—43

- 1) Schultheiß, Ortsrecht 1956, S. 10.
- 2) vgl. Gedeon, a. a. O., S. 36.
- 3) Planitz, Pfändung, S. 316.
- 4) Conrad, Rechtsgeschichte, S. 562.
- 5) Planitz, Pfändung, S. 316.
- 6) aGO, fol. XVIII.
- 7) Ref. v. 1479, Tit. XXIII, Ges. I und Tit. XXV, Ges. IV; ebenso Ref. v. 1564, Tit. XVII, Ges. I; Tit. XXI, Ges. I.

§ 10 Seite 43

- 1) Über den Beweiszvzug vgl. Stobbe, Vertragsrecht, S. 98 f.
- 2) Rtb. Nr. 1a, S. 117: Item welicher man seynem wirt entlauffet unvernugt dem mag seyn wirt nachvolgen in alle gaszn und in fangen und wider in seyn haus furen und da halten uz er im vergilt.
- 3) Tit. IV, Ges. V.

§ 11 Seite 45—48

- 1) vgl. AStBNr. 227, fol. 22, 94.
- 2) Robert Oertel, Entwicklung und Bedeutung des Grundsatzes anteiliger Gläubigerbefriedigung im älteren deutschen Recht, jur. Diss. Leipzig 1901, S. 12.
- 3) aGO fol. XIV r.
- 4) vgl. AStB Nr. 194a, fol. 223: Es erscheinen die Kinder der verstorbenen Katharina Tafler und erklären, daß der Nachlaß ihrer Mutter überschuldet sei und „bekennen daß sie der erb berührend Sachen nicht angenommen haben und sagen sich quittledig und los“.
- 5) vgl. Hans Planitz, Grundlagen des deutschen Arrestprozesses, Leipzig 1922, S. 7; AStB Nr. 227, fol. 102 r Satzungen von denen „die umb gulde vlihen“; vgl. fol. 66.
- 6) aGO, fol. XIV und Ref. 1479, Tit. IV, Ges. VI.
- 7) AStB Nr. 227, fol. 22.
- 8) Ref. 1479, Tit. IV, Ges. I.
- 9) aGO, fol. XIII „gesetz der die von hinnen entrinnen und iren schuldigern ire schuld vermerken zu entziehen oder abbruch zu thun“.
- 10) s. S. 46
- 11) Ref. 1564, Tit. IV, Ges. I und Tit. XII, Ges. I.
- 12) s. S. 65
- 13) AStB Nr. 227, fol. 22.
- 14) Rtb. Nr. 1a, S. 121: so ainer geld schuldig ist und entweichet, daz kain pantag noch

veyertag nit helfen soll man mag in aufhalten und vor das nechst gericht füren; vgl. auch AStB Nr. 228a fol. 5a XXXVIII.

¹⁵⁾ Egerer Stadtbuch, c.

¹⁶⁾ Rep. 2b Nr. 356: Beschwerde der Stadt Bamberg beim Nürnberger Rat, weil mehrere Nürnberger Bürger in Verfolgung eines, von einem Nürnberger Gericht erkannten Verbots, ohne Genehmigung des Bamberger Gerichts, in Bamberg gelegene Eisenwaren ihres Schuldners an sich genommen haben.

¹⁷⁾ Egerer Stadtbuch, a und b.

¹⁸⁾ Tit. XII, Ges. II.

§ 12 Seite 48—50

1) Otto Stobbe, Zur Geschichte des älteren deutschen Konkursprozesses, Berlin 1888, S. 4 ff.

2) Neumarkter Stadtbuch, fol. 5.

3) aGO, fol. XIV.

4) Egerer Stadtbuch, a.

5) Egerer Stadtbuch, a.

6) vgl. Stobbe, Konkursprozeß, S. 6 ff.

7) Egerer Stadtbuch, a.

8) Egerer Stadtbuch, a.

9) Oertel, a. a. O., S. 28.

¹⁰⁾ Kisch, Arrestprozeß, S. 70.

¹¹⁾ a. a. O.

§ 13 Seite 50—52

1) aGO, fol. VIII.

2) Das Wort findet sich vor allem in nieder- und mitteldeutschen Rechtsquellen (vgl. Stobbe, Konkursprozeß, S. 8 und Oertel, a. a. O., S. 30), während es in Nürnberger Gesetzen außer bei dem ersten Auftauchen des neuen Prinzips in dem oben genannten Ratsverlaß nicht mehr vorkommt.

3) AStB Nr. 228a, fol. V, XXXVIII.

4) aGO, fol. XXXII.

5) Schielein, a. a. O., S. 34.

6) aGO, fol. XIII.

7) Bislang herrschte die wohl zuerst von Friedrich Hellmann, Lehrbuch des deutschen Konkursrechts, Berlin 1907, S. 56 vertretene Auffassung, im Nürnberger Recht habe „zuerst die Reformation vom Jahre 1479 in das Vorrecht der ersten Besetzung eingegriffen“; so auch Oertel, a. a. O., S. 41. Auch eine neuere Arbeit von Donat Pinter, Das Gantrecht der Reichsstadt Regensburg im Vergleich mit dem Gantrecht Nürnbergs und Münchens, jur. Diss., München 1951, ist über diese Erkenntnis nicht hinausgedrungen. In dieser Arbeit unternimmt es Pinter, nach einer mehr allgemein gehaltenen Einleitung in das Nürnberger Recht vor 1564 (S. 61–66 a. a. O.), das Nürnberger Konkursverfahren des 18. Jahrhunderts, wie es Lahner in seiner Einleitung in die Nürnbergischen Rechte, grundrißartig schildert, dem Regensburger und Münchner Konkursrecht des 17. und 18. Jahrhunderts gegenüberzustellen (S. 66–76 a. a. O.). Das allgemeine Vollstreckungsverfahren, das Verbotsverfahren, den Übergang zur Gleichberechtigung der Gläubiger, die Anfänge des Konkursverfahrens und seine weitere Ausgestaltung läßt er unberücksichtigt. Er kommt dadurch zu einer Darstellung, die der Entwicklung des Nürnberger Konkursverfahrens nicht gerecht wird und die im folgenden berichtigt werden soll.

8) Jeweils Tit. IV, Ges. VI und VII. Daß gleichwohl die Gerichte diese Frist bei Bedarf verlängern konnten, zeigt ein Eintrag im Gerichtsbuch von 1494, AStB Nr. 194a, S. 94; danach wurde durch die Schöffen erteilt: daß alle Schuldiger, den Brentel schuldig sein soll in 6 Wochen und 3 Tagen ir schuld anzeigen sollen und die glaubhaftig machen und dann das Verbott gerichtshalben beschehen werde das recht ist.

9) Tit. XXII, Ges. XI, vom Vorgang der Gläubiger.

¹⁰⁾ Oertel, a. a. O., S. 28.

¹¹⁾ Belege bei Stobbe, Konkursprozeß, § 3 und 4.

¹²⁾ z. B. Augsburg 1439 (nach F. Hellmann, Augsburg S. 64); Ulm 1465 (nach Hellmann, Zur Geschichte des Konkursrechts der Reichsstadt Ulm, Heidelberg 1909, in: Deutschrechtliche Beiträge, von Konrad Beyerle, Bd. IV, Heft 1, S. 7).

- 13) vgl. Leopold Wenger, Institutionen des römischen Zivilprozeßrechts, München 1925, S. 238, 303 ff.
- 14) vgl. Carl Fuchs, Das Concursverfahren, Marburg 1863, §§ 3 und 4; Hellmann, Lehrbuch, § 3.
- 15) Kisch, Arrestprozeß, S. 69.
- 16) So: Oertel, a. a. O., S. 29; Hellmann, Lehrbuch, S. 57 ff; Wilhelm Endemann, Das deutsche Civilprozeßrecht, Heidelberg 1868, § 2; Endemann, Die Entwicklung des Konkursverfahrens in der gemeinrechtlichen Lehre, in: ZZP Bd. 12, S. 28 ff., Maibom, a. a. O., S. 450 ff.
- 17) Josef Kohler, Lehrbuch des Konkursrechts, Stuttgart 1891, S. 33.
- 18) Stobbe, Konkursrecht, S. 21.
- 19) Hellmann, Lehrbuch, S. 56.
- 20) Wie lebendig der Gedanke an das Vorrecht des ersten Verbots noch zu Anfang des 16. Jahrhunderts war, zeigt ein RV von 1502, Nr. 6, Sabbato post Bartholomei. Vermuthlich aus Anlaß der Neuauflage der Reformation beauftragte der Rat G. Holzschuher, C. Imhof und H. Harsdörffer den alten Gebrauch zu rathschlagen „ob dem ersten trünnigsager wider ein vorteil zu thun sei; kaufleut auch hören“.

§ 14 Seite 52—55

- 1) Das macht Fuchs, Concursverfahren, S. 23 ff.
- 2) Ludwig Seuffert, Deutsches Konkursrecht, Leipzig 1899, S. 11.
- 3) Im Rtschlb. Nr. 52 beschäftigen sich Ratskonsulenten verschiedentlich mit solchen Beschwerden auswärtiger Gläubiger über die ihnen durch ihre Unkenntnis der Verfahrensöffnung entstandenen Schäden. U. a. stammen die Beschwerden aus Nördlingen (S. 82), Reichersdorf bei Eger (S. 193), Antdorf (S. 205), Salzburg (S. 212), Basel (S. 332).
- 4) Tit. XII, Ges. II. Nach Seuffert, a. a. O., ist dies die erste bekannte gesetzliche Regelung der öffentlichen Ladung der Gläubiger in Deutschland überhaupt.
- 5) vgl. lib. cons. v. 1525, S. 134: „Lienhard Motschidler als einem Curator Hanns Hallers parchantweber der entronnen hie gelassener farnus, ist uff sein begeren von gerichts wegen gesagt: Dieweil die Zeit im angeschlagen Edict bestimmt, jr entschaft hab, vnd nymant erschinen der zu den gütern gclagt außerhalb etlich ehehalten und einer frawen die drei pfund schuld vorder, so müg er die gefreyten schulden bezalen und sich der anderen schulden halber zu halten wie ihm als einem Curator gepür. Bereits im Zusammenhang mit den oben genannten Beschwerden auswärtiger Gläubiger hat der vom Rat mit einem Gutachten beauftragte Dr. Stahel die Ladung auswärtiger Gläubiger durch öffentliche Ladung vorgeschlagen (Rtschlb. Nr. 52, S. 65, Gutachten vom 17. Nov. 1489).
- 6) Rtschlb. Nr. 52, S. 228.
- 7) Rtschlb. Nr. 52, S. 65, Gutachten Dr. Stahel.
- 8) AStB Nr. 194a, S. 228.
- 9) a. a. O., die Bezeichnung ist nicht immer einheitlich durchgeführt.
- 10) Rtschlb. Nr. 52, S. 65, Gutachten Dr. Stahel.
- 11) s. lib. cons. v. 1522, S. 76, 164, S. 102; v. 1505, S. 1, 15, 17.
- 12) Ref. v. 1479, Tit. IV, Ges. VI; AStB Nr. 228a, fol. 5a XXXVIII.
- 13) AStB Nr. 228a, fol. 5a, XXXVIII.
- 14) AStB Nr. 228a, fol. 5a, XXXVIII.
- 15) a. a. O.
- 16) vgl. lib. cons. v. 1525, S. 14, 15, 58, 61, 96.
- 17) Ref. v. 1479, Tit. IV, Ges. VII.
- 18) in lib. cons. v. 1492, S. 185 bieten zwei der 16 Gläubiger des J. Holfelder für sich und ihre Mitgläubiger dem Eigenherrn ihres Schuldners Wolf Haller das ihnen entspänte und überantwortete Haus an.
In lib. cons. v. 1522, S. 76 bekennen drei Gläubiger für sich und ihre Mitgläubiger von ihrem Schuldner Hansen Habermann weiter 15 fl. empfangen zu haben, die er ihnen aus einem Vergleich noch schuldet und sagen ihn für sich und ihre Mitgläubiger „quittledig und los“. Weitere Zeugnisse für die Tätigkeit von Gläubigerausschüssen vgl. lib. vons. 1484, S. 10, 22, 233.
- 19) Aus einem Urteil: E. Bayreuters gläubiger gegen dessen verlassene Hab, in: lib. cons. v. 1501, S. 228.
- 20) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. X.
- 21) lib. cons. v. 1487, S. 74: F. Steyerer ein Schuldner des P. Pfann zahlt an dessen Gläubiger nach „bevelche“ des Bürgermeisters die 50 fl. die er ihm schuldig ist.

- 22) Egerer Stadtbuch, c. vgl. auch AStB Nr. 228a, fol. V XXXVIII: folgt einer seim schuldiger nach ausz dem gericht, mag er dem icht angewinnen, das sol er nymant mitteilen.
- 23) Vgl. AStB Nr. 194a, S. 199 und lib. Cons. 1484, S. 37. Rep. 18, Nr. 335, Urk. v. 7. 11. 1453 über vertragliche Sicherung eines Vorgangsrechts.
- 24) aGO, fol. VI r.
- 25) Tit. XI, Ges. VI.
- 26) aGO, fol. XV.
- 27) Ref. v. 1479 Tit. XI, Ges. VI.
- 28) Tit. XI, Ges. V.
- 29) RV 1504, Nr. 12, S. 26.
- 30) RV 1484, Nr. 1. Quinta ante Penthecostes.
- 31) RV 1502, Nr. 13. Tertia post Inocavit.
- 32) Daß der Rat seine fiskalischen Interessen auch ohne eine ausdrückliche Bevorrechtigung zu wahren wußte, zeigt eine Dienstanweisung an die Fronboten vom 23. Februar 1482, die sich bei Lochner, Chronik Bd. I, S. 518 findet: „Den fronboten und auch des Rechters Knecht ließ man . . . befehlen, daß wenn sie hinfüro bei einem Weinschenken mit Gericht eingehen wollten, sie es vorher dem ungelter zu wissen thun, auf das wenn derselbe Ungelds schuldig wäre der Ungelter dadurch gewarnt sei mit der Pfandung fürzukommen.“
- 33) lib. cons. v. 1525, S. 15 „In sachen Hannsen pfannus gegen pangraz Weysenburgers selig gelaßner varnus . . . ist erkannt . . . die acht pfund grabgelts on abgang zu entrichten.
- 34) lib. cons. v. 1519, S. 93.
- 35) lib. cons. v. 1493, S. 84.
- 36) vgl. Wenger, a. a. O., S. 228.
- 37) lib. cons. v. 1490, S. 116: „In Sachen Caspar Wagners, Margarethe Kellnerin und ander Nicolausen Scherzer schuldighern ist zu recht erkannt: Der Wagner als Hausherr hab auf des Scherzern verlassen habe pillich erstlich und danach die Kellnerin umb jren Lidlon den Vorgang und beschehe dan der andern schuldighern zu der Übermaß der versperr das recht ist nach gleichen teilen.“
- lib. cons. v. 1493, S. 199: „In Sachen Dr. Löffelholz und ander gläubiger des Hans Meussel ist zu Recht erkannt: Mög Dr. J. Löffelholz mit seinem aide . . . erweisen als recht wer, daß er in acht tagen den nechsten, nachdem in der Abschied Hans Meussels zu wissen wer worden, . . . sein verbot auf die austragen habe getan, so het er umb sein verfallen und ausstehend zins pillich den vorgang, zum andern der Wolf in craft seiner vollung und ob icht übermaß daran vorhanden sein wurde, der Zeyser und seine mitverwandten.
- Weitere Vorgangsurteile: lib. cons. v. 1525, S. 14, 17, 61, 96, 87.
- 38) AStB Nr. 194a, S. 64. Im Konkurs der M. Bayer werden zwei Gläubiger auf Antrag der restlichen Gläubiger verurteilt, einzuwilligen, daß die noch bei der Käutelin liegenden Sachen verkauft werden. Weitere Belege: S. 9, 228.
- 39) AStB Nr. 194a, S. 82. Urteil im Konkurs des J. Prenntel: „daz jeder des Prenntels gläubiger für 2 fl.— $\frac{1}{2}$ fl. genlezen solt.
- 40) vgl. Ordnung des Handelsgerichts in der kaiserlichen freien Reichsstadt Nürnberg vom 7. 1. 1804, §§ 41–44; Lahner, Einleitung, S. 496 und Commentatio, Tit. IV, Ges. I, § VI.
- 41) vgl. Lahner, Einleitung, S. 497 und Commentatio, Tit. IV, Ges. II, § VI.

§ 15 Seite 56—60

- 1) Wohl wegen der aus dem italienischen Recht übernommenen Bekanntmachung der Konkurs-eröffnung durch öffentlichen Ausruf (*cri dare*, ital. *gridare*); vgl. Commentatio, Tit. XII, Ges. I, § I.
- 2) Diesen Ausdruck erwähnt Wölckern, Commentatio, Tit. XII, Ges. I, § I. Er rührt wohl daher, daß der Name des Gemeinschuldners auch an verschiedenen Anschlagssäulen bekannt gemacht wurde.
- 3) Add. Dec. v. 18. 2. 1669, S. 438; 6. 2. 1696, S. 443.
- 4) AStB Nr. 200, S. 163.
- 5) s. S. 38.
- 6) Ref. v. 1564, Tit. XII, Ges. V.
- 7) AStB Nr. 170, Coll. Ref., Tit. XII, Ges. I, IV.
- 8) Commentatio, Tit. XXII vor Ges. I.
- 9) AStB Nr. 170, Coll. Ref., Tit. XII, I, IV.
- 10) vgl. lib. cons. 1501, S. 228; Commentatio, Tit. XXII vor Ges. I.

- 11) Commentatio, Tit. XXII vor Ges. I.
Hinweise auf Konkurskuratoren finden sich bereits in den Jahren 1492 und 93 in AStB Nr. 194a, S. 172 und 228.
- 12) Commentatio, Tit. XXII vor Ges. I.
- 13) Johann Christoph Schmid, Grundsätze vom Konkurs-Prozeß nach gemeinen und Nürnbergschen Rechten, praktisch erläutert von . . . , Nürnberg 1798, § 4.
- 14) Schmid, a. a. O., §§ 6 und 7.
- 15) s. S. 60
- 16) s. S. 53
- 17) Ref. v. 1564, Tit. XII, Ges. V.
- 18) Ref. v. 1564, Tit. XII, Ges. VI und VII.
- 19) Über die Ausbildung des Mehrheitsprinzips vgl. S. 172 ff.
- 20) Commentatio, Tit. XII, Ges. XII, § IV.
- 21) Ref. v. 1564, Tit. XII, Ges. I.
- 22) Commentatio, Tit. XII, Ges. I, § II.
- 23) Add. Dec. v. 11. 6. 1679, S. 132.
- 24) Add. Dec. v. 2. 8. 1651, S. 23.
- 25) Lahner, Einleitung, S. 347.
- 26) Add. Dec. v. 27. 11. 1722, S. 18.
- 27) Eines Hochlöblichen Rats der freien Reichsstadt Nürnberg Intimation eine vorläufige Änderung des Geschäftsganges, in den Gerichten, dem Vormundamte, usw. betreffend, Nürnberg 1803, VII, I.
- 28) Lahner, Einleitung, S. 347.
- 29) Add. Dec. v. 11. 10. 1755, S. 372, v. 16. 3. 1768, S. 25.
- 30) Add. Dec. v. 5. 10. 1768, S. 380.
- 31) Add. Dec. v. 10. 8. 1692, S. 9.
- 32) Lahner, Einleitung, S. 360.
- 33) Lahner, Einleitung, S. 350.
- 34) Add. Dec. v. 27. 7. 1688, S. 120.
- 35) Add. Dec. v. 27. 11. 1722, S. 18.
- 36) Handelsgerichtsordnung von 1804, § 10.
- 36a) Diese Gutachten sind erhalten im StA als Manuale der Nürnberger Marktvorsteher 1628 bis 1813 Abt. Handelskammerarchiv (HV 738-748). Über ihre Bedeutung s. Phillip Pommer, Die Rechtsgutachten der Nürnberger Marktvorsteher, jur. Diss. Erlangen 1948.
- 37) Lahner, Einleitung, S. 461.
- 38) Diese Unterscheidung trifft Woelckern, Commentatio, Tit. XII, Ges. I, § IV.
- 39) s. S. 57
- 40) Add. Dec. v. 1629, S. 409.
- 41) Add. Dec. v. 15. 1. 1627, S. 396.
- 42) s. S. 69
- 43) vgl. AStB Nr. 194a, S. 172, 228.
- 44) Erst durch die vorläufige Geschäftsordnung für Gerichte von 1803, VII, 3, erhielten die Gläubiger das Recht, den Konkursverwalter selbst zu wählen. Das Gericht entschied nur noch, wenn die Gläubiger sich nicht einigen konnten.
- 45) AStB Nr. 175, Kapitel „von den fronboten“.
- 46) a. a. O.
- 47) Add. Dec. v. 12. 6. 1638, S. 405.
- 48) Der genaue Wortlaut des um 1560 üblichen Kuratoreneides findet sich in AStB Nr. 101, S. 3 und 56.
- 49) Der Curatoren Ordnung, in: Commentatio, bei Tit. XXII.
- 50) Commentatio, Tit. XXII, § I vor Ges. I; vorläufige Geschäftsordnung für Gerichte von 1803, VII, 4.
- 51) Add. Dec. v. 10. 6. 1578, S. 419.
- 52) Add. Dec. v. 15. 12. 1717, S. 409.
- 53) Add. Dec. v. 27. 11. 1634, S. 395.
- 54) Vorläufige Geschäftsordnung für Gerichte von 1803, VII, 7.
- 55) Add. Dec. v. 1. 12. 1570, S. 410.
- 56) Extract aus der Ao. 1644 verbesserten Gerichtsordnung, S. 84, die curatores betreffend, abgedr. bei Lahner, Add. Dec., S. 410.
- 57) s. S. 72

- 1) AStB Nr. 170, Coll. Ref., Tit. XII, Ges. I.
- 1a) Pommer, a. a. O., S. 99.
- 2) vgl. Akten des Sta. Stadtgericht Nr. 217, über den Konkurs des Hans Sighart (1549).
- 3) Commentatio, Tit. XXII, § V vor Ges. I.
- 4) AStB Nr. 170, Coll. Ref., Tit. IV, Ges. I und Tit. XII, Ges. I.
- 5) lib. cons. v. 1525, S. 100. Im Konkurs des Hans Frank erkennt das Gericht: soverr die clagerin zusampt jres gestellten zewgen sag ein aidt schwer, das ir furgeben ungeverlich die warheit sey, das sie dem Frank die angezogen stuck versetzt hab, so sollen die curatores schuldig sein ir dieselben zu uberantworten. Weitere Beispiele S. 3, 109, 131; lib. cons. v. 1490, S. 118, 145, 146, 318.
- 6) aGO, fol. XVI; Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. IV; Ref. v. 1564, Tit. XXII, Ges. II.
- 7) Lahner, Einleitung, S. 116.
- 8) Add. Dec. v. 1522, zitiert bei Christoph Daniel Mayer, Kurzer Begriff und Anweisung, wie sich ein Beamter auf dem Land in vorkommenden Concursfällen mit der Austheilung der Schulden und gesetzlichen Claßifikation der Gläubiger zur Verfassung eines richtigen Prioritäts-Urteils zu verhalten hat, Nürnberg 1765, S. 2.
- 9) Ref. v. 1562, Tit. XXII, Ges. IV.
- 10) Add. Dec. v. 24. 10. 1662, S. 382.
- 11) Mayer, a. a. O., S. 3.
- 12) Lahner, Einleitung, S. 332.
- 13) Mayer, a. a. O., S. 5.
- 14) Commentatio, Tit. XXII, § VI vor Ges. I.
- 15) Add. Dec. S. 382. In Augsburg erging 1682 fast wörtlich das gleiche Dekret (s. Hellmann, Augsburg, S. 145).
- 16) s. S. 59
- 17) Belege für Massekosten bietet ein dem lib. cons. v. 1504 beiliegender Zettel; auf diesem haben Johann Kirchheimer, gerichtlich bestellter Kurator des Linhard Scherdingers Hab und Güter über 10 fl. Expens und 5 fl. salarium, J. Kreuter der geschw. Fronbote über 1 fl. und Ulrich Trolling, geschw. Unterkeufel über 22 pf. quittiert.
vgl. lib. cons. v. 1525, S. 15, Linhard Motschidler, als Curator weyland Pangraz Weisenburgers selig gelaßner varnus soll Margot Beslerin die 8 pf. Grabgeldes on abgang entrichten.
lib. cons. v. 1525, S. 70: Linhard Motschidler, dem Curator Martins von Neukirchen Hab und Güter wird auf sein Begehren vergönnt die Pferde, da dann zur erhaltung viel unkost auflauft zu verkaufen damit desselb erspart wird, den erlös auf das wirdigst zu verwenden zuvor die aufgelauf summa zu bezahlen.
lib. cons. v. 1525, fol. 112 und 116, den „Curatoren der Barbara Weysin hab und gut wird gestattet jr aus furprachten ursachen wochenlich ein Gulden zu geben.
- 18) Hans Gaugler, Die paulianische Anfechtung, 2 Bde., Basel 1944, Bd. 1, S. 24 ff.
- 19) AStB Nr. 227, fol. 78.
- 20) Rtschlb. Nr. 52, S. 266.
- 21) AStB Nr. 196, S. 86.
- 22) AStB Nr. 196, S. 56.
- 23) AStB Nr. 196, S. 112.
- 24) aGO, fol. XIII.
- 25) aGO, fol. XVI.
- 26) s. S. 47
- 27) Auszugsweise abgedruckt bei Lahner, Add. Dec., S. 400; AStB Nr. 170. Tit. XII, Ges. IV.

- 1) Demgegenüber nimmt Fuchs, Concursverfahren, S. 28 an, daß es sich bei dem im XII. Titel enthaltenen Verfahren um eine Neuerung des Nürnberger Stadtrechts handelt. Nach seiner Auffassung hat dabei besonders ein von ihm in einem Marburger Fakultätsprogramm, Festschrift für Sigmund Loebel, 1865, Heft 4 herausgegebener Florentiner „tractatus de cessantibus et fugitivis“ dem XII. Titel der Reformation als Quelle und Vorbild gedient. Dieser tractatus d. c. e. f. aus dem Jahre 1393 ist dem 3. Buch des Florentiner Stadtrechts von 1415 angehängt und enthält eine umfangreiche Zusammen-

stellung der gegen flüchtige Bankrotteure und ihre Angehörigen und Untergebenen erlassenen zivilrechtlichen, strafrechtlichen und prozessualen Vorschriften.

- Nun haben ohne Zweifel einzelne in der italienischen Doktrin und Praxis ausgebildete Sätze in der Reformation Aufnahme gefunden. Der weitaus überwiegende Teil der konkursrechtlichen Bestimmungen ist jedoch eine Weiterbildung der oben aufgeführten deutsch-rechtlichen Satzungen. Es sind auch nur wenige Sätze, von denen Fuchs eine sachliche Übereinstimmung beider Gesetze behaupten kann; diese Übereinstimmung ist indes nicht so auffallend, daß sie sich nur aus einer direkten Beeinflussung erklären ließe; denn gerade bei diesen parallelen Sätzen handelt es sich um Bestimmungen, die auch sonst weit verbreitet waren (vgl. Stobbe, Konkursprozeß, S. 4 Anm. 1).
- 2) Das Verfahren des Florentiner Rechts, tractatus, S. 6, Rub. I richtete sich nur gegen flüchtig gewordene Kaufleute (mercatores) und Gewerbetreibende (artifices).
 - 3) Auf diese Erweiterung des Begriffes, die sich auch in anderen Rechten findet, hat besonders Hellmann, Lehrbuch, S. 62, hingewiesen.
 - 4) Der Trünnigerklärung des Nürnberger Rechts entsprach in Florenz die „pronuntatio mercatoris vel artificis tamquam cessantis et fugitivi“. Im Gegensatz zum Nürnberger Recht mußte ihr jedoch eine erfolglose öffentliche Ladung des Schuldners vorausgegangen sein, tractatus, S. 13, Rub. III.
 - 5) Ebenso das Florentiner Recht, tractatus, S. 12, Rub. III, doch war diese Form des offenen Arrestes auch anderen italienischen Rechten seit altersher geläufig (vgl. Adolf Wach, Der Arrestprozeß in seiner geschichtlichen Entwicklung, I. Teil, Der italienische Arrestprozeß, Leipzig 1868, § 10 und Kisch, Arrestprozeß, S. 85 ff.).
 - 6) Fuchs, tractatus, S. 12, Anm. 1, glaubt, daß diese Vorschrift ebenfalls dem Florentiner Recht, tractatus, Rub. III, entlehnt sei. Der Offenbarungseid der Ehefrau findet sich jedoch bereits in einer Rechtsbelehrung des Nürnberger Rates an den der Stadt Neumarkt (s. S. 83) aus dem 14. Jahrhundert. Wie Wach, Der Manifestationseid in Italien, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Bd. 7 (1868), S. 463 ff. nachgewiesen hat, war er auch anderen italienischen Rechten lange bekannt. Soweit bei diesem Rechtsinstitut die Annahme einer Rezeption nicht überhaupt entbehrlich erscheint, kann zumindest die Möglichkeit der Beeinflussung des Nürnberger Rechts, durch andere italienische Stadtrechte als das Florentiner Recht, nicht ausgeschlossen werden.
 - 7) hierüber s. S. 74 ff.
 - 8) Dem entsprach in Florenz das „instrumentum publicum“, tractatus, S. 14, Rubica IV.
 - 9) Fuchs, tractatus, S. 14 Anm. 3, möchte auch diese Bestimmung auf das Florentiner Recht zurückführen. Der Gefährdeid war jedoch in Deutschland bereits im 14. Jhd. üblich. Auch ein Nürnberger Stadtbuch, ASB Nr. 228a aus der Mitte des 15. Jhdts. verlangt ihn bereits vom Gläubiger. Im übrigen stimmt die Form des Eides, welcher in Florenz lautete: praestito iuramento a creditore, quod recipere debeat, quod petit, et quod in fraudem creditorum vel pro defensione debitoris non petat, in beiden Quellen nicht so genau überein, daß sich die Vorschrift der Reformation nur aus einer direkten Beeinflussung des Florentiner Rechts erklären ließe.
 - 10) Die Rangordnung der Gläubiger selbst war im XXII. Titel „vom Vorgang der Gläubiger“ geregelt und wird später noch zu behandeln sein. Hervorgehoben werden muß noch, daß das Florentiner Recht keine Privilegierung von Gläubigern kannte. tractatus, S. 24: nec alter alteri praeferatur ratione alicuius hypothecae tacitae vel expressae nec ratione pignoris aut privilegio cujuscumque personalis seu realis actionis vel mixtae, sed omnes sint equales quibuscumque privilegiis vel prerogativis temporis vel actionibus non obstantibus.
 - 11) So war z. B. der Konkurs des Cornelius Görtz, der 1586 eröffnet wurde, 1613 noch nicht beendet. Stadtgerichts-Akte Nr. 103–8 (Sta.).
 - 12) Aus dem Vorspruch zu der 1627 erlassenen „Curationsprozeßordnung“.
 - 13) a. a. O.
 - 14) Abgedruckt bei Lahner, Add. Dec. S. 396.
 - 15) Wie sehr dies in der Praxis als Mangel empfunden wurde, zeigt die Klage Wölkerns, Commentatio, Tit. XXII, § I vor Ges. I darüber, daß die Bestimmungen „von den bei concursibus allhier üblichen Prozessen in den aballegirten Titeln und Gerichtsordnung allzu zerstreut enthalten und öfters mit vieler Mühe zu suchen, zumalen aber in der gedruckten Reformation gar nicht zu finden, sondern erst seit 1564 von Zeit zu Zeit durch sog. leges additionalis hinzutun worden“.
 - 16) Schmid, Konkursprozeß, § 9.
 - 17) vgl. Fuchs, Concursverfahren, § 15; Sebastian Adam Krafft, Practische Anmerkungen über den Concurs-Prozeß sowohl überhaupts, als in Franken, Erlangen 1786, S. 21.

- 18) Schmid, Konkursprozeß, § 10.
- 19) Add. Dec. v. 15. 12. 1717, S. 409.
- 20) Rtb. Nr. 38, S. 152.
- 21) Commentatio, Tit. XII, Ges. VII, § II.
- 21a) Manuale IX, S. 139, 40, 20. 1. 1721.
- 22) Ein Original einer solchen „citatio edictalis“ aus dem Jahre 1601 findet sich in den Akten der „curatio Joh. Pipplerin“, Sta. Akt Nr. Y 160 (s. Anhang II).
- 23) Add. Dec. v. 15. 1. 1627, S. 397. Das Stadtgericht verhandelte an zwei Tischen, heute würde man sagen in zwei Kammern.
- 24) vgl. Akten des Heldschen Konkurses, Sta. Nr. y 151.
- 25) Vorläufige Geschäftsordnung der Gerichte von 1803, VII, 11.
- 26) Add. Dec. v. 15. 1. 1627, S. 397.
- 27) a. a. O.
- 28) Add. Dec. v. 15. 12. 1717, S. 409.
- 29) Ein Ratsverlaß vom 10. 7. 1578 Add. Dec., S. 396, wollte „die undienstliche Weitläufigkeit mit unterschiedlichen liquidationsurteilen dern bisher so viele als creditores gewesen verlaßt worden“ abstellen und wies die Gerichte an, bei kleineren Konkursen über den Bestand und die Rangordnung der angemeldeten Forderungen in einem Erkenntnis zu entscheiden.
- 30) Vgl. Sta. Akt. Nr. yy 523.
- 31) Add. Dec. v. 15. 1. 1627, S. 403.
- 32) Add. Dec. v. 15. 1. 1627, S. 402.
- 33) Add. Dec. v. 15. 4. 1735, S. 413.
- 34) Add. Dec. v. 15. 12. 1717, S. 409.
- 35) Das Muster eines solchen Distributionsbescheids ist abgedruckt bei Schmid, Konkursprozeß, S. 53.
- 36) Add. Dec. v. 15. 12. 1717, S. 408.
- 37) Commentatio Tit. XXII, Vorbemerkung vor Ges. I.

§ 18 Seite 69—74

- 1) Waidgäste waren Fremde, die mit Waid, einem Farbkraut handelten, das vor Bekanntwerden des Indigos vorzüglich in Thüringen und in der Gegend Erfurts gebaut und unter anderem zum Blaufärben nach Nürnberg geführt wurde. 1583 wurde eine Waidordnung erlassen, auf welche der Waidmesser schwören mußte (vgl. Siebenkees, Beyträge, 5. Teil, S. 218).
- 2) Ref. von 1564, Tit. XII, Ges. VI.
- 3) Fuchs, Konkursprozeß, S. 117.
- 4) Mayer, a. a. O., S. 1 ff. und Schmid, Konkursprozeß, S. 38 ff.
- 5) Commentatio, Tit. XXII, § I vor Ges. I; Lahner, Einleitung, S. 323; und tabellarischer Entwurf der verneuten Reformation de Anno 1564 samt denen bishero ergangenen und dahin einschlagenden Oberherrlichen Additional Decreten und Verordnungen, Tit. XXII.
- 6) Add. Dec. v. 8. 4. 1646, S. 427.
- 7) a. a. O.
- 8) Add. Dec. v. 14. 10. 1643, S. 512 und v. 19. 2. 1646, S. 513.
- 9) Add. Dec. v. 2. 4. 1677, S. 520.
- 10) Add. Dec. v. 2. 7. 1634, S. 513.
- 11) Add. Dec. v. 2. 7. 1634, S. 513; v. 24. 1. 1666, S. 515; v. 24. 5. 1679, S. 5; v. 17. 6. 1697, S. 416.
- 12) Add. Dec. v. 6. 2. 1669, S. 517.
- 13) Mayer, a. a. O., S. 11.
- 14) Add. Dec. v. 7. 3. 1579, S. 518.
- 15) Schmid, Konkursprozeß, S. 39.
- 16) a. a. O.
- 17) a. a. O.
- 18) s. S. 70
- 19) Ref. v. 1564, Tit. XXII, Ges. V.
- 20) s. S. 70
- 21) s. S. 69
- 22) Add. Dec. v. 22. 3. 1677, S. 521 und v. 26. 4. 1734, S. 522.
- 23) Mayer, a. a. O., S. 18.

- 24) Add. Dec. v. 7. 7. 1608, abgedruckt in Commentatio, Tit. XXII, § II vor Ges. I.
- 25) a. a. O.
- 26) Add. Dec. v. 7. 8. 1690, S. 484 und v. 19. 8. 1700, S. 484.
- 27) Mayer, a. a. O., S. 22.
- 28) Schmid, Konkursprozeß, S. 44.
- 29) Add. Dec. v. 15. 12. 1766, S. 694.
- 30) Add. Dec. v. 12. 6. 1638, S. 205.
- 31) Add. Dec. v. 14. 10. 1643, S. 512.
- 32) Add. Dec. v. 1. 12. 1713, S. 508. Manuale IX, S. 147, 15. 5. 1721.
- 33) Mayer, a. a. O., S. 24.
- 34) Add. Dec. v. 2. 7. 1634, S. 527.
- 35) Add. Dec. v. 29. 1. 1703, S. 525 und v. 3. 4. 1704, S. 525.
- 36) Add. Dec. v. 22. 4. 1677, S. 519.
- 37) s. § 19 Anm. 10, 11, 12.
- 38) Mayer, a. a. O., S. 27.
- 39) a. a. O.
- 40) Schmid, Konkursprozeß, S. 38.
- 41) Mayer, a. a. O., S. 28.
- 42) a. a. O.
- 43) Add. Dec. v. 14. 4. 1656, S. 246.
- 44) Lahner, Einleitung, S. 328.
- 45) Add. Dec. v. 24. 12. 1662, S. 382.
- 46) Add. Dec. v. 24. 10. 1615, S. 337.
- 47) Add. Dec. v. 1. 12. 1615, S. 352.
- 48) Add. Dec. v. 17. 4. 1678, S. 528.
- 49) Add. Dec. v. 16. 12. 1712, S. 529.
- 50) Add. Dec. v. 25. 10. 1756, S. 531.
- 51) Add. Dec. v. 27. 8. 1736, S. 529.

§ 19 Seite 74—77

- 1) aGO, fol. XV.
- 2) aGO, fol. XVIII.
- 3) vgl. lib. cons. v. 1487, S. 316, 351; v. 1491, S. 181.
- 4) Dies zeigt ein RV v. 1490, Nr. 11, Sabbato ipso die Galli, wonach der Rat beschloß, „der entronnen parchantweber gläubiger fleiß zu thun“, damit diese „zu bezalung irer schuldiger ziemlich frist geben“. Daß dies kein Einzelfall war, geht aus einem in lib. cons. v. 1525, S. 102, protokollierten Vergleich zwischen G. Eckenharder und 24 Gläubigern hervor, der zustandekam, „dank der unterred und Handlung der Erbern Herrn Sigmund Fürer, Christoff Tetzl und Heinrich Praun, so vom Rat dazu veordnet“.
- 5) vgl. Ref. v. 1498, Tit. IV, Ges. VII.
- 6) AStB Nr. 227, fol. 42: Ez sullen auch die Rihter umbe gulte niht gelaite geben keinem selbscholin noch kainem purgen an dez clagers wort.
- 7) Stobbe, Konkursprozeß, S. 76.
- 8) Conrad, Rechtsgeschichte, S. 279.
- 9) a. a. O., S. 310.
- 10) a. a. O., S. 310.
- 11) Pitz, a. a. O., S. 55.
- 12) Stobbe, Konkursprozeß, S. 77.
- 13) RV. 1512 Nr. 8, fol. 15.
- 14) RV. 1512 Nr. 8, fol. 21.
- 15) RV. 1513 Nr. 13, fol. 1.
- 16) RV. 1517 Nr. 10, fol. 5.
- 17) Oertel, a. a. O., S. 73.
- 18) Oertel, a. a. O., S. 74.
- 19) Ref. v. 1564, Tit. XII, Ges. VII.
- 20) Add. Dec. v. 2. 4. 1628, S. 388 ff.
- 21) Pinter, a. a. O., S. 68 ist der irrigen Auffassung, in Nürnberg sei auf die Höhe der Forderungen keine Rücksicht genommen worden.
- 22) Commentatio, Tit. XII, Ges. VII, § II.
- 23) Add. Dec. v. 2. 4. 1628, S. 388.

- 24) Add. Dec. v. 27. 11. 1643, S. 390 ff.
- 25) Add. Dec. v. 4. 3. 1669, S. 395 ff.
- 26) so bereits in lib. cons. v. 1526, S. 102, 164.
- 27) Commentatio Tit. XII, Ges. VII, § IV.
- 28) lib. cons. v. 1526, S. 168.
- 29) Add. Dec. v. 18. 2. 1669, S. 434 ff.; v. 1. 10. 1717, S. 442 ff.
- 30) AStB Nr. 194a, S. 133.

§ 20 Seite 77—78

- 1) Schmid, Konkursprozeß, S. 12.
- 2) Commentatio, Tit. XII, Ges. VII, §§ I und II.
- 3) Conrad, a. a. O., S. 193, Pfändungsbeschränkungen.
- 4) a. a. O., S. 181.
- 5) Annalen, Band IV, S. 42; das Privileg ist weder im STA noch im Sta erhalten. Auch Wölkern, Hist. dipl. Nor. erwähnt es nicht.
- 6) RPO von 1548, XXII, 4 abgedruckt in: Alle des Heyligen römischen Reichs gehaltene Abschiede, Mayntz 1660, S. 455.
- 7) vgl. Rep. 51b Nr. 14, S. 75—88. Rep. 51b Nr. 38, S. 233, 243.

§ 21 Seite 78—82

- 1) Der Name Bankrott ist hergeleitet aus dem Italienischen, aus „banco“ und „rotto“, d. h. zerbrochener Zahlstisch. Dieser Ausdruck — ursprünglich banca rotta — rührt daher, daß in Italien zahlungsunfähigen Geldwechslern die Zahlbank öffentlich zerbrochen wurde. Von den zahlungsunfähigen Geldwechslern wurde der Ausdruck übertragen auf Kaufleute schlechthin, die infolge Zahlungsunfähigkeit ihr Geschäft aufgeben mußten. Seit Beginn des 16. Jahrhunderts findet sich der Begriff auch in Deutschland (vgl. Schmidt, a. a. O., S. 1 ff.).
- 2) Über das ältere deutsche Recht vgl. Hoinigen, a. a. O., S. 1 ff. Neumeyer, a. a. O., S. 21; Schmidt, a. a. O., S. 40 ff.
- 3) AStB Nr. 227, fol. 102r.
- 4) Annalen, Band II, S. 725.
- 5) aGO, fol. XIV, Ges. v. 1472.
- 6) Ref. v. 1479, Tit. XXII, Ges. VII, von geltern, die irere glaubiger in furnehmen derselben betrogen und nit bezahlen.
- 7) Ref. v. 1479, Tit. XI, Ges. VII.
- 8) Ref. v. 1479, Tit. IV, Ges. VI.
- 9) Hermann Knapp, Das alte Nürnberger Kriminalrecht, Berlin 1896, S. 252.
- 10) a. a. O.
- 11) AStB Nr. 196, S. 86.
- 12) a. a. O., S. 71.
- 13) a. a. O., S. 37, 81.
- 14) Werner Schultheiß, Die Entdeckung Amerikas und Nürnberg, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung Band 15 (1955), S. 195.
- 15) a. a. O.
- 16) vgl. Eugen Kusch, Nürnberg, Lebensbild einer Stadt, Nürnberg 1951, S. 364.
- 17) a. a. O.
- 18) Über einzelne Konkurse berichtet Johann Ferdinand Roth, Geschichte des Nürnberger Handels, 4 Bde., Leipzig 1800—02, Band 1, S. 307.
Der aufsehenerregendste Konkurs des 16. Jahrhunderts in Nürnberg war wohl der der Gebrüder Neumayer im Jahre 1573 mit einer Schuldensumme von über 250 000 fl. Wie Müllner, Annalen, Bd. IV, S. 504 schreibt „ist der gleichen Falliment biß auf diese Zeit zu Nürnberg nicht erhört worden“.
- 19) Rep. 51b, Nr. 6, S. 248.
- 20) vgl. Privileg Friedrich III. von 1480, zu den Deutschherrs geächtete Schuldner zu verfolgen. Abgedruckt bei Wölkern, Hist. Dip., S. 732.
- 21) RV 1508 Nr. 4 fol. 7, über einen Vertrag mit dem Augustinerkloster über die Auslieferung flüchtiger Schuldner.
- 22) vgl. Rtschlb. Nr. 52 A. Abkommen über gegenseitige Rechtshilfe auf Leib, Leben und Gut mit Augsburg (S. 177) und St. Gallen (S. 111).

- 1) so Schmidt, a. a. O., S. 62 und Pinter, a. a. O., S. 69.
- 2) s. AStB Nr. 200, S. 83, 163, 280, 339, 489.
- 3) Commentatio, Tit. XII, Ges. VI.
- 4) Rep. 51b, Nr. 38, fol. 152.
- 5) Knapp, a. a. O., S. 253.
- 6) Das Mandat vom 1. 10. 1717 rechnet hierzu u. a.: wenn: der fallit, um nur groß Handlung zu treiben, mit anderer Leute Geld und auf bloßen Credit solange er selben gefunden in den Tag hinein gehandelt, hernach die Waaren unter Kosten zu seinem und anderer Leute Schaden abgeben; auch vorsätzlich ein mehrers als er bezahlen kann aufgeborgt oder sunsten um nur sündlichen Profit zu machen zu anderer Leute geverde verfahren sei; anderer Leute Mittel frevelhaft risichiret und den Schaden verhelet und vertuschet; Handelsbücher gefälscht.
- 7) Hierzu rechnet das Mandat von 1717 u. a.: allzureichliches Haushalten, Hoffahrt und Kleiderpracht; Kutschen und Kaletschenhalten, allzuvieles Spazierenfahren und Reiten, Müßiggang und Wohllust, übermäßige Ausgaben bei Hochzeiten, Kindstauen usw.; unziemliches Beschenken und Herausputzen der Familienangehörigen und des Gesindes; unstandesgemäß teure Reisen und Aussteuern der Kinder, unnötig kostbare Gebäude, Möbeln und ander wohllüstige Geldversplitterungen; aber auch „wenn die Handwerksleute um nur mehrern Pracht und Übermuth treiben zu können, sich der Handelschaft mit Hindansetzung ihrer erlernten Nahrungs-Gewerbe aus Unverstand unterzogen . . . oder der Fallit, die von Gott ihm bescherte gute Mittel, oder eine überkommene, vorherho wohl eingerichtete Handlung aus Faulheit negligiret oder zu Grund gehen ließ“.
- 8) Rep. 88, Nr. 8, S. 114.
- 9) Add. Dec. v. 18. 12. 1568, S. 727.
- 10) Add. Dec. v. 23. 9. 1645, S. 448.
- 11) Add. Dec. v. 18. 2. 1669, S. 434.
- 12) Add. Dec. v. 6. 2. 1693, S. 438.
- 13) Add. Dec. v. 28. 5. 1714, S. 440.
- 14) Add. Dec. v. 1. 10. 1717, S. 442.
- 15) vgl. Commentatio, Tit. XII, Ges. VI, § II.

